

**Probleme des Miteigentums
aus betrieblicher Sicht**

Karl Bulach

PROBLEME DES MITEIGENTUMS AUS
BETRIEBLICHER SICHT

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität zu München

vorgelegt
von
Karl Bula ch



1959

Referent: Prof. Dr. Guido Fischer

Korreferent: Prof. Dr. Robert Nieschlag

Tag der mündlichen Prüfung: 25. Februar 1959

Meinen Eltern
in Dankbarkeit

V O R W O R T

Die Anregung zur vorliegenden Arbeit erhielt ich im Seminar in Allgemeiner Betriebswirtschaftslehre von Prof. Dr. Guido Fischer. Ich hatte gehofft, die Probleme des Miteigentums durch Untersuchungen in der Praxis näher zu erfassen. Dabei stellte sich jedoch heraus, daß die bisher verwirklichten Fälle einer Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital der arbeitgebenden Unternehmung noch im Stadium eines ersten Versuches stecken. Das Miteigentum wurde in der Praxis bis jetzt nicht systematisch ausgebaut. Es weist deshalb auch im allgemeinen keine eindeutig bestimmte Zielsetzung auf, sondern steht hinsichtlich seiner zielbedingten Ausrichtung noch weitgehend auf der Ebene der übrigen Sozialleistungen des Betriebes.

Diese Sachlage ließ es geboten erscheinen, zu den verschiedenen Vorschlägen und Diskussionen über das Miteigentum mehr aus theoretischer Sicht Stellung zu nehmen. Nachdem in der Literatur bisher insbesondere die gesellschaftspolitischen Leitbilder und die volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Miteigentums behandelt worden sind, sollen in der vorliegenden Arbeit die Probleme des Miteigentums vorwiegend unter dem betrieblichen Aspekt untersucht werden. Dabei kam es mir darauf an, auch die ökonomischen-finanziellen Fragen des Miteigentums zu behandeln. Sie haben ihren Niederschlag im ersten Teil der Arbeit gefunden. Von den sozialen Zielsetzungen des Miteigentums wurde ebenfalls nur der betrieblich relevante Aspekt, nämlich die Mitbestimmung aus Miteigentum und ihre Auswirkung auf die soziale Frage des Betriebes behandelt. Damit sollte und konnte keine Klärung der primär von politischen Vorstellungen geprägten Diskussion um das Miteigentum gegeben werden. Die vorliegende Arbeit möchte vielmehr die Probleme und Möglichkeiten des Miteigentums für den Betriebswirt aufzeigen; aus den gewonnenen Erkenntnissen mag dann der Politiker und Gestalter unserer Gesellschaftsordnung nützliche Hinweise für die Realisierung seiner Miteigentums-Ideen in der Praxis finden.

Es ist mir ein Bedürfnis, Herrn Professor Dr. Guido Fischer und Herrn Dr. Eduard Gaugler für ihre zahlreichen Hinweise bei der Erstellung der Arbeit herzlich zu danken.

Karl Bulach

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
1. T E I L	
DIE ÖKONOMISCHE-FINANZIELLE STRUKTUR DES MITEIGENTUMS	1
A. Begriff und Form des Miteigentums	3
I. Begriff und Problemaufbereitung	3
1. Die Ziele des Miteigentums	4
2. Die Quelle des Miteigentums	6
3. Aufbereitung der Probleme des Miteigentums	9
II. Die rechtliche Fassung des Miteigentums	10
1. Das Miteigentum als Schuld- und/oder Gesellschaftsverhältnis	11
2. Die Eingliederung des Miteigentums in die Unternehmungsformen	16
a) Allgemeine Anforderungen	16
b) Die gesellschaftliche Beteiligung der Miteigen- tümer bei den Personalgesellschaften	19
c) Die gesellschaftliche Beteiligung der Miteigen- tümer bei den Kapitalgesellschaften	25
III. Die Darstellung des Miteigentums in der Bilanz	31
1. Die Bilanzierung des Miteigentums bei den Personalgesellschaften	33
2. Die Bilanzierung des Miteigentums bei den Kapitalgesellschaften	35
3. Die Bilanzierung des Miteigentums als Vermögens- beteiligung	37
B. Das Miteigentum als Finanzierungsform der Unternehmung	39
I. Die Stellung des Miteigentums innerhalb der Finanzierungs- formen	39
II. Die Beziehungen zwischen Miteigentumsbildung und Selbst- finanzierung in der Unternehmung	42

	Seite
1. Abgrenzung zwischen Miteigentum und Selbstfinanzierung	42
2. Der Bilanzgewinn als Basis der Miteigentumsbildung	47
3. Die Möglichkeiten einer Miteigentumsbildung über die Selbstfinanzierung	52
III. Die Interessenlagen bei der Miteigentumsbildung über die Selbstfinanzierung	57
1. Die Interessenlage des Kapitalisten in Bezug auf die Miteigentumsbildung	58
a) Die Berechtigung einer Miteigentumsbildung über eine Gewinnbeteiligung	58
b) Die Aufschlüsselung des Gewinnes bei der Miteigentumsbildung	60
2. Die Interessenlage des Arbeitnehmers in Bezug auf die Miteigentumsbildung	63
a) Freiheit und Bindung des Arbeiters bei der Vermögensbildung in Form von Miteigentum	64
b) Wirtschaftliche Überlegungen des Arbeitnehmers bei der Miteigentumsbildung	67
c) Die Chancen der Arbeitnehmer bei der Miteigentumsbildung aus selbstfinanzierten Mitteln	69
IV. Die finanziellen Auswirkungen der Miteigentumsbildung auf die Zielsetzung der Unternehmung	72
1. Der Gewinn als Maxime betrieblicher Leistungserstellung	72
2. Der direkte Einfluß der Finanzierung in Form von Miteigentum auf den Unternehmungsgewinn	73
a) Der Einfluß der Kapitalverzinsung	73
b) Die Beschaffungskosten bei der Finanzierung durch Miteigentum	75
3. Die Einwirkungen der finanziellen Verwendung des Miteigentums auf den Gewinn	76

	Seite
a) Miteigentumsfinanzierung und Kapitalbedarf	77
b) Miteigentumsfinanzierung und Elastizität	78
c) Miteigentumsfinanzierung und Liquidität	80
V. Die Aufgabe des Unternehmers bei der Finanzierung durch Miteigentum	83
1. Der Interessenausgleich unter den Kapitalgebern	84
2. Der Interessenausgleich zwischen der Unternehmung und den Kapitalgebern	86
2. T E I L	
DIE ZIELBEDINGTE PROBLEMATIK DES MITEIGENTUMS	89
A. Die Beziehungen zwischen Miteigentum - Eigentumsrechten und der betrieblich - sozialen Frage	91
I. Die Eigentumsrechte und die soziale Frage im Betrieb	91
1. Die Leitungsrechte der Miteigentümer und die betrieblich-soziale Frage bei den Personalgesellschaften	94
a) Bedeutung der Einheit von Haftung und Leitungsrecht	95
b) Die betriebswirtschaftlichen Bedingungen einer Mitbestimmung der Miteigentümer	98
c) Die sozialen Auswirkungen einer Vertretung der Miteigentümer in der Leitungsebene der Personalgesellschaften	101
2. Die Leitungsrechte der Miteigentümer und die betrieblich-soziale Frage bei den Kapitalgesellschaften	106
a) Abgrenzung der Bestimmungsrechte aus einer Aktienbeteiligung	106
b) Die unmittelbare Einwirkung der Miteigentümer auf die Unternehmungsleitung	107
c) Die mittelbare Einwirkung der Miteigentümer auf die Unternehmungsleitung	112

	Seite
II. Das Für und Wider der Zielsetzung des Miteigentums	116
B. Systembezogene Fragen in dem Beziehungs- komplex Miteigentum - Unternehmung	122
I. Miteigentum und Wirtschaftsverfassung	123
II. Miteigentum und Betriebstyp	128
1. Die kategorialen Merkmale des neuen Betriebstyps	129
2. Ausblick	138
Literaturverzeichnis	140

1. T E I L

DIE ÖKONOMISCHE - FINANZIELLE STRUKTUR DES BETRIEBLICHEN MITEIGENTUMS

A. Begriff und Form des Miteigentums

B. Miteigentum als Finanzierungsform der
Unternehmung

A. BEGRIFF UND FORM DES MITEIGENTUMS

I. Begriff und Problemaufbereitung

Der Begriff des Miteigentums ist sehr komplexer Natur. Das liegt insbesondere daran, daß gerade in der jüngsten Vergangenheit eine Vielzahl von Vorstellungen und Merkmalen unter diesem Wort zusammengefaßt wurde, was dazu führte, das "Miteigentum" zu einem Schlagwort werden zu lassen. Man verbindet damit im allgemeinen gewisse soziale Zielsetzungen, die von der betrieblich-sozialen über die volkswirtschaftliche und soziologische Zielsetzung bis hin zu jener reichen, die von ethischen und gesellschaftspolitischen Leitbildern bestimmt ist. Das Miteigentum stellt sich dem Betrachter von dieser Warte aus primär als eine zielbestimmte Erscheinung dar. Dieses läßt sich aber nicht durch die mit ihm verbundenen Ziele erschöpfend klären. Für eine ganzheitliche Erfassung des Miteigentums müssen die Mittel berücksichtigt werden, die der Verwirklichung der Miteigentums-Idee dienen sollen. Ziel und Mittel sind demnach die beiden Betrachtungsstandpunkte, von denen aus das einheitliche Untersuchungsobjekt "Miteigentum" im folgenden definiert werden soll.

Damit ist der Standpunkt der Betrachtung umrissen, es ist aber noch nicht festgelegt, nach welcher wissenschaftlichen Ausrichtung das Miteigentum untersucht wird. Dieses beinhaltet nämlich in seiner Komplexität unabsehbar viele Merkmale und ist in den mit ihm wesentlich verbundenen Erscheinungen in mehrere Wissensgebiete einzuordnen. So weist Hartmann nicht weniger als sieben akademische Disziplinen nach, welche z.B. für eine umfassende Untersuchung des Phänomens "Gewinnbeteiligung" herangezogen werden müssen.¹⁾ Eine ausreichend vollständige Darstellung aller möglichen und auch aktuell gegebenen Aspekte des Miteigentums müßte dieses mit den Methoden und Erkenntnissen mehrerer Einzelwissenschaften angehen. Diese unterscheiden sich ja nicht primär durch die Verschiedenartigkeit des Studienobjektes, sondern durch die Fragestellung, mit der sie dieses untersuchen. In der vorliegenden Arbeit soll gegenüber dem Phänomen "Miteigentum" die wirtschaftliche Fragestellung aufgeworfen werden. Im Sinne einer wissenschaftlich ganzheitlichen Schau mag man diese Begrenzung bedauern oder gar kritisieren; aber nur so kann ein systemtragender Ansatzpunkt gefunden und damit die wissenschaftliche Fundierung der Arbeit gesichert werden. Um Mißverständnisse von vornherein auszuschalten, sei betont, daß es dabei innerhalb des wirtschaftswissenschaftlichen Problemkreises

1) S. Hartmann: "Theoretische Grundlagen der Gewinnbeteiligung", Mensch und Arbeit, Verlag Mensch und Arbeit, München 1952, S. 227. (Hartmann zählt dabei im einzelnen auf: Ethik, Psychologie, Soziologie, Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Wirtschafts- und Sozialpolitik).

primär um die betriebswirtschaftliche Erforschung des Miteigentums geht und volkswirtschaftliche Erkenntnisse nur insoweit herangezogen werden, als dies zur Verdeutlichung der einzelwirtschaftlichen Probleme geboten erscheint.

Definieren kann in dieser Fragestellung nur bedeuten, die wirtschaftlich relevanten Bestimmungsfaktoren des Miteigentums herausstellen. Konkret erfordert das, daß der wirtschaftliche Gehalt der Mittel- und Zielbedingtheit des Miteigentums darzulegen ist.

1. Die Ziele des Miteigentums

Die mit dem Miteigentum verbundenen Ziele weisen in den Einzelheiten erhebliche Unterschiede auf, was durch die verschiedene geistige Orientierung seiner Verfechter und Kritiker bedingt ist. Allen Zielen gemeinsam ist, daß über das Miteigentum eine Minderung der sozialen Spannungen zwischen den besitzenden Kapitalisten und den besitzlosen Arbeitern erreicht werden soll. Neben den allgemeinen Zielen, die mit einer Eigentumsbildung der Arbeiterschaft verfolgt werden, ist mit dem Miteigentum die besondere Idee verknüpft, die soziale Frage an ihrer wichtigsten Stelle, nämlich im Betriebe anzupacken, indem man die Vermögensbildung der Arbeitnehmer in den Betrieb hinein verlagert. Man hofft, damit eine Annäherung zwischen der Unternehmungsleitung und den Arbeitnehmern zu erreichen. Ulbrich schreibt zur Zielsetzung des Miteigentums: "Die durch die Mit-Eigentumsforderungen erstrebten Ziele sind in erster Linie

- a) wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Natur: Es geht den meisten Vorschlägen darum, durch eine organische und personale Vereinigung von Kapital und Arbeit eine Neuordnung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur zu erreichen. Damit soll der Klassenhaß und Klassenkampf überwunden und ein gerechteres Wirtschaftssystem errichtet werden. Die Schaffung persönlichen Eigentums bezweckt ferner, die Arbeitnehmer zu "krisenfesten", unabhängigen und mitverantwortlichen Trägern des Wirtschaftslebens zu machen.
- b) Vor allem verfolgen die Miteigentumsvorschläge das betriebs-sozialpolitische Ziel, Partnerschaft zwischen den betrieblichen Leistungsfaktoren Kapital und Arbeit herbeizuführen. ... Miteigentum am eigenen Betrieb bezweckt, eine reale Grundlage für das Mit-Bestimmungs- und Mitwirkungsrecht der Belegschaft zu schaffen, den Arbeitnehmer zum unternehmerischen Denken zu erziehen und ihn auch zum Mitträger des unternehmerischen Risikos zu machen. Die organische Verbindung von Kapital und Arbeit bezweckt Gleichstellung beider Partner am Ort ihrer Begegnung und damit Neuordnung der sozialen Beziehungen ohne

grundsätzliche Veränderung der Wirtschaftsform."¹⁾

Die große Linie der mit dem Miteigentum verfolgten Ziele ist durch das Zitat von Ulbrich genügend umrissen. Hervorzuheben bleibt an dieser Stelle insbesondere die Tatsache, daß viele Vorschläge zum Miteigentum in diesem eine notwendige Ergänzung bzw. Fundierung der Mitbestimmung sehen. Von Seiten der Gewerkschaften bemerkt z.B. Aufhäuser dazu: "Die parlamentarische Demokratie ohne gleichzeitig gesicherte Wirtschaftsdemokratie gewährt dem Arbeitnehmer eine Gleichberechtigung als Staatsbürger, ohne ihn zum Wirtschaftsbürger zu machen. Das Mitbestimmungsrecht ist ein Ansatz zur Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie, bleibt aber unvollständig, solange die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel einseitig und ausschließlich an ihre Besitzer gebunden ist. Mitbestimmung und Miteigentum sind untrennbare Bestandteile einer echten Wirtschaftsdemokratie".²⁾ (Unterstreichung erfolgte durch den Verfasser).

Man kann also zur Klärung des Begriffes Miteigentum festhalten: Miteigentum ist die Beteiligung der Arbeitnehmer als Eigentümer an den arbeitgebenden Unternehmungen, um die "nahezu völlige eigentumsrechtliche Trennung der Arbeitnehmer von den Produktionsmitteln zu überwinden und ein ausgewogenes Sozialgefüge zu schaffen".³⁾ Sofern es sich um eine generelle Beteiligung an den Produktionsmitteln der Wirtschaft überhaupt handelt, spricht man von überbetrieblichem Miteigentum. Für dieses sind die gesellschaftspolitischen Zielsetzungen einer Eigentumsbildung der Arbeitnehmer vorrangig. Die damit verbundenen Probleme finden ihren Niederschlag in der Diskussion um die Volksaktie und das Investmentsparen. Liegt eine Beteiligung der Arbeitnehmer als Eigentümer an den Produktionsmitteln der arbeitgebenden Unternehmung vor, dann spricht man von betrieblichem Miteigentum. Dieses zeichnet sich dadurch aus, daß es neben den allgemeinen Zielen einer Eigentumsbildung insbesondere eine neue Sozialordnung in den einzelnen Betrieben anstrebt. Soweit in den folgenden Ausführungen nicht auf diese Unterschiede hingewiesen wird, ist unter Miteigentum immer betriebliches Miteigentum zu verstehen.

Für eine definitorische Klärung des zielbedingten Inhalts des Miteigentums genügen diese Ausführungen. Um aber die Grundlage für die Untersuchung des Mittel-

1) H. Ulbrich: "Das Miteigentum der Arbeitnehmer", Verlag August Lutzeyer GmbH, Baden-Baden 1957, S. 88

2) S. Aufhäuser: "Produktionsmittelmonopol oder Miteigentum?", Gewerkschaftliche Monatshefte, Bund Verlag Köln 1954, S. 210

3) R. Dittmar: "Miteigentum - ein praktischer Vorschlag", Herausgeber: Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, Königswinter, 1957, S. 10-11. Im folgenden zitiert mit: Sozialausschüsse.

charakters des Miteigentums zu legen, ist jetzt zuerst zu klären, was der gebrauchte Ausdruck "Beteiligung am Unternehmen" beinhaltet.¹⁾

2. Die Quelle des Miteigentums

Die Frage nach dem Mittelcharakter des Miteigentums ist identisch mit der Frage nach seinen Quellen. Wenn man beim Aufzeigen der Quellen für die Miteigentumsbildung die Systematik von Pfister übernimmt, dann kann der Arbeitnehmer Miteigentum auf folgende Art erwerben:

- "a) Aus seinem Arbeitseinkommen,
- b) aus seinem durch Lohnerhöhung gesteigerten Arbeitseinkommen und
- c) aus seinem durch Gewinnbeteiligung gesteigerten Arbeitseinkommen".²⁾

Diese Darstellung der Mittelherkunft läßt uns die Mehrschichtigkeit der Substanz des Miteigentums erkennen. In dem von Pfister abgesteckten Rahmen ist bereits die Möglichkeit ausgeschlossen, bisher bei den Kapitalisten gebildetes Eigentum auf die Arbeitnehmer zu übertragen. Wenn man an den Grundlagen unserer heutigen Wirtschaftsordnung festhält, muß man eine Enteignung ausschließen. Bildung von Miteigentum ist demnach nur nach jenen Möglichkeiten denkbar, die eine Marktwirtschaft bietet. Diese Möglichkeiten sind bestimmt durch das Sparen der Arbeitnehmer (a + b) und /oder durch die Reduzierung der Gewinne der Unternehmer über eine Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer (c).

In der Diskussion um die Vermögensbildung der Arbeitnehmer wird immer wieder an die klassische Quelle der Vermögensbildung, an das Sparen angeknüpft. Es ist hier nicht zu untersuchen, unter welchen Bedingungen Sparen überhaupt zu einer echten Vermögensbildung bei den Arbeitnehmern führen kann.³⁾ Tatsache ist, daß mit der in jüngster Vergangenheit aufkommenden Diskussion um das Miteigentum nicht mehr primär vom Sparvermögen und dem Sparwillen der Arbeit-

1) Anmerkung: Es ist klar, daß der Begriff "Miteigentum" ein einheitliches Phänomen darstellt. Die getroffene Aufspaltung in den ziel- und mittelbedingten Charakter soll nur der Erleichterung der Definition und der Analyse des komplexen Begriffsinhaltes dienen, ohne daß dabei die Zusammengehörigkeit der so herausgestellten Seiten des Miteigentums außer acht gelassen wird.

2) B. Pfister: "Eigentum und Miteigentum aus soziologischer und volkswirtschaftlicher Sicht", aus: Probleme des Eigentums und Miteigentums, Bericht über die 16. Arbeitstagung der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer, Verlag Neue Wirtschaft, Bonn 1954, S. 32

3) Vgl. dazu W. Hankel und G. Zweig: "Die Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer in der Marktwirtschaft", in Sozialer Fortschritt, Duncker und Humblot, Berlin, H. 4, 1957, S. 73 ff.

nehmer ausgegangen wird. Die modernen Miteigentumspläne legen vielmehr für die Vermögensbildung der Arbeitnehmer eine mehr oder weniger klar bestimmte Erfolgsbeteiligung zu Grunde. So heißt es in dem Gesetzentwurf der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft zur Bildung des Miteigentums: "In gewerblichen Betrieben mit mehr als 100 Beschäftigten sind die Arbeitnehmer an dem Ertrag der Unternehmer zu beteiligen".¹⁾ Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) spricht in diesem Zusammenhang von einer Bildung des Miteigentums durch Beteiligung am "Substanzzuwachs des zu investierenden bzw. im vergangenen Geschäftsjahr bereits investierten Gewinns".²⁾ Ebenso sieht die Katholische Arbeiter-Bewegung (KAB) in ihren Vorschlägen zur Eigentumsbildung die Schaffung von Miteigentum über eine Beteiligung der Arbeitnehmer an der mit den Unternehmern zusammen erarbeiteten wachsenden Substanz der Betriebe, d.h. an der Selbstfinanzierungsquote vor.³⁾

Wie die Ausführungen von Pfister zeigen, wird der substantielle Inhalt des Miteigentums nicht immer auf eine Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer beschränkt. Das Wort als solches bringt eine solche Einengung der Quellen auch gar nicht zum Ausdruck. Seit der Publizierung der oben angeführten Vorschläge verbindet man die Miteigentumsbildung jedoch immer mehr mit einer Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer. Spiegelhalter berücksichtigt diesen Umstand, indem er zwischen einem engeren und weiteren Miteigentumsbegriff unterscheidet. Er schreibt dazu: "Es ist der Gedanke, einen Teil des Vermögenszuwachses der Wirtschaft, ihre sogenannte Selbstfinanzierung, auch dem Arbeitnehmer als besondere Form seines Lohnes zu Eigentum zuzuschreiben, ihm neben dem Barlohn, dem Konsumgeld, auch ein sogenanntes Produzentengeld zu geben".⁴⁾ Auch die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft heben das Miteigentum scharf von den bisherigen Methoden der Vermögensbildung ab, indem sie ihren Gesetzentwurf zur Miteigentumsbildung mit folgender Argumentation begründen: "Man kam zu der Überzeugung, daß aller Anlaß für

1) Sozialausschüsse: a. a. O., S. 24

2) DAG: "Miteigentum der Arbeitnehmer", herausgegeben vom Hauptvorstand der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Abt. Wirtschaftspolitik und Betriebsverfassung, Hamburg, Juni 1955, S. 15.

3) "Vorschläge der KAB zur Eigentumsbildung", aus Ketteler Wacht Nr. 24 vom 15. 12. 1952, ebenso dargelegt von J. Even: "Vorschläge zur Eigentumsbildung" in "Eigentum in Arbeiterhand", Sozialreferat der Abendländischen Akademie, Verlag Neues Abendland, München 1954, S. 210 ff.

4) F. Spiegelhalter: "Die Formen der Ergebnisbeteiligung", Verlag Hoppenstedt u. Co., Darmstadt 1954, S. 13

den Gesetzgeber vorliegt, die Arbeitnehmer zur Eigentumsbildung nicht nur auf das individuelle Sparen in der herkömmlichen und neuen Form zu verweisen, sondern ihnen auch geeignete Möglichkeiten zu eröffnen, daß sie an der im Rahmen der aus Gewinnen bei den Unternehmungen laufend entstehenden Eigentumsbildung teilhaben können".¹⁾ Die Verkoppelung von Erfolgsbeteiligung und Miteigentum ist demnach für das Miteigentum als besondere Art der Vermögensbildung typisch. Man sieht sich zu dieser Feststellung deshalb veranlaßt, weil dieses Charakteristikum der Miteigentumsbildung nicht immer klar hervorgehoben wird. Eine solche Differenzierung ist deshalb von großer Bedeutung, weil die Unterschiedlichkeit der Quellen eine unterschiedliche Problemstellung ergibt. Während die Ersparnisbildung des Arbeitnehmers aus seinem ihm zugeflossenen Arbeitseinkommen primär eine außerbetriebliche volkswirtschaftliche Frage ist, vollziehen sich Erfolgsbildung und Erfolgsbeteiligung ganz im Rahmen der Unternehmung und fordern zur betriebswirtschaftlichen Durchleuchtung geradezu heraus.

Die Miteigentums-Idee bringt in die Frage der Vermögensbildung in Arbeiterhand eine ganz neue Konzeption. Diese liegt darin, daß die schmale Basis einer Vermögensbildung aus erspartem Arbeitseinkommen für den Arbeiter dadurch erweitert wird, daß er am nicht ausgeschütteten Gewinn seines arbeitgebenden Betriebes beteiligt wird. Das ist also jene Erfolgsgröße, die zur Finanzierung von Nettoinvestitionen im Betrieb verbleibt. Während dieser Vermögenszuwachs bisher allein dem Kapitalisten als Eigentümer der Produktionsmittel zugeflossen ist, soll nun ein Teil davon zur Vermögensbildung für die Arbeitnehmer verwendet werden. Dahinter steht die Überlegung, daß das Arbeitsentgelt dann noch wesentlich gesteigert werden kann, wenn der Arbeiter bereit ist, die Erhöhung seines Einkommens nicht in Bargeld zu verlangen, sondern als Anteil an den Nettoinvestitionen der Betriebe. Diese These findet sich in der Literatur immer wieder,²⁾ sie ist sogar von der KAB in ihre Vorschläge zur Miteigentumsbildung aufgenommen worden, wenn diese dort feststellt: "Eine Erhöhung des Arbeitseinkommens der Arbeitnehmer über den Tariflohn hinaus ist ohne Schaden für die Wäh-

1) Sozialausschüsse: a. a. O., S. 19-20

2) Vgl.: a) O. v. Nell-Breuning: "Das Lohnproblem im Zusammenhang mit der Beteiligung des Arbeiters am Sozialprodukt, insbesondere an der volkswirtschaftlichen Vermögensbildung" in "Wirtschaft und Gesellschaft heute", Band I, Verlag Herder, Freiburg 1956, S. 411 und

b) vgl. : Wissenschaftlicher Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium , 17. Gutachten v. 24.9.1950: "Struktur- und konjunkturpolitische Fragen der Einkommensverteilung", Verlag O. Schwartz u. Co., Göttingen 1953, S. 31 ff.

rung, die Produktivität und Liquidität der Unternehmung möglich, wenn die Gewähr gegeben ist, daß die den Tariflohn übersteigenden Bezüge nicht in bar ausgezahlt und für Konsumzwecke ausgegeben, sondern in Form von Anteilen am Substanzzuwachs der Betriebe überschrieben, also schon im Entstehen als Produktivkapital angelegt werden".¹⁾

Diese Ausführungen lassen erkennen, welche Bedeutung der Bestimmung der Quelle des Miteigentums für die Ausrichtung der anschließenden Untersuchung zukommt. Bevor darauf näher eingegangen wird, kann der Begriff des Miteigentums nun wie folgt festgelegt werden:

Unter Miteigentum versteht man die Beteiligung der Arbeitnehmer an den Produktionsmitteln der arbeitgebenden Unternehmung. Dieser Beteiligung liegen soziale Motive zu Grunde, deren allgemeines Endziel es ist, die sozialen Spannungen zwischen den besitzenden Unternehmern und den "besitzlosen" Arbeitern zu mindern bzw. zu beseitigen. Beteiligung und Zielsetzung können in ihrer Ausgestaltung im einzelnen verschieden sein. Miteigentum im weitesten Sinne umfaßt jede Teilhabe der Arbeitnehmer an den Produktionsmitteln; unter Miteigentum im engeren Sinne versteht man dagegen die Teilhabe der Arbeitnehmer an der Substanz der Unternehmung in Verbindung mit einer Erfolgsbeteiligung. Als Beteiligungsbasis ist in den einzelnen Vorschlägen zur Miteigentumsbildung insbesondere an die einbehaltenen und investierten Gewinne, d. h. an den selbstfinanzierten Vermögenszuwachs gedacht.

In dieser eingegrenzten Konzeption soll das betriebliche Miteigentum in der vorliegenden Arbeit untersucht werden.

3. Aufbereitung der Probleme des Miteigentums

Die mit der Begründung des Miteigentums durch eine Beteiligung am betrieblichen Substanzzuwachs verbundenen Fragen bilden den ersten Hauptteil der vorliegenden Arbeit. Hierher gehören die Probleme einer klaren wirtschaftlichen und rechtlichen Bestimmung des Miteigentums (Teil I, Abschnitt A II). Sie bilden eine unabdingbare Voraussetzung für die Eingliederung des Miteigentums in das Spiegelbild der Unternehmung, in die Bilanz (Teil I, A III).

Nach der Untersuchung der formalen Struktur des Miteigentums erfolgt eine Klärung seiner (finanz-)wirtschaftlichen Substanz (Teil I, Abschnitt B I und B II). Anschließend soll die wirtschaftliche Bedeutung und Auswirkung des Miteigentums auf die bei der Miteigentumsbildung beteiligten Personenkreise (Teil I, Abschnitt B III) und auf die Unternehmung als solche (Teil I, Abschnitt B IV)

1) KAB: a. a. O., S. 15-16

aufgezeigt werden. Der Ausgleich der verschiedenen Interessen bei der Miteigentumsbildung durch den Manager kommt im abschließenden Abschnitt B V zur Darstellung.

Da im ersten Teil der Arbeit vor allem der formale und materielle Gehalt des Miteigentums als Beteiligungsform analysiert wird, kann man die mit den gesellschaftlichen und betrieblich-sozialen Endzielen einer solchen Beteiligung entstehenden Fragen dem zweiten Fragenkreis der Arbeit zuordnen. Dieser wird als "Die zielbedingte Problematik des Miteigentums" überschrieben. In diesem Teil der Arbeit ist zu klären, inwieweit es möglich und sinnvoll ist, über das Miteigentum und die Miteigentumsrechte eine Annäherung der Arbeiter und der Unternehmer anzustreben (Teil 2, Kapitel A). Es ist die Frage nach einer sozial wünschenswerten und wirtschaftlich möglichen Gestaltung der Leitungsfunktion in Ausrichtung auf eine soziale Betriebsführung. Dabei werden die besonderen Probleme der Verwirklichung der Miteigentumsidee bei den Personalgesellschaften und bei den Kapitalgesellschaften gesondert behandelt. Von hier aus kann dann eine Kritik an der betrieblich-sozialen Zielsetzung des Miteigentums erfolgen (Teil 2, Abschnitt A II).

Eine ausreichend umfassende Würdigung des Miteigentums aus wirtschaftlicher Sicht macht es notwendig, grundsätzliche Fragen zur betrieblichen Ordnung durch das Miteigentum aufzuwerfen (Teil 2, Kapitel B I). Dabei wird es notwendig sein, die Verflechtung zwischen der Wirtschaftsordnung und der Struktur des Einzelbetriebes aufzuzeigen. Diese Ausführungen sollen es ermöglichen, abschließend eine Aussage über die Gestalt des Betriebstyps bei einer breiten Miteigentumsbildung zu machen (Teil 2, Abschnitt B II).

II. Die rechtliche Fassung des Miteigentums

Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei gleich zu Anfang dieses Abschnittes betont, daß es sich im folgenden nicht darum handeln kann, die rechtlichen Probleme des Miteigentums auch nur einigermaßen erschöpfend darzustellen. Für die Fragestellung der vorliegenden Arbeit sind die juristischen Vorstellungen über die Ausgestaltung des Miteigentums nur in ihrer wirtschaftlichen Auswirkung von Bedeutung. Es ist interessant, daß man sich schon im Jahre 1922 mit der rechtlichen Problematik einer Beteiligung der Arbeitnehmer am Gewinn und Kapital der Unternehmen auf dem damaligen Juristentag in Bamberg befaßte, vor allem aber, daß der damalige Referent Prof. Kaskel zur Bedeutung der rechtlichen Fragen feststellte: "Die Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital und Gewinn ist in erster Linie eine Frage der Wirtschaft. Wirtschaftliche Momente sind es daher in erster Reihe, die sowohl für die Frage, ob sie eingeführt werden soll, wie für die Frage ihrer Ausgestaltung maßgebend sind und auch künftig maßgebend bleiben

werden. ... Erst in letzter Reihe ist die Frage der Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital und Gewinn eine Frage des Rechts, nämlich die Frage nach den hierfür möglichen und geeignetsten Rechtsformen. Die Beantwortung dieser Fragen ist indessen zum Teil abhängig von den wirtschaftlichen und politischen Vorfragen und kann für sich allein selbständig nicht gelöst werden".¹⁾

In den folgenden Ausführungen soll deshalb untersucht werden, welche Vorschläge hinsichtlich der rechtlichen Ausgestaltung des Miteigentums gemacht wurden und welche Bedeutung das für die wirtschaftliche Auswirkung des Miteigentums hat. Dabei werden nur die grundlegenden Möglichkeiten erörtert, um daraus die für das Miteigentum typische Rechtsform herauszuarbeiten. Ist diese gefunden, dann kann geklärt werden, wie sich das so gefaßte Miteigentum in die gesetzlich fixierte Struktur unserer Gesellschaftsformen eingliedern läßt.

1. Das Miteigentum als Schuld- und/oder Gesellschaftsverhältnis

Dem mehrschichtigen materiellen Gehalt des Miteigentums im weiteren Sinne entspricht seine vielfältige formale Fassung. Dieser Tatbestand hat dazu beigetragen, die Spannweite des Phänomens Miteigentum so zu erweitern, daß man darunter alle eigentumsähnlichen Formen einer Beteiligung der Arbeitnehmer-schaft am Kapital der Wirtschaft subsumiert.

Durch die Themenstellung dürfen sofort all jene Beteiligungen am Eigentum der Produktionsmittel ausgeschlossen werden, die auf überbetrieblicher Ebene liegen und ihre formale rechtliche Ausprägung durch die Investmentpapiere gefunden haben. Es ist jedoch hervorzuheben, daß die Vorschläge zum Miteigentum nicht allein betrieblich gebundene Eigentumstitel, sondern auch überbetriebliches Miteigentum vorsehen. Während Häussler²⁾ in seinem Plan zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer über den Investivlohn von vornherein die Eigentumsanteile der einzelnen Unternehmen in einer Investment-Treuhand-Gesellschaft zusammenfassen will, sehen die Vorschläge der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, der KAB und der DAG ein überbetriebliches Miteigentum neben den betrieblich gebundenen Anteilen vor. Damit wird einerseits das wirtschaftliche Interesse der einzelnen Unternehmungen

1) E. Kaskel: "In welcher rechtlichen Form ist die Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital und Gewinn des Unternehmens möglich?", Verhandlungen des 32. Deutschen Juristentages, Walter de Gruyter u. Co., Berlin 1922, S. 280 ff.

2) Vgl.: E. Häussler: "Der Arbeitnehmer von morgen", 3. Auflage, Selbstverlag, Stuttgart 1956, S. 20

gen um Erhaltung der Liquidität berücksichtigt und andererseits der Wunsch der Arbeitnehmer nach Risikominderung und Erhaltung der Freizügigkeit beachtet.¹⁾ Auf die Notwendigkeit bzw. Zweckmäßigkeit einer Verbindung von betrieblichem Miteigentum mit überbetrieblichen Anteilen wird noch an anderer Stelle einzugehen sein.

Innerhalb der verbleibenden Systeme, die auf eine Beteiligung der Arbeitnehmer an der Substanz der arbeitgebenden Unternehmung abgestellt sind, bleibt jene Skala von Miteigentums-Formen, die von einem losen Gläubigerverhältnis bis zu einem Gesellschaftsverhältnis reichen. Die Aufteilung und systematische Zuordnung dieser Formen wird wesentlich dadurch erschwert, daß sich zwischen den beiden Polen Schuldverhältnis und Gesellschaftsverhältnis eine bunte Fülle von Mischformen herausgebildet hat, die je nach Ausgestaltung eine Akzentuierung bald nach der schuldrechtlichen, bald nach der gesellschaftsrechtlichen Seite aufweisen. Ich erwähne sie nur, um die Formen eines echten, d.h. des typischen betrieblichen Miteigentums herauszustellen. Miteigentum ist in dem hier zu behandelnden Sinne vor allen Dingen nicht identisch mit dem gleichlautenden Begriff des § 1008 BGB, wonach das Eigentum an einer Sache mehreren Personen nach Bruchteilen zusteht. Unter Eigentum ist in dieser Arbeit auch nicht die Einräumung eines selbständigen dinglichen Rechtes nach § 903 BGB zu verstehen. Ulbrich bemerkt dazu: "Während der Miteigentümer im bürgerrechtlichen Sinne ein selbständiges dingliches Recht an einer Sache eingeräumt bekommt und dieses Eigentum selbst als ein Ganzes behandelt wird, soll der Arbeitnehmer-Miteigentümer Mitbeteiligter zur gesamten Hand werden".²⁾

Man gewinnt eine Distanz von den einzelnen Vorschlägen zum Miteigentum dadurch, daß man sich bei der Frage nach der rechtlichen Fassung des Miteigentums die damit gemeinsam erstrebten Endziele vor Augen hält. Dieses Endziel heißt aber generell "Überwindung der sozialen Kluft zwischen den besitzenden Unternehmern und den besitzlosen Arbeitern durch deren Beteiligung am Eigentum der Produktionsmittel ihres arbeitgebenden Betriebes". Es bleibt also zu klären, welche formal-rechtliche Fassung das Miteigentum hat, bzw. haben muß, um mit diesem Endziel übereinzustimmen.

Als allgemeines Grundanliegen des Miteigentums darf man eine solche Beteiligung ansehen, die dem Arbeitnehmer ein substantiell gesichertes Eigentum mit möglichst guter Ertragsfähigkeit und einer umfangreichen Interessenwahrnehmung bei seiner Unternehmung gewährleistet. Unerwünscht sind dagegen Verlustgefahren, Haftungsübernahme, Einschränkung der Freizügigkeit, kurz gesagt, der Ar-

1) Vgl. : Sozialausschüsse: a. a. O., S. 24 ff., KAB; a. a. O., S. 15 ff. und R.

Dittmar: "Miteigentum", DAG-Schriftenreihe H. 20, Hamburg 1953, S. 28

2) H. Ulbrich: a. a. O., S. 46

beitnehmer ist zwar an den Rechten eines Eigenkapitalgebers interessiert, nicht aber an den damit verbundenen Pflichten. Er möchte vielmehr bei der Ausgestaltung des Miteigentums die Vorteile eines Gesellschaftsverhältnisses mit denen aus einem Schuldverhältnis koppeln. Man kann diesen Wunsch verstehen, und es lassen sich genügend Argumente zu seiner Begründung anführen. In der Praxis hat man tatsächlich Faktoren der beiden Grundformen Schuld- und Gesellschaftsverhältnis miteinander kombiniert. So weist z. B. Fischer in seinem Aufsatz: "Betriebliches Miteigentum und seine Formen" ausdrücklich auf die verschiedenartigen Kapitalmischformen hin.¹⁾ Nach diesen Darstellungen kommt man zu der Erkenntnis, daß grundsätzlich alle Beteiligungen an der betrieblichen Substanz ohne Rücksicht auf die jeweilige juristische Prägung zum Miteigentum zählen.

In dieser weitgespannten formalen Gestaltung behandelt auch Ulbrich das Miteigentum. Er kommt den Fragen der rechtlichen Fassung des Miteigentums näher, indem er nachweist, daß die neuzeitlichen Miteigentumspläne in enger Verwandtschaft zu den schon seit Jahrzehnten bekannten Formen der Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer stehen.²⁾ Erinnert sei z. B. an den Plan einer Beteiligung der Arbeitnehmerschaft am Kapital der Gesamtwirtschaft auf Grund eines Reichsgesetzes, eine Idee, die am Ende des Ersten Weltkrieges aufkam und unter dem Namen Treuga-Plan (Treuga = Treuhand-Gesellschaft Deutschland A. G.) bekannt geworden ist.³⁾

Ich möchte bewußt auf eine detaillierte Darstellung der Kapitalmischformen hier verzichten und versuchen, die Frage zu klären, inwieweit diese Formen für das Miteigentum typisch sind.⁴⁾ Man muß dabei festhalten, daß das Miteigentum generell auf eine vermögensmäßige Gleichstellung oder doch auf eine Annäherung zwischen den beiden Kapitalgebern Arbeitnehmer und Unternehmer abzielt. Gleichstellung bedeutet in diesem Zusammenhang, daß die Arbeiter durch die Miteigentumsbildung grundsätzlich die gleichen Kapitalrechte und damit allerdings auch die gleichen Kapitalpflichten wie der Unternehmer erhalten

1) Vgl. : G. Fischer: "Betriebliches Miteigentum und seine Formen", in Politisch-Soziale Korrespondenz (PSK), Eigenverlag des Organs der Gemeinschaft für christlich-soziale Schulung und öffentliche Meinungsbildung e. V., H. 3 1958

2) H. Ulbrich: a. a. O., S. 97

3) Vgl. : A. Südekum: "Kapital- und Gewinnbeteiligung als Grundlage planmäßiger Wirtschaftsführung", Verlag Julius Springer, Berlin 1921

4) Zu den Kapitalmischformen vergleiche die Darstellung von G. Fischer: "Eigentumsformen für die Mitarbeiter der Betriebe", in "Eigentum in Arbeit", a. a. O., S. 125

sollen. Damit ist aber gesagt, daß nicht das Schuldverhältnis, sondern das Gesellschaftsverhältnis die für das Miteigentum und seine Zielsetzung adäquate formalrechtliche Fassung ist. Wenn die Praxis Zwitterverhältnisse bei der Ausgestaltung des Miteigentums geschaffen hat, dann insbesondere aus folgenden Gründen:

- a) Das Gesellschaftsverhältnis bringt dem Arbeitnehmer nicht nur die grundsätzlich erwünschte Gleichstellung neben dem Unternehmer ein, sondern **zwingt** auch zur Übernahme von ¹⁾weniger beliebten Pflichten wie Haftung, Bindung und Risikotragung.
- b) Die in unserem Gesellschaftsrecht festgelegten Unternehmungsformen lassen nur teilweise eine direkte Einzelbeteiligung jedes Arbeitnehmers als Gesellschafter zu.

Die Verwischung der Rechtsbeziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern bei der Schaffung von Miteigentum ist keine für dieses eigentümliche Erscheinung, sondern eine Folge gesetzlich festgelegter Bestimmungen unserer Gesellschaftsformen. Diese Folgerung darf man auch darauf stützen, daß in den bekannten Fällen, wo sich von dieser Seite keine Schwierigkeiten entgegenstellen, nämlich bei der Aktiengesellschaft, die Beteiligung als Gesellschaftsverhältnis in Form der Kapitalbeteiligung über Aktien ausgestaltet wurde. Unternehmen anderer Form haben, gezwungen durch ihre wirtschaftliche und rechtliche Struktur, die Beteiligung im allgemeinen als Mischform konstruiert. Da das Miteigentum aber in seiner Grundkonzeption auf ein echtes Gesellschaftsverhältnis ausgerichtet ist, werden als Miteigentum hier nur solche Beteiligungsformen aufgefaßt, die ein Gesellschaftsverhältnis begründen. Nur so kann das Typische der formalen Gestaltung des Miteigentums erfaßt und in Bezug auf seine Eingliederung in die Unternehmung kritisch untersucht werden. Damit wurde keine eigenwillige Beschneidung des Miteigentums vorgenommen. Es wird in dieser Abgrenzung z.B. auch von Spiegelhalter gesehen, der schreibt: "Man findet in der Praxis bisher so gut wie keine Fälle, bei denen die Arbeitnehmer einer Einzelfirma oder einer Personalgesellschaft als echte Miteigentümer beteiligt sind. Es finden sich lediglich im Rahmen verschiedener Ergebnisbeteiligungssysteme gewisse Formen eines mittelbaren betrieblichen Miteigentums. Hier tritt der Arbeitnehmer rechtlich nicht als Eigentümer (Eigenkapital), sondern als stiller Darlehengeber (Fremdkapital) in Erscheinung. ... Diese und ähnliche Formen einer Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer an ihren Unternehmen stehen jedoch außerhalb dessen, was

1) Anmerkung: Für eine ausgewogene finanzielle Struktur ist auf die Dauer die Übernahme von Kapitalpflichten durch die Miteigentümer im Interesse der anderen Kapitalgeber und im Interesse der Unternehmung unumgänglich.

man gemeinhin unter betrieblichem Miteigentum versteht".¹⁾ (Unterstreichung vom Verfasser). Daraus darf man schließen, daß "echtes" Miteigentum nur dann vorliegt, wenn die Arbeitnehmer tatsächlich auch Eigentümer neben den bisherigen Eigentümern des Betriebes werden, d. h., wenn sie in einer gesellschaftergleichen oder doch gesellschafterähnlichen Rechtsbeziehung zu der Unternehmung stehen. In dieser formalrechtlichen Form wird das Miteigentum auch von politischer Seite erstrebt. Nach den Vorschlägen der Sozialausschüsse, welche seitens der Parteien bis jetzt die einzige detaillierte Stellungnahme zum Miteigentum bilden, sind über das Miteigentum "Unter Mitwirkung der Gewerkschaften möglichst viele Arbeitnehmerverhältnisse einmal in echte Gesellschaftsverhältnisse umzuwandeln". Die Beteiligung in Form eines Schuldverhältnisses wird ausdrücklich als Ausnahme und Ersatzlösung zur Überwindung von solchen Schwierigkeiten vorgesehen, die einer gesellschaftergleichen Eingliederung des Arbeitnehmers auf Grund der rechtlichen Konstruktion unseres Gesellschaftsrechts entgegenstehen.²⁾

Berücksichtigt man innerhalb dieser Überlegungen noch den Tatbestand, daß mit dem Miteigentum eine Mitbestimmung der Arbeitnehmer erreicht werden soll, diese aber kraft des Kapitalanteils nur in einem gesellschaftlichen Rechtsverhältnis erreicht werden kann, dann darf man feststellen: Das betriebliche Miteigentum erhält seine typische rechtliche Fassung durch eine gesellschaftlich ausgestaltete Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer.

Damit soll nicht bestritten werden, daß sich das Miteigentum mit seinen Zielsetzungen nicht auch auf dem Boden eines Schuldverhältnisses dann verfolgen läßt, wenn die Betriebe freiwillig den Miteigentümern ähnliche Rechte wie den anderen Gesellschaftern einräumen. Solche freiwilligen Vereinbarungen sind in der Praxis der Partnerschaftsbetriebe durchaus üblich. Sie resultieren aber nicht aus dem Miteigentum als solchem, sondern aus einer veränderten Haltung der Partner. Miteigentum in diesem Sinne ist die Folge einer bereits neu verstandenen sozialen Betriebsordnung. Da man eine solche Konzeption für die meisten Betriebe nicht voraussetzen kann, sind in der vorliegenden Arbeit die Auswirkungen des Miteigentums kraft der ihm selbst gegebenen Möglichkeiten zu klären. Man muß sich dabei m. E. immer vor Augen halten, daß nicht nur das Miteigentum, sondern auch jede Unternehmungsform einer ganz bestimmten, ihr eigentümlichen Konzeption entspricht, welche zu der durch das Gesetz gegebenen Konstruktion geführt hat. Damit sei von vornherein der Gefahr be-

1) F. Spiegelhalter: "Miteigentum und Gewinnbeteiligung", Schriftenreihe der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, H. 17, Köln 1957, S. 9 ff.

2) Sozialausschüsse: a. a. O., S. 12 und S. 25

gegnet, über den Weg der Vertragsfreiheit das Miteigentum in die verschiedenen Unternehmungsformen hinein zu konstruieren.

2. Die Eingliederung des Miteigentums in die Unternehmungsformen

a) Allgemeine Anforderungen

In der Literatur und in der Praxis neigt man dazu, die Einführung des Miteigentums in die einzelnen Unternehmungsformen zu einer rein rechtlich-technischen Frage zu deklarieren. Dabei vergißt man sehr leicht, daß der Gesetzgeber mit seinen Bestimmungen die Unternehmungsformen nicht mehr oder weniger willkürlich "zusammengebaut" hat. Er ist dabei vielmehr von den durch das wirtschaftliche Leben geschaffenen Formen ausgegangen und hat diese ausgewogenen Organismen mit seinen Gesetzen rechtlich fixiert und sanktioniert. Man muß beachten, daß alle systemfremden Rechtsinstrumente die einheitliche Abgestimmtheit dieses Organismus sprengen und ihn damit in seiner Funktionsfähigkeit behindern oder gar zerstören können. Es geht deshalb in den folgenden Ausführungen primär darum, die wirtschaftliche Bedeutung bei der Eingliederung der Miteigentümer in das Unternehmen und nicht die rechtlichen Möglichkeiten einer solchen überhaupt darzulegen. Was diese anbelangt, stützt sich die folgende Darstellung auf die diesbezüglichen umfangreichen Untersuchungen und Arbeiten der Studienkommission des Deutschen Juristentages, die sich in jüngster Vergangenheit insbesondere durch zwei Veröffentlichungen zu der gesetzlichen Regelung der Unternehmensbeteiligung der Arbeitnehmer geäußert hat.¹⁾

Für die Beteiligung der Arbeitnehmer als Gesellschafter ist generell bei allen Unternehmungsformen zu beachten, daß eine solchermaßen gestaltete Beteiligungsform über die schuldrechtlichen Beziehungen hinausgeht, weshalb eine Beteiligungsvereinbarung abzuschließen ist. Beim Abschluß einer solchen Vereinbarung haben alle übrigen Gesellschafter bzw. die Gesellschaftsorgane mitzuwirken, eine Notwendigkeit, die nur im Falle der Einzelunternehmung entfällt.

Es wurde bereits oben betont, daß es nicht angeht, den Miteigentümern nur Kapitalrechte zuzugestehen, ohne ihnen auch die Pflichten eines Gesellschafters zu übertragen. Trotzdem ist es dringend notwendig, bei der Eingliederung des Mit-

1) Vgl.: a) R. Reinhardt und A. Nikisch: "Die Gestaltung der Unternehmungsformen unter den Gesichtspunkten der Wirtschafts- u. Sozialverfassung", Verhandlung des 39. Juristentages, Verlag J.C.B. Mohr, Tübingen 1952 und
b) Studienkommission des Deutschen Juristentages: "Untersuchungen zur Reform des Unternehmungsrechts - Die Partnerschaft der Arbeitnehmer", Verlag J.C.B. Mohr, Tübingen 1957

eigentümers seine für ihn entscheidende Stellung als Arbeiter zu berücksichtigen. Konkret bedeutet das, daß die Miteigentumstitel so zu fassen sind, daß der Arbeiter mit ihnen keine sie übersteigende Haftung übernimmt. Nicht zuletzt ist bei der Eingliederung des Miteigentümers zu berücksichtigen, daß seine Freizügigkeit in der Wahl seines Arbeitsplatzes hinreichend gewahrt bleibt. In dem Streit um die Gestaltung des Miteigentums haben sich gerade zu diesem Punkt sehr verschiedene Meinungen ergeben. Hankel und Zweig bemerken in ihrer Stellungnahme zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer dazu: "Eines sollte jedoch allen Miteigentumsformen gemeinsam sein: Die Unabhängigkeit des Miteigentums des einzelnen Arbeitnehmers von seiner Betriebszugehörigkeit. Nur die Formen des Miteigentums führen zu einer nachhaltigen Beteiligung der Arbeitnehmer am volkswirtschaftlichen Produktivkapital, die eine Ablösung der unmittelbaren Ansprüche an das Eigenkapital seiner Unternehmung zugunsten abstrakter Ansprüche gegenüber einem großen Kapitalverband vorsehen; d. h. uns schwebt eine generelle Umwandlung der individuellen Kapitalanteile des einzelnen Arbeitnehmers in Ansprüche gegenüber einer Investmentgesellschaft vor".¹⁾

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich hier bei der Ausgestaltung des Miteigentums ergeben, liegen in der Gegensätzlichkeit der Zielsetzungen. Die Bindung des Arbeiters an den Betrieb soll erfolgen, damit sein Interesse und sein Verantwortungsgefühl für das betriebliche Geschehen geweckt wird. Die Freiheit in der Wahl des Arbeitsplatzes will man dem Arbeiter deshalb sichern, damit er nicht auf Gedeih und Verderb an das Schicksal des Betriebes gebunden ist, sondern seine Chancen am Arbeitsmarkt ausnutzen kann. Die oben zitierten Entwürfe der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, der KAB und der DAG zur Miteigentumsbildung haben diesen Interessengegensatz erkannt und deshalb besondere Regelungen für den Fall getroffen, daß ein Miteigentümer aus seinem Unternehmen ausscheidet. Für die Dauer der Betriebszugehörigkeit wird allgemein eine Beschränkung der Veräußerungsmöglichkeit anerkannt. Dahinter steht einmal die Absicht, die Umwandlung des Miteigentums in Konsumgeld zu verhindern; weiterhin soll dadurch vermieden werden, daß Miteigentum in Hände betriebsfremder Dritter gelangt. Von diesem Gedanken aus ist die Regelung zu verstehen, daß beim Ausscheiden des Miteigentümers dieser seinen Anteil entweder an einen anderen Miteigentümer veräußern oder an das Unternehmen zurückgeben kann. Um die Liquidität des Betriebes zu sichern, ist bei der Rückgabe der Kapitaltitel an den Betrieb eine gewisse Zeit-

1) W. Hankel und G. Zweig: "Die Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer in der Marktwirtschaft", in Sozialer Fortschritt, Duncker u. Humblot, Berlin 1957, H. 7, S. 160

spanne bis zur Ausbezahlung in bar vorgesehen. Während dieser Zeit wird das Miteigentum in ein verzinsliches Darlehen oder in eine Rentenschuld umgewandelt.¹⁾

Damit sind die wirtschaftlichen Vorfragen angedeutet, die für eine organische Eingliederung des Arbeitergesellschafters in das Unternehmen bedeutsam werden. Dabei wird an eine Eingliederung gedacht, die das Interesse des Betriebes und dasjenige des Miteigentümers gegeneinander so abwägt, daß der Betrieb in seinen Funktionen nicht gestört und die soziale Stellung des Arbeiters gestärkt wird.

Nach der wirtschaftlichen Struktur sind in unserem Gesellschaftsrecht zwei Grundtypen von Unternehmungsformen zu unterscheiden: die Personalgesellschaften und die Kapitalgesellschaften. Zu den Personalgesellschaften zählen die OHG und die KG. Sie basieren auf der engen, vertrauensvollen Zusammenarbeit der Gesellschafter und der relativen Konstanz ihrer Mitglieder. Sie zeichnen sich weiterhin durch eine arbeits- und kapitalmäßige Beteiligung der Gesellschafter sowie durch deren persönliche Haftung aus. Mit diesen idealtypischen Merkmalen unterscheiden sich die Personalgesellschaften wesentlich von den Kapitalgesellschaften, nämlich der Aktiengesellschaft und der GmbH. Diese bauen auf der rein kapitalmäßigen Beteiligung ihrer Mitglieder auf und lassen eine mehr oder weniger starke Fluktuation im Bestande der Gesellschafter zu. Infolge der eigenen Rechtspersönlichkeit der Gesellschaft ist bei den Kapitalgesellschaften keine unmittelbare Haftung der Gesellschafter nötig.

Stellt man diesen Charakterzügen unserer Unternehmungsformen diejenigen des Miteigentums, nämlich Beteiligung an der Substanzmehrung, Gewährung von Einflußrechten, Begrenzung der Haftung und Erhaltung der Freizügigkeit gegenüber, dann erkennt man, daß sich eine gesellschaftergleiche Beteiligung in den Kapitalgesellschaften leichter verwirklichen läßt als bei den Personengesellschaften. Einzelheiten zu dieser These lassen sich nur durch ein Eingehen auf die verschiedenen Unternehmungsformen gewinnen, wobei der Vollständigkeit wegen auch die Einzelfirma mit in die Betrachtung einbezogen werden soll.

1) Sozialausschüsse: a. a. O., S. 28-29

b) Die gesellschaftliche Beteiligung der Miteigentümer bei den Personalge-
sellschaften

ba) Die Offene Handelsgesellschaft (OHG):

Die Beurteilung der Möglichkeiten einer Eingliederung der Miteigentümer als Gesellschafter in die offene Handelsgesellschaft ist davon abhängig, ob man die im Handelsgesetzbuch getroffenen rechtlichen Bestimmungen zu dieser Unternehmungsform als unabänderliche Daten betrachtet oder bei der Lösung des Problems davon ausgeht, daß unter Wahrung der Interessen aller Beteiligten die gesetzlichen Vorschriften auch abgewandelt werden können. Hält man sich an die erste Methode, dann muß man zu dem Ergebnis kommen, daß eine gesellschaftergleiche Eingliederung der Arbeitnehmer in die OHG in beiderseitigem Interesse nicht geboten erscheint.

Als unüberwindliches Hindernis wird in der Literatur immer wieder die zwingende Vorschrift des § 128 HGB hervorgehoben, wonach alle Gesellschafter mit ihrem gesamten Vermögen unmittelbar und solidarisch für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft haften. Mac Lean of Coll stellt dazu fest:¹⁾ "Nehmen wir an, die Mitarbeiter würden an einer OHG beteiligt, so ist eine Verlustbeteiligung nicht beschränkbar, d. h. sie würden ohne weiteres mit ihrem gesamten Privatvermögen zur Haftung herangezogen werden können. Außerdem bestünde die Notwendigkeit der Eintragung jedes einzelnen Gesellschafters in das Handelsregister (HR). Das schließt diese Form aus".

Zu einem anderen Ergebnis kommt man allerdings dann, wenn man das Gefüge der gesetzlichen Vorschriften über die OHG und die Rechtsstellung ihrer Gesellschafter nach den bei der Miteigentumsbildung vorliegenden Notwendigkeiten abändert bzw. ergänzt. Das besondere Problem liegt dabei darin, diese Änderungen und Ergänzungen so zu treffen, daß der "sachgerechte Aufbau des erwerbswirtschaftlichen Unternehmens" nicht zerstört wird.²⁾ Wie bereits oben angedeutet, hat sich ein Ausschuß des Deutschen Juristentages eingehend mit dieser Aufgabe befaßt und das Ergebnis seiner Arbeit in thesenartiger Form veröffentlicht. Diese Thesen dienen als Anhaltspunkte, um im folgenden aufzuzeigen, wie eine gesellschaftliche Aufnahme der Miteigentümer zweckmäßig gestaltet werden kann. Es kann sich dabei nur um einen skizzenhaften Entwurf handeln, weshalb in diesem Kapitel der Arbeit eine Komprimierung der Ausführungen erlaubt sei.

-
- 1) D. Mac Lean of Coll: "Ergebnis- und Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer - Rechtsformen u. Steuerprobleme", ZfB, Gabler Verlag, Wiesbaden 1950, S. 212 ff.
 - 2) Vgl.: R. Reinhardt: "Die gesellschaftsrechtlichen Fragen der Gestaltung der Unternehmungsformen", a. a. O., S. 40 ff.

Beteiligungsvertrag: Da eine gesellschaftliche Beteiligung der Arbeitnehmer über die Geschäfte hinausgeht, die der gewöhnliche Betrieb des Handelsgewerbes mit sich bringt (vgl. § 116, Satz 2 HGB), bedarf die Beteiligungsvereinbarung der Zustimmung aller Gesellschafter. Darin liegt jedoch bereits die Gefahr begründet, daß die Arbeitnehmergesellschaften über diese Bestimmung ihre Sonderstellung dadurch zu stärken versuchen, daß sie der Aufnahme von weiteren Gesellschaftern, sei es durch Eintritt neuer Arbeitnehmer oder von neuen Kapitalgebern widersprechen. Es ist deshalb zweckmäßig, im Gesellschaftsvertrag eine entsprechende Vereinbarung zu treffen, die eine solche Rechtsausübung der Miteigentümer unmöglich macht. Mit dieser Beschneidung des Bestimmungsrechtes bei der Aufnahme von Gesellschaftern hängen eng jene Gesellschaftsrechte zusammen, welche die Auflösung der Gesellschaft und das Ausscheiden von Gesellschaftern regeln (vgl. §§ 131 ff. HGB). In diesen Paragraphen kommt zum Ausdruck, daß die OHG eine echte Schicksalsgemeinschaft darstellt, weshalb der Bestand der Gesellschaft sehr eng an die Person des einzelnen Gesellschafters gebunden ist. Der mit den Untersuchungen zur Reform des Unternehmensrechts beauftragte Ausschuß des Deutschen Juristentages (im folgenden Deutscher Juristentag genannt) schlägt deshalb in der These 186 seiner Veröffentlichung vor: "Der Arbeitnehmergesellschaftler kann keine Anträge nach §§ 117, 127, 133, 140 und 142 HGB stellen; er kann bei der Annahme oder Ablehnung des Antrages eines Erben eines verstorbenen Gesellschafters gemäß § 139 HGB und bei Beschlüssen nach § 141 HGB nicht mitwirken".¹⁾

Für die vorliegende Arbeit ist festzuhalten, daß mit dieser Eingrenzung der Gesellschafterrechte der Miteigentümer die wechselseitige Unabhängigkeit zwischen der Gesellschaft und den Miteigentümern erreicht wird; das bedeutet, daß unabhängig von den Miteigentümern neue Gesellschafter aufgenommen werden und die Miteigentümer selbst ausscheiden können, ohne daß die Gesellschaft aufgelöst werden muß.

Leitungsrechte: Durch Bezugnahme auf die §§ 117 und 127 HGB hat der Deutsche Juristentag gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß die Miteigentümer nicht auf die Entziehung der Befugnis zur Geschäftsführung und Vertretung bei den Unternehmergesellschaften Einfluß haben sollen. Das läßt sich nur dann ganz verstehen, wenn man beachtet, wie die Rechte zur Geschäftsführung und Vertretung für die Miteigentümer überhaupt geregelt sind. Grundsätzlich sind nach § 114 HGB zur Führung der Geschäfte der Gesellschaft alle Gesellschafter berechtigt und verpflichtet. Wenngleich die Geschäftsführung nach dem Gesellschaftsvertrag einem oder bestimmten Gesellschaftern übertragen werden kann, so ist damit doch noch nicht geklärt, ob von dieser Möglichkeit für die Arbeitnehmer generell Gebrauch

1) Studienkommission des Deutschen Juristentages: a. a. O., S. 53

gemacht werden soll. Man kann diese Frage nicht nach juristischen, sondern nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten entscheiden. Wie bereits betont wurde, erstrebt das Miteigentum eine möglichst weitgehende Teilhabe der Arbeitnehmer nicht nur am Kapital der Unternehmung, sondern eine Verbindung dergestalt, daß auch dem Miteigentümer neben den Unternehmergesellschaftern die Möglichkeit geboten wird, über seine Eigentumsrechte auf die Leitung der Gesellschaft einzuwirken. Bei der OHG sind Kapitalgeberfunktion und Leitungsfunktion grundsätzlich in der Person des Gesellschafters vereinigt. Es bedarf keiner großen Überlegung, um zu erkennen, daß dieser Grundsatz sich nicht auf die große Zahl der Arbeitnehmergesellschaften übertragen läßt. Eine Führung von Geschäften ist logisch nur dann möglich, wenn auch eine Ausführung besteht. Sieht man vom Ein-Mann-Betrieb ab, dann sind die Funktionsträger der Ausführung bislang die Arbeiter gewesen, und sie müssen es grundsätzlich auch bleiben.

Eine andere Frage ist die, ob die Arbeiter nicht durch eine Vertretung auf die Führung der Geschäfte einwirken können. Der Deutsche Juristentag hat eine Antwort darauf dahingehend gegeben, daß er dispositive Vorschriften über die Ausübung der Verwaltungsrechte der Miteigentümer durch Vertreter vorsieht (vgl. These 188 der oben zitierten Veröffentlichung). Damit ist die Möglichkeit gegeben, über das Miteigentum einen Vertreter seitens der Arbeitnehmer in die Geschäftsführungsebene zu entsenden.

Untersucht man die Stellung der Miteigentümer-Vertretung nach dem Grundsatz: gleiche Rechte - gleiche Pflichten, dann sind jedoch bedeutsame Unterschiede festzustellen. Diese beruhen nicht nur auf den schon oben entwickelten Unterschieden hinsichtlich der Aufnahme und des Ausscheidens neuer Gesellschafter sowie der Auflösung der Gesellschaft, sondern auf dem ebenfalls bereits erwähnten Umstand, daß die Stellung des Arbeitnehmers nicht die Übernahme der unbeschränkten Haftungspflicht nach § 128 HGB gestattet. Darin darf man wohl auch die Erklärung dafür sehen, daß der Deutsche Juristentag für die gesellschaftsrechtliche Aufnahme des Miteigentümers in die OHG grundsätzlich die Rechtsstellung eines Kommanditisten vorsieht, dessen Haftung nach § 171 HGB auf seine Einlage begrenzt ist. Für eine weitere Untersuchung über die rechtliche Gestaltung des Miteigentums und der Stellung der Miteigentümer in der OHG gelten deshalb grundsätzlich die diesbezüglichen Bestimmungen über die Kommanditgesellschaft, weshalb im folgenden - mit gleichzeitiger Gültigkeit für die OHG - die Probleme der Eingliederung des Miteigentums in die KG aufgezeigt werden können.

bb) Die Kommanditgesellschaft (KG):

Hinter der Bestimmung, daß der Miteigentümer die Rechtsstellung eines Kommanditisten einnehmen soll, verbirgt sich der für eine wirtschaftliche Betrachtung interessante Tatbestand, daß damit Haftungspflicht aber auch Leitungsrecht des Arbeitnehmergesellschafters sich von dem des Komplementärs und des OHG-Gesellschafters unterscheiden. Für die Befugnisse der Miteigentümer ist unter diesen Umständen der § 164 HGB entscheidend. Dort heißt es: "Die Kommanditisten sind von der Führung der Geschäfte der Gesellschaft ausgeschlossen; sie können einer Handlung der persönlich haftenden Gesellschafter nicht widersprechen, es sei denn, daß die Handlung über den gewöhnlichen Betrieb des Handelsgewerbes der Gesellschaft hinausgeht". Diese Einschränkung der Rechte des Miteigentümers steht allerdings nicht im Einklang mit den oben entwickelten Zielen des Miteigentums, die auf eine enge Beteiligung des Arbeiters an der Substanz und auf die Mitbestimmung bei seiner Unternehmung abzielen. Während von manchen Autoren gerade die KG wegen der Beschränkung der Haftung als besonders geeignet für eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital der Betriebe angesehen wird, weist Guilleaume darauf hin, daß die im Gesetz bestimmte Stellung des Kommanditisten für die Miteigentümer nicht zweckmäßig sei. Er schreibt: "Die KG würde der besonderen Stellung des Arbeitnehmers, die sich aus seiner Betriebszugehörigkeit und der erstrebten Miteigentümerschaft aus Mitarbeiterschaft ergibt, nicht gerecht, da das Besondere des Kommanditisten in seiner Kapitalgebereigenschaft liegt, die mit dem inneren Betriebsgeschehen keine Verbindung hat".¹⁾

Hier tut sich für die rechtliche Gestaltung des Miteigentums ein unüberbrückbarer Gegensatz auf. Er liegt darin begründet, daß der Miteigentümer nicht unbeschränkte Haftung übernehmen kann, gleichzeitig aber die unbeschränkten Eigentumsrechte ausüben will. Die im § 164 HGB niedergelegte diesbezügliche Beschränkung des Kommanditisten erweist sich aber so lange als unumgänglich, als man an dem bis heute gültigen Rechtsgrundsatz festhält, daß Haftungsübernahme und Leitungsbefugnis zusammengehören. Ob dieser Grundsatz in seiner Ausschließlichkeit heute noch berechtigt ist, wird bei der Erörterung der Mitbestimmung aus Miteigentum im zweiten Teil der Arbeit untersucht. Es wird sich zeigen, daß infolge der andersartigen Struktur der Kapitalgesellschaften sich bei diesen größere Möglichkeiten zur Erreichung des Zieles "Mitbestimmung" über das Miteigentum auftun.

Anmeldung zum HR. Wie bereits oben in dem Zitat von Mac Lean of Coll zum Ausdruck kam, sieht man in der Literatur zur Beteiligung der Arbeiter an der

1) E. Guilleaume: "Der Mitarbeiter als Miteigentümer", Mensch und Arbeit, Verlag Mensch und Arbeit, München 1953, H. 3, S. 71 ff.

Unternehmung Schwierigkeiten auch in mehr rechtstechnischen Vorschriften, wie z.B. in den Bestimmungen über die Anmeldung der Gesellschafter zum Handelsregister. Nach § 106, Abs. 2 HGB hat die Gesellschaft den Namen, Vornamen, Stand und Wohnort eines jeden Gesellschafters zum Handelsregister anzumelden. Das gilt nach § 162 HGB auch für die Kommanditisten insofern, als die Zahl der Kommanditisten im HR anzumelden ist und Änderungen nach § 107 und § 175 HGB ebenfalls durch Mitwirkung sämtlicher Gesellschafter dort anzugeben sind.

Der Sinn dieser Vorschriften läßt sich nur begreifen, wenn man weiß, daß der Gesetzgeber damit den Zweck verfolgt, die Öffentlichkeit, insbesondere aber die Gläubiger über die Verhältnisse der Gesellschaft aufzuklären, um jene so vor Verlusten durch falsche Vorstellungen zu schützen. (Vgl. auch § 15 HGB über die Publizitätswirkung des HR). Dieser Zweck ist m.E. erfüllt, wenn die zur Geschäftsführung befugten Gesellschafter zu Beginn eines jeden Jahres die Anzahl der Miteigentümer und die Höhe ihrer Einlage als Gesamtbetrag beim HR angeben. Diese Regelung nähert sich dem in der Literatur gemachten Vorschlag, die Anmeldung der beteiligten Arbeitnehmer zum HR in Form einer Sammelkommanditeinlage zu bewirken.¹⁾

Firmierung: In engem Zusammenhang mit den Fragen der Anmeldung zum Handelsregister steht die Führung des Firmennamens bei Unternehmen, die eine gesellschaftlicherliche Beteiligung der Arbeitnehmer durchgeführt haben. Da eine solche Maßnahme von grundlegender Bedeutung für die Struktur der Unternehmung ist, muß man fordern, daß die Beteiligung im Firmennamen zum Ausdruck gebracht wird. Dies kann durch einen Firmen-Zusatz geschehen. Dafür scheint mir die vom Deutschen Juristentag vorgeschlagene Firmenergänzung "Kommanditgesellschaft mit Arbeitnehmergesellschaftern" und "Offene Handelsgesellschaft mit Arbeitnehmergesellschaftern" besonders geeignet. Durch sie ist zum Ausdruck gebracht, daß die Personalgesellschaft keine Umwandlung in eine andere Gesellschaftsform erfahren hat, sondern daß in diesem Unternehmen neben den "echten" Gesellschaftern solche von Arbeitnehmerseite mit in den Gesellschaftsbestand eingegliedert wurden. Man könnte auch an den Firmenzusatz "mit Miteigentum" denken, doch scheint mir dieser wegen des in der Öffentlichkeit weitgedehnten Miteigentums-Begriffes für eine rechtliche Klarstellung weniger brauchbar.

1) Vgl.: G. Schmitz: "Kapitalbeteiligung des Arbeitnehmers am arbeitgebenden Unternehmen", Duncker u. Humblot, Berlin 1955, S. 42.

bc) Die Einzelfirma:

Eine gesellschaftliche Eingliederung der Miteigentümer in das Unternehmen eines Einzelkaufmannes macht eine Umwandlung des Unternehmens in eine Handelsgesellschaft notwendig. Notfalls könnte man noch an die Gründung einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts nach § 705 ff. BGB denken. Eine solche eignet sich jedoch für eine Rechtsgestaltung zwischen den Miteigentümern und dem Arbeitgeber deshalb nicht, weil sie eine Haftung aller Gesellschafter mit ihrem eigenen Vermögen verlangt. In Betracht kommen deshalb die Handelsgesellschaften und von diesen in der Regel die Personalgesellschaften. Solange der Einzelkaufmann der einzige vollhaftende Gesellschafter ist, würde sich daraus ergeben, daß er nicht die Form der offenen Handelsgesellschaft, sondern nur die der Kommanditgesellschaft zur Eingliederung der Arbeiter in sein Unternehmen wählen kann. Der Deutsche Juristentag hat diese Schwierigkeit bei der Bildung von Miteigentum in einem Einzelunternehmen dadurch gelöst, daß er für diesen Fall auch die Gründung einer OHG mit einem einzigen persönlichen Vollhafter zuläßt. Danach entsteht mit der Aufnahme von Arbeitnehmergesellschaftern in das Unternehmen eines Einzelkaufmanns eine offene Handelsgesellschaft:

"Das Gesellschaftsverhältnis ist rechtlich dasselbe, wie wenn aus einer Personalgesellschaft mit Arbeitnehmergesellschaftern alle Normalgesellschafter bis auf einen persönlich haftenden Gesellschafter ausscheiden".¹⁾ Da auch hier die Miteigentümer die Stellung eines Kommanditisten eingeräumt bekommen sollen, gelten für ihre Eingliederung in das Unternehmen die bereits dazu angestellten Überlegungen.

Von den obigen Darstellungen ist besonders die Tatsache hervorzuheben, daß bei Personalgesellschaften in ihrer jetzigen rechtlichen Fassung mehrere Bestimmungen einer gesellschaftlichen Eingliederung der Miteigentümer im Wege stehen. Es hat sich deshalb als notwendig erwiesen, vom Gesetz abweichende Regelungen zu finden. Wichtig scheint mir die betriebswirtschaftlich relevante Erkenntnis, daß sich die Personalgesellschaften zwar nicht einer gesellschaftler-ähnlichen, aber einer gesellschaftlergleichen Eingliederung der Arbeitnehmer in ihrer Grundstruktur entgegenstellen. Auf diese Tatsache weist auch Spiegelhalter in seiner Schrift zum Miteigentum hin, wenn er über das Verhältnis der praktischen Durchführung des Miteigentums bei den Gesellschaftsformen schreibt: "Wesentlich schwieriger liegen die Verhältnisse jedoch bei den Personalgesellschaften, die auf der persönlichen Verantwortung und Haftung der Träger des Eigenkapitals aufbauen. Und vollends problematisch wird das betriebliche Miteigentum bei der Einzelfirma - sowohl für das Unternehmen als auch für die Arbeitnehmer. Denn die Einzelfirma baut ihrem Wesen nach auf der vollen Haftung

1) Studienkommission des Deutschen Juristentages: a. a. O., S. 88

des Kapitaleigentümers auf und verbindet diese mit der Initiative und Entscheidungsfreiheit der Unternehmerpersönlichkeit. Gerade in dieser Verbindung liegt die Konkurrenzüberlegenheit bzw. die Konkurrenzfähigkeit dieses - vorwiegend Mittel- und Kleinbetrieben eigenen Unternehmungstyps gegenüber der kapitalmäßigen und technischen Überlegenheit zahlreicher Kapitalgesellschaften. Die Durchführung eines betrieblichen Miteigentums findet daher von vornherein ihre natürliche Grenze im Grade der Persönlichkeitsbezogenheit der Unternehmungsformen, von deren weitmöglichster Erhaltung wiederum die Funktionsfähigkeit einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung abhängig ist".¹⁾

Ich habe versucht, trotz dieser grundsätzlichen Schwierigkeiten eine Möglichkeit für eine Eingliederung der Miteigentümer aufzuzeigen. Sie liegt darin, daß die Arbeiter die Stellung eines Kommanditisten einnehmen, der trotz seiner beschränkten Haftung nach den Zielen des Miteigentums an der Geschäftsleitung beteiligt wird. Die Ausgestaltung einer solchen Beteiligung muß hier für den zweiten Teil der Arbeit zurückgestellt werden.

c) Die gesellschaftliche Beteiligung der Miteigentümer bei den Kapitalgesellschaften

ca) Die Aktiengesellschaft (AG):

Die AG gründet auf der kapitalmäßigen Beteiligung einer Vielzahl von Gesellschaftern, deren materielle Anteilsrechte in Form von Aktien verbriefte werden. Diese Aktien gewähren den Aktionären neben dem Vermögensrecht auch gewisse Weisungsrechte in Bezug auf die Geschäftsführung. Trotz der kapitalmäßigen Beteiligung und der damit verbundenen Rechte ist der Bestand der AG nicht an den einzelnen Gesellschafter gebunden. Der Gesellschafterbestand läßt vielmehr eine starke Fluktuation zu, ohne daß damit die Gesellschaft in der Ausübung ihrer Funktionen behindert wird. Damit erweist sich die Aktiengesellschaft für die Verwirklichung des Miteigentums als besonders geeignet. Es kann deshalb nicht wundern, daß fast alle gesellschaftergleichen Substanzbeteiligungen in der Praxis von Aktiengesellschaften verwirklicht wurden. Soweit festgestellt werden konnte, haben bisher folgende Firmen Aktien an die Belegschaftsmitglieder ausgegeben:

Badische Anilin u. Soda-Fabrik, Ludwigshafen
Demag AG., Duisburg

1) F. Spiegelhalter: "Miteigentum und Gewinnbeteiligung", Schriftenreihe der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, H. 17, Köln 1957, S. 9

Farbenfabrik Bayer AG., Leverkusen
Eternit AG., Berlin
Burbach-Kali-Werke AG., Wolfenbüttel
Losenhausenwerk Maschinenbau AG., Düsseldorf
Mannesmann AG., Düsseldorf
Kabelwerke Rheydt AG., Rheydt
Siemens u. Halske AG., München und Berlin
Siemens - Schuckertwerke AG., München und Berlin
Rheinpreußen AG., Hamborn
Vereinigte Glanzstoff-Fabriken AG., Wuppertal

Wie durch Rückfragen bei einem Teil dieser Firmen und durch Veröffentlichungen in der Presse in Erfahrung zu bringen war, handelt es sich in den vorgenannten Fällen jedoch nicht um eine systematisch betriebene Eigentumsbildung für die Arbeitnehmer, wie sie von den neuesten Miteigentumsplänen vorgesehen wird. Es sind meist einmalige soziale Maßnahmen, die vorerst noch keine einheitlich angestrebte Zielsetzung im Sinne des Miteigentums erkennen lassen. Die bisher verwirklichten Beteiligungen am Kapital der Unternehmung heben sich nicht klar von den übrigen zusätzlichen Sozialleistungen der Betriebe ab. Insofern trifft auch auf sie die diesbezügliche Feststellung von Gaugler zu, daß den betrieblichen Sozialleistungen im allgemeinen ein festes Leitbild fehlt.¹⁾ Aus diesem Grunde können die angeführten Beteiligungen nur bedingt für eine Untersuchung der betrieblichen Miteigentumsbildung herangezogen werden. Die folgenden Ausführungen stützen sich deshalb mehr auf die in der Literatur dazu entwickelten Pläne.

Solange keine gesetzlich zwingende Vorschrift zur Bildung von Miteigentum vorliegt, bedarf die Aktienbeteiligung der Zustimmung der Hauptversammlung. Eine Schwierigkeit entsteht dabei dadurch, daß einerseits jede Kapitalerhöhung von der Hauptversammlung (HV) beschlossen werden muß, andererseits die Bildung des Miteigentums kontinuierlich mit der Nettoinvestition des Betriebes vor sich gehen soll. Dieser Vermögenszuwachs wird am Schluß des Jahres durch den Bilanzabschluß ermittelt, so daß die jährliche Bildung von Miteigentum jedes Jahr auch eine neue Kapitalerhöhung und damit einen Beschluß der HV erforderlich macht. Um diese Schwierigkeit zu umgehen, ist es zweckmäßig, daß die HV den Vorstand ermächtigt, die für Miteigentumsbildung erforderliche Kapitalerhöhung selbst vorzunehmen. Der CDU-Vorschlag zum Miteigentum sieht dafür eine Ergänzung des § 160 AktGes durch folgenden Absatz 4 vor:

1) Vgl.: E. Gaugler: "Zusätzliche Sozialleistungen in der betrieblichen Praxis", Gerlach'sche Verlagsbuchhandlung, München 1957, S. 114 ff.

"Der Aufsichtsrat kann den Vorstand ermächtigen, das Grundkapital bis zu 10 v. H. der nach der letzten Gewinn- und Verlustrechnung gezahlten Löhne und Gehälter zur Begründung oder Erhöhung von betrieblichem Miteigentum aus Gewinnen oder verfügbaren Rücklagen zu erhöhen". Hinsichtlich der Anmeldepflicht der Kapitalerhöhungen zum HR heißt es im § 25 des gleichen Vorschlages: "Der § 151 AktGes erhält folgenden Absatz 4: Erhöhungen des Grundkapitals nach § 169 Absatz 4 AktGes sind allein vom Vorstand zur Eintragung in das Handelsregister anzumelden".¹⁾

Eine weitere Schwierigkeit, die mit der Ausgabe von Aktien an die Miteigentümer verbunden ist, stellt die Bestimmung dar, daß nach § 65 AktGes die AG grundsätzlich keine eigenen Aktien besitzen bzw. erwerben darf. Diese Vorschrift bezweckt, daß die Gesellschaft nicht durch Manipulationen mit eigenen Aktien den Börsenkurs spekulativ beeinflusst und damit die Lage der Gesellschaft verfälscht. Neben diesem Gemeininteresse liegt es im eigenen Interesse der Gesellschaft, bei einer Krisis ihre Mittel nicht in eigenen Aktien gebunden zu haben. Da durch das Miteigentum die Aktien in die Hände neuer Gesellschafter übergehen, steht nichts im Wege, die Ausnahmenvorschriften des § 65 AktGes dahin zu ergänzen, daß der Besitz und Ankauf eigener Aktien zu Zwecken der Ausgabe als Belegschaftsaktien dem Vorstand gestattet wird.

Mit den obigen Regelungen ist gleichzeitig der Erfordernis entsprochen, daß die Freizügigkeit des Arbeitnehmers gewahrt bleibt. Die Übertragung der Aktien an Dritte kann durch Vinkulierung von der Zustimmung des Vorstandes abhängig gemacht werden. Bei einem Ausscheiden können andererseits die Aktien zur Umwandlung in eine Darlehensforderung oder zur sofortigen Ausbezahlung in bar von der Gesellschaft zurückerworben werden.

Nachdem das Aktiengesetz für die Aktionäre nur eine mittelbare und beschränkte Haftung vorsieht, bleibt noch zu klären, wie die auf eine Mitbestimmung abzielende Miteigentumsbildung hinsichtlich des Inhalts und der Ausübung der Aktienrechte zu regeln ist. Bei der Ausübung der Miteigentümerrechte ist davon auszugehen, daß eine Wahrnehmung dieser Rechte durch jeden einzelnen Miteigentümer in der HV technisch unmöglich ist. Man ist also gezwungen, eine Vertretung zu schaffen. Dieser allein mögliche Ausweg bedeutet allerdings insofern schon eine

1) Sozialausschüsse: a. a. O., S. 38-39

Anmerkung: Wenn in der Arbeit immer wieder der zitierte Gesetzesvorschlag herangezogen wird, dann deshalb, weil er der einzige Miteigentumsplan ist, der detaillierte Ausführungen über die Verwirklichung des Miteigentums, insbesondere auch über die notwendigen gesetzlichen Änderungen macht.

Beeinträchtigung des Miteigentums, als mit diesem eine Reaktivierung des Interesses und des Verantwortungsbewußtseins bei dem einzelnen Miteigentümer erreicht werden soll. Dahinter steht die Erkenntnis, daß nur ein individuell gestaltetes Eigentum eine positive Wirkung auf die "Persönlichkeitswerdung" des Individuums hat, kollektivistische Formen dagegen den Arbeiter in der Vermassung belassen. Bachmann ist ein repräsentativer Vertreter jener Autoren, die in ihren Stellungnahmen zum Miteigentum darauf hinweisen, daß nur ganz individuelles Eigentum für den Arbeiter vorteilhaft ist.¹⁾ Er greift deshalb die von gewerkschaftlicher Seite gemachten Vorschläge zu einer kollektiven Zusammenfassung und Verwaltung der Miteigentümer-Aktien ebenso an, wie die Absichten der Sozialausschüsse der CDU, das Miteigentum in "Werksgenossenschaften" zu sammeln.²⁾

Es kann an dieser Stelle nicht aufgezeigt werden, welche wirtschaftliche und politische Bedeutung der Miteigentümer-Vertretung zukommt. Das soll im zweiten Teil der Arbeit erfolgen. Wichtig ist hier die Tatsache, daß einerseits die Ausübung der Eigentumsrechte eine Vertretung der Arbeitnehmer aus technischen Gründen notwendig macht und daß andererseits die Miteigentums-Idee verlangt, diese Vertretung so zu gestalten, daß persönliches Eigentum mit all seinen Auswirkungen auf die Persönlichkeit des Einzelnen erhalten bleibt. Es ist müßig, sich darüber zu streiten, in welche Rechtsform diese Vertretung zu kleiden ist. Die Aktivierung des einzelnen Miteigentümers ist m. E. dann am besten gewährleistet, wenn trotz der Vertretung sein Interesse am Betriebsgeschehen immer wieder erweckt und gefördert wird. Das ist jedoch mehr eine betrieblich-psychologische und weniger eine rechtliche Frage.

Abgesehen von der Notwendigkeit einer besonderen Vertretung der Miteigentümer kann man feststellen, daß die Belegschaftsaktien den Aktien der Kapitalgeber grundsätzlich gleichzustellen sind. Auch der Deutsche Juristentag stellt sich auf den Standpunkt, daß die Arbeitnehmeraktien keine besondere Aktiengattung begründen sollen (vgl. These 95 und 96 der zitierten Veröffentlichung). Coester

1) Vgl.: H. Bachmann: "Kritische Gedanken über Gewinnbeteiligung und Miteigentum" und "Miteigentum im Zwiespalt von Ideen und Interessen", herausgegeben vom Institut für Sozialpolitik und Arbeitsrecht in München, 1953 und 1954.

2) Vgl.: H. Bachmann: "Hier scheiden sich die Geister", in Sozialer Fortschritt, Duncker u. Humblot, Berlin 1957, H. 5, S. 117

Anmerkung: Diese Werksgenossenschaften sind nur mit der treuhänderischen Verwaltung der Miteigentumsanteile beauftragt und dürfen nicht verwechselt werden mit den Produktivgenossenschaften alter Prägung.

stellt übereinstimmend dazu fest: "Man sollte dem Typus des Belegschaftsaktionärs grundsätzlich und realiter die gleiche Rechtsstellung einräumen, wie dem bisherigen Einzelaktionär und wie sie verstärkt von diesem angestrebt wird. Es kann sich nicht darum handeln, einen neuen Stand zu schaffen, der nicht eigenwirtschaftlich und eigenverantwortlich denken und disponieren kann, sei es in Abhängigkeit von der Großunternehmung oder sei es in vorderster Front einer sozialistischen Gewerkschaftspolitik. Der Arbeitnehmer als Aktionär sollte vielmehr völlig gleichberechtigt die große Schicht der traditionellen Klein- und Kleinstaktionäre erweitern, von dieser Seite aus sollte man sich bemühen, ihn vertraut zu machen mit seinem Wertpapierbesitz, so daß er es in seiner Bedeutung für die persönliche Unabhängigkeit schätzen lernt und ihn in den kapitalwirtschaftlichen Verkehr einführen".¹⁾

Mit der grundsätzlichen Gleichstellung der Belegschaftsaktien mit den "Normalaktien" kommt man zu dem Ergebnis, daß im Gegensatz zu den Personalgesellschaften die Aktiengesellschaft nicht nur eine gesellschafterähnliche, sondern sogar eine gesellschaftergleiche Eingliederung der Miteigentümer zuläßt. Damit steht noch offen, ob diese Eingliederung des Belegschaftsaktionärs in die AG auch tatsächlich die mit dem Miteigentum angestrebten Ziele erreicht. Es ist z.B. denkbar, daß sich hinter dem gewonnenen Ergebnis die Tatsache verbirgt, daß die Eigentumsrechte bei der AG ohnehin schon stark beschränkt sind. Eine Klärung dieses Tatbestandes erfolgt im zweiten Teil der Arbeit. Für die hier zu untersuchende rechtliche Formung des Miteigentums sind hier nur noch die diesbezüglichen Verhältnisse bei der GmbH klarzulegen.

cb) Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH):

Obwohl die GmbH zu den Kapitalgesellschaften zählt, weist sie für eine zielgerichtete Verwirklichung des Miteigentums doch ähnliche Hindernisse auf, wie sie bei den Personengesellschaften festgestellt werden konnten. Die Parallele zwischen diesen beiden Unternehmungstypen ist darin zu erblicken, daß auch die GmbH auf einen fest umgrenzten Gesellschafterbestand angelegt ist. Diese Aussage kann man auch für die sogenannte "kapitalistische" GmbH insofern aufrecht halten, als auch bei ihr trotz der großen Zahl der Beteiligten grundsätzlich kein starker Wechsel im Bestande der Gesellschafter eintritt. Das ist aber bei der AG deshalb anders, weil ein solcher Wechsel infolge der Fungibilität der Aktie die Gesellschaft nicht berührt. Während die AG auf eine Kapitaleinlage von vielen einzelnen, häufig wechselnden Kapitalgebern angelegt ist, zeichnet sich die GmbH grundsätzlich durch eine personell beschränkte und stabile, d.h. nicht ständig fluktuierende Kapitalgeberschaft aus. Es wurde bereits darauf hingewie-

1) F. Coester: "Das Kapital und der Belegschaftsaktionär" in Politisch-Soziale Korrespondenz (PSK), Heft 8, Bonn 1955, S. 8

sen, daß es ein Grundanliegen des betrieblichen Miteigentums ist, dem einzelnen Miteigentümer unmittelbares, individuelles Eigentum zu verschaffen. Hält man an dieser Zielsetzung fest, dann ist es unumgänglich, eine Änderung in der Grundstruktur der GmbH vorzunehmen. Die GmbH erhält mit den Miteigentümern einen möglicherweise nach Tausenden zählenden Gesellschafterbestand, der einer starken Fluktuation unterworfen ist.

Analog den übrigen Gesellschaftsformen bedarf die Einführung einer Miteigentümerschaft bei der GmbH der Zustimmung der Gesellschafterversammlung. Sinngemäß zu den Bestimmungen über die Kapitalerhöhung bei der AG müssen auch hier Vorkehrungen getroffen werden, die den Geschäftsführern die Erhöhung des Stammkapitals zum Zwecke der Begebung von Miteigentumsanteilen ermöglichen, ohne daß dafür in jedem Falle vorher ein Gesellschafterbeschluß notwendig wird. Es dürfte zweckmäßig sein, die Übernahme von Stammeinlagen durch die Arbeitnehmer von der Vorschrift einer gerichtlich oder notariellen Beurkundung nach § 55, Absatz 1 GmbH-Ges. zu befreien. Nach den Empfehlungen des Deutschen Juristentages könnte der Anmeldungspflicht bei einer Erhöhung des Stammkapitals bei der Miteigentumsbildung durch folgende Vorschrift Genüge getan werden: "Die Geschäftsführer haben spätestens innerhalb eines Monats nach Ablauf des Geschäftsjahres zur Eintragung in das HR anzumelden, in welchem Umfange im abgelaufenen Geschäftsjahr Arbeitnehmergesellschafteranteile ausgegeben worden sind und das Stammkapital durch diese Ausgabe erhöht worden ist".¹⁾

Damit ist gleichzeitig gesagt, daß die Miteigentumsanteile eine Verbriefung erfahren sollen. Es ist naheliegend, diese Miteigentumsbriefe in Anlehnung an die Aktie zu gestalten. Dazu ist in Abänderung zu § 5 GmbHGes eine Herabsetzung der Mindeststammeinlage für die Miteigentümer auf DM 100.- angebracht. Das Problem der Ausgestaltung der Miteigentumsbriefe liegt jedoch in ihrer Übertragbarkeit. Für die Aktiengesellschaft ist es, abgesehen von betriebspolitischen Überlegungen, grundsätzlich gleichgültig, welche Personen ihre Aktien besitzen. Sie ist auf eine breite Streuung ihrer Anteile angelegt. Es wurde oben darauf hingewiesen, daß die Ausdehnung des Gesellschafterbestandes der GmbH nicht eigentümlich ist, sondern vielmehr eine Konzession an die Idee des Miteigentums darstellt. Da die Schaffung von Miteigentumsanteilen nur im Interesse der Arbeitnehmer erfolgt, ist es notwendig, daß das Miteigentum im Falle der Aufgabe durch den Miteigentümer an die Gesellschaft zurückfällt. Die Fungibilität des Miteigentums bei der GmbH kann nach dem Wesen dieser Gesellschaft nicht so groß sein wie die der Belegschaftsaktie. Man muß deshalb verlangen, daß die Miteigentumstitel bei der GmbH bei Ausscheiden entweder auf

1) Studienkommission des Deutschen Juristentages: a. a. O., S. 44

ein anderes Belegschaftsmitglied oder an die Firma selbst übertragen werden. Im letzten Falle muß das Stammkapital herabgesetzt werden, was entsprechend der Kapitalerhöhung wieder durch eine jährliche einmalige Anmeldung beim HR bekanntzugeben ist.

Für die Ausübung der Herrschaftsrechte aus Miteigentum gelten grundsätzlich die gleichen Überlegungen, wie sie für die AG schon angestellt wurden. Der Gesetzgeber konnte wegen der beschränkten Anzahl der Gesellschafter die Bestellung eines Aufsichtsrates bei der GmbH der gesellschafterlichen Vereinbarung überlassen. Es wird sich zeigen müssen, ob bei vermehrter Miteigentumsbildung sich die Errichtung dieses Organs nicht generell für alle Gesellschaften mit beschränkter Haftung als notwendig erweist. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß der § 26 GmbHGes eine Abänderung erfahren muß, durch welche die Miteigentümer von der Nachschußpflicht der übrigen Gesellschafter befreit werden, so daß die Haftung der Arbeiter auf die Miteigentumseinlage beschränkt bleibt.

Wenngleich mit diesen Ausführungen die rechtlichen Möglichkeiten für eine Fassung des betrieblichen Miteigentums keineswegs erschöpfend aufgezeigt wurden, so lassen sie doch erkennen, welche Formen dem Phänomen "Miteigentum" am besten entsprechen und welche wirtschaftlichen Probleme die zielgerechte rechtliche Gestaltung des betrieblichen Miteigentums beinhaltet. Damit wurden weitere Erkenntnisse zu dem vorliegenden Untersuchungsobjekt "Miteigentum" gewonnen, wie sie in einer definitiven Bestimmung nicht umfassend niedergelegt werden können. Sie bilden die Grundlage, um tiefer in die Probleme des Miteigentums einzudringen.

III. Die Darstellung des Miteigentums in der Bilanz

Für den Betriebswirt ist es naheliegend, sich Gedanken darüber zu machen, wie sich eine Änderung im Bestande der Gesellschafter auf die Rechnungslegung des Unternehmens, insbesondere auf die Bilanz auswirkt. Selbst wenn man die Bedeutung des Miteigentums in seiner Auswirkung auf das Unternehmen nicht für hoch erachtet, so bleibt doch zu überlegen, ob die Miteigentumsbetriebe nicht in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der Öffentlichkeit verpflichtet werden sollen, die von ihnen an die Arbeitnehmer gewährte Substanzbeteiligung besonders zu erfassen und auszuweisen. Für jene Firmen, die ihren Jahresabschluß veröffentlichten, bietet sich die Gelegenheit, auf diesem Wege die vollzogene Miteigentumsbildung bekannt zu geben. An diese Möglichkeit haben auch die Sozialausschüsse der CDU angeknüpft und eine entsprechende Ergänzung des Geschäftsberichtes nach § 128 AktGes vorgeschlagen.¹⁾

1) Sozialausschüsse: a. a. O., S. 38

Das Kernstück des Jahresabschlusses bildet die Bilanz, weshalb die Möglichkeiten einer Darstellung des Miteigentums durch sie im folgenden genauer untersucht werden sollen. Dabei erheben sich ähnliche Probleme wie bei der Eingliederung des Miteigentums in die Unternehmungsformen. Auch hier geht es darum, den wirtschaftlichen Sinn der Bilanz in ihren einzelnen Posten zu begreifen, um von einer solchen Sicht zu einer sinnvollen Einordnung des Miteigentums in dieses Spiegelbild der Unternehmung zu kommen.

Bei der Klärung des substantiellen Gehalts des Miteigentums wurde herausgestellt, daß es aus wirtschaftlichen Erfolgsgrößen der Unternehmung gebildet wird. Dabei muß man sich von der laienhaften Vorstellung frei machen, daß dieser Erfolg sich in einem bestimmten Vermögensposten wie etwa als Barertrag in der Kasse oder auf dem Bankkonto niederschlägt. Der wirtschaftliche Erfolg ergibt sich vielmehr als Differenzgröße zweier Vermögenslagen zu verschiedenen Zeitpunkten. Damit ist klargestellt, daß sich das Miteigentum grundsätzlich in jedem Posten der Vermögensseite der Bilanz niederschlagen kann. Auf der Aktivseite der Bilanz wird das Miteigentum durch jene Vermögensposten repräsentiert, die ganz oder teilweise auf dem Wege einer Nettoinvestition durch einbehaltene Gewinne vorgenommen wurden. In der Regel läßt unser Buchhaltungssystem keine Angabe darüber zu, welche Investitionen mit welchen Kapitalmitteln finanziert wurden. Ich sehe mich veranlaßt, auf diesen Sachverhalt deshalb besonders hinzuweisen, weil in der Diskussion um die Erfassung des Sozialaufwandes der Begriff "Sozialinvestition" aufgekommen ist und hier die Gefahr einer Verquickung mit dem Miteigentum besteht. Unter "Sozialinvestition" oder "Sozialvermögen" sind jene Vermögensposten zu verstehen, die ausschließlich sozialen Zwecken dienen, wie z.B. vom Betrieb errichtete Werkssportplätze, Freizeitheime und dergleichen.¹⁾ Miteigentum wird zwar ebenfalls aus sozialen Motiven gebildet, die mit ihm finanzierten Investitionen dienen jedoch wie generell alle anderen der Erstellung des betrieblichen Leistungsprozesses.

Einen besseren Ansatzpunkt für den besonderen Ausweis des Miteigentums als die Vermögensseite stellt die Passivseite der Bilanz dar. Diese enthält die Kapitalquellen der Unternehmung und zeigt somit auf, welchen Kapitalgebern die Unternehmung verpflichtet ist. Die Gliederung der Bilanz ist stark von juristischen Überlegungen geprägt, weshalb es nicht wundert, daß man die Kapitalposten in Eigen- und Fremdkapital untergliederte. Es bleibt zu klären, ob diese Unterscheidung für eine Bilanzierung des Miteigentums genügt.

Bei den einzelnen Bilanzierungsvorschriften, wie sie der Gesetzgeber insbesondere

1) J. Wistinghausen: "Betrieblicher Sozialaufwand - Erfassung und Gliederung des Sozialaufwandes", in Soziale Betriebs-Praxis, Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied, Loseblattsammlung.

für die Aktiengesellschaft erlassen hat, ist man primär davon ausgegangen, daß die Bilanz dem Zwecke dienen soll, den Gläubiger zu schützen, indem sie ihm einen möglichst klaren Einblick in die Lage seines Schuldners gestattet (vgl. § 129 AktGes). Man wird heute einer so einseitigen Interessenausrichtung nicht mehr zustimmen können. Mit zunehmendem Wachstum der Unternehmungen entstand ein berechtigtes Interesse von seiten des Staates und der Allgemeinheit, über die Lage unserer Wirtschaftseinheiten informiert zu werden. Zudem gewann man in den Betrieben selbst die Erkenntnis, daß die Bilanz ein wertvoller Richtungsweiser für die Leitung der Unternehmung ist. Die Unternehmung als solche ist es, die in ihrer wirtschaftlichen Lage durch die Bilanz erfaßt werden soll.¹⁾

Der Zwecksetzung des Miteigentums entspricht es, daß es als Gesellschaftsverhältnis ausgestaltet wird. In dieser Form muß das Miteigentum also seinen Niederschlag in den Eigenkapitalposten der Bilanz finden. Als solche kommen das "Inhaberkapital" und die "Rücklagen" in Betracht. Die gesetzliche Bezeichnung "Grundkapital" für das Inhaberkapital der Aktiengesellschaft muß bestehen bleiben, da es sich vom Inhaberkapital der anderen Gesellschaftsformen unterscheidet. Aus diesem Grund muß die Bilanzierung des Miteigentums bei den Personalgesellschaften und bei der Aktiengesellschaft gesondert betrachtet werden.

1. Die Bilanzierung des Miteigentums bei den Personalgesellschaften

Bevor man den gesonderten Ausweis des Miteigentums bei den Personalgesellschaften im einzelnen untersucht, muß man sich darüber im klaren sein, daß damit noch keine Publizitätswirkung über die Miteigentumbildung bei diesen Gesellschaften erreicht wird und zwar deshalb nicht, weil sie nicht zur Veröffentlichung ihrer Bilanz gezwungen sind. Eine besondere Erfassung des Miteigentums würde demnach bei der OHG und der KG nur erforderlich sein, wenn der Charakter des Miteigentums eine Gleichstellung mit bereits vorhandenen Bilanzposten nach dem Grundsatz der Bilanzwahrheit aus betriebswirtschaftlichen Gründen verbietet.

Wie bereits festgestellt wurde, ist bei der OHG nur eine gesellschafterähnliche Eingliederung der Miteigentümer möglich. Das gilt auch für die KG insofern, als die Kapitalteile der Miteigentümer in ihrer Beurteilung auf keinen Fall der Beteiligung eines Kommanditisten gleichgestellt werden können. Es müssen von der Unternehmung für das Miteigentum wesentlich andere finanzielle Dispositionen getroffen werden, wie das für die übrigen Gesellschaftereinlagen der Fall ist. Außerdem ist von der Arbeiterbeteiligung eine andersgerichtete Wahrnehmung der Eigentumsrechte zu erwarten. Wenn die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung

1) Vgl.: F. Osbahr: "Die Bilanz vom Standpunkt der Unternehmung", Verlag Max Kaschke, Berlin 1919

auch von der Personalgesellschaft eine Bilanzierung verlangen, die einen möglichst genauen Einblick in die Lage der Gesellschaft zuläßt, dann kann man dieser Anforderung nur durch einen gesonderten Ausweis des Miteigentums entsprechen. Nach der rechtlichen Fassung als gesellschaftsähnliche Einlage kommt dafür nur der Bilanzposten "Inhaberkapital" in Betracht. Es ist unmöglich, die Beteiligung jedes einzelnen Miteigentümers in der Bilanz gesondert auszuweisen. Das Miteigentum muß deshalb unter einem Sammelposten bilanziert werden. Der Ausweis als "Arbeitnehmereinlagen aus Gewinnbeteiligung" scheint mir dafür eine treffende Kennzeichnung zu sein. Nach der bestehenden Bilanzgliederung ist allenfalls noch ein Ausweis des Miteigentums unter dem Eigenkapitalposten "Rücklagen" denkbar, was jedoch keineswegs den wirtschaftlichen Charakter dieser Beteiligung trifft.

An dieser Stelle muß noch auf einen Vorschlag eingegangen werden, sozialgebundene Kapitalanteile unter einem neuen Kapitalposten als "Sozialkapital" auszuweisen. Fischer hat in einem Aufsatz zu diesem Thema den wirtschaftlich unterschiedlichen Charakter zwischen den sozial bestimmten Kapitalteilen und dem üblichen Eigen- und Fremdkapital betont und einen gesonderten Ausweis unter dem Sammelposten "Sozialkapital" gefordert. Dabei soll der rechtlichen Ausgestaltung dieser sozialgebundenen Kapitalteile durch die Untergliederung in "Sozialrücklagen", "Sozialrückstellungen" und "Sozialkreditoren" Rechnung getragen werden.¹⁾ Auf den ersten Blick scheint es angebracht, bei der Bilanzierung des Miteigentums sich an diese Einteilung anzulehnen. Geht man jedoch dem Wesen der sozialen Bestimmung des "Sozialkapitals" genauer nach, dann stellt sich heraus, daß Sozialkapital einen vom Miteigentum wesenhaft verschiedenen Tatbestand kennzeichnet. Der Begriff "Sozialkapital" ist als kapitalmäßiger Sammelposten für alle Vermögensteile gedacht, die primär sozialen Zwecken zu dienen haben. Es bildet damit den Passivposten zu dem bereits oben geklärten Begriff "Sozialinvestitionen". Diese haben mit dem Miteigentum gemeinsam, daß sie in der Regel ebenfalls auf dem Wege der Selbstfinanzierung über die einbehaltenen Jahresgewinne gebildet wurden. Wenngleich dem Sozialkapital und dem Miteigentum soziale Motive zu Grunde liegen, so besteht doch ein fundamentaler Unterschied in ihrer Verwendung. Sozialkapital dient der Finanzierung von sozialen Einrichtungen, Miteigentum dagegen dient der Finanzierung von Investitionen für den betrieblichen Leistungsprozeß. Es steht trotz der sozialen Motivierung in seiner wirtschaftlichen Zwecksetzung auf einer Ebene

1) G. Fischer: "Das Sozialkapital des Betriebes" in Mensch und Arbeit, Verlag Mensch und Arbeit, München 1958, H. 2, S. 42 ff.

mit dem Inhaberkapital und findet deshalb unter diesem den klarsten Ausweis.¹⁾

2. Die Bilanzierung des Miteigentums bei den Kapitalgesellschaften

Die gemachten Ausführungen zu der Bilanzierung des Miteigentums bei den Personalgesellschaften gelten grundsätzlich auch für die Kapitalgesellschaften und hier insbesondere für die Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Besondere Ausführungen zu dem Thema sind jedoch für die Aktiengesellschaft insofern angebracht, als hier der Gesetzgeber die Einteilung und Änderung der Eigenkapitalposten festen Vorschriften unterworfen hat. Das Eigenkapital zerfällt hier durch die zwingende Vorschrift über die Errichtung einer gesetzlichen Rücklage und durch die Fixierung des Grundkapitals von vornherein in die zwei Kapitalposten: Grundkapital und Rücklagen.

Während bei der Personalgesellschaft Gewinn und Verlust durch eine Mehrung oder Minderung der Inhaberkapitalien aufgefangen werden, ist dies bei der Aktiengesellschaft unmöglich. Durch den gesonderten Verlustausweis will man eine erhöhte, wenn auch nur indirekte Schutzwirkung des Aktionärs und der Gläubiger der Gesellschaft erreichen. Das Grundkapital der Aktiengesellschaft ist in seiner jetzigen juristischen Anlage nur für einen Ausweis der Belegschaftsaktien geeignet, wenn diese Beteiligung im Rahmen einer Erhöhung des nominell ausgewiesenen Grundkapitals geschieht. In der Praxis ist die Überlassung von Belegschaftsaktien meist auch in Verbindung mit solchen Kapitalerhöhungen geschehen.

Aus der definitorischen Klärung des Miteigentums ist jedoch klar geworden, daß Miteigentum in seiner typischen Konzeption über eine Beteiligung der Arbeiter am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmung verwirklicht werden soll. Diese Erfolgsbildung vollzieht sich aber im Gegensatz zu der Aufnahme von Gesellschaftskapital über den Kapitalmarkt im Ablauf des Wirtschaftsprozesses dauernd. Die Gewinnhöhe wird mit der Bilanzerstellung in ihrer Höhe für den Zeitraum eines jeden Geschäftsjahres ermittelt. Zu diesem Zeitpunkt wird das Miteigentum der Arbeitnehmer quantitativ festgelegt und rechtlich begründet.²⁾ Ein Ausweis des

1) Anmerkung: An der getroffenen Unterscheidung von Sozialkapital und Miteigentum ändert auch die Tatsache nichts, daß innerhalb der "Sozialrücklagen" ebenfalls Kapitalmittel denkbar sind, die zur Finanzierung betriebsbedingter Investitionen herangezogen werden können. Erinnert sei hier z.B. an die Verwendung der Mittel von Pensionskassen für betriebliche Zwecke. Eine solche Verwendung von Sozialkapital ist immer nur zeitweise möglich und entspricht nicht seiner eigentlichen, endgültigen Bestimmung.

2) Durch das Anknüpfen an den Bilanzgewinn ist eine organische Gleichschaltung mit den Änderungen des Bilanzkapitals erreicht, wie sie bei einer Beteiligung an anderen Erfolgsgrößen, wie z.B. am Ertrag, nicht gegeben ist.

Miteigentums unter dem Posten Grundkapital ist also nur möglich, wenn die erschwerenden Vorschriften über eine Änderung dieses Bilanzpostens für das Miteigentum aufgehoben werden. Das bedeutet, daß das Miteigentum von den Vorschriften über die Kapitalerhöhung (vgl. §§ 149 ff. AktGes) und die Kapitalherabsetzung (vgl. §§ 175 ff. AktGes) ausgenommen wird. Um dem wirtschaftlichen Sondercharakter des Gesellschaftskapitals Miteigentum gerecht zu werden, empfiehlt sich ein gesonderter Ausweis unter der Bezeichnung "Arbeitnehmer-Grundkapital aus Gewinnbeteiligung". Damit ihm der gleiche rechtliche Schutz zukommt wie dem übrigen Grundkapital, ist durch Gesetz sicherzustellen, daß auch für das Miteigentum eine gesetzliche Reserve nach § 130 AktGes gebildet wird.

Die oben gemachten Vorschläge für eine gesonderte Bilanzierung des Miteigentums unter der Bezeichnung

"Arbeitnehmereinlagen aus Gewinnbeteiligung"

für die Personalgesellschaften und

"Arbeitnehmer-Grundkapital aus Gewinnbeteiligung"

für die Aktiengesellschaft bzw.

"Arbeitnehmer-Stammkapital aus Gewinnbeteiligung"

für die Gesellschaft mit beschränkter Haftung

stellen nur einen Vorschlag dar, das Miteigentum in seiner wirtschaftlichen Sonderstellung zu kennzeichnen und unter einem entsprechend aussagefähigen Bilanzposten zu erfassen. Dabei wurde darauf geachtet, das Miteigentum von den mit ihm leicht verwechselbaren Begriffen "Sozialinvestition" und "Sozialkapital" abzugrenzen. Durch den Zusatz "aus Gewinnbeteiligung" soll schließlich zum Ausdruck gebracht werden, daß die Einlagen nicht durch Einzahlungen der Arbeitnehmer entstanden sind.

Mit diesen Vorschlägen ist allerdings erst der betriebswirtschaftlichen Erfordernis einer klaren und wahren Bilanzierung Genüge getan. Soweit man die Öffentlichkeit von der Bildung des betrieblichen Miteigentums unterrichten will, kann das bei der Aktiengesellschaft durch die Bilanzveröffentlichung geschehen. Außerdem ist daran zu denken, daß diese in ihrem Sozialbericht über die Entwicklung und die gesammelten Erfahrungen mit dem Miteigentum Aufschluß gibt. Für die Gesellschaften, die keinen Jahresabschluß veröffentlichen, ist eine gewisse Publizität ihrer Miteigentumsbildung dadurch zu erreichen, daß sie den jeweiligen Stand jährlich beim Handelsregister anmelden. Im übrigen wurde für die Firmierung dieser Firmen der Firmenzusatz "mit Arbeitermergesellschaftern" vorgeschlagen, so daß auch auf diesem Wege eine grundsätzliche, wenn auch nicht detaillierte Angabe über die Miteigentumsbildung bei diesen Unternehmen erreicht wird.

In den bisherigen Ausführungen zur Darstellung der Miteigentumsbildung in der Bilanz wurde stillschweigend die Voraussetzung gemacht, daß sich diese innerhalb des buchhalterischen Wertsystems vollzieht. Soweit der Bilanzgewinn einbehalten wird, schlägt er sich unmittelbar in einer quantitativ ebenso großen Vermehrung des Eigenkapitals nieder, so daß von dieser Seite keine Schwierigkeit einer gleichlautenden Beteiligung der Arbeitnehmer am "Kapitalzuwachs" besteht. Neben dieser Koppelung von bilanziell ermitteltem Gewinn, Miteigentumsbegründung und ihrer Darstellung in der Bilanz besteht grundsätzlich die Möglichkeit, die Arbeitnehmerschaft an einem betrieblichen Substanzzuwachs zu beteiligen, der außerhalb des buchhalterisch-bilanziellen Wertsystems ermittelt wurde. Je nachdem eine Beteiligung der Arbeitnehmer an der Substanz des Betriebes an der bilanziellen Wertrechnung anknüpft oder andere Bewertungen zu Grunde legt, unterscheidet Fischer zwischen Kapitalbeteiligung und Vermögensbeteiligung.¹⁾ Es bleibt abschließend zu untersuchen, welche Konsequenzen sich für die bilanzielle Darstellung des Miteigentums im Falle seiner Ausgestaltung als Vermögensbeteiligung ergeben.

3. Die Bilanzierung des Miteigentums als Vermögensbeteiligung

Bei der Bezeichnung "Vermögensbeteiligung" wird an die Tatsache angeknüpft, daß dieser Beteiligung eine Bewertung der einzelnen Vermögensteile des Betriebes vorausgeht. Gleichzeitig mag auch die Überlegung von Bedeutung sein, daß die Arbeitsleistung der Arbeiter sich unmittelbar im Zuwachs des Vermögens niedergeschlagen hat, und diese deshalb auch am "Vermögen" beteiligt werden sollen. Beide Kriterien bilden jedoch m. E. kein unterschiedliches Merkmal zu der sogenannten "Kapitalbeteiligung". Auch diese basiert auf einer Zuwachsgröße, die durch eine Bewertung des Vermögens festgestellt wurde, nur daß sie den gleich hohen Niederschlag spiegelbildlich auf der Kapitalseite der Bilanz erfährt. Der eigentliche Unterschied zwischen Kapitalbeteiligung und Vermögensbeteiligung liegt also nicht in der Anknüpfung an der Vermögens- oder Kapitalseite der Bilanz, sondern in der bilanziellen oder außerbilanziellen Feststellung des Substanzzuwachses.²⁾ Die Kapitalbeteiligung basiert auf Substanzmehrungen, die nach bilanziellen Bewertungsmethoden berechnet werden; die Vermögensbeteiligung dagegen ermittelt die Vermögensmehrung nach steuerlichen Einheits-

1) Vgl.: G. Fischer: "Allgemeine Betriebswirtschaftslehre", 7. Auflage, Quelle u. Meyer, Heidelberg 1957, S. 198

2) Vgl. dazu: G. Fischer: "Partnerschaft im Betrieb", Quelle u. Meyer, Heidelberg 1955, S. 112 und

R. Völker: "Ertragsbeteiligung und Miteigentum in der Praxis", Mensch und Arbeit, Verlag Mensch und Arbeit, München 1956, H. 8, S. 236

werten oder durch Feststellung der Höhe des betriebsnotwendigen Vermögens zu Beginn und am Ende des Abrechnungszeitraumes auf statistischem Wege.

Die Verschiedenheit der Ermittlungsmethoden führt zu quantitativ verschiedenen Ausgangsbasen für die Miteigentumsbildung. Von hier aus ergibt sich die Schwierigkeit, eine Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmerschaft in der Bilanz überhaupt auszuweisen. Wenngleich diese Beteiligungsform ihre Berechnung ausschließlich auf die Vermögensposten stützt, so könnte auch sie ihren bilanziellen Niederschlag nur durch die Posten der Vermögensquellen, d.h. auf der Kapitalseite der Bilanz erfahren. Dem steht aber die Schwierigkeit entgegen, daß die beiden Beteiligungssysteme unterschiedliche Kapitalzuwachs-Quoten ermitteln. Außerdem brauchen sich die beiden Ausgangsgrößen nicht auf den gleichen Zeitraum zu beziehen.

In der Praxis umgeht man diese Schwierigkeit, indem man die Substanzbeteiligung der Arbeitnehmer außerhalb der Buchhaltung nach statistischen Methoden berechnet und aufzeichnet und eine Bilanzierung des Miteigentums unterläßt. Indirekt erfolgt der Ausweis der Vermögensbeteiligung durch die dem buchhalterisch ermittelten Vermögenszuwachs entsprechende Vermehrung des Eigenkapitals. Sieht man von der infolge verschiedener Bewertung verursachten Über- oder Unterdeckung im bilanziellen Ausweis ab, dann muß man feststellen, daß das Miteigentum bei der Vermögensbeteiligung als solches unerkennlich bei den Eigenkapitalposten ausgewiesen wird. Eine zunehmende Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer wird demnach nur als Mehrung des Eigenkapitals in der Bilanz zum Ausdruck kommen und so ein völlig verfälschtes Bild über die Zusammensetzung der gesellschaftlichen Einlagen mit sich bringen.

Ein Vermögenszuwachs, der abweichend vom bilanziell ermittelten Kapitalzuwachs (= Bilanzgewinn) berechnet wird, läßt sich nicht organisch in die Bilanz einfügen. Das gilt nicht nur für die Vermögensbeteiligung, sondern auch für jene Beteiligungssysteme, die zur Begründung des Miteigentums nicht vom Bilanzgewinn, sondern von anderen Erfolgsgrößen innerhalb des Buchhaltungssystems ausgehen. Wenn das Miteigentum entsprechend den Miteigentumsplänen auf breiter Basis verwirklicht und intensiv ausgebaut wird, dann stellt die Nichtbilanzierung der obigen Beteiligungsformen einen groben Verstoß gegen den Grundsatz der Bilanzwahrheit dar.

Eine Lösung des Problems wäre so denkbar, daß die Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer unter dem Bilanzstrich ausgewiesen wird. In einem entsprechenden Vermerk wäre zum Ausdruck zu bringen, in welcher Höhe die Arbeitnehmer als Gesellschafter an dem bilanziell ausgewiesenen Eigenkapital beteiligt sind. Eine solche Regelung müßte sich allerdings den Einwand gefallen lassen, daß sie infolge eines mangelnden Gegenpostens nicht dem System der doppelten Buchhal-

tung entspricht. Diese systembedingten Schwierigkeiten lassen sich umgehen, wenn man auf einen Ausweis der Vermögensbeteiligung in bzw. unter der Bilanz ganz verzichtet und sich mit einer entsprechenden Ausführung im Geschäftsbericht begnügt. Fraglich ist bei einer solchen Lösung, ob sie eine wirksame Korrektur der Bilanz bildet und die Interessen der Gläubiger an einem klaren Jahresabschluß genügend berücksichtigt.

Der sozial bestimmte Charakter des Miteigentums ist letztlich der tiefere Grund, warum es nicht in die bisher bestehende bilanzielle Gliederung der Kapitalposten eingeordnet werden kann. Dieser Umstand wirft die Frage auf, inwieweit das Miteigentum eine von den übrigen Kapitalposten verschiedene Kapitalart mit eigenen spezifischen Merkmalen darstellt. Damit stößt man über die Passivseite der Bilanz als Spiegelbild der Kapitalquellen zu jenem Fragenkreis vor, der in der Betriebswirtschaftslehre unter die Sammelbezeichnung "Finanzierung" zusammengefaßt wird. Die Behandlung des Mittels Miteigentum vom Standpunkt der Finanzierung soll Gegenstand der Ausführungen des nächsten Kapitels sein.

B. DAS MITEIGENTUM ALS FINANZIERUNGSFORM DER UNTERNEHMUNG

Abstrahiert man das Miteigentum von den mit ihm verbundenen sozialen Ideen, dann stellt es eine kapitalmäßige Beteiligung der Arbeitnehmer an dem Substanzzuwachs der Unternehmung dar. Sie wird über eine Erfolgsbeteiligung der Arbeitnehmer begründet. In seiner wirtschaftlichen Substanz offenbart diese sich als eine der Quellen, aus denen der Unternehmung die nötigen finanziellen Mittel zufließen. Wenngleich in der Diskussion um das Für und Wider des Miteigentums primär die zielbedingte Ausrichtung des Miteigentums bedeutsam ist, scheint es mir vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus gerechtfertigt und notwendig, auch einmal den substantiellen-finanziellen Charakter des Miteigentums zu untersuchen.

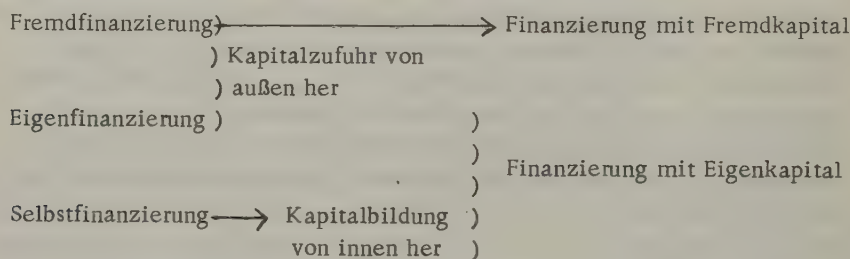
I. Die Stellung des Miteigentums innerhalb der Finanzierungsformen

Innerhalb der betriebswirtschaftlichen Literatur unterscheidet man die verschiedenen Finanzierungsmittel im allgemeinen nach dem durch sie begründeten Rechtsverhältnis zwischen Kapitalnehmer und Kapitalgeber in Eigen- und Fremdkapital. Neben dieser Einteilung der Kapitalarten steht eine solche, die

auf die Herkunft der Mittel abhebt. Sie liegt auf einer ganz anderen Ebene und gliedert in Eigen-, Fremd- und Selbstfinanzierung. Welcher Kategorie ist das Miteigentum jeweils zuzuordnen und welche finanzwirtschaftlichen Konsequenzen ergeben sich daraus? Vor Beantwortung dieser Frage müssen erst kurz die erwähnten Finanzierungstypen geklärt werden, zumal in der Literatur diese Begriffe mit verschiedenen Inhalten gebraucht werden.

Die rein juristische Unterscheidung der Finanzierungsmittel in Eigen- und Fremdkapital will grundsätzlich nur eine Aussage über das Rechtsverhältnis zwischen Kapitalgeber und Kapitalnehmer machen. Selbst innerhalb dieser einfachen Einteilung muß man feststellen, daß das Miteigentum nicht immer eindeutig zuzuordnen ist. Ich habe die Verwischung von charakteristischen Merkmalen eines Eigen- bzw. eines Fremdkapitalverhältnisses beim Miteigentum unter den Fragen seiner rechtlichen Fassung erwähnt und darf hier darauf verweisen.

Wirtschaftlich aufschlußreicher ist die Einteilung der Finanzierungsmittel nach der Finanzierungsart. Als Mittel der Eigenfinanzierung gelten dabei jene, die als Inhaberkapital in die Unternehmung eingebracht wurden. Die Fremdfinanzierung erfolgt durch Überlassung von Fremdkapital und die Mittel der Selbstfinanzierung fließen der Unternehmung aus selbsterwirtschafteten Kapitalmehrungen zu. Diese Einteilung hebt auf eine klare Trennung von Mitteln ab, die der Unternehmung von außen in Form von Eigen- und Fremdfinanzierung zur Verfügung stehen und solchen, die ihr autonom aus eigenen Erfolgsgrößen zufließen, weshalb man diese drei Merkmale auch zusammenfassend in den beiden Typen Außen- und Innenfinanzierung in Anlehnung an Hasenack wie folgt gegenüberstellen kann:¹⁾



Die von Hasenack getroffene Einteilung ist nicht unwidersprochen geblieben. Mellerowicz trifft eine andere Zuordnung der Begriffe Innen- und Außenfinanzierung zu der herkunftsbedingten Einteilung Eigen-, Fremd- und Selbstfinanzierung. Er schreibt: "Die Selbst- und ein Teil der Eigenfinanzierung (Einlagen) umfassen die Innenfinanzierung; die Fremd- und teilweise die Eigenfinanzierung (z.B. Ak-

1) W. Hasenack: "Wesen und Arten der Selbstfinanzierung", in Die Betriebswirtschaft, C.E. Poeschel Verlag, Stuttgart 1931, H. 4, S. 95

tienbegebung) bilden die Außenfinanzierung".¹⁾ Diese unterschiedlichen Begriffsinhalte sind auf eine verschiedene Vorstellung der Autoren über die Worte "eigen" und "fremd" einerseits und "innen" und "außen" andererseits zurückzuführen. Für Hasenack ist die Eigenfinanzierung Finanzierung mit Eigenkapital, das ebenso wie das Fremdkapital außerhalb des Unternehmens gesammelt und deshalb von außen in den Betrieb eingebracht wird. Im Gegensatz dazu schließt Mellerowicz die bisherigen Gesellschafter des Unternehmens in die betriebliche Sphäre ein und zählt deshalb zur Außenfinanzierung nur jenes Kapital, das als Fremdkapital von Gläubigern oder als Eigenkapital von neuen Gesellschaftern in das Unternehmen eingebracht wird. Je nachdem wie man den Begriff des Betriebes faßt, muß man zwangsläufig zu einer verschiedenen Abgrenzung des innerbetrieblichen und außerbetrieblichen Bereiches kommen. Man kann deshalb weder die eine, noch die andere Einteilung als falsch bezeichnen. Wichtig scheint mir jedoch, welche begriffliche Klärung der betriebswirtschaftlichen Betrachtung am besten entspricht. Wenn die Betriebswirtschaftslehre die betrieblichen Erscheinungen vom Standpunkt der Unternehmung betrachtet und nicht aus der Sicht der Unternehmer, dann gehören alle Kapitalgeber, ganz gleich ob sie der Unternehmung Eigen- oder Fremdkapital zur Verfügung stellen, zur Außen-sphäre, und die durch sie bereitgestellten Finanzierungsmittel zählen zur Außenfinanzierung. Innenfinanzierung kann dann nur sein, was die Unternehmung selbst erwirtschaftet.

Die unklare Trennung von Unternehmer und Unternehmung ist also der tiefere Grund, warum manche Autoren Eigen- und Selbstfinanzierung miteinander vermengt haben. So schreibt Schmalenbach: "Das Wort Selbstfinanzierung wird hauptsächlich gebraucht für den Fall, daß eine Unternehmung, etwa eine AG, die Dividende niedrig hält und auf diese Weise Mittel zurückhält. ... Wenn jemand Ersparnisse ansammelt, und wenn er genug zu haben glaubt, ein Geschäft anfängt, dann ist das auch Selbstfinanzierung. Wenn man genau sein wollte, müßte man diese letzte Form allein als Selbstfinanzierung bezeichnen, denn eine AG, die ihre Gewinne zu Finanzierungszwecken zurückhält, finanziert nicht mit eigenen, sondern mit Mitteln der Aktionäre".²⁾ Hier zeigt sich, daß für Schmalenbach, zumindest in diesem Falle, Unternehmer und Unternehmung identisch sind. Mit dieser bewußten oder unbewußten privatwirtschaftlichen Blickrichtung muß es zu einer Verquickung der Begriffe Eigenfinanzierung und Selbstfinanzierung kommen. Im folgenden wird an einer klaren Trennung festgehalten, weil hier die Kapitalquellen aus betriebswirtschaftlicher Sicht, d. h. vom Standpunkt

1) K. Mellerowicz: "Allgemeine Betriebswirtschaftslehre", III. Band, 9. Aufl., Walter de Gruyter u. Co., Berlin 1956, S. 50

2) E. Schmalenbach: "Die Beteiligungsfinanzierung", 7. Auflage, Westdeutscher Verlag, Köln 1949, S. 10 ff.

der Unternehmung und nicht von dem des Unternehmers interessieren. Ich sehe mich dazu nicht nur aus Gründen einer klaren Objektbestimmung veranlaßt, sondern weil sich aus einer klaren Scheidung von Selbstfinanzierung und Eigenfinanzierung für das Miteigentum entscheidende Erkenntnisse ergeben.

Versucht man nach dieser Klärung der üblichen Finanzierungsarten eine Einreihung des Mittels Miteigentum in die üblichen Kapitalquellen, dann scheint seine Zuordnung, abgesehen von dem oft verwischten Rechtscharakter als Eigen- oder Fremdkapital, zu der herkunftsbedingten Kategorie Selbstfinanzierung ohne weiteres möglich. Als Ausfluß einer vom Betrieb autonom erwirtschafteten Erfolgsgröße ist es nur der Sphäre der Selbstfinanzierung zuzuordnen. Offen bleibt damit, wie weit Selbstfinanzierung und Miteigentum sich decken.

II. Die Beziehungen zwischen Miteigentumsbildung und Selbstfinanzierung in der Unternehmung

Das Miteigentum soll gebildet werden aus autonom erwirtschafteten Kapitalmehrungen der Unternehmung. Wenn man davon ausgeht, daß Selbstfinanzierung Kapitalbildung des Unternehmens aus eigener Kraft bedeutet, dann ist man geneigt, das Miteigentum als eine spezielle Ausprägung von solchen selbstfinanzierten Mitteln anzusehen. Es würde sich dann von den übrigen selbstfinanzierten Mitteln nur durch seinen besonderen Verwendungszweck unterscheiden. Im folgenden ist diese funktionale Unterschiedlichkeit des Finanzierungsmittels "Miteigentum" gegenüber der Selbstfinanzierung näher zu betrachten, um festzustellen, inwieweit der substantielle Gehalt beider Phänomene sich deckt.

1. Abgrenzung zwischen Miteigentum und Selbstfinanzierung

Im allgemeinen versteht man unter Selbstfinanzierung den Tatbestand, daß eine Unternehmung sich Kapital aus eigenen Gewinnen beschafft. Es wird dabei grundsätzlich offengelassen, ob diese Mittel in neuen Anlagen investiert werden, d. h. einer Erweiterungsfinanzierung dienen oder ob mit ihnen eine Ablösung von Fremdkapital, d. h. eine Umfinanzierung stattfindet. Hegner schreibt: "Unter Selbstfinanzierung verstehen wir diejenigen speziellen Maßnahmen der Geldmittelbeschaffung, bei der sich die Unternehmung diese Geldmittel aus ihren eigenen Leistungen beschafft, so daß entweder eine tatsächliche und relative Vermehrung des Unternehmungsvermögens oder nur eine relative Vermehrung gegenüber den direkten rechtlichen Ansprüchen anderer Wirtschaftssubjekte an die Unternehmung

stattfindet".¹⁾ Während hier der Begriff "Selbstfinanzierung" mit Kapitalbeschaffung aus Gewinnen gleichgesetzt wird, dehnen ihn andere Autoren inhaltlich aus. Sie zählen außer den Kapitalmehrungen durch Gewinne auch jene Mittel zur Selbstfinanzierung, die aus einer Verflüssigung des Vermögens bei gleichzeitiger Erhaltung der Betriebskapazität herrühren.²⁾ Ich halte diese materielle Ausdehnung des Begriffes der Selbstfinanzierung nicht für statthaft, weil diese im Zusammenhang mit der herkunftsorientierten Unterscheidung der Finanzierungsmittel in Eigen-, Fremd- und Selbstfinanzierung als falsch bezeichnet werden muß. Freigesetzte Mittel, wie z.B. aus einer Rationalisierung freigesetzte Gelder, können zwar innerhalb der Unternehmung zu neuen Investitionen verwendet werden, sie stammen aber nach wie vor aus Kapitaleinlagen, die von Gesellschaftern oder von Gläubigern getätigt wurden. Damit gleichen sie dem Kapital der Außenfinanzierung mit der ihr wesenhaften unmittelbar begründeten und auch im vorliegenden Fall noch immer bestehenden Rechtsverpflichtung gegenüber den Kapitalgebern. Durch diese hebt sich aber das Kapital aus freigesetztem Vermögen deutlich von den autonom erwirtschafteten und einbehaltenen Gewinnen ab. Dieser Unterschied macht es notwendig, von einem zweischichtigen Begriff der Selbstfinanzierung innerhalb der herkunftsorientierten Einteilungssystematik abzusehen und ihn auf die einbehaltenen Gewinne zu beschränken.

Für die aktuellen Miteigentumspläne wurde übereinstimmend festgestellt, daß sie das Miteigentum nicht auf einer Ersparnisbildung der Arbeitnehmer, sondern auf einer Beteiligung an der Vermehrung des betrieblichen Kapitalzuwachses aufbauen. Die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft haben zur Bezeichnung der Ausgangsgröße für die Miteigentumsbildung verschiedene Umschreibungen und Begriffe verwendet. Es wird dort von einer Beteiligung am Gewinn der Unternehmung gesprochen, der in Investitionen aller Art zur Wertvermehrung der betrieblichen Substanz führt. An anderer Stelle heißt es, daß die Arbeitnehmer durch Miteigentum am "Neuvermögen" als Ergebnis einer echten Errungenschaftsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit teilnehmen sollen (S. 12). In der Begriffsbestimmung dieses Gesetzesvorschlages wurde im § 1 die Ausgangsbasis als "Beteiligung am Ertrag der Unternehmer" bezeichnet.³⁾ Diese unterschiedliche Nomenklatur läßt grundsätzlich noch kei-

1) F. Hegner: "Die Selbstfinanzierung der Unternehmung als theoretisches Problem der Betriebswirtschaftslehre und der Volkswirtschaftslehre", Verlag Paul Haupt, Bern 1946, S. 34

2) Vgl. K. Hagest: "Selbstfinanzierung des Betriebes", C.E. Poeschel Verlag, Stuttgart 1952, S. 32

3) Vgl.: Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft: a.a.O., S. 11, S. 20 und S. 24

ne genaue Bestimmung der Basis für die Miteigentumsbildung zu. Die mit dem Vorschlag verbundenen Erläuterungen und Argumente zeigen jedoch, daß an eine Beteiligung an der Selbstfinanzierungsquote des Betriebes gedacht ist. Auf diese Größe zielen auch die Vorschläge der DAG ab, die von einer Beteiligung "auf der Basis des Substanzzuwachses des zu investierenden bzw. im vergangenen Geschäftsjahr bereits investierten Gewinnes sprechen".¹⁾ Schließlich legen auch die Vorschläge der KAB die Selbstfinanzierungsquote der Betriebe als Quelle der Miteigentumsbildung ihren Vorschlägen zu Grunde.

Danach erscheint es gerechtfertigt, den materiellen Inhalt des Miteigentums als eine Beteiligung an der betriebswirtschaftlichen Größe "Gewinn" festzusetzen, wobei allerdings nicht an den Gewinn schlechthin, sondern nur an den nicht ausgeschütteten Teil, d.h. an die im Betrieb investierten Gewinnanteile angeknüpft wird. Da diese Größe gleichzeitig der sogenannten Selbstfinanzierung der Betriebe zu Grunde liegt, kann man folgern, daß das Miteigentum und die Mittel der Selbstfinanzierung auf der gleichen finanziellen Substanz gründen.

Offen bleibt nach dieser Klarstellung jedoch noch die Frage, inwieweit Miteigentum und Selbstfinanzierung nicht nur auf der gleichen Substanz aufbauen, sondern sich substantiell sogar decken. Zur Beantwortung dieser Frage gewinnt man einen Ansatzpunkt, wenn man bei den zwei grundsätzlichen Erscheinungsformen der selbstfinanzierten Mittel in der Bilanz anknüpft. Danach unterscheidet man die offene und die stille Form der Selbstfinanzierung. Offene Selbstfinanzierung beinhaltet den in der Bilanz ausgewiesenen, aber nicht ausgeschütteten Gewinn; stille Selbstfinanzierung deckt sich mit den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Gewinnanteilen. In Anlehnung an Hagest kann man diese beiden Methoden der Selbstfinanzierung auch kennzeichnen als:

"Selbstfinanzierung durch Nichtausschüttung ausgewiesener Gewinne
und

Selbstfinanzierung durch Nichtausweisung von erzielten Gewinnen".²⁾

Der wesentliche Unterschied zwischen offener und stiller Selbstfinanzierung liegt in dem hier zu erörternden Problem in der Art, wie die Gesellschafter an diesen Mitteln beteiligt werden. Der bilanziell ausgewiesene, aber einbehaltene Gewinn wächst grundsätzlich direkt den Gesellschaftern auf ihren Einlagekonten zu, so daß diese sich jährlich über die getätigten Einlagen und Einnahmen hinaus auch um die einbehaltenen Gewinne ändern. Im Gegensatz dazu ist bei der Aktiengesellschaft das Inhaberkapital (= Grundkapital) rechtlich fixiert, so daß sich dort die offene Selbstfinanzierung zwangsläufig in einem zweiten Eigen-

1) Hauptvorstand der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft : a. a. O., S. 15

2) K. Hagest: a. a. O., S. 57

kapitalkonto, den Rücklagen, niederschlagen muß. In diesem Falle wächst den Gesellschaftern die Substanzmehrung indirekt, nämlich anteilmäßig über die gebildeten Rücklagen zu. Auf gleichem Wege werden alle Gesellschafter auch Eigentümer der stillen Selbstfinanzierung. Analog dem Grundkapital sind bei der Aktiengesellschaft auch für das Miteigentum gesetzliche Rücklagen zu bilden. Es ist denkbar, daß hinsichtlich der Bindung dieser Rücklagen vom Gesetzgeber besondere Vorschriften erlassen werden.

Diese Überlegungen zeigen, daß eine Abgrenzung zwischen den Mitteln der Selbstfinanzierung und der Miteigentumsbildung dahingehend erfolgen muß, daß für eine Verbriefung der Miteigentumstitel nur jener Gewinn herangezogen werden kann, der nicht gleichzeitig zur Bildung von offenen oder stillen Rücklagen benutzt wird. Die Verwendung des autonom erwirtschafteten Gewinnes zur Ausgabe von Kapitalanteilen an die Belegschaft schließt seine gleichzeitige Umwandlung in eine Rücklage aus, da sonst die Arbeitnehmer zweimal an der gleichen Substanz beteiligt werden. Es ist dies auch die vom Deutschen Juristentag berücksichtigte Erkenntnis, wenn dieser bei den Vorschlägen zur Ausgestaltung einer Unternehmensbeteiligung der Arbeitnehmer schreibt: "Die Umwandlung der Gewinnanteile in eine Aktie soll nach dem Vorschlag des Ausschusses nur dann möglich sein, wenn der Gewinnanteil aus einer Beteiligung hervorgegangen ist, die nur an dem Gewinn besteht, der nach Abzug der bei der Feststellung der Bilanz gebildeten Rücklagen verbleibt.

Diese Anlehnung an den Gewinnbegriff des Aktiengesetzes ist nicht nur äußerlich, sie ist vielmehr sachlich begründet. Bestünde nämlich die Gewinnbeteiligung an dem gesamten Gewinn im üblichen kaufmännischen Sinne mit Ein-schluß der zu stillen Reserven und zu offenen Rücklagen verwendeten Gewinn-anteile und würde ein hiernach berechneter Gewinnanteil in einen Aktienbetrag von entsprechender Höhe umgewandelt werden, so erhielte der Arbeitnehmer den Gewinnanteil, soweit er zu Rücklagen verwandt worden ist, zweimal: einmal in Gestalt des Aktienbetrages und einmal durch seine Beteiligung auf Grund der Aktie an den im Vermögen der Aktiengesellschaft gebliebenen Rücklagen".¹⁾

Im Zusammenhang mit der Einsicht, daß die Miteigentümer über ihre Miteigentumstitel anteilmäßig auch Eigentum an den offenen und stillen Rücklagen erlangen, erhebt sich noch ein weiteres Problem für die quantitative Abgrenzung der Miteigentumsbildung zur Selbstfinanzierung. Die indirekte Beteiligung an den Rücklagen erstreckt sich nämlich nicht nur auf die im Abrechnungszeitraum vorgenommene Rücklagenbildung, sondern die zu begründenden Kapitalanteile partizipieren auch an der bereits in der Vergangenheit vorgenommenen Selbst-

1) Studienkommission des Deutschen Juristentages: a. a. O., S. 67

finanzierung. Wie gezeigt wurde, zielt das Miteigentum aber nicht auf eine Beteiligung an bereits bestehendem Vermögen ab. Eine solche würde einer Enteignung gleichkommen, die mit unserer bestehenden Rechtsordnung unvereinbar ist. Soll Miteigentum nur Beteiligung am neugebildeten Substanzzuwachs sein, dann ist diese so zu gestalten, daß keine Verwässerung des alten Inhaberkapitals stattfindet. Aus dem anfallenden Jahresgewinn können die Arbeitnehmer Miteigentumstitel nur in der Höhe erhalten, wie dieser Gewinn nicht nur den Nominalwert, sondern auch den Realwert der Kapitalanteile deckt. Bei der Einführung des Miteigentums sind deshalb zwischen der Betriebsleitung und der Belegschaft die Grundsätze festzulegen, nach denen das Realkapital berechnet und der erforderliche Gewinnbetrag für die Schaffung eines neuen Kapitalanteiles bestimmt wird.

(Die Methoden, die von der Betriebswirtschaftslehre zur Ermittlung des Realkapitals entwickelt wurden, können im Rahmen dieses Themas nicht behandelt werden. Sie laufen auf das Problem der Bewertung der Unternehmung als Ganzes hinaus. Wenngleich die Aktiengesellschaft über die Börsenkurse einen Anhaltspunkt für den Realwert des Eigenkapitals gewinnt, so stellt sich hier doch, insbesondere auch für die anderen Gesellschaftsformen, eine nicht unproblematische Bewertungsaufgabe.)¹⁾

Von grundsätzlicher Bedeutung ist die Tatsache, daß beim Vorhandensein von betrieblichen Rücklagen die Miteigentümer automatisch mit Ausgabe ihrer Miteigentumstitel an den Rücklagen des Betriebes beteiligt werden und deshalb ein Aufgeld in Form einer den Nennbetrag des Kapitalanteiles übersteigenden Gewinnanteil bezahlen müssen. Diesem Vorgang entspricht die bekannte Erscheinung, daß bei ordentlichen Kapitalerhöhungen die Aktien über pari begeben werden. Analog der Vorschrift über die Bilanzierung des dadurch entstehenden Agios unter der gesetzlichen Rücklage nach § 130 AktGes ist auch für das Aufgeld der Miteigentümer der bilanzielle Ausweis unter dem Bilanzposten "Rücklagen" zu fordern.

Faßt man die gewonnenen Erkenntnisse über die Abgrenzung zwischen Miteigentumsbildung und Selbstfinanzierung zusammen, dann ist festzustellen:

Die Selbstfinanzierung des Betriebes basiert ebenso wie die Miteigentumsbildung auf den autonom erwirtschafteten und einbehaltenen Gewinnen. Diese können zur Bildung von offenen und stillen Rücklagen benutzt werden und stellen dann die bisher üblichen Erscheinungsformen der selbstfinanzierten Mittel dar. In dem Falle, daß die einbehaltenen Gewinne zur Ausgabe von Kapitalanteilen an die

1) Vgl. dazu insbesondere: K. Mellerowicz: "Der Wert der Unternehmung als Ganzes", Verlag W. Girardet, Essen 1952

Belegschaft benutzt werden, ist die Gewinnverwendung zur Rücklagenbildung in nominaler Höhe der auszugebenden Miteigentumstitel ausgeschlossen, weil die Kapitalanteile bereits anteilmäßig an den Rücklagen teilhaben. Miteigentum ist neben den offenen und stillen Rücklagen in nomineller Höhe der Belegschaftsanteile eine weitere Erscheinungsform der Selbstfinanzierung und wird unter dem Inhaber- bzw. Grundkapital ausgewiesen. In seiner Gleichstellung mit dem Grundkapital ist auch für das Miteigentum eine gesetzliche Rücklage zu bilden. Da der Realwert der Miteigentumsanteile jedoch auch eine anteilmäßige Beteiligung an den neu zu bildenden und an den bereits bestehenden freiwilligen Rücklagen beinhaltet, ist für die Ausgabe von Miteigentumstiteln ein die nominelle Höhe des Kapitaltitels übersteigender Gewinnanteil festzusetzen. Das Aufgeld ist unter den Rücklagen auszuweisen.

Mit den obigen Ausführungen konnte klargestellt werden, daß Miteigentum als eine Erscheinungsform der Selbstfinanzierung auf dem bilanziellen Gewinn gründet und darüber hinaus auch eine indirekte Beteiligung an den Gewinnanteilen einschließt, die in der Bilanz nicht zum Ausweis gelangen. (= stille Reserven). Damit ist bereits angedeutet, daß der "Gewinn" als Basis der Miteigentumsbeteiligung eine relative, nämlich von der Bewertung abhängige Größe darstellt.

2. Der Bilanzgewinn als Basis der Miteigentumsbildung

Der Bilanzgewinn ist der Unterschied zweier Vermögenslagen innerhalb zweier Zeitpunkte. Solange der Betrieb lebt, kann der Periodengewinn jeweils nur durch eine Bewertung des Vermögens festgestellt werden. Infolge der mangelhaften Voraussicht zukünftiger Ereignisse, ist die Vermögensbewertung bei aller Vorsicht und Bemühung des Bewertenden immer eine mutmaßliche Größe, der Periodengewinn als Ergebnis dieser Bewertung also ebenfalls. Diese Relativität des Gewinnes bringt auch Walther zum Ausdruck, wenn er abschließend zu seinen diesbezüglichen Ausführungen feststellt: "Wie wir sehen, kann man nur die Entstehung des Totalgewinnes einwandfrei erklären. Der Periodengewinn dagegen ist immer, auch wenn man bei seiner Berechnung jede Willkür vermeidet und vernünftige Bewertungsregeln konsequent eingehalten werden, insofern eine fragwürdige Größe, als man nie weiß, ob er wirklich ein Teil des Totalgewinnes ist, oder ob er bald durch Verluste wieder aufgezehrt sein wird".¹⁾

1) A. Walther: "Einführung in die Wirtschaftslehre der Unternehmung", 2. Band: Die Unternehmung, Verlag Schulthess u. Co., Zürich 1953, S. 38 Zum Verhältnis von Periodengewinn und Totalgewinn der Unternehmung vgl. insbesondere F. Rieger: "Einführung in die Privatwirtschaftslehre", a.a.O., S. 210 ff.

Mit dieser Feststellung drängt sich die Frage auf, ob der Gewinn überhaupt eine beteiligungsfähige Kapitalmehrung darstellt. Das Miteigentum erfährt als Kapitalbeteiligung eine Verbriefung in einzelnen Anteilsrechten, d.h. es erfährt die gleiche Behandlung wie effektive Einlagen der Inhaber innerhalb der Eigenfinanzierung. Kapitaleinlage und Kapitalzuwachs als Gewinn werden in Bezug auf das Miteigentum einander gleichgestellt; die Berechtigung eines solchen Vorgehens ist durch einen Vergleich der beiden Phänomene zu prüfen.

Die Einlage der Inhaber geschieht grundsätzlich durch Einbringung realer Vermögensteile, die entweder Sachgüter oder Geld darstellen können. Sie schlagen sich spiegelbildlich auf der Passiv-Seite der Bilanz als Inhaber- bzw. Grundkapital in Höhe des vorgenommenen Wertansatzes nieder. Vermögenswert und Kapitalausweis entsprechen einander zu diesem Zeitpunkt vollkommen, jedoch nur zu diesem Zeitpunkt. Nach dem Zeitpunkt der Einbringung erfahren die Einlagen im Betriebsprozeß eine laufende Umformung. Im Gegensatz zu den Schuldner-einlagen können die ihnen entsprechenden Kapitalverpflichtungen der Unternehmung nur noch durch Vornahme einer erneuten Bewertung festgestellt werden. Walther bemerkt dazu: "Die Schulden sind eine konkrete, zahlenmäßig genau feststellbare Größe, während das Inhaberkapital nur ein sehr vages, von der Bewertung des Vermögens abhängiges Maß der rechtlichen Ansprüche der Inhaber der Unternehmung bedeutet".¹⁾ Damit ist aber gesagt, daß der Wert der Eigenkapitalanteile vor ihrer endgültigen Realisierung nicht genau bestimmbar ist, weil dieser der Relativität der periodischen Bewertung unterliegt.

Mit dieser Abhängigkeit von der Bewertung sind Inhaberkapital und Gewinn und damit auch das Miteigentum auf eine Ebene gerückt. Diese Gleichstellung ergibt sich auch schon begrifflich dadurch, daß man den Gewinn als eine positive Änderung des Inhaberkapitals definieren kann. Erhaltung und Mehrung dieser Größe hängen also von der vorzunehmenden Bewertung ab. Die Grundzüge der bilanziellen Kapitalermittlung müssen deshalb im folgenden kurz aufgezeigt werden.

Die Kapitalrechnung der Bilanz basiert auf einer privatwirtschaftlich-kapitalistischen Geldrechnung, wie sie auch grundsätzlich bei der Ermittlung des Totalgewinnes über die Einnahmen-Ausgabenrechnung zu Grunde gelegt wird.²⁾ In dieser Konzeption entspricht sie der Struktur unserer Bilanzrechnung, innerhalb derer der Gesetzgeber in § 133 AktGes grundsätzlich an der Bewertung zu Anschaffungswerten und damit an der Nominalwertrechnung festhält. Das heißt aber, daß als Gewinn innerhalb dieses Systems auch der Überschuß gilt, der

1) A. Walther: a. a. O., S. 69

2) Vgl. K. Hax: "Wandlungen der Gewinnvorstellung", in Gestaltwandel der Unternehmung, Duncker u. Humblot, Berlin 1954, S. 207 ff.

nicht durch echte Substanzmehrung, sondern nur durch Preissteigerungen, d. h. Kaufkraftänderungen der Währungseinheit zustande kommt. Die Richtigkeit einer nominalen Geldwertrechnung innerhalb der Bilanz ist von der Privatwirtschaftslehre, insbesondere von Rieger vertreten worden.¹⁾ Rieger hält trotz Währungsschwankungen an der Rechnung zu nominalen Geldwerten fest und widerspricht damit jenen Autoren, die eine Bilanzbewertung fordern, welche die Währungsschwankungen berücksichtigt.²⁾

Diese Ansicht steht in scharfem Gegensatz zu jenen Meinungen, die eine nominale Geldrechnung für die Gewinn- bzw. Kapitalfeststellung nicht gelten lassen und behaupten, daß bei der Bewertung Änderungen des Geldwertes, d. h. Kaufkraftänderungen zu berücksichtigen seien. Für die Bewertung bedeutet das, daß nicht wie bei der Nominalrechnung auf die tatsächlichen Ausgaben bzw. Aufwendungen anhand der Anschaffungswerte zurückgegangen werden kann, sondern daß der Wiederbeschaffungswert anzusetzen ist. Der Betrieb ist aus dieser Sicht ein Organ des Marktes und kann nur am Leben erhalten werden, wenn er die Preisänderungen am Markt berücksichtigt, da sonst die Bilanz kein wahres Bild über die Lage des Betriebes geben kann. Durch den Ausweis von sogenannten "Scheingewinnen" kann die Nominalrechnung zu völlig falschen Dispositionen veranlassen. Als Vertreter einer realen Kapitalwertrechnung sei Schmidt mit seinem Werk "Die Organische Tageswertbilanz" genannt.³⁾

Der Streit um die nominale oder reale Kapitalwertrechnung in der Bilanz spitzt sich m. E. in der Frage zu, welche Aufgaben die Bilanz zu erfüllen hat. Eine reale Kapitalwertrechnung würde zu einer starken Verzerrung der Bilanzrechnung führen und die erstrebte "Richtigstellung" durch eine gesteigerte Unsicherheit in der Bewertung weitgehend wieder aufheben. Man kann deshalb grundsätzlich an der Nominalwertrechnung der Bilanz festhalten, wenn man sich gleichzeitig über den Charakter des "Bilanzgewinnes" im klaren ist, um so dann die richtigen Dispositionen treffen zu können. Ich nähere mich dabei dem Standpunkt von Schäfer, der dazu schreibt: "Für die unternehmerischen Dispositionen und für eine wirklichkeitsgemäße Beurteilung der eigenen Situation eines Unternehmens sind die Überlegungen über das Verhältnis von nominaler und realer Kapi-

-
- 1) Vgl. F. Rieger: "Einführung in die Privatwirtschaftslehre", Verlag d. Hochschulbuchhandlung Kriese u. Co., Nürnberg 1928
 - 2) Vgl.: F. Rieger: "Über Geldwertschwankungen", zitiert aus Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, Jhg. 1958, H. 3, Verl. Neue Wirtschaftsbrieft, S. 192
 - 3) Vgl.: F. Schmidt: "Die Organische Tageswertbilanz", 3. Aufl., Verlag Dr. Th. Gabler, Wiesbaden 1953

talerhaltung selbstverständlich von großer Bedeutung. Die Konsequenzen daraus liegen aber auf der Ebene der konkreten Entschlüsse und Handlungen. Sie brauchen sich nicht auf die Abrechnung des Geschäftsjahres zu erstrecken und beziehen sich vielmehr auf das Planen als auf das rückschauende Abrechnen, das alsbald willkürlich werden muß, wenn es den Boden der nun einmal herrschenden und unentbehrlichen nominalen Geldrechnung verläßt".¹⁾ In diesem Zusammenhang ist es sehr interessant, daß Schmidt in persönlicher Unterhaltung seine "Organische Tageswertbilanz" selbst als eine "Betriebsdispositionslehre" charakterisiert hat.²⁾

Projiziert man die gewonnenen Erkenntnisse auf die Miteigentumsbildung, dann stellt sich heraus, daß der Bilanzgewinn als Basisgröße des Miteigentums zwar teilweise, aber nicht ausschließlich von effektiven Substanzmehrungen getragen wird. Je nach der Schwankung des Geldwertes bzw. der Maßstäbe der Bewertung gründet der bilanzielle Kapitalausweis auf substanzlose Gewinne. Die Praxis hat dies bisher in ihren Dispositionen über den Gewinn dadurch berücksichtigt, daß sie nicht den ganzen Bilanzgewinn ausgeschüttet, sondern Teile davon einbehalten und unter Rücklagen verbucht hat. Die so einbehaltenen "Gewinne" stellen als Rücklage an die Unternehmung keine weiteren Ansprüche und bilden gleichsam einen Korrekturposten für die mit der Bewertung verbundenen Unsicherheitsfaktoren.

Hier tut sich der entscheidende finanzwirtschaftliche Unterschied zwischen dem Miteigentum und den anderen einbehaltenen Gewinnanteilen der Unternehmung auf: Die für die Miteigentumsbildung verwendeten Gewinnanteile stellen an die Unternehmung direkte Ansprüche, insbesondere hinsichtlich der Verzinsung und der Einräumung von Leitungsrechten. Miteigentum ist insofern genau so zu beurteilen wie die Kapitaleinlagen der Gesellschafter von außen. Miteigentum ist demnach eine Form der Selbstfinanzierung, die zwar genetisch ebenso wie die offenen und stillen Rücklagen aus autonom erwirtschafteten Gewinnen stammt, in ihrem funktionalen Charakter jedoch mit der Eigenfinanzierung übereinstimmt. Diese Tatsache ist von entscheidender Bedeutung zur Beantwortung der Frage, inwieweit der einbehaltene und ausgewiesene Gewinn in der Bilanz zur Ausgabe von Kapitalanteilen an die Belegschaft herangezogen werden kann.

Soweit der Gewinn infolge der nominalen Rechnung der Bilanz über die effektiv erfolgte substantielle Kapitalmehrung des Betriebes hinausgeht, würde eine dies-

1) E. Schäfer: "Die Unternehmung", Westdeutscher Verlag Köln und Opladen, 1956, S. 327

2) Nach einer Anmerkung von S.E. Enderlen: "Nominale und reale Bilanz", ohne Verlagsangabe, Stuttgart 1936, S. 7

bezügliche Heranziehung dieser Gewinnanteile zur Miteigentumsbildung auf substanzlosen, bewertungsbedingten Vermehrungen des Kapitals gründen. Die Unternehmung müßte demnach auch für die Scheingewinne Vermögens- und Leistungsrechte einräumen, was auf die Dauer gesehen ihre Leistungsfähigkeit beeinträchtigt und sie in ihrem Bestand gefährden muß. Nicht zuletzt käme eine solche Beteiligung der Miteigentümer einer Enteignung der bisherigen Eigentümer gleich, weil die Miteigentümer mit ihren Kapitalanteilen dann an der effektiv vorhandenen Substanz des Betriebes partizipieren.

Um das sozialpolitische Programm des Miteigentums nicht schon bei seiner Bildung zu gefährden, wird man fordern müssen, daß Miteigentum nur aus dem Gewinn gebildet wird, dem eine effektive Substanzmehrung zu Grunde liegt. Miteigentum kann deshalb nur auf einem Bilanzgewinn aufbauen, der nach den Maßstäben einer realen Kapitalwertrechnung entsprechend korrigiert wurde. Bayer bemerkt zu der Bemessung des beteiligungsfähigen Gewinnes: "Im allgemeinen ist zu sagen, daß von Gewinn nur dann die Rede sein kann, wenn das bisher vorhandene Vermögen nicht nur erhalten wurde, sondern darüber hinaus zusätzliche Eingänge erzielt wurden. Es handelt sich nach der modernen betriebswirtschaftlichen Auffassung darum, daß sich ein reales Mehr ergeben hat, nicht nur ein Zuwachs in Geld ausgedrückt. Damit wir von Gewinn sprechen können, muß es sich um einen tatsächlichen Substanzzuwachs handeln. Die Bilanz im allgemeinen und die Steuerbilanz im besonderen erfaßt auch nominelle Zuwächse und greift so die Substanz des Betriebes an".¹⁾ In diesem Sinne sind auch die Ausführungen der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft zu verstehen, wenn diese in ihrer Stellungnahme zum Miteigentum fordert, daß zur Wahrung des Bestandes des ursprünglichen Eigentums eine Beurteilung des Gewinnes nach den Grundsätzen der organischen Bilanztheorie vorzunehmen ist.²⁾ Die Miteigentumsbildung kann in Einklang mit der Kapitalrechnung der Bilanz gebracht werden, wenn sie in dem Ausmaß erfolgt, wie der Bilanzgewinn echte Vermögensmehrungen darstellt. Erst dann erfährt es die gleiche Behandlung wie das Inhaberkapital, das der Unternehmer ebenfalls durch die Bildung von offenen und stillen Reserven auf eine angemessene, das effektive Vermögen nicht übersteigende Höhe zu reduzieren weiß. Soweit die Bilanz Nominalgewinne ausweist, ist es notwendig, den einbehaltenen Gewinn nicht in vollem Umfange zur Ausgabe von Kapitalanteilen heranzuziehen, sondern daneben eine Selbstfinanzierung in Form von Rücklagenbildung zu betreiben. Die unumgängliche Subjektivität bei der Bewertung läßt freilich auch bei einer Korrektur des nominalen Bilanzgewinnes auf reale Kapitalgrößen immer noch

1) H. Bayer: "Gewinnbeteiligung", Springer-Verlag, Wien 1952, S. 80

2) Hauptvorstand der DAG; a. a. O., S. 15 ff.

soviel Spielraum bei der Bildung des Miteigentums, daß man gut daran tut, sich von der Vorstellung freizumachen, daß diese Beteiligung genau in der ausgewiesenen Höhe auf gütermäßigen Vermögensmehrungen basiert.

Die gerade in den letzten Jahren immer wieder erhobene Forderung nach höheren Löhnen unter gleichzeitigem Hinweis auf die hohen Bilanzgewinne läßt die Vermutung zu, daß noch nicht überall das nötige Verständnis für die Zusammenhänge zwischen nominaler und realer Kapitalwertrechnung vorhanden ist. Für die Miteigentümer ist eine solche Einsicht doppelt notwendig: einmal damit sie die Substanz ihres Anteiles überhaupt beurteilen können, zum anderen, damit sie das nötige Verständnis für die Grenzen gewinnen, innerhalb welcher eine Miteigentumsbildung aus Gewinn von seiten des Betriebes möglich gemacht werden kann.

3. Die Möglichkeiten einer Miteigentumsbildung über die Selbstfinanzierung

Die neue Konzeption des Miteigentums liegt darin, daß es die durch die Ersparnisbildung aus Arbeitseinkommen gesetzte Grenze in der Vermögensbildung der Arbeitnehmer überspringen will, indem der Arbeiter neben seinem "Barlohn" auch einen sogenannten "Produzentenlohn" erhält.¹⁾ Dieser Gedanke knüpft an die Tatsache an, daß insbesondere nach dem Zweiten Weltkriege der Aufbau der deutschen Betriebe über eine Selbstfinanzierung vollzogen wurde. Eine solche Miteigentumsbildung gründet schließlich auf der Einsicht, daß die Betriebe nicht in der Lage sind, ihren ganzen Gewinn auszuschütten, sondern zur Erhaltung ihrer Konkurrenzfähigkeit und zur Steigerung der Produktivität auch in Zukunft Selbstfinanzierung betreiben werden. Coester bemerkt dazu: "In Anbetracht einer normalen Expansionsrate und der Notwendigkeit, Reserven gegen Konjunkturrückschläge und zur Arbeitsplatzsicherung zu bilden, sind die Betriebe nicht in der Lage, ihre Erträge voll auszuschütten, weder an die Kapitalgeber noch an die Arbeitnehmer. ... Hierdurch ist aber der Erhöhung des Arbeitsentgeltes eine relative Grenze gesetzt, insoweit, als es für den Konsum bestimmt ist, nicht dagegen in dem Maße, als es in Kapital umgewandelt wird".²⁾ Es ist der gleiche Umstand, auf den Dittmar hinweist, wenn er feststellt: "In den einzelnen Betrieben muß die Grundlage für die volkswirtschaftliche Feichtumsvermehrung gelegt werden. Erst müssen mehr und bessere Kapitalgüter ent-

1) Vgl. dazu insbesondere den Vorschlag von E. Häussler: "Der Arbeitnehmer von morgen", 3. Aufl., Eigenverlag, Stuttgart 1956

2) F. Coester: "Miteigentum und Vermögensbildung der Arbeitnehmer in der Marktwirtschaft", Institut für Wirtschaftspolitik, Köln 1954, S. 8

stehen, dann kann mehr erzeugt werden und mehr an die Verbraucher verteilt werden. Dieser Vorgang muß bei jeder Wirtschaftsordnung sichergestellt sein. ... Seine Absicht, auch die Zukunft mit Erfolg zu meistern, erreicht der Produktionsbetrieb durch Verbesserung seiner Produktionsmethoden in organisatorischer wie in technischer Hinsicht, der Handelsbetrieb durch organisatorische Verbesserungen bei der Lösung seiner Aufgaben und durch Verbreiterung der Geschäftsbasis. In beiden Fällen bedeutet derartiges Handeln die Notwendigkeit einer Bildung von Reserven aus dem Umsatz, oder anders ausgedrückt: Es erfolgt eine Beschränkung dessen, was an verdientem Geld auf Nimmerwiedersehen aus dem Betrieb herausgeht".¹⁾

Hinter dieser betriebswirtschaftlich orientierten Erklärung zu dem Plan, das Miteigentum aus den einbehaltenen Gewinnen zu bilden, steckt die volkswirtschaftliche Erkenntnis, daß die Verwendung des Einkommens maßgeblich über die Einkommensverteilung entscheidet. Solange die Arbeitnehmer ihr Einkommen konsumieren, kann es nicht höher sein als der Gesamtanteil der Konsumgüter am Sozialprodukt. Der Versuch des Arbeiters, darüber hinaus durch steigende Löhne seinen Konsum zu steigern, muß unweigerlich zu steigenden Preisen führen, so daß sich am Realeinkommen im Endeffekt nichts ändert.²⁾ Eine reale Steigerung des Einkommens ist jedoch dann möglich, wenn der Arbeitnehmer diese Erhöhung in Form von Anspruchstiteln auf den gestiegenen Kapitalgüteranteil des Sozialproduktes anlegt. Grundsätzlich wird diese Bedingung immer dann erfüllt, wenn der Arbeiter die Lohnsteigerung nicht in Konsumgüter umsetzt, sondern sie über das Sparen dem Kapitalmarkt zuführt. Die Erfahrung lehrt jedoch, daß der Arbeitnehmer Lohnsteigerungen wenn überhaupt, dann nur teilweise dem Kapitalmarkt zuführt. Es ist, wie Dittmar sich ausdrückt, vielmehr zu befürchten, daß auch der für eine Anlage in Kapitaltiteln bestimmte Lohn auf "Nimmerwiedersehen" aus dem Betrieb herausgeht. Diese Schwierigkeit umgeht das betriebliche Miteigentum dadurch, daß es den Arbeitnehmer gar nicht in die Versuchung konsumtiver Verwendung seiner Lohnsteigerung durch eine Barauszahlung bringt, sondern ihm sein Produzentengeld in Form von Kapitalanteilen an der Nettoinvestition seines Betriebes aushändigt.

Der Gedanke einer Miteigentumsbildung über den selbstfinanzierten Substanzzuwachs der Betriebe ist nicht unangefochten geblieben. Es ist mir nicht möglich, im Rahmen dieser Arbeit auf die volkswirtschaftliche Problematik einer solchen Vermögensbildung einzugehen. Ein gewichtiger Einwand, der aus die-

1) R. Dittmar: "Miteigentum", DAG-Schriftenreihe, H. 20, September 1953, S. 14

2) Vgl. O. v. Nell-Breuning: "Wirtschaft und Gesellschaft", I. Band, Verlag Herder, Freiburg 1956, S. 448

ser Sicht gegen das Miteigentum gemacht wird, ist z.B. die Tatsache, daß über eine solche Miteigentumsbildung der Kapitalmarkt umgangen und die Kapitalbildung noch mehr in den durch Selbstfinanzierung begünstigten Betrieben ermöglicht wird.¹⁾ Tatsache ist jedoch, daß bereits heute ohne das Miteigentum eine erhebliche Selbstfinanzierung der Betriebe stattfindet. Die Kritiker des Miteigentums weisen dagegen darauf hin, daß die hohe Selbstfinanzierung nach 1948 eine zeitbedingte Erscheinung gewesen ist, heute dagegen auf diesem Wege keine nennenswerte Vermögensbildung der Arbeitnehmer zu erreichen sei. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände bemerkt zu der Miteigentumsbildung durch Selbstfinanzierung der Betriebe: "Die Bestrebungen eines solchen "Miteigentums", die ihre Wurzeln in der Zeit nach der Währungsreform haben, sind inzwischen durch das fortschreitende Wirksamwerden eines Wettbewerbs überholt, der die Selbstfinanzierung und Vermögensmehrung in den Betrieben vor allem in den letzten beiden Jahren auf ein normales, der Wirksamkeit der Unternehmerinitiative entsprechendes Maß zurückgeführt hat".²⁾ Spiegelhalter unterstreicht diese Kritik mit seiner Feststellung, daß die Selbstfinanzierungsquote der Wirtschaft von 50 - 60 % im Jahre 1950/51 in den letzten Jahren auf einen Stand von etwa 30 - 40 % abgesunken sei.³⁾ Ganz abgesehen davon, daß auch dieser Prozentsatz noch beachtlich ist, muß man aus detaillierten Angaben zur Selbstfinanzierung der Betriebe zu einer anderen Beurteilung der damit verbundenen Chancen des Miteigentums gelangen. Die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft sind der Ansicht, daß "der Zustand einer starken, wenn auch relativ etwas verminderten Eigenfinanzierung (gemeint ist Selbstfinanzierung) bei den Unternehmen andauert". Sie beweisen diese Aussage mit folgender Übersicht über die: "Vermögensbildung der Unternehmen (einschließlich des Wohnungsbaues) aus nicht ent-

1) Vgl.: F. Spiegelhalter: "Eigentumsbildung contra Miteigentum", in Der Arbeitgeber, Nr. 1/2, Düsseldorf 1956, S. 38

2) Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände: Jahresbericht 1953, S. 95 ff.

3) F. Spiegelhalter: "Miteigentum und Gewinnbeteiligung", Schriftenreihe der Deutschen Arbeitgeberverbände, H. 17, Köln 1957, S. 17

nommenen Gewinnen". ¹⁾

	Jahr Mrd. DM	in % der Vermögensbildg. d. Unternehmen	in % d. Brutto-Lohn- u. Ge- haltssumme aller Arbeitnehmer, also einschl. Öffentl. Dienst, Landwirtschaft usw.
1950	5,6	35,9	14,2
1951	12,9	61,3	27,0
1952	10,9	52,4	20,4
1953	9,6	41,7	16,2
1954	9,4	38,7	14,7
1955	12,1	38,8	16,8

Zu diesen Zahlen aus dem Bericht der Bank Deutscher Länder vom Juli 1956 verdienen zwei Bemerkungen festgehalten zu werden: 1) Daß die Wirtschaftsunternehmen im engeren Sinne, d. h. ohne Einschluß des Wohnungsbaues wahrscheinlich eine höhere Selbstfinanzierung betrieben haben und 2) daß die Quote der Selbstfinanzierung in Höhe der "stillen Reserven" unterbewertet ist. Das bedeutet, daß diese ausgewiesenen, "nicht entnommenen Gewinne" nur einen Teil der gesamten Selbstfinanzierung ausmachen und zumindest jene Gewinnteile schon in Abzug gebracht worden sind, die im vorigen Kapitel als Ausfluß einer Nominalwertrechnung mit "Scheingewinnen" bezeichnet wurden. Die statistisch ausgewiesenen Zahlen beziffern also mit weitreichender Genauigkeit den effektiven Kapitalzuwachs aus Selbstfinanzierung. Sie legen damit bereits jene Gewinngröße zugrunde, auf die eine Bildung des Miteigentums nach den gewonnenen Erkenntnissen aufgebaut werden kann. Wenn man gleichzeitig bedenkt, daß laut Angaben der Deutschen Bundesbank in ihrem Junibericht von 1958 die nicht entnommenen Gewinne der Unternehmen auch im Jahre 1956 eine Höhe von 10,6 Mrd. DM und im Jahre 1957 eine Höhe von 10,4 Mrd. DM erreichten, dann muß man die Chancen einer Vermögensbildung der Arbeitnehmer über die Selbstfinanzierung positiv beurteilen. ²⁾ Selbst wenn man berücksichtigt, daß statistische Differenzen zu kleinen Abweichungen in der Berechnung der Selbstfinanzierungsquote beim Statistischen Bundesamt und bei der

1) Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft:
a. a. O., S. 20

2) Deutsche Bundesbank: "Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1957", Junibericht 1958

Deutschen Bundesbank führen,¹⁾ rechtfertigen die angegebenen Zahlen in keiner Weise die obige Argumentation der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Grundsätzlich wird man allerdings nicht davon ausgehen können, daß die offene Selbstfinanzierung voll den Arbeitnehmern zuwächst. Die Aufteilung des gesamten Gewinnes bedarf einer gerechten Schlüsselung, auf die im folgenden Kapitel noch näher einzugehen ist. Bedenkt man, daß die Kapitalisten durch die Dividende und die stillen Reserven bereits einen Anteil am Gewinn erhalten haben, dann verbleibt jedoch für die Arbeitnehmer in der offenen Selbstfinanzierung noch eine durchaus beachtliche Quote zur Bildung von Miteigentum. Das Argument, daß die Arbeitnehmer mit ihrer Beteiligungsforderung am selbstfinanzierten Vermögen zu spät kommen, erscheint deshalb nicht stichhaltig.

Abschließend sei der Versuch unternommen, ein Berechnungsschema zur Ermittlung jener Gewinnquote aufzustellen, in deren Höhe eine Ausgabe von Miteigentumstiteln nach den obigen Ausführungen möglich ist. Neben der Eliminierung von sog. Scheingewinnen geht es dabei insbesondere um die Berücksichtigung der Zusammenhänge zwischen dem Nennwert der Miteigentumstitel und dem Realwert, der sich aus der Verflechtung mit den Rücklagen der Unternehmung ergibt (vgl. S. 45/46). Geht man vom Bilanzgewinn aus, dann läßt sich folgendes

"Schema zur Berechnung der Nennwerte der
Miteigentumsbildung einer Periode"

aufstellen:

Bilanzgewinn	(1)
<u>./. Dividende</u>	(2)
= einbehaltener Bilanzgewinn	(3)
<u>./. Korrekturposten für Scheingewinne</u>	(4)
= tatsächliche Vermögensmehrung	(5)
<u>./. freiwillige Rücklagenbildung d. Periode</u>	(6)
<u>./. Aufgeld f. bereits bestehende freiw. Rücklagen</u>	(7)
<u>./. gesetzliche Rücklagenbildung f. Miteigentum (i.H.)</u>	(8)
= Gesamtnennwert der Miteigentumsbildung einer Periode	(9)

Mit der Position (9) ist die Größe gefunden, in deren Höhe Miteigentumstitel für die betreffende Periode ausgegeben werden können. Das Berechnungsschema läßt erkennen, daß der reale Substanzwert eines solchen Titels über den Nenn-

1) Zu den verschiedenen statistischen Berechnungen vgl.: E. Koch: "Die Selbstfinanzierung in der Sozialproduktberechnung", in Der Volkswirt, Verlag Der Volkswirt, Frankfurt am Main 1958, Nr. 36, S. 1854 ff.

wert hinaus noch eine anteilmäßige Beteiligung an den gesamten Rücklagen des Unternehmens beinhaltet (Pos. 6, 7 und 8). Zur Klarstellung sei nochmals hervorgehoben, daß mit diesem Schema noch nicht die Frage der gerechten Aufschlüsselung des Gewinnes zwischen den Kapitalisten und der Belegschaft geklärt ist. Dieses Problem schlägt sich in der quantitativen Bestimmung der Dividende und der Rücklagenbildung für die betr. Periode nieder (Pos. 2 und 6) und ist im folgenden Kapitel zu untersuchen.

III. Die Interessenlagen bei der Miteigentumsbildung über die Selbstfinanzierung

Zu Beginn der folgenden Untersuchung muß festgehalten werden, welche Personengruppen in ihren Interessen durch die Bildung von betrieblichem Miteigentum direkt berührt werden. Es sind dies zuerst jene, die bereits als Inhaber Eigenkapital in die Unternehmung eingelegt haben. Es erweist sich als zweckmäßig und notwendig, diese Personengruppe nach dem Vorbild der Aktiengesellschaft in ihrer Kapitalgeberfunktion von der damit sonst verbundenen Leitungsfunktion zu trennen. Die Funktionsträger der Eigenkapitalhingabe werden im folgenden als "Kapitalisten", die Funktionsträger der Unternehmungsleitung als "Unternehmer" oder "Manager" bezeichnet. Für die Fälle, daß von einer Person oder einer Personenmehrheit beide Funktionen gleichzeitig ausgeübt werden, wie das zum Beispiel bei den Personalgesellschaften typisch ist, wird die Bezeichnung "Unternehmerkapitalist" gebraucht. Als weitere unmittelbar beteiligte Partei sind schließlich die Arbeitnehmer als Miteigentümer selbst zu erwähnen. Die kapitalwirtschaftlichen Interessen der Fremdkapitalgeber können außer acht gelassen werden, da ihre Interessen vertraglich genau bestimmt sind und im übrigen im Rahmen der Allgemeininteressen von den Managern wahrgenommen werden sollen. Damit ist gleichzeitig gesagt, daß die Unternehmer im dargelegten Sinne in erster Linie nicht personengebundene Interessen, sondern diejenigen der Unternehmung als solche zu vertreten haben. Es erscheint deshalb gerechtfertigt, ihre Stellung bei der Bildung des Miteigentums im nächsten Kapitel unter den Auswirkungen des Miteigentums auf die Unternehmung zu betrachten. Demnach bleiben hier die Interessen der Kapitalisten und der Arbeitnehmer zu untersuchen.

1. Die Interessenlage des Kapitalisten in Bezug auf die Miteigentumsbildung

In unserer bisherigen Sozialordnung sind die nicht entnommenen Gewinne der Unternehmen automatisch den Kapitalisten im Verhältnis ihrer Kapitalanteile zugewachsen. Wenngleich die Forderung einer Beteiligung der Arbeitnehmer am Gewinn schon im letzten Jahrhundert aktuell war, so haben sich diese Beteiligungen doch vorwiegend auf eine Teilhabe am ausgeschütteten Gewinn gerichtet. Bis in die jüngste Vergangenheit hat man an dem Grundsatz festgehalten, daß die aus betriebswirtschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Gründen nicht ausschüttbaren Gewinne den Kapitalisten zufließen. Erst die hohe Selbstfinanzierung der letzten Jahre hat in den Plänen eines betrieblichen Miteigentums die Idee hervortreten lassen, daß die Selbstfinanzierungsquote nicht allein den Kapitalisten zustehe, sondern mit den Arbeitern zu teilen sei.

Das Miteigentum richtet sich damit unmittelbar gegen das Interesse der Kapitalisten, über die Dividende und den Kapitalzuwachs eine maximale Rendite ihrer Kapitaleinlage zu erreichen. Wenn durch das Miteigentum die bisherige Eigentumsverteilung eine Änderung erfahren soll, dann muß geklärt werden, ob

- a) eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Substanzzuwachs überhaupt berechtigt ist und wenn ja,
- b) nach welchen Grundsätzen die Aufteilung unter die Kapitalisten und die Arbeitnehmer zu erfolgen hat.

a) Die Berechtigung einer Miteigentumsbildung über eine Gewinnbeteiligung

Die Beteiligung der Arbeitnehmer am Gewinn des Unternehmens beruht auf der These, daß einerseits der erzielte Erfolg nur durch das Zusammenwirken von beiden Produktionsfaktoren, d. h. von Kapital und Arbeit zustande kommt, andererseits daß der Lohn nicht das bereits gerechte, endgültige Entgelt der Arbeitnehmer darstellt. In dieser Argumentation wird der Lohn nur als vorläufiges Entgelt für die Arbeitsleistung gedeutet. Obgleich es in erster Linie Sache des Unternehmers bzw. des Unternehmerrkapitalisten ist, für eine Verwertung der betrieblichen Leistung am Markte zu sorgen, so entsteht der dabei erzielte Gewinn doch nicht als Unternehmergewinn, sondern er ist ein Unternehmungsgewinn, d. h. an seinem Entstehen sind alle Kräfte der Unternehmung beteiligt. Nell-Breuning schreibt zur Berechtigung einer Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer: "Der einzige Einwand, der erhoben werden könnte, scheint mir der zu sein, Gewinn sei marktbedingt und daher ex conceptu Marktgewinn; infolgedessen könne man von Gewinn nur beim Unternehmer oder Unternehmen als Subjekt des Marktverkehrs sprechen; innerbetrieblich erzielte Ergebnisse oder Erfolge seien daher begrifflich kein Gewinn. Selbst wenn die behauptete Gleich-

setzung von Marktgewinn und Unternehmungsgewinn rundweg zuträfe, würde ich dem den Einwand entgegenhalten, daß das Unternehmen als Ganzes und seine Arbeitnehmer in freien vertraglichen Beziehungen stehen, die insoweit ganz der gleichen Art sind, wie die Rechtsgeschäfte, die das Unternehmen im Verkehr mit der Außenwelt tätigt. Man kann daher unbedenklich davon sprechen, daß der Arbeiter seine unternehmerische, nicht bereits in Zeit- oder Stücklohn abgegoldene Leistung marktmäßig verkauft".¹⁾ Damit ist bereits gesagt, daß es bei der Gewinnbeteiligung nicht primär darum geht, die Leistung der Arbeitnehmer zu steigern, sondern sie als "Mit-Unternehmer" anzuerkennen und am Markterfolg des Unternehmens partizipieren zu lassen, der nicht auf ihre besondere Leistung zurückzuführen ist. Leistungsbeteiligung und Gewinnbeteiligung stellen insofern grundsätzlich verschiedene ausgerichtete Beteiligungssysteme dar, eine Tatsache, die z.B. Bayer klar herausstellt.²⁾ Über diesen Umstand muß sich auch die KAB im klaren sein, die in ihren Vorschlägen zur Miteigentumsbildung an eine Gewinnbeteiligung anknüpfen will, die von der Leistung abhängt und dadurch zusätzliche Leistungs-Anreize schafft.³⁾

Die These, daß bei den heutigen Löhnen die Arbeitnehmer noch nicht ihren gerechten Lohn erhalten, wird gerade in unserer Zeit durch die Tatsache unterstrichen, daß den Kapitalisten in kürzester Zeit nach der Währungsreform wieder eine massive Akkumulation von Vermögen gelungen ist, wohingegen sich die Situation des Arbeiters in vermögensmäßiger Hinsicht nicht wesentlich änderte.⁴⁾ Anhand der oben ausgewiesenen Zahlen über die Eigentumsbildung der Kapitalisten durch die Selbstfinanzierung in den Betrieben gewinnt man tatsächlich die Überzeugung, daß eine solche Vermögensmehrung nicht nur das Verdienst des Produktionsfaktors Kapital sein kann. Diese Meinung findet man auch sehr klar bei Burghardt vertreten, der dazu schreibt: "Die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß der Lohn im Durchschnitt erheblich unter jenem Zuwachs liegt, den die Arbeit durch ihren Einsatz herbeigeführt hat. Die Kapitalakkumulation ist zu einem großen Teil Aneignung von vorenthaltenem Lohn, d.h. von fremdem Eigentum".⁵⁾

1) O. v. Nell-Breuning: "Wirtschaft und Gesellschaft", I. Band: Grundfragen, Herder Verlag, Freiburg 1956, S. 417

2) Vgl. H. Bayer: a.a.O., S. 140

3) Vgl. KAB: "Vorschläge zur Eigentumsbildung" aus Ketteler Wacht, Nr. 24 v. 15.12.1952

4) Vgl. P. Jostock: "Wachsender Volkswohlstand, veränderte Einkommensverhältnisse, soziale Umschichtung", Bonifatius-Druckerei, Paderborn 1956

5) A. Burghardt: "Eigentumsethik und Eigentumsrevisionismus", Hueber-Verlag, München 1955, S. 149

In der bisherigen Lohnfindung wurde das Arbeitseinkommen der Arbeitnehmer vorwiegend nach dem Anteil des Sozialproduktes bemessen, der bar ausgeschüttet und konsumiert werden kann. Abgesehen von einer beschränkten Bildung von Privatvermögen aus dem Lohn, waren die Arbeitnehmer fast ganz von der Bildung von Produktiveigentum ausgeschlossen. Diese Funktion haben fast ausschließlich die Kapitalisten übernommen und zwar in beträchtlichem Umfange dadurch, daß sie mit mehr oder weniger Einsicht sich in die Notwendigkeit schickten, einen Teil des Gewinnes im Betrieb zu belassen. Dieser Teil ist ihnen neben dem ausgeschütteten Gewinn bisher voll und ganz zu ihren Anteilen zugewachsen. Eine derartige einseitige Vermögensballung kann vom Standpunkt einer ausgeglichenen Eigentumsordnung nicht als wünschenswert und gerecht erscheinen. Das Miteigentum erkennt die Notwendigkeit einer weiteren Vermögensbildung in den Betrieben an, es wendet sich jedoch dagegen, daß diese über die Selbstfinanzierung nur zugunsten der Kapitalisten erfolgt. Es soll über das Miteigentum eine unverminderte aber breit gestreute Vermögensbildung erreicht werden.

Faßt man die Überlegungen zur Frage einer Berechtigung der Miteigentumsbildung über eine Gewinnbeteiligung zusammen, dann sind zwei grundsätzlich verschiedene Argumentationen zu unterscheiden. Die eine hebt darauf ab, daß der Gewinn nicht allein durch den Produktionsfaktor Kapital, sondern auch durch das Zusammenarbeiten von Kapital und Arbeit zustande gekommen ist; die zweite begründet die Gewinnbeteiligung mit gewissen sozialen oder gesellschaftspolitischen und ethischen Vorstellungen von einer Eigentumsordnung. Die "Gerechtigkeit" bei der Miteigentumsbildung aus dem Gewinn wird einmal nach sozialen Maßstäben gemessen, das andere Mal nach dem Leistungsbeitrag von Kapital und Arbeit zur Gewinnerzielung beurteilt. Man tut gut daran, diese zwei Ebenen in der Diskussion scharf zu trennen. Mit den gesellschaftspolitischen Vorstellungen des Miteigentums werde ich mich im zweiten Teil der Arbeit beschäftigen. An die These, daß der Gewinn gemeinsam erarbeitet wurde und deshalb eine Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer "gerecht" sei, knüpft sich die Frage an, nach welchen Maßstäben dieser Gewinn "gerecht" auf die Unternehmer (-Kapitalisten) und Arbeitnehmer aufzuteilen sei.

b) Die Aufschlüsselung des Gewinnes bei der Miteigentumsbildung

Die ausschließliche Teilhabe der (Unternehmer-)Kapitalisten am Gewinn ist in dem Maße ungerechtfertigt, wie die Kapitalgeber mit Hilfe der Arbeiter das Kapital zur Gewinnerzielung nutzen. Welty bringt diese These wie folgt zum Ausdruck: "Je weniger der Eigentümer (Kapitalgeber) selbst sein Eigentum durch Arbeit ertragreich macht, desto geringer ist sein Alleinanspruch auf die Erträge, desto höher ist dagegen der Anspruch auf Beteiligung bei denen, die dieses Eigen-

tum (Kapital) durch ihre Arbeit ertragreich machen".¹⁾ So einsichtig diese Forderungen sind, so schwierig ist ihre konsequente Verwirklichung. Ihr steht die gesicherte wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnis entgegen, daß eine verursachungsgemäße Aufschlüsselung des Erfolges auf die Produktionsfaktoren unvollziehbar ist.

Trotz der prinzipiellen Unmöglichkeit einer verursachungsgemäßen Aufteilung des Gewinnes hat man immer wieder versucht, wenigstens annähernd eine solche zu erreichen. Dazu hat man die Leistung des Unternehmerkapitalisten in seinen Funktionen als Unternehmer und Kapitalist analysiert und den Gewinn in folgende Elemente aufgeteilt:

Zinsen für das Eigenkapital,
Prämie für das Betriebsrisiko,
Unternehmerlohn und
Unternehmungsgewinn.

Man muß die Bemühungen um die Aufspaltung des Gewinnes nach einzelnen Funktionen der Unternehmer und der Kapitalisten anerkennen. Dabei darf man jedoch nicht übersehen, daß die Schwierigkeit einer ursachgemäßen Aufschlüsselung des Gewinnes damit nicht gelöst ist. Das Problem ist vielmehr nur differenzierter und liegt jetzt darin, in welcher Höhe die Einzelfunktionen bei der Gewinnaufteilung zu berücksichtigen sind. Auf die Interessenlage des Kapitalisten übertragen bedeutet das, in welcher Höhe der Zins und die in ihm zu vergütende Risikoprämie für das Eigenkapital anzusetzen sind. Für den Unternehmerkapitalisten, also z.B. für den geschäftsführenden OHG-Gesellschafter muß außerdem noch ein angemessener Unternehmerlohn gefunden werden, um seinen Gewinnanteil voll zu veranschlagen. Man könnte an einen Ansatz zu Marktpreisen für diese Teilleistungen denken. Abgesehen davon, daß es keinen festen Marktpreis für die Hingabe von Eigenkapital gibt und wegen der unterschiedlichen damit verbundenen Risiken auch keinen geben kann, ist gegen ein solches Vorgehen der Einwand zu erheben, daß Marktpreise nur dann Ausdruck einer leistungsgerechten Entlohnung sind, wenn auf den Märkten echter Leistungswettbewerb herrscht. Diese Bedingung ist aber gerade heute nicht erfüllt. Die Tatsache, daß einerseits das Kapital bei einigen wenigen, nämlich bei den Kapitalisten akkumuliert ist und daß andererseits eine Vielzahl von Besitzlosen auf Arbeit und damit auf die Nutzung der Kapitalgüter angewiesen ist, versetzt ja gerade die Kapitalisten in die Lage, eine hohe Rendite ihrer Einlage zu erzielen, indem sie den Marktpreis für die Arbeit, d.h. den Lohn drücken.

1) E. Welty: "Herders Sozialkatechismus", III. Band, Verlag Herder, Freiburg 1958, S. 328

Das Kriterium einer "gerechten" Gewinnverteilung scheint mir in der Erhaltung der Leistungsbereitschaft der Produktionsfaktoren zu liegen. Diese wird aber wesentlich von dem Verhältnis der Arbeiter und Kapitalisten im Betrieb zueinander bestimmt. In Bezug auf die Verzinsung der Kapitaleinlage der Kapitalisten wird man mit Krelle feststellen können: "Die langfristige Untergrenze ist hier die risikobedingte Mindestverzinsung des Kapitals. Die Obergrenze stellt die soziale Bruchstelle mit der Arbeitnehmerschaft dar".¹⁾ Diese Grenze wird aber nicht durch eine mathematisch exakte Zurechnung bestimmt. Sie hängt weitgehend von der Einsichtigkeit der Kapitalisten und der Arbeitnehmer ab.

In der Praxis hat man diese psychologisch bedingte Seite der Schlüsselung längst erkannt. Ich darf hier auf die zahlreichen Beispiele in den Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft und auf die von Spiegelhalter veröffentlichten Untersuchungen "Aus der Praxis der Erfolgsbeteiligung" verweisen.²⁾ Die dort angeführten Beispiele beweisen eindeutig, daß zwar keine kausale, aber eine beiderseitig zufriedenstellende Aufteilung des Gewinnes unter Kapital und Arbeit bei gegenseitigem Vertrauen möglich ist. Zu dieser Erkenntnis gelangt auch Bayer in seiner wirtschaftstheoretischen Untersuchung zur Gewinnbeteiligung: "Das entscheidende Problem für das Gelingen der Gewinnbeteiligung ist, wie bereits öfter betont, das Vertrauensverhältnis im Betrieb".³⁾

Aus diesen Überlegungen lassen sich folgende Grundsätze für die Wahrung der Interessen der Kapitalisten aufstellen:

Das Interesse der Kapitalisten an einer angemessenen Verzinsung ihres Kapitalanteiles ist ebenso gerechtfertigt, wie die Lohnzahlung an die Arbeiter. Der darüber hinausgehende Gewinn ist das Ergebnis aus dem Zusammenwirken von Kapital und Arbeit und muß deshalb auch auf beide angemessen aufgeteilt werden. Die Angemessenheit ist in einer Aufteilung zu erblicken, welche die Funktionsbereitschaft der Produktionsfaktoren garantiert.

Mit dieser Klärung über die Aufteilung des Gewinnes ist gleichzeitig die Basis für die Miteigentumsbildung bestimmt. Im berechtigten Interesse der Unterneh-

-
- 1) K. Krelle: "Ist eine Umverteilung der Einkommen in der modernen Volkswirtschaft möglich?" in Die Aussprache, Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer, Bonn 1957, H. 4, S. 101
 - 2) Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft e. V. (AGP) und F. Spiegelhalter: "Aus der Praxis der Erfolgsbeteiligung", in Der Arbeitgeber, Düsseldorf 1957, H. 9 ff.
 - 3) H. Bayer: "Gewinnbeteiligung", Springer-Verlag, Wien 1952, S. 81

mer und der Kapitalisten können die Arbeitnehmer nicht am ganzen Gewinn, sondern nur an jenem beteiligt werden, der nach einem angemessenen Entgelt für die Gegenleistung "Kapitalhingabe" und "Risikoübernahme" einerseits und "Leistung" andererseits verbleibt. In das Entgelt der Kapitalisten ist außer der Dividende auch der Gewinn einzurechnen, der ihnen in Form von stillen Reserven zufließt. Der nach der Vorabentlohnung der Kapitalisten verbleibende Gewinnrest ist mit den Arbeitern zu teilen. In der Praxis wird dieser gemeinsam aufzuteilende Gewinn nicht mit der offenen Selbstfinanzierungsquote übereinstimmen, auf die das Miteigentum aufbaut. Das liegt daran, daß die Kapitalisten in ihrem Vorabentgelt entweder bereits zu viel oder zu wenig erhalten haben. Eine "gerechte" Gewinnbeteiligung läßt sich dann nur durch einen entsprechend vermehrten bzw. verminderten Anteil der Arbeitnehmer bei der Miteigentumsbildung erreichen. Das würde allerdings bedeuten, daß bei "überhöhen", d. h. das notwendige Vorabentgelt übersteigenden Dividenden und stillen Reserven die offene Selbstfinanzierung in verstärktem Maße zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer herangezogen werden muß. Hält man das im Interesse der Kapitalisten nicht für wünschenswert, dann ist eine "gerechte" Gewinnbeteiligung nicht allein über die Miteigentumsbildung, sondern nur durch eine ergänzende Beteiligung der Arbeitnehmer am ausgeschütteten Gewinn zu erreichen. Die Notwendigkeit solcher Korrekturen wird in dem Maße überflüssig, wie die Arbeitnehmer über das Miteigentum selbst Anteil an den Dividenden und stillen Reserven erlangen.

2. Die Interessenlage des Arbeitnehmers in Bezug auf die Miteigentumsbildung

Die Interessenlage des Kapitalisten bei der Bildung des Miteigentums wurde anhand von rein wirtschaftlichen Überlegungen untersucht. Ein solches Vorgehen ist insofern berechtigt, als das Interesse des Kapitalisten sich vor allem auf eine hohe Rentabilität seiner Kapitaleinlage richtet. Im Gegensatz dazu wird das Interesse des Arbeitnehmers primär von Faktoren bestimmt, die aus seinem Arbeiter-Sein resultieren. Ich denke dabei insbesondere an drei grundsätzliche Forderungen, die sich bei jeder Vermögensbildung der Arbeitnehmer stellen. Die Vermögensbildung soll die Freiheit des Arbeitnehmers in Bezug auf a) die Wahl der Vermögensart, b) die Wahl seines Arbeitsplatzes und c) die Verfügung über sein Eigentum nicht beeinträchtigen.¹⁾ Zu diesen Interessen treten noch solche, die speziell für die Miteigentumsbildung gelten und die in den zwei letzten Unterabschnitten zu diesem Kapitel behandelt werden.

1) Vgl. E. Welty: a. a. O., S. 342

a) Freiheit und Bindung des Arbeiters bei der Vermögensbildung in Form von
Miteigentum

Als ein Charakteristikum des Miteigentums wurde der Umstand erkannt, daß es auf der für das Wachstum des Betriebes und unserer Volkswirtschaft nötigen Nettoinvestition gründet. Damit ist aber bereits gesagt, daß Miteigentum auf einer Vermögensmehrung basiert, die nachträglich keine andere Verwendung mehr zuläßt. Da die autonom erwirtschafteten Gewinne bereits wieder in Kapitalgütern angelegt sind, kann der Arbeitnehmer sie nur in Form von Kapitaltiteln beziehen. Aus diesem Grunde muß jede Kritik unberechtigt erscheinen. Die statt der Bildung von Miteigentum eine Barauszahlung vorschlägt, um die Vermögensbildung dem freien Sparwillen des Arbeitnehmers zu unterstellen. Miteigentum über eine Selbstfinanzierung ist ex definitione immer ein Zwangssparen, und die Kritik der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände am Zwangscharakter des Miteigentums ist zwar dem Tatbestand nach zutreffend, sie zielt jedoch am Wesen des Miteigentums vorbei.¹⁾ Für das Miteigentum ist die Alternative Zwangssparen oder Ersparnisbildung nach freiem Ermessen nicht gegeben: der Arbeitnehmer kann bei einer Beteiligung am Substanzzuwachs seinen Anteil nur in dieser Vermögensform erhalten oder ihn ablehnen. Diese letzte Konsequenz wird in der Tat von den Arbeitgeberverbänden auch gezogen, indem sie die Selbstfinanzierungsquote von der materiellen Hilfeleistung der Betriebe für die Eigentumsbildung der Arbeitnehmer ausschließen.²⁾ Wie Hankel und Zweig in ihren Ausführungen zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer betonen,³⁾ ist Miteigentum ebenso unverzehrlich wie das übrige Unternehmerkapital.³⁾ Selbst wenn die Arbeitnehmer in Höhe ihres Miteigentums einen Barbetrag erhalten, so bleibt ihnen nicht die Möglichkeit, diesen in freiem Ermessen zu sparen oder zu konsumieren. Sie müssen ihn sparen, d.h. in Kapitaltiteln anlegen, da eine konsumtive Verwendung unvermeidbar die Konsumgüterpreise steigern und damit eine Besserstellung der Arbeitnehmer zunichte machen würde. Allgemein läßt sich feststellen, daß Miteigentum investiv gebundenes Eigentum ist. Solange die Ausbezahlung auf besondere Fälle begrenzt wird,

-
- 1) Jahresbericht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 1956: "Grundsätze zur Förderung der Eigentumsbildung", S. 134 ff.
 - 2) Vgl.: "Leitsätze des Ausschusses für soziale Betriebsgestaltung bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände", zitiert nach F. Spiegelhalter: "Miteigentum und Gewinnbeteiligung", H. 17 der Schriftenreihe des zitierten Verbandes, Köln 1957, S. 52
 - 3) Vgl. W. Handel und G. Zweig: "Die Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer in der Marktwirtschaft" in "Sozialer Fortschritt", herausgegeben von der Gesellschaft für sozialen Fortschritt e.V., Bonn 1957, H. 5, H. 6 u. H. 7

kann dem Interesse des Miteigentümers auf Umwandlung seiner Kapitalbeteiligung entsprochen werden, ohne daß wirtschaftliche Störungen beim Betrieb oder gesamtwirtschaftliche Nachteile daraus entstehen müssen.

Dem berechtigten Interesse des Miteigentümers auf freie Wahl seines Arbeitsplatzes kann durch Umwandlung des Miteigentums dann stattgegeben werden, wenn sich die Zahl der aus dem Betrieb Ausscheidenden in Grenzen hält. Die Miteigentumspläne sehen beim Ausscheiden des Arbeitnehmers eine Umwandlung des Miteigentums in eine Darlehensforderung und ihre Ablösung durch Rückzahlung innerhalb eines bestimmten Zeitraumes vor. Einer solchen Regelung kann man zwei Einwände entgegenhalten: einmal, daß ein solches Vorgehen wieder nur möglich ist, wenn die Zahl der Abgänge sich in Grenzen hält und zum anderen, daß auf diese Weise die mit dem Miteigentum verbundene Idee einer substanzgesicherten Vermögensbildung wieder aufgegeben wird. Freizügigkeit und betrieblich gesichertes Eigentum sind tatsächlich nur sehr schwer zu vereinbarende Forderungen.

Für diesen "wunden Punkt" des betrieblichen Miteigentums schlagen Hankel und Zweig deshalb nicht eine Umwandlung des Miteigentums in Fremdkapital, sondern in Investmentzertifikate, d. h. überbetriebliches Miteigentum vor.¹⁾ Eine solche Lösung ist allerdings nur durchführbar, wenn in den Fonds solcher Investmentgesellschaften auch Kapitalanteile von Personengesellschaften aufgenommen werden. In dieser Richtung geht auch der von Dittmar diesbezüglich gemachte Vorschlag: "Es muß also zusätzlich im Bankwesen bzw. von diesem ein funktionierendes System geschaffen werden, das in der Lage ist, Miteigentumsanteile zu kaufen oder zu beleihen. Dann besteht die Möglichkeit, daß der seinen Arbeitsplatz wechselnde Arbeitnehmer seine Miteigentumsanteile von einem Betrieb auf den anderen übertragen kann, bzw. daß er sie auch beleihen lassen kann, falls er beispielsweise ein eigenes Bauvorhaben durchführen will oder sich in einer unerwarteten sozialen Notlage befindet".²⁾ Dazu kommt der Vorteil, daß überbetriebliches Miteigentum das Kapitalrisiko für den Miteigentümer mindert. Die Garantie der Freizügigkeit des Arbeiters und die Minderung des Kapitalrisikos sind unbestreitbare Vorteile des überbetrieblichen Miteigentums. Sie haben dazu geführt, daß man in der Literatur einer solchen Kapitalbeteiligung generell den Vorzug gibt und die überbetriebliche Form des Miteigentums nicht nur auf die Fälle einer im Interesse des Arbeiters notwendigen Umwandlung beschränkt wissen will. Spiegelhalter stellt dazu fest: "Die mit dem betrieblichen Miteigentum nicht zuletzt auch

1) W. Hankel und G. Zweig: a. a. O., H. 6, S. 139

2) R. Dittmar: "Miteigentum", DAG-Schriftenreihe Heft 20, September 1953, S. 14

für den Arbeitnehmer verbundenen Gefahren wurden in der Diskussion der letzten Monate weitgehend erkannt. Man fordert daher an Stelle des "betrieblichen Miteigentums" heute mehr und mehr ein sogenanntes "überbetriebliches Miteigentum", d.h. die Beteiligung der Arbeitnehmer über sogenannte Investmentgesellschaften".¹⁾

Trotz der angeführten Vorzüge des überbetrieblichen Miteigentums bin ich nicht der Meinung, daß es dem betrieblichen ganz generell vorgezogen werden kann. Man darf nicht übersehen, daß nach der Idee des betrieblichen Miteigentums eine gewisse Bindung des Arbeiters an den Betrieb angestrebt wird. Es ist der Gedanke, dem Miteigentümer ein Gefühl der Verbundenheit mit "seinem" Betrieb zu geben und ihn mit seinem Eigentum im täglichen Arbeitsablauf zu verbinden. Wenngleich jede Kapitalbeteiligung zwangsläufig dem Arbeiter nicht das Eigentumsbewußtsein vermitteln kann, das er z.B. durch privates Vermögen wie Haus und Garten erlebt, so steht andererseits auch fest, daß das überbetriebliche Miteigentum dieses Ziel am wenigsten erreicht. Nicht zuletzt verfolgt das betriebliche Miteigentum das Ziel, dem Miteigentümer eine "Mitbestimmung" einzuräumen, sein Interesse am Betriebe zu wecken und sein Verantwortungsbewußtsein zu stärken.

Freiheit und Bindung des Arbeiters stellen innerhalb des betrieblichen Miteigentums sich teilweise widerstreitende Ideen dar. Während das überbetriebliche Miteigentum das Kapitalrisiko des Miteigentümers mindert und seine Freizügigkeit in der Wahl des Arbeitsplatzes ohne Störungen ermöglicht, ist das beim betrieblichen Miteigentum nur beschränkt möglich. Mit diesem Nachteil verbindet dieses jedoch den Vorzug eines gesteigerten Eigentumserlebnisses, indem es den Arbeiter unmittelbar mit "seinem" Eigentum in der täglichen Arbeit verbindet und ihn über die ihm zustehenden Eigentumsrechte zu selbstverantwortlicher Entscheidung aufruft, d.h., ihm die gleiche vermögensrechtliche Position wie dem Kapitalisten einräumt.²⁾

Der Entscheid über betriebliches oder überbetriebliches Miteigentum ist letztlich ein Urteil darüber, ob die Lösung der sozialen Frage auf betrieblicher Ebene oder auf gesamtwirtschaftlicher angegangen werden soll, was wieder weitgehend von den Vorstellungen über das Verhältnis von Betrieb bzw. Individuum und Gesellschaft abhängt. Mir scheint, daß sich auch unter Wahrung einer weitgehenden Freiheit für den Arbeitnehmer ein zielgerechtes betriebliches Miteigentum ver-

2) Anmerkung: Selbstverständlich ist im rechtlichen Sinne auch betriebliches Miteigentum abstrakt; wenngleich also kein Eigentumsrecht an einem bestimmten Vermögensgegenstand vorliegt, so kann dem Arbeiter doch klar gemacht werden, daß die Ausrüstung seines Arbeitsplatzes auch sein Eigentum darstellt.

1) F. Spiegelhalter: "Miteigentum und Gewinnbeteiligung", a. a. O. S. 20

wirklichen läßt, Grundsätzlich kann vom Standpunkt des Betriebes und der Volkswirtschaft den Miteigentümern trotz der investiven Gebundenheit ihres Eigentums freie Verfügung darüber eingeräumt werden. Sie können ihre Titel verkaufen, solange ein Dritter, in diesem Falle der Käufer, bereit ist, in den begonnenen Sparprozeß einzutreten.¹⁾

Solange bei den Arbeitern die Neigung besteht, ihr gesamtes Einkommen zu konsumieren, muß man im Interesse ihrer Vermögensbildung eine konsumtive Verwendung des Miteigentums zu vermeiden suchen. Ich bin der Meinung, daß man in einer solchen Maßnahme weniger den Zwangscharakter als vielmehr die Notwendigkeit erblicken muß, die Arbeiter über die Bedingung einer Vermögensbildung in unserer Marktwirtschaft aufzuklären und ihre Haltung entsprechend zu beeinflussen. So läßt es sich auch erklären, daß von den genannten Aktiengesellschaften mehrere die Veräußerung der Belegschaftsaktien einer Veräußerungssperre unterworfen haben. Man verbindet damit die Hoffnung, daß der Arbeiter sich in dieser Zeit an die neue Form der Vermögensbildung gewöhnt, so daß am Schluß keine weiteren Beschränkungen mehr nötig sind. Even schreibt in seinen Vorschlägen zur Eigentumsbildung: "Wir erkennen die Gefahr für die Wirtschaft, die darin liegt, daß der kapitalbeteiligte Arbeitnehmer versucht sein könnte, sein Anlagevermögen durch Veräußerung in Konsumgeld umzuwandeln. Es ist daher fürs erste unumgänglich, die den Arbeitnehmern übereigneten Kapitalanteile einer gewissen Veräußerungssperre zu unterwerfen. Art und Dauer dieser Sperrvorschriften sind durch Vereinbarungen festzulegen, ebenso die billigerweise vorzusehenden Ausnahmen. Selbstverständlich sind diese Sperrbestimmungen nur als Übergangsmaßnahmen gedacht. Im Endzustand soll es nur Eigentümer gleichen Rechtes geben".²⁾

b) Wirtschaftliche Überlegungen des Arbeitnehmers bei der Miteigentumsbildung

Neben den arbeitsbestimmten Interessen bei der Miteigentumsbildung sind für den Arbeitnehmer auch typisch wirtschaftliche Fragen von Bedeutung. Die wirtschaftliche Interessenlage des Miteigentümers unterscheidet sich von der des Kapitalisten dadurch, daß jener drei Einkommen aus dem Betrieb bezieht: Lohn, Dividende und Kapitalanteile. Grundsätzlich kann man Lohn und Gewinn als direkt voneinander abhängige Größen betrachten. Daraus ist zu folgern,

1) Vgl. H. Bachmann: "Miteigentum im Zwiespalt von Ideen und Interessen", erschienen im Institut für Sozialpolitik und Arbeitsrecht, München 1954, S. 20

2) J. Even: "Vorschläge zur Eigentumsbildung", in Eigentum in Arbeiterhand, Verlag Neues Abendland, München 1954, S. 211

daß der Arbeitnehmer sich für die Steigerung jener Einkommensart interessiert, über die er sein Gesamteinkommen maximiert, was von der Schlüsselung des Gewinnes zwischen Kapital und Arbeit einerseits und von der Aufteilung unter den Arbeitern selbst abhängt.

Ogleich diese Überlegungen in ihrem theoretischen Ansatz zutreffen, so können sie hier jedoch deshalb ausgeschlossen werden, weil in der Praxis der Lohn für den Arbeiter eine von ihm selbst unbeeinflussbare Größe bildet, über deren Festsetzung die Tarifpartner entscheiden. Eine individuelle "Lohnpolitik" im Sinne einer Beeinflussung des Lohnes zugunsten oder zu Lasten des Gewinnes ist dem Arbeiter nicht möglich. Das gilt jedoch nicht für die Aufteilung des Gewinnes in die Dividende und die Selbstfinanzierungsquote (vgl. § 126 AktGes). Es ist denkbar, daß mit wachsender Eigentumsbildung die Arbeitnehmer über ihre Eigentumsrechte Einfluß auf die Verwendung des Gewinnes und damit auf die Bestimmung von Dividende und Miteigentumsbildung erlangen. Der Arbeitnehmer wird dann eine Maximierung seines Arbeitseinkommens dadurch zu erreichen suchen, daß er für jene Verwendung stimmt, die ihm am meisten einbringt. Die entsprechenden Anteile kann er sich aus dem vereinbarten Zuteilungsschlüssel errechnen. An der Dividende ist er in Höhe seiner Kapitalanteile beteiligt; die Zuteilung an der neu vorzunehmenden Miteigentumsbildung hängt von der Schlüsselung dieser Kapitalanteile unter die Arbeitnehmer ab.

Grundsätzlich gilt auch für die Einzelaufteilung die oben für die Aufteilung unter die Produktionsfaktoren aufgestellte These, daß eine verursachungsgemäße Aufteilung im Sinne einer streng kausalen Zurechnung unter die Arbeitnehmer nicht möglich ist. Die Aufteilung ist auch hier wieder eine Frage der Zweckmäßigkeit. Tatsache ist, daß zur Bestimmung der Einzelanteile am Gewinn in der Praxis überwiegend die individuelle Lohn- und Gehaltssumme verwendet wird. Spiegelhalter weist in ca. 80 % von 40 Systemen einer Gewinnbeteiligung einen derartigen Schlüssel nach.¹⁾ Mann betont dagegen, daß eine solche Aufteilung die Lohnungerechtigkeit noch potenziere (wobei er an die Ungerechtigkeit in der Stufung der einzelnen Löhne und Gehälter zueinander denkt), weshalb er entsprechende Korrekturen vorsieht.²⁾ Soweit die Gehälter und Löhne Ausdruck des individuellen Leistungsbeitrages sind, wird man sie als brauchbare Schlüsselgrößen verwenden können. Bei einer solchen Einzelaufteilung berechnet sich das Einkommen des Miteigentümers als Dividende und in Form von Kapitalzuwachs als Miteigentum wie folgt:

1) F. Spiegelhalter: "Aus der Praxis der Erfolgsbeteiligung", in Der Arbeitgeber, H. 17, September 1957, S. 578

2) A. Mann: a. a. O., S. 50

$$(1) \left. \begin{array}{l} \text{Dividende des} \\ \text{Miteigentümers} \end{array} \right\} = \frac{\sum \text{Dividende}}{\sum \text{Eigenkapital}} \times \text{individueller Anteil am EK}$$

$$(2) \left. \begin{array}{l} \text{neue} \\ \text{Kapitalanteile} \end{array} \right\} = \frac{\sum \text{Miteigentumsbildg.}}{\sum (\text{Löhne} + \text{Gehälter})} \times \text{Individuallohn}$$

Aus diesen Gleichungen lassen sich folgende Erkenntnisse gewinnen: Die Interessenlage der Miteigentümer ist bei dem Entscheid höhere Dividende oder höhere Selbstfinanzierung zur Bildung von zusätzlichem Miteigentum nicht eindeutig bestimmt, sondern hängt von dem individuell verschiedenen Verhältnis der beiden Relationen

(Kapitalanteile: Inhaberkapital) : (Individuallohn : Gesamtlohn)

ab. Es besteht eine gewisse Vermutung dafür, daß sich Arbeitnehmer mit relativ hohem Miteigentum eher für eine hohe Dividende als für eine steigende Selbstfinanzierung zur Bildung von neuem Miteigentum interessieren. (Ihre Interessenlage nähert sich damit derjenigen der Kapitalisten). Je nach den Auswirkungen eines solchen Verhaltens wird der Betrieb entsprechende Abänderungen in der Aufteilung treffen müssen. Da in der Praxis eine systematisch betriebene Miteigentumsbildung bis heute fehlt, muß man mit bestimmten Annahmen bei der Untersuchung dieses Phänomens arbeiten. Das gilt insbesondere auch für die abschließend zu klärende Frage, inwieweit das Miteigentum dem Interesse des Arbeitnehmers an einer bedeutenden Vermögensbildung entsprechen kann. Damit soll gleichzeitig geklärt werden, inwieweit über das Miteigentum eine gewisse Überwindung der Diskrepanz in den Vermögensverhältnissen zwischen Kapitalist und Arbeiter zu erreichen ist.

c) Die Chancen der Arbeitnehmer bei der Miteigentumsbildung aus selbstfinanzierten Mitteln

Wenn man sich vor Augen hält, daß das Eigenkapital unserer Betriebe heute ausschließliches Alleineigentum der Kapitalisten darstellt, dann mag man der Arbeiterschaft kaum eine Chance einräumen, über eine Beteiligung am Kapitalzuwachs in eine starke oder gar ebenbürtige Position hineinzuwachsen. Eine genauere Analyse zeigt jedoch, daß die Lage der Arbeiter durchaus nicht so hoffnungslos ist, wie das auf den ersten Blick scheint.

Allgemein kann gesagt werden, daß die Dauer bis zur eigentumsmäßigen Gleichstellung der Arbeitnehmer mit den Kapitalisten von der Kapitalintensität des betreffenden Betriebes und von der Aufteilung des Gewinnes abhängt. Für die folgenden detaillierten Berechnungen stehen die obigen Angaben über die

offene Selbstfinanzierung in Prozentsätzen zu den Lohn- und Gehaltsbezügen zur Verfügung. Bezeichnet man das Verhältnis von Eigenkapital : Lohnsumme als Kapitalisierungszahl, dann läßt sich die Dauer bis zum Gleichstand von "Kapitalisten-Eigentum" und "Mit-Eigentum" nach folgender Formel berechnen:

$$\text{Gleichstand} = \frac{\text{Kapitalisierungszahl in \%}}{\text{Miteigentumsbildung in \% der Lohnsumme}}$$

Für die Kapitalisierungszahl stehen mir Angaben aus einer diesbezüglichen Untersuchung von Dittmar zur Verfügung.¹⁾ Dittmar weist durch eine Untersuchung von 36 Aktiengesellschaften und 29 anderen Gesellschaften eine durchschnittliche Kapitalisierungszahl von 199 bzw. 178 % nach. Da die Zahlen teilweise aus Vorkriegsverhältnissen stammen, will ich infolge der wachsenden Kapitalintensität die Größen 200 und 250 meiner Berechnung zugrunde legen. Zur Vermeidung einer zu optimistischen Prognose sei weiterhin unterstellt, daß von der Selbstfinanzierung von durchschnittlich 17 % der Lohn- und Gehaltsbezüge etwa die Hälfte für die Miteigentumsbildung verbleibe. In dieser Höhe darf man m.E. eine mögliche Miteigentumsbildung auch bei Abschwächung der Konjunktur in den folgenden Jahren durchaus für möglich halten.

Kapitalisierungszahl	Miteigentumsbildg. in % der Jahreslohn- und Gehalts- haltssumme	Dauer bis zur Gleich- stellung v. Kapitali- sten- u. Mit-Eigentum
200	5	40 Jahre
250	5	50 "
200	10	20 "
250	10	25 "

Wenn man eine Kapitalisierungszahl von 225 und eine Miteigentumsbildung von 7,5 % der Lohnbezüge als repräsentativ ansieht, dann erreichen die Arbeiter innerhalb von 30 Jahren, d.h. nach einer Generation eine gleich hohe Beteiligung am Gesellschaftskapital wie sie die Kapitalisten jetzt besitzen. Dabei wurde allerdings die Unterstellung gemacht, daß in dieser Zeit keine Kapitaleinlagen der bisherigen Gesellschafter in Form von Einlagen gemacht werden. Zu einer Eigenkapitalzufuhr auf dem Wege einer ordentlichen Kapitalerhöhung

1) R. Dittmar: "Miteigentum", DAG - Schriftenreihe, H. 20, September 1953, S. 37 ff.

ist zu sagen, daß bei einer solchen auch die Miteigentümer in Zukunft die Möglichkeit hätten, über ihr Bezugsrecht und mit Hilfe der zugeflossenen Dividende neue Kapitalanteile zu erwerben. Was einen Einschluß der Kapitalisten in die offene Selbstfinanzierung anbelangt, so ist dabei folgendes zu beachten: Werden neben den Arbeitern auch die Kapitalisten an der betrieblichen Selbstfinanzierung beteiligt, dann wird der Annäherungsprozeß zwischen den beiden Kapitalkategorien verlangsamt. Sobald die Aufteilung des Kapitalzuwachses für die Kapitalisten 50 % oder mehr beträgt, nimmt das Miteigentum zwar immer noch absolut und relativ zu, aber eine Gleichstellung des Kapitalisten-Eigentums und des Mit-Eigentums ist dann nicht mehr zu erreichen. Gleichstellung bezieht sich in diesem Falle allerdings auf das gesamte Eigenkapital der Kapitalisten. Diese Feststellung ist insofern bedeutsam, weil insbesondere bei der Aktiengesellschaft die Kapitalisten über ihren Anteil an der Selbstfinanzierungsquote keine Verbriefung, d. h. keine Aktie erhalten und so mit ihrem Anteil an der Selbstfinanzierung auch keine zusätzlichen Eigentumsrechte erwerben: Die Vermögensbildung über die Selbstfinanzierung führt zwar bei einer Teilung der Selbstfinanzierungsquote zu einer Vermögensmehrung für jeden Kapitalisten und für die Arbeitnehmer, aber im allgemeinen erhalten nur letztere über die Miteigentumstitel gleichzeitig entsprechende Eigentumsrechte verbrieft.

Aus dieser Sicht darf man abschließend wohl mit Berechtigung feststellen, daß die Miteigentumsbildung durchaus in der Lage ist, den Arbeitern mit den Jahren eine Vermögensbildung zu ermöglichen, die ein spürbares Gegengewicht zum bisherigen Alleineigentum der Kapitalisten im Betrieb darstellt. Ob das Miteigentum zu einer Akkumulierung von Eigentumsrechten bei den Arbeitern führt, die quantitativ über die Eigentumsrechte der Kapitalisten hinausgehen, hängt insbesondere von der Aufteilung des Substanzzuwachses und von seiner rechtlichen Ausgestaltung ab. Bedeutsam wird hier schließlich der Umstand, daß mit dem Ausscheiden von Arbeitern Miteigentum in überbetriebliche Kapitalanteile umgewandelt werden soll, so daß auf diesem Wege die Arbeiterschaft in ihren Eigentumsrechten geschwächt wird. Es bleibt deshalb zu überlegen, ob keine Regelung zu treffen ist, daß trotz dieser Umwandlung die entsprechenden Eigentumsrechte weiterhin von einer geeigneten Stelle, etwa einem Miteigentums-Ausschuß im Betrieb wahrgenommen werden. Durch eine solche gesetzliche Regelung könnte auch festgelegt werden, bis zu welcher Höhe die Ausübung von Mitbestimmungsrechten aus Miteigentum geboten erscheint. Auf diese Weise könnten betriebliche Manipulationen bei der zukünftigen Selbstfinanzierung zu Ungunsten der Arbeitnehmer vermieden werden und den Kapitalisten wäre die Furcht vor der "Kapitalüberfremdung" durch die Miteigentümer genommen.

IV. Die finanziellen Auswirkungen der Miteigentumsbildung auf die Zielsetzung der Unternehmung

Wenn anschließend an die personengebundenen Interessen diejenigen der Unternehmung bei der Bildung des Miteigentums geklärt werden sollen, dann ist dazu ein objektiver Maßstab aufzustellen, an dem sich die Einflüsse des Miteigentums auf die Unternehmung messen lassen. Dieser Maßstab kann nur ein solcher sein, dem die Unternehmung selbst unterworfen ist. Die Auswirkungen des Miteigentums auf die Unternehmung darstellen heißt demnach untersuchen, welchen Einfluß dieses auf die Zielsetzung der Unternehmung hat.

1. Der Gewinn als Maxime betrieblicher Leistungserstellung

Der Endzweck der privatwirtschaftlichen Unternehmung ist die Erzielung einer hohen Kapitalrentabilität; der Endzweck der Unternehmung aus betriebswirtschaftlicher Sicht heißt dagegen bestmögliche Leistungserstellung. Diese unterschiedliche Zwecksetzung manifestiert sich in den beiden Maximen betrieblicher Betätigung: Rentabilität und Wirtschaftlichkeit. Durch eine Klärung der Zusammenhänge zwischen diesen beiden Postulaten läßt sich der für uns kompetente Maßstab zur Beurteilung des Miteigentums feststellen.

Der Sinn der Leistungserstellung liegt in der Bedarfsdeckung. Da die Bedürfnisse jedoch unendlich groß, die Mittel für die Güterbeschaffung jedoch knapp sind, ist die Unternehmung in Erfüllung ihrer Aufgabe gehalten, diesen Umstand zu berücksichtigen. Sie ist der Maxime unterworfen, die verlangt, mit einem gegebenen Mittel eine möglichst hohe Bedarfsdeckung oder eine bestimmte Bedarfsdeckung mit einem möglichst geringen Mitteleinsatz zu erreichen. In dieser Formulierung ist diese Forderung nur eine Übersetzung des allgemein für menschliches Handeln gültigen Rationalprinzips auf das Gebiet der Wirtschaft. Seine Ausdeutung ist jedoch deshalb noch unvollständig, weil damit noch nicht gesagt ist, nach welchem Maßstab ein Mitteleinsatz als "gering" bzw. eine Bedarfsdeckung als "groß" anzusehen ist. Es ist naheliegend, einen reinen Mengenvergleich anzustellen. Dieser scheitert aber daran, daß die einzelnen ungleichartigen Güter sich nicht addieren oder subtrahieren lassen: Die Unternehmung ist bei der Beurteilung von Mitteleinsatz und Bedarfsdeckung auf eine einheitliche Vergleichsgröße angewiesen. In unserer Wirtschaft ist das der Preis der Güter, ausgedrückt in Geldeinheiten. Solange der Wertzusammenhang der Güter dergestalt gewahrt ist, daß eine vollkommene Interdependenz der Preise besteht, bilden diese einen objektiven Ausdruck für die Knappheitsgrade der Güter untereinander. Die Unternehmung hat in Ermangelung eines anderen Wertmaßstabes sich also bei der Leistungserstellung an dem geldmäßig bewerteten Mitteleinsatz,

d.h. an den Kosten einerseits und an dem geldmäßigen Absatz, d.h. an den Erlösbeträgen andererseits zu orientieren. Die aufgestellte Maxime für die Leistungserstellung der Unternehmung kann jetzt als das bekannte Prinzip der Wirtschaftlichkeit in Anlehnung an Koch wie folgt formuliert werden: "Disponiere so, daß du einen bestimmten Erlösbetrag mit Hilfe eines minimalen Kostenbetrages erzielst, oder daß du mit einem gegebenen Kostenbetrag einen maximalen Erlös erzielst! Stellt man in dieser Betrachtung auf die Differenz von Erlös und Kosten den Gewinn ab, dann besagt dieses Postulat: Disponiere so, daß der Gewinn maximiert wird!"¹⁾

Die Darstellungen über die Ausrichtung der betrieblichen Leistungserstellung führen zu der Erkenntnis, daß die Unternehmung aus ihrer Sicht diese Aufgabe dann mit größter Wirtschaftlichkeit erfüllt, wenn sie die Leistungserstellung nach den Bedingungen der Gewinnmaximierung vollzieht. Für den Problemkreis "Unternehmungsziel und Finanzierung in Form von Miteigentum" bedeutet dieser Umstand, daß im folgenden die Auswirkungen des selbstfinanzierten Miteigentums auf die Gewinnerzielung darzustellen sind. Sind sie positiv, dann werden sie sich gewinnerhöhend, sind sie negativ, gewinnmindernd auswirken.

2. Der direkte Einfluß der Finanzierung in Form von Miteigentum auf den Unternehmungsgewinn

a) Der Einfluß der Kapitalverzinsung

Vom Standpunkt der Unternehmung als solcher kann es für die Gewinnfeststellung keinen prinzipiellen Unterschied ausmachen, ob die Kapitalgeber ihr Entgelt als Zins vor dem Buchhaltungsabschluß oder als Dividende nach dem Buchhaltungsabschluß erhalten. Vom privatwirtschaftlichen Standpunkt dagegen ist es berechtigt, die Rentabilität nach jenem Gewinn zu bemessen, der nach Abzug der Fremdkapitalzinsen für das Eigenkapital verbleibt; für die Unternehmung muß als Gewinn aber gelten, was dem gesamten Kapital, gleich ob Eigen- oder Fremdkapital zufließt. In der Betriebswirtschaftslehre kommt diese Erkenntnis durch die unterschiedlichen Maß- und Basisgrößen bei der Unterscheidung zwischen Unternehmens- und Unternehmer-Rentabilität zum Ausdruck. Ein Vergleich der Auswirkungen des Miteigentums auf diese beiden Größen soll dazu dienen, seinen diesbezüglichen finanziellen Charakter aufzuzeigen.

Die Kapitalisten maximieren ihre Rendite dadurch, daß sie sich bei der Aufnahme von zusätzlichem Kapital an der Relation von Eigenkapital-Rentabilität

1) H. Koch: "Das Wirtschaftlichkeitsprinzip als betriebswirtschaftliche Maxime", in ZfhF, Jahrgang 1951, Westdeutscher Verlag Köln und Opladen, Seite 165-166

und Fremdkapital-Zins orientieren. Liegt der Zins für Fremdkapital niedriger als die Eigenkapital-Rendite, dann lohnt sich eine Aufnahme von zusätzlichem Eigenkapital nicht. Selbstfinanzierung ist dann vom Standpunkt des Kapitalisten nur angebracht, wenn die selbstfinanzierten Mittel nicht anderweitig zu einer den Fremdkapital-Zins übersteigenden Rendite angelegt werden können.

Obgleich das Miteigentum aus selbstfinanzierten Mitteln stammt wirkt es durch seine Ausgestaltung wie eine Kapitalaufnahme, als Eigenkapital von außen. Auf diese Weise findet eine Vergrößerung jenes Personenkreises statt, der für seinen Kapitaleinsatz nicht nach einem festen Zinssatz entschädigt, sondern am Gewinn beteiligt wird. Die Kapitalisten müssen sich bei der Verwendung des selbstfinanzierten Kapitals zur Miteigentumsbildung mit den Miteigentümern in das Kapital-entgelt "Gewinn" teilen. Solange der Zins für das Fremdkapital unter der Rendite für das Eigenkapital liegt, lohnt es sich vom Standpunkt der Verzinsung für die Kapitalisten nicht, Selbstfinanzierung in Form von Miteigentum zu betreiben.

Für die Unternehmung ist die Miteigentumsbildung jedoch anders zu beurteilen. Für sie ist es grundsätzlich irrelevant, wer die Gewinne bzw. die Zinsen zugeteilt bekommt. (Ein Unterschied der Kapitalarten ergibt sich für sie aus der verschiedenen Elastizität, was jedoch erst im nächsten Abschnitt darzustellen ist.) Unterstellt man für das Miteigentum eine gleiche Ertragsfähigkeit wie für das andere Kapital, dann übt es auf die Unternehmungs-Rentabilität weder einen positiven noch einen negativen Einfluß aus. Sowohl die Maß- als auch die Basisgröße der Kennziffer erfahren eine gleichmäßige Erhöhung, so daß der Kennzifferwert unverändert bleibt. Man sieht sich veranlaßt, das besonders herauszustellen, weil in der Literatur Unternehmungs-Rentabilität und Unternehmer-Rentabilität nicht immer klar geschieden werden. Obwohl Hegner den Einfluß der Finanzierungsarten auf die Rentabilität vom Standpunkt der Unternehmung untersucht, ist ihm eine solche Verwechslung der Betrachtungsstandpunkte unterlaufen, wenn er schreibt: "... so wird demnach die Rentabilität von der Finanzierung beeinflusst, bedingt durch die Finanzierungseinflüsse auf den Zinsaufwand. Je ausgedehnter Eigen- und Selbstfinanzierung innerhalb der Finanzstruktur sind, desto geringer wird der Zinsaufwand. Folglich wird durch eine ausgedehnte Eigen- und Selbstfinanzierung die Höhe der Unternehmungs-Rentabilität gefördert".

Für die vorliegende Arbeit ist festzuhalten: Das Miteigentum übt hinsichtlich seiner Verzinsung im Vergleich zu den anderen Finanzierungsmitteln direkt weder einen fördernden noch einen hindernden Einfluß auf das Unternehmungs-

-
- 1) F. Hegner: "Die Selbstfinanzierung der Unternehmung als theoretisches Problem der Betriebswirtschaftslehre und der Volkswirtschaftslehre", Verl. Paul Haupt, Bern 1946, S. 64

ziel "Gewinnerzielung" aus. Die privatwirtschaftlich bedingten Interessen einer Steigerung der Rendite der Kapitalisten durch eine Bestimmung der Finanzierungsart nach dem relativen Stand des Zinssatzes für Fremdkapital ist insofern für die Unternehmung als solche bedeutungslos.

b) Die Beschaffungskosten bei der Finanzierung durch Miteigentum

Mit der Verzinsung wurde noch nicht der ganze Preis erfaßt, den die Unternehmung für die Kapitalart "Miteigentum" direkt zu bezahlen hat. Es sind hier vielmehr auch noch alle gewinnmindernden Aufwände zu berücksichtigen, die bei der Beschaffung des Kapitals anfallen. Geht man wieder auf den genetischen Ursprung des Miteigentums zurück, dann ist festzustellen, daß die selbstfinanzierten Mittel keinen Beschaffungsaufwand verursachen. Sie stehen damit im Gegensatz zur Eigen- und Fremdfinanzierung, die durch beträchtliche Emissionskosten den Gewinn der Unternehmung schmälern. Ich habe oben schon dargelegt, daß Miteigentum aber nur genetisch mit den Mitteln der Selbstfinanzierung gleichzustellen ist; in seiner Ausgestaltung nähert es sich der Eigenfinanzierung. Für die Miteigentumsbildung bedeutet das, daß die Kapitalanteile an die Arbeitnehmer ebenso verbrieft werden müssen wie an das Eigenkapital der anderen Kapitaleigner. Auf Grund von Beobachtungen in der Praxis kann man sogar feststellen, daß die Begebung von Miteigentums-Aktien im Vergleich zu gewöhnlichen Aktien wesentlich mehr "Beschaffungskosten" pro Kapitaleinheit verursacht. Die gewöhnliche Aktienemission wird im allgemeinen über ein Bankenkonsortium durchgeführt. Abgesehen von einer Abdeckung der Emissionskosten durch eine Überpari-Emission trägt der einzelne Aktienbezieher in Form von Bankspesen die bei ihm anfallenden Bezugskosten der Kapitalanteile. Die Ausgabe der Miteigentumstitel bietet ein wesentlich anderes Bild:

Die durch die rein technische Verteilung der Anteile bedingten Aufwendungen fallen hier deshalb relativ hoch an, weil die Zuteilungssumme pro Kapitalbezieher im Vergleich zu einer gewöhnlichen Aktienbegebung klein ist. Außerdem sind diese auf den einzelnen Arbeitnehmer entfallenden Bezugskosten meist von der Unternehmung zu tragen. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme mag auf den ersten Blick vielleicht nicht einleuchten. Sie wird erst dann verständlich, wenn man sich klar macht, daß eine Unternehmung bei der Begebung von Miteigentumstiteln einen hohen Kaufwiderstand überwinden muß. Das muß um so mehr verwundern, als die Arbeiter ihre Kapitalanteile aus einer Gewinnbeteiligung als zusätzliches Entgelt für ihre Arbeit bekommen sollen. Wenngleich in den bisher verwirklichten Fällen einer Aktienbegebung für die Arbeiter diese einen Teil des Aktienwertes bezahlen mußten, so hat sich dieser Widerstand doch als grundsätzlich erwiesen. Nur so läßt es sich erklären, daß trotz eines sehr günstigen Vorzugskurses in der Praxis mit Belegschaftsaktien anfangs nur sehr ge-

ringe Erfolge erzielt werden konnten. So haben z.B. von dem Aktienangebot der Farbenfabriken Bayer AG., Leverkusen im Jahre 1955 nur 13 % der bezugsberechtigten Mitarbeiter Gebrauch gemacht.¹⁾ Ebenso gering war der Erfolg der DEMAG, Duisburg, die für ihr Aktienangebot im Jahre 1955 nur 102 Arbeiter und 938 Angestellte gewinnen konnte, so daß Cattepoel in seinem Erfahrungsbericht die Aussichten der Belegschaftsaktie für die nächste Zeit als sehr gering beurteilt.²⁾

Wenngleich bei einem unentgeltlich zur Verfügung gestellten Miteigentum von einer Überwindung eines "Kauf"-Widerstandes nicht mehr gesprochen werden kann, so bleibt auch hier noch eine breite Aufklärungs- und Informationsarbeit durch den Betrieb zu bewältigen. Das ist darauf zurückzuführen, daß der Erwerb von Kapitalanteilen für den Arbeiter eine völlig neue Art der Vermögensbildung darstellt. Zu diesen psychologischen Schwierigkeiten kommen noch ideologische insofern, als manche Arbeiter sich an dem Gedanken stoßen, durch das Miteigentum "Kapitalist" zu werden. Miteigentum wird nach dem jetzigen Wissensstand und der Einstellung der Arbeitnehmer sich immer von den übrigen Eigenkapitalarten, insbesondere von den übrigen Formen der Selbstfinanzierung durch relativ hohe Beschaffungskosten abheben. Wie umfangreiche Aufklärungsarbeiten über das Wesen der Aktie bei den genannten Firmen bewiesen haben, kann durch solche Maßnahmen allerdings mit der Zeit die Haltung des Arbeiters zum Miteigentum positiv beeinflusst werden. Sieht man aber von der sozialbedingten Zielsetzung des Miteigentums ab, dann kann man über die höheren "Beschaffungskosten" für das Miteigentum einen mindernden Einfluß auf die Gewinnerzielung der Unternehmung feststellen.

3. Die Einwirkungen der finanziellen Verwendung des Miteigentums auf den Gewinn

Mit dem Kapitalpreis ist noch nichts über die Eigenschaften ausgesagt, welche die Verwendungsmöglichkeit des Kapitals in der Unternehmung bestimmen. Wenn man sich klar macht, daß alle Kapitalmittel in die Unternehmung zur Finanzierung von konkreten Vermögensgütern hereingenommen werden, dann muß die Verwendung des Miteigentums nicht nur innerhalb der Kapitalstruktur, sondern auch sein Niederschlag im Vermögen des Betriebes berücksichtigt werden.

1) Vgl.: "Der Neue Betrieb," Mitteilungen des Studienkreises für sozialwirtschaftliche Betriebsformen Nr. 12 vom 15.6.1955. Weitere Informationen darüber im Jahrgang IV 1957 dieser Blätter.

2) D. Cattepoel: "Die ersten Erfahrungen mit Belegschaftsaktien bei der DEMAG", in Mensch und Arbeit, Verlag Mensch und Arbeit, München 1956, S. 229

a) Miteigentumsfinanzierung und Kapitalbedarf

Die steigenden Preise und der dringende Kapitalbedarf der Unternehmung sind wohl als Hauptursache dafür anzusehen, daß die Unternehmungen sich gerade in jüngster Vergangenheit kein Kopfzerbrechen darüber machen mußten, was sie mit den Mitteln aus Selbstfinanzierung anfangen sollen. Diese Situation ändert sich grundsätzlich dann, wenn die Unternehmung gezwungen wird, einen Teil autonom erwirtschafteter Mittel einzubehalten, wie das für die Miteigentumsbildung über eine Gewinnbeteiligung der Fall ist. Grundsätzlich stehen der Unternehmung für die Verwendung dieser Mittel innerhalb der Unternehmung zwei Wege offen: die Erweiterungsfinanzierung und die Umfinanzierung.

Die Erweiterungsfinanzierung durch Miteigentum ist von der Unternehmung im gleichen Umfange vorzunehmen wie die damit verbundene Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer anfällt. Grundsätzlich ist jede Unternehmung bestrebt, Kapital bei sich anzusammeln und sich auszudehnen. Sie weist insofern gleiche Züge wie jeder andere lebendige Organismus auf. Im Gegensatz zu diesem kann sie ihre Ausbreitungsmöglichkeit nicht selbst regulieren, die Unternehmungsleitung muß vielmehr diesen Prozeß steuern und überwachen. Dazu muß der Manager die Zukunftschancen der Unternehmung abwägen, was ihm trotz aller Bemühungen immer nur teilweise und innerhalb des vermeintlich Erkannten mit Unsicherheit möglich sein wird. Sieht man von dieser Schwierigkeit ab, dann wird man grundsätzlich auch beim Unternehmer eine Neigung zur Investierung zusätzlicher Mittel finden. Das hat seinen Grund in dem natürlichen Streben, "seine" Unternehmung weiter zu entwickeln und auszubauen.

Die Tendenz zu einem vermehrten Mitteleinsatz ist außerdem in dem Wirtschaftsprozess als solchem gegeben, da dieser nach der Maxime der Wirtschaftlichkeit mit möglichst geringem Mitteleinsatz sich vollziehen soll, was die Leistungserstellung für den Unternehmer überhaupt erst problematisch macht. Er ist ständig der Versuchung ausgesetzt, die Strenge dieses Postulates dadurch zu mindern, daß er den Mitteleinsatz erhöht, um sich dadurch seine unternehmerische Aufgabe zu erleichtern. Diese Gefahr ist m. E. insbesondere dann gegeben, wenn er sich dieses Kapital nicht von außenstehenden Dritten beschaffen muß, sondern diese ihm aus der Unternehmung direkt zur Verfügung gestellt wird. Insofern trägt die Selbstfinanzierung den Keim zu einer Überfinanzierung von Natur aus in sich. Diese Gefahr potenziert sich bei der Miteigentumsbildung, da hier dem Unternehmer die Entscheidung über Ausschüttung oder Einbehaltung des Gewinnes abgenommen ist. Die obligatorische Miteigentumsbildung auf dem Wege einer Gewinnbeteiligung für die Arbeitnehmer weist starke Tendenzen zu einer Überfinanzierung auf. Eine solche hat zur Folge, daß diese zusätzlichen Investitionen keinen entsprechenden Gewinn einbringen, was zu einer Minderung der Unternehmungsrentabilität, d. h. zu einer Beeinträchtigung der betrieblichen Ziel-

setzung führt. Dieser Gefahr einer Überfinanzierung bei der Miteigentumsbildung kann sich die Unternehmung durch die Umfinanzierung zu entziehen versuchen.

Die Aufnahme von zusätzlichem Eigenkapital im Umfang einer Gewinnbeteiligung für die Arbeitnehmer kann der Unternehmer durch eine damit verbundene Ablösung von Schuldkapital koppeln. Dabei muß man allerdings unterstellen, daß die Rückgabe solcher Schuldkapitalien überhaupt zu dem betreffenden Zeitpunkt, im allgemeinen also zum Schluß des Geschäftsjahres jeweils möglich ist. Einem solchen Vorgehen können vertragliche Bestimmungen hinsichtlich der Rückzahlungsfristen auch im Interesse des Gläubigers entgegenstehen.

Für die Kapitalisten war die Zusammensetzung der Kapitalstruktur unter dem Aspekt der Rentabilität bedeutsam. Für die Unternehmung selbst konnten aus dieser Sicht die Entgelte an Fremdkapital und Inhaberkapital gleich gestellt werden. Das bedeutet, daß die durch die Miteigentumsbildung verursachte Umfinanzierung zu keiner Minderung der Unternehmungsrentabilität führt, die Unternehmung also nicht in Verfolgung ihrer Zielsetzungen beeinträchtigt wird. Eine ganz andere Frage ist diejenige, ob das Miteigentum neben diesen quantitativen Faktoren durch seine besonderen qualitativen Merkmale einen Einfluß auf die Gewinnerzielung ausübt.

b) Miteigentumsfinanzierung und Elastizität

Der Einfluß einer Kapitalart wirkt sich in erster Evidenz durch die mit ihrer Beschaffung und Verzinsung verbundenen Kosten auf die Gewinnerzielung der Unternehmung aus. Daneben gibt es jedoch noch weitere Erfolgseinwirkungen der Finanzierungsarten, die zwar erst sekundärer Natur, aber von bedeutender Tragweite sind. Sie ergeben sich aus der Tatsache, daß hinsichtlich der Verwendungsfähigkeit im Leistungsprozeß die Kapitalarten graduelle Unterschiede sowohl innerhalb der Kapitalstruktur als auch der Vermögensstruktur der Unternehmung aufweisen. Das Streben der Unternehmung bei der Finanzierung ist darauf ausgerichtet, solche Mittel zu bekommen, die wenig Kosten verursachen und über deren Einsatz und Rückzahlung sie möglichst weitgehend nach ihren eigenen Interessen bestimmen kann. Es steht hierin dem Interesse des Kapitalgebers grundsätzlich konträr entgegen, der seinerseits die zeitliche Bindung an das Unternehmen und die Verwendung des Kapitals nach seinen Interessen ausrichten will. Für die Unternehmung sind neben dem Kostenaspekt solche Finanzierungsmittel optimal, die sie ganz nach ihren Bedürfnissen einsetzen und wieder zurückzahlen kann. Während die selbstfinanzierten Mittel der Unternehmungsleitung durch die offenstehende Alternative der Ausschüttung eine solche Regulierung erlauben, ist das beim übrigen Inhaberkapital nicht in diesem Ausmaß der Fall. Der Herabsetzung des Inha-

berkapitals stehen die Anlageinteressen der Kapitaleigner entgegen, die im allgemeinen auf eine längere Beteiligung an der Unternehmung gerichtet sind. Außerdem hat der Gesetzgeber zur Erhaltung der Garantiefunktion des Inhaberkapitals die Herabsetzung des Grundkapitals an erschwerende Vorschriften gebunden, die in den §§ 175 ff, 182 ff und 192 ff des Aktiengesetzes verankert sind. Diese Bestimmungen treffen auch für das Miteigentum zu, so daß es sich für eine Kapitalherabsetzung nach dem Unternehmungsinteresse als unelastisch erweist.

In einem eventuellen Interessenwiderstreit zwischen Kapitaleignern und Unternehmung wird schließlich die Unternehmungsleitung darauf angewiesen sein, die Miteigentümerinteressen vorrangig zu berücksichtigen, da ein Verstoß dagegen sofort negative Ausflüsse auf den Arbeitsfrieden innerhalb der Unternehmung zeitigen wird. Es besteht grundsätzlich die Gefahr, daß die Arbeiter in der Rückzahlung von Miteigentumstiteln einen Verlust sehen. Die Verquickung von Arbeitnehmer- und Kapitalgeberstellung beim Miteigentümer machen das Miteigentum für die Unternehmung zu einem relativ unelastischen, ihrer eigenen Interessenausrichtung weitgehend widerstrebenden Element.

Wenngleich man hinsichtlich der Verzinsung die Kapitalarten vom Standpunkt der Unternehmungsrentabilität gleichstellen kann, so erweisen sie sich in Bezug auf die Anpassungsbedürfnisse der Unternehmung sehr verschieden. Hier weist das Fremdkapital einen hohen Fixcharakter insofern auf, als die dafür bestimmten Zinsen unabhängig von der augenblicklichen Ertragslage der Unternehmung zu bezahlen sind. Die Unternehmungsrentabilität kann bis auf die Verzinsung des Fremdkapitals heruntersinken, ohne daß die Unternehmung Gefahr läuft, daß die Kapitaleigner ihr das überlassene Kapital entziehen. Diese Aussage ist jedoch nur unter einer zeitlichen Begrenzung gültig, denn auf die Dauer wird auch das Inhaberkapital auf eine Verzinsung nicht verzichten, was vom Miteigentum wieder infolge der Stellung seiner Kapitalgeber in höherem Ausmaß als vom übrigen Inhaberkapital gilt. In diese Richtung gehen jene Überlegungen, die für das Miteigentum eine Vorzugsstellung bei der Verzinsung verlangen.

Jede Eigenheit einer Kapitalart schlägt sich nicht nur in der Kapitalstruktur, sondern auch im Vermögensaufbau der Unternehmung nieder. Während das Unternehmungsinteresse auf der Kapitalseite auf eine möglichst unbeschränkte Dispositionsfreiheit hinsichtlich des Einsatzes und der Rückzahlung des Kapitals gerichtet ist, zielt es auf der Vermögensseite auf eine freie Verwendung bei der Investierung dieser Mittel ab.

In der betriebswirtschaftlichen Literatur hat man sich bemüht, über das Verhältnis von Kapitalstruktur und Vermögensstruktur allgemein verbindliche Aus-

sagen zu machen.¹⁾ Sie schlagen sich in den sogenannten Finanzierungsregeln nieder, die in der klassischen Ausprägung darauf hinauslaufen, das Anlagevermögen mit Eigenkapital und das Umlaufvermögen mit Fremdkapital zu finanzieren. Gegen eine solche Betrachtung lassen sich prinzipielle Einwände erheben. Bei der Aufstellung dieser Finanzierungsregel geht man von der Frage aus, welche Vermögensteile die Unternehmung bei einer Kündigung des Fremdkapitals am schnellsten liquidieren kann, anstatt die Forderung nach einer möglichst gewinnbringenden Kapitalverwendung zur Richtschnur der Investierung zu machen. Die Unternehmung muß dabei allerdings ihre Liquidität wahren. Wie wir noch sehen werden, ist diese aber von anderen Faktoren als vom Deckungsverhältnis des Vermögens durch Inhaber- bzw. Schuldnerkapital bestimmt. Walther schreibt: "Nach der bisherigen Finanzierungspraxis hat man ganz generell gefordert, daß das Anlagevermögen durch Eigenkapital und das Umlaufvermögen mit Fremdkapital zu finanzieren sei. Unter dem Gesichtspunkt der Liquidation der Unternehmung war das richtig... Es spielt eigentlich nur das Geldvermögen in der Frage der Zahlungsbereitschaft eine Rolle, und es ist müßig, überhaupt darüber nachzudenken, wo das Schuldkapital seine Deckung findet".²⁾ Ist die Zahlungsbereitschaft gewahrt, dann legt das Miteigentum der Unternehmung keine Begrenzung in der Investierung dieser Mittel auf. Ich sehe eine solche vielmehr darin, daß die Erweiterungsfinanzierungen kapitalintensiver Betriebe meist sprunghaft geschehen. Über das Miteigentum wird sich eine solche Kapazitätserweiterung nicht vollziehen lassen, weshalb eine solche nicht durch Miteigentum allein, sondern nur in Kombination mit anderen Finanzierungsmitteln in Frage kommt. Da das Miteigentum jedoch laufend mit der Gewinnerzielung für die Unternehmung anfällt, besteht die Tendenz, diese Mittel zur Finanzierung innerhalb des Umlaufvermögens zu verwenden, was zu einer Überfinanzierung innerhalb dieses Vermögenspostens führen kann. Diese mindert die Gewinnerzielung, die dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel unterworfen ist. Hier zeigt sich die Elastizität als eine der Rentabilität widerstrebende Kategorie. Diese Gegensätzlichkeit in den finanziellen Auswirkungen des Miteigentums kann man in Bezug auf die Liquidität grundsätzlich feststellen.

c) Miteigentumsfinanzierung und Liquidität

Die Leistungserstellung der Unternehmung vollzieht sich in dem fortlaufenden Umwandlungsprozeß Geld - Ware - Geld. Solange die Unternehmung darauf an-

1) Vgl. L. Beckmann: "Die betriebswirtschaftliche Finanzierung", Verlag Weinmayer GmbH, München 1949, S. 20

2) A. Walther: "Einführung in die Wirtschaftslehre der Unternehmung", Verlag Schulthess u. Co., Zürich, 1953, Band 2, Die Unternehmung, S. 124

gewiesen ist, aus dem Markt Dienstleistungen und Sachgüter für den Mitteleinsatz zu entnehmen, muß sie Sorge tragen, das jeweils allgemein anerkannte Tauschgut zur Erfüllung der damit entstehenden Verbindlichkeiten zu besitzen. Diese Funktion erfüllt in unserer Wirtschaft das Geld. Das besondere Problem, die Zahlungsbereitschaft ständig zu garantieren, entsteht dadurch, daß zu einer Gewinnerzielung die Finanzierungsmittel erst in Gütern investiert werden müssen und erst mit Hilfe dieser Vermögensumwandlung sich auf dem Weg des Absatzes wieder Geldmittel erzielen lassen. In der Überbrückung dieser zeitlichen Diskrepanz von Mitteleinsatz und Rückverwandlung in Geld durch Realisation der Leistung am Markt ist das eigentliche Problem der Liquidität begründet. Damit ist gleichzeitig ausgedrückt, daß Liquidität nicht nur eine Eigenschaft der einzelnen Vermögensposten, nämlich ihre Überführungsmöglichkeit im Geld darstellt. Sie ist im Gegensatz zur Auffassung von Nicklisch sehr dynamischer Natur.¹⁾

Im folgenden soll das Miteigentum in Anlehnung an den dynamischen Liquiditätsbegriff von Strobel betrachtet werden. Strobel definiert: "Unternehmensliquidität ist die durch Geldmittel repräsentierte Verfügungsmacht einer Unternehmung über Güter und Dienstleistungen. Sie wird durch die Menge, den Flüssigkeitsgrad und die Umschlagsdauer der in der Unternehmung organisierten Vermögensgüter sowie durch die Höhe und Dringlichkeit der Zahlungsverpflichtungen bestimmt".²⁾

Die Beziehungen zwischen Liquidität und Miteigentumsbildung untersuchen heißt also, ihre Einwirkungen auf die oben angeführten vier Wesensmerkmale herauszustellen. Ich kann mich dabei kurz fassen, weil ich diese Merkmale der Miteigentumsmittel bereits unter dem Aspekt ihrer Einwirkung auf die Rentabilität berührt habe.

Hinsichtlich der Menge war beim Miteigentum die Tendenz zur Überfinanzierung festzustellen. Ihr läuft parallel eine Steigerung der Liquidität. Soweit die Tendenz zur Investierung des Miteigentums im Umlaufvermögen sich durchsetzt, ist im allgemeinen eine relativ hohe Liquidisierbarkeit dieser Vermögensanteile zu erwarten. Ich sehe dabei allerdings von der Tatsache ab, daß manche Güter des Umlaufvermögens, so z.B. manche Halbfabrikate sich oft langsamer und schlechter in Geld verwandeln lassen wie manche Anlagegüter, z.B. Mehrzweckmaschinen, ein Umstand, auf den insbesondere Rieger hingewiesen hat.³⁾

1) H. Nicklisch: "Die Betriebswirtschaft", 7. Auflage, Verlag C.E.Poeschel, Stuttgart 1932, Seite 473

2) A. Strobel: "Die Liquidität", 2. Auflage, Verlag C.E.Poeschel, Stuttgart 1953, S. 52

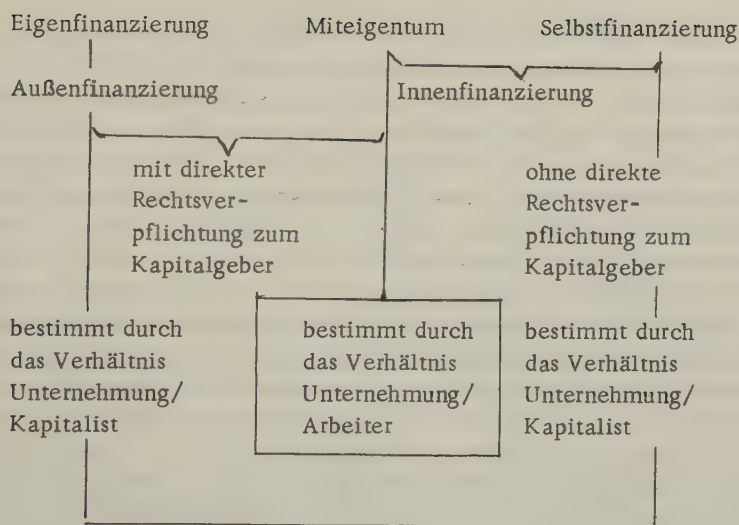
3) Vgl. F. Rieger: "Einführung in die Privatwirtschaftslehre", Nürnberg 1928, S. 258 ff.

In Bezug auf die Höhe der Zahlungsverpflichtungen wurde klar herausgestellt, daß, was die Verzinsung angeht, das Miteigentum eine Stellung zwischen Fremd- und Inhaberkapital einnimmt und insofern also völlig verschieden von den übrigen Mitteln der Selbstfinanzierung ist.

Zur Beurteilung der Höhe und Dringlichkeit aus einer Rückzahlung des Miteigentums kann an die Ausführungen über die diesbezügliche Interessenlage des Miteigentümers angeknüpft werden. Grundsätzlich stellt das Inhaberkapital in dieser Hinsicht an die Unternehmung keine Liquiditätsansprüche. Die Rückzahlung von Einlagen ist bei den Personalgesellschaften und bei der Gesellschaft mit beschränkter Haftung auf den Fall beschränkt, daß ein Gesellschafter ausscheidet; bei der Aktiengesellschaft hat jeder Aktionär grundsätzlich die Möglichkeit, seine Anteile über die Börse zu veräußern, d. h. hier wird die Liquidität der Unternehmung überhaupt nicht berührt. Die Liquiditätsanforderungen beim Ausscheiden des Miteigentümers hängen von der Regelung ab, was bei seinem Ausscheiden mit seinem Kapitalanteil zu geschehen hat. Bei der vorgeschlagenen Umwandlung in ein überbetriebliches Miteigentum durch Überleitung des Anteiles in einen Investment-Fonds wird die Liquidität des Betriebes ebenfalls nicht berührt. Anders verhält es sich bei der Bestimmung, daß der Betrieb die Miteigentumstitel gegen Barauszahlung abzulösen hat. Die Unternehmung muß sich in diesem Falle eine Liquiditätsreserve halten. Ihre Höhe wird bestimmt vom Altersaufbau und der Fluktuation der Belegschaft. Diese Barreserve bedeutet für die Unternehmung eine Beschränkung in der Kapitalverwendungsmöglichkeit und stellt somit indirekt ein gewinnminderndes Element dar.

Vergleicht man die durch die Charakteristik der Kapitalart "Miteigentum" bedingten Auswirkungen auf die Rentabilität einerseits und die Liquidität andererseits, dann kann man eine weitgehend entgegengesetzte Wirkung feststellen, was auf die Gegensätzlichkeit dieser beiden Maxime zurückzuführen ist. In dem Maße wie das Miteigentum an die Unternehmung erhöhte Anforderungen an ihre Liquidität stellt, wird sie in der Verwendung ihrer finanziellen Mittel beschränkt, was indirekt eine Minderung der Rentabilität bedeutet.

Die obigen Ausführungen haben immer wieder erkennen lassen, daß das Miteigentum mit all seinen Merkmalen eine Zwischenstellung zwischen der Eigenfinanzierung und der Selbstfinanzierung einnimmt. Von allen anderen Kapitalarten des Betriebes unterscheidet es sich insbesondere dadurch, daß die Kapitalgeberschaft des Miteigentümers ihre bestimmende Ausrichtung durch seine Stellung als Arbeiter erfährt. Aus dem Arbeitersein resultieren letztlich die finanziellen Eigenheiten der Kapitalform "Miteigentum". Die folgende Skizze soll versuchen, diese Besonderheiten des Miteigentums aus der Sicht der Finanzierung zu verdeutlichen:



V. Die Aufgabe des Unternehmers bei der Finanzierung durch Miteigentum

Die Analyse der finanziellen Frage bei der Miteigentumsbildung hat eine Vielzahl von Interessenverflechtungen und von Interessengegensätzen zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern einerseits und der Unternehmung andererseits erkennen lassen. Sie geben berechtigten Anlaß zu der Frage, wie und durch wen es zu einem Ausgleich in diesen teils widerstreitenden, teils konformen Interessenlagen innerhalb der Unternehmung kommt. Hier tut sich das eigentliche Aufgabenfeld des Unternehmers auf. Wie bereits betont, sollen dabei unter Unternehmer diejenigen Personen verstanden werden, die von den Kapitalisten mit der Leitung des Unternehmens beauftragt wurden, selbst also nicht auch noch Kapitalgeber sind, wie das für die Unternehmernkapitalisten zutrifft. Der Unternehmer kann seine Führungsentscheidungen nicht einseitig ausrichten. Er muß vielmehr die Tragweite seiner Anordnungen und ihre Auswirkungen auf den Gesamtbereich der Unternehmung mit der Reaktion der davon betroffenen Menschen berücksichtigen. Die Unternehmernaufgabe ist aus dieser Sicht betriebspolitischer Natur.¹⁾ Man kann sie bei der Bildung des Miteigentums dadurch verdeutlichen, daß man den Ausgleich der dabei betroffenen Interessen untersucht.

1) Vgl. K. Sandig: "Die Führung des Betriebes", Verlag C.E. Poeschel, Stuttgart 1953, S. 30

1. Der Interessenausgleich unter den Kapitalgebern

Die Trennung von Unternehmer und Kapitalist entspricht dem Aufbau der Aktiengesellschaften. Der Aktionär steht mit seiner Gesellschaft als außenstehender Kapitalgeber nur in loser Verbindung. Seine Einwirkung auf die innerbetriebliche Sphäre ist durch die ihm zustehenden Eigentumsrechte sehr begrenzt. Das ändert sich grundlegend bei der Miteigentumsbildung insofern, als hier der Kapitalgeber (Miteigentümer) durch seine gleichzeitige Stellung als Arbeiter mit der Unternehmung und ihrem innerbetrieblichen Geschehen direkt verbunden ist. Für die Unternehmungsleitung bedeutet dieser Umstand, daß bei der Bildung des Miteigentums die Doppelstellung des Miteigentümers berücksichtigt werden muß. Vom Standpunkt der Kapitalversorgung könnte man die finanziellen Interessen des Arbeitnehmers hinter diejenigen des Kapitalisten stellen, weil dieser innerhalb der Kapitalgeberfunktion ein viel größeres Gewicht hat. Eine solche Ausrichtung der Unternehmer müßte sich jedoch als sehr kurzfristig erweisen, da das Miteigentum seine Bedeutung nicht primär durch seinen kapitalmäßigen Umfang, sondern durch die Stellung der Miteigentümer als Arbeiter erlangt. Es ist müßig zu fragen, ob die Kapitalisten oder die Arbeiter für die Unternehmung wichtiger sind. Für die Leistungserstellung muß die Unternehmung beide Produktionsfaktoren in ausreichendem Maße zur Verfügung haben, weshalb die Unternehmer in ihren Entscheidungen bei der Miteigentumsbildung auch beide Personengruppen berücksichtigen müssen. Die Tatsache, daß bei der vorzunehmenden Gewinnaufteilung Kompromisse geschlossen werden müssen, ist nicht als ein Zeichen einer wenig profilierten Unternehmungsleitung anzusehen, sondern ist ein Charakteristikum jedes politischen Handelns überhaupt.

In unserer Zeit der sozialen Maßnahmen muß man allerdings davor warnen, daß der Manager sich bei der Miteigentumsbildung grundsätzlich für eine Hintansetzung der Belange der Kapitalisten zugunsten derjenigen der Arbeiter entscheidet. Das Wohl des Betriebs ist nicht mit dem Wohl des Arbeiters gleichzusetzen. Klug weist in einem diesbezüglichen Aufsatz ausdrücklich darauf hin, "daß die außergewöhnliche Besserstellung der Arbeitnehmer ein Handeln zum Nachteil der Gesellschaft im Sinne der aktienrechtlichen Untreue sein kann und der Unternehmer sich in diesem Falle strafbar macht".¹⁾

Die Versuchung zu einer Besserstellung der Arbeitnehmer ist für den Unternehmer bei der Aufteilung des Gewinnes m.E. auch deshalb gegeben, weil die mit seinen Entscheidungen verursachten Reaktionen der Arbeitnehmer unmittelbar und sofort innerhalb des Unternehmungsprozesses sichtbar werden. Die Haltung des

1) Vgl.: § 294 AktGes und U. Klug: "Aktienrechtliche Untreue", Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.1.1958

Kapitalisten und seine Reaktion kommt dagegen im allgemeinen erst bei der Hauptversammlung zum Ausdruck. Da die Stellung des Aktionärs ohnehin durch die Aktienrechtsreform von 1937 stark beschnitten wurde, liegt es für den Manager nahe, in einer Bevorzugung der Arbeitnehmer den Weg des kleinsten Widerstandes zu sehen. Ich halte eine solche finanzpolitische Ausrichtung bei der Finanzierung durch Miteigentum für falsch, weil sie zwei Dinge nicht berücksichtigt: die Reagibilität der Miteigentümer auf Führungsentscheidungen ist zwar unmittelbar wirksam; ihre Verhaltensweise ist aber einem starken Wechsel im Zeitablauf unterworfen. Sie ist insofern ein Ausfluß der mehr emotional bestimmten Haltung der Arbeitnehmer und von der Unternehmungsleitung durch viele andere Maßnahmen, auch solche außerökonomischer Natur beeinflusbar. Die Reaktion der Unternehmerkapitalisten bildet sich dagegen langsam, ist aber nach ihrer Entstehung von großer Nachhaltigkeit und eindeutig rational-ökonomisch bestimmt.

Schließlich muß der Manager bedenken, daß gerade bei der Miteigentumsbildung eine Einschränkung der Kapitalgeberinteressen letztlich dem Arbeitnehmer als Miteigentümer selbst schadet. Die Schaffung eines Eigentums mindert dem Rechts widerspricht direkt dem Programm des Miteigentums, durch das der Arbeitnehmer über den Erwerb von Eigentumstiteln und Eigentumsrechten aus seiner Abhängigkeit als Nur-Arbeiter herauswachsen soll.

Der Interessenausgleich unter Arbeitnehmer und Unternehmerkapitalist durch die finanzpolitische Entscheidung des Managers verlangt, daß dieser die Notwendigkeit des von ihm eingeschlagenen Weges für beide Parteien einsichtig macht. Als Möglichkeit sei hier die Aufklärung der Personengruppen in den entsprechenden Informationsorganen angeführt. Diesen Weg geht z. B. die Mannesmann Aktiengesellschaft, indem der Vorstand in der Werkzeitschrift und in einer Aktionärszeitschrift die Arbeiter und die Kapitalisten über Sinn und Auswirkungen der eingeführten Belegschaftsaktien informiert.¹⁾

Neben dem Interessenausgleich zwischen den Miteigentümern und den Kapitalisten fällt dem Unternehmer insbesondere auch die Aufgabe zu, für eine zufriedenstellende Aufteilung des Gewinnes unter den Miteigentümern selbst Sorge zu tragen. Durch genaue Erklärungen und offene Aussprachen über das Beteiligungssystem kann man vermeiden, daß die verschiedenen hohe Zuteilung von Miteigentumsanteilen zu Rivalitäten unter den Mitarbeitern führt. Vor allen Dingen ist jede Bevorzugung bzw. Benachteiligung der Belegschaftsmitglieder nach dem Stand ihrer persönlichen Beteiligung unbedingt zu unterlas-

1) Vgl.: "Mitteilungsblatt für die Aktionäre der Mannesmann Aktiengesellschaft", "Rohr-Post", Heft 7, April 1958, S. 14 ff.

sen. Neben diesen allgemeinen Problemen, die mit jedem Beteiligungssystem verbunden sind, stellt das Miteigentum an die Unternehmer die zusätzliche Aufgabe, die Arbeiter nicht nur über die Aufteilung, sondern über die Beteiligung selbst aufzuklären. Produktiveigentum stellt für die Arbeitnehmer eine bisher völlig unbekannte Art der Vermögensbildung dar, die einen gewissen wirtschaftlichen Kenntnisstand der Beteiligten voraussetzt. Mann schreibt dazu: "Miteigentum an industriellen Unternehmungen ist eine Form des Eigentums, die für die höchsten Stufen einer Eigentümerschulung zur Diskussion gestellt werden mag; in den Grundschulklassen der Eigentümerschulung kann nur die primitive Eigentumsform, das Eigenheim auf eigener Scholle, oder mindestens die schon etwas kompliziertere Eigentumsform der Eigenwohnung in Betracht kommen".¹⁾ Ich habe bereits oben betont, daß Miteigentum als Beteiligung am Substanzzuwachs keine Alternative zur privaten Vermögensbildung darstellt. Durch das Miteigentum soll der Arbeitnehmer über die Selbstfinanzierung der Betriebe Produktiveigentum neben dem Privateigentum aus Ersparnissen bilden. Außerdem bleibt zu überlegen, ob man den Arbeiter nicht aus der "primitiven" Form der Eigentumsbildung durch systematische Aufklärung herausführen kann. Die diesbezüglichen Bemühungen der Unternehmensleitung bei den genannten Aktiengesellschaften lassen in diesem Punkt berechtigte Hoffnungen zu. So ist z.B. die Anzahl der Zeichnungen von Belegschaftsaktien bei den Farbenfabriken Bayer AG. von der ersten Aktion im Jahre 1953 von 3518 Zeichnungen über einen Nominalbetrag von DM 1.261.000 im Jahre 1957 auf 6950 mit einem Nominalbetrag von DM 4.198.000 gestiegen.²⁾ Diesem Erfolg stehen auf der anderen Seite die negativen Erfahrungen der Siemens-Werke gegenüber, bei denen die Arbeiter infolge mangelnder Aufklärungen über das Wesen des Miteigentums innerhalb kurzer Zeit ihre Belegschaftsaktien verkauften. Im Sinne der Miteigentums-Idee muß der Unternehmer den finanziellen Interessenausgleich durch intensive Aufklärungsarbeiten über den Charakter des Miteigentums ergänzen.

2. Der Interessenausgleich zwischen der Unternehmung und den Kapitalgebern

Die Auseinandersetzung um die Wahrung der finanziellen Interessen vollzieht sich neben der Ebene Kapitalist / Arbeitnehmer noch auf der Ebene Kapitalgeber / Unternehmung. Die Unternehmung umgeht alle direkten Rechtsverpflichtungen aus einer Finanzierung, wenn sie die betreffenden Mittel durch Legung von stillen Reserven ansammeln kann. Zur Legung von stillen Reserven sahen

1) A. Mann: a. a. O., S. 81

2) Vgl.: "Bayers Belegschaftsaktien", in Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung vom 11. Jan. 1958

sich die Unternehmer bisher auch durch die andauernden Preissteigerungen veranlaßt, die im Interesse der Unternehmung eine Korrektur des nominalistischen Bilanzgewinnes notwendig machten. Hax bemerkt dazu: "Wenn auch die Gewinnrechnung der Unternehmung ganz eindeutig eine Geld- und Kapitalrechnung ist, so mußten sich doch bei den verschiedenen Unternehmungsleitern im Falle von Preissteigerungen Bedenken ergeben und zwar von dem Zeitpunkt an, wo sie die Dinge nicht mehr allein unter dem Gesichtspunkt des Kapitalgebers sahen, sondern von den Gesetzmäßigkeiten der Unternehmung her".¹⁾

Hier zeigt sich eine für die Kapitalgeber ungünstige Interessenübereinstimmung zwischen den Belangen der Unternehmung und dem rein persönlich bedingten Streben des Managers. Durch die Legung von stillen Reserven wird die Substanz der Unternehmung zwar erhalten, und es werden zusätzlich auf diesem Wege der Unternehmung auch Mittel zur Verfügung gestellt, für die sie keine besonderen Verpflichtungen eingehen muß. Die Kontrolle über diese Vermögensteile wird aber fast ausschließlich in die Hände des Managers gelegt. Dieser kann also Gewinne und Verluste in dem Maße manipulieren, wie stille Reserven in dem Unternehmen vorhanden sind. Damit ist die durch die Gesellschafter sonst wirksame Kontrolle über die Unternehmungsleitung wesentlich eingeschränkt. Stille Reserven haben also neben ihren finanziellen Vorteilen auch den Nachteil, den Manager teilweise aus seiner Verantwortung zu entlassen. Aus diesem Umstand lassen sich die betrieblich-soziologischen Komponenten aufzeigen, die mit der Legung von stillen Reserven verbunden sind.

Bisher erwiesen sich die stillen Reserven als Streitobjekt zwischen den dividendenhungrigen Aktionären und den Unternehmern, die teils im Interesse der Unternehmung, teils zu ihrem eigenen Vorteil sich für eine umfangreiche stille Gewinnthesaurierung einsetzten. Da mit der Aktienrechtsreform von 1937 die Gewinnfeststellung in die Kompetenzen des Vorstandes und des Aufsichtsrates verlagert wurde, ist der soziologische Machtkampf zwischen Kapitalist und Verwaltung zugunsten der Unternehmer entschieden worden. Durch die Miteigentumsbildung tritt in das noch bestehende Kräftefeld eine neue Größe ein. Die Kapitalisten werden in dieser neuen Situation Interesse für eine zunehmende Bildung von stillen Reserven zeigen, um den auszuweisenden Gewinn und damit auch die Bildung von Miteigentum klein zu halten. Das mußte zu einer ungerechtfertigten Benachteiligung der Arbeitnehmer und zu einer betriebswirtschaftlich unerwünschten Verzerrung der Bilanz führen. Da nach den gegebenen Bestimmungen des Aktiengesetzes allein der Vorstand und der Aufsichtsrat über die Höhe der ausgewiesenen Gewinne zu bestimmen haben,

1) K. Hax: a. a. O., S. 213

ist der Interessenausgleich in der Forderung nach Dividende, Miteigentum und stillen Reserven in sein Ermessen gestellt.

Die Tatsache, daß sowohl die Bestimmung wie auch die Aufteilung des Gewinnes unter die Kapitalisten und die Arbeitnehmer in den Aufgabenbereich des Unternehmers fallen, läßt seine überragende Schlüsselstellung bei der Miteigentumsbildung erkennen. Sie gilt nicht nur für die Miteigentumsbildung, sondern für die Leitung des betrieblichen Leistungsprozesses mit all seinen Auswirkungen auf die Arbeitnehmer. Aus diesem Grunde ist in dem Konzept der sozialpolitischen Programme zum Miteigentum immer wieder die Forderung der Arbeitnehmer nach einer möglichst weitgehenden Einflußnahme auf die Bestimmung der Unternehmungsleitung aufgetaucht. Über diese Bestimmung verspricht man sich mit dem Miteigentum die Realisierung all jener Ziele, die man unter das Schlagwort "Wirtschaftsdemokratie" zusammenfaßt. Unter diesem Aspekt treten die mit dem Miteigentum verbundenen finanziellen Interessen zugunsten programmatischer Zielsetzungen zurück.

Ich bin mir bewußt, daß mit der finanziellen Sphäre nur ein Aspekt des Miteigentums untersucht wurde. Innerhalb der Diskussion um das Miteigentum stellt er insofern eine abseits liegende Betrachtung dar, als das Miteigentum primär von seinen großen sozialen Zielsetzungen bestimmt wird. Für den Politiker mögen diese allein interessant erscheinen. Für eine betriebswirtschaftliche Durchleuchtung des Miteigentums schien es mir notwendig, auch einmal eine Klärung des Miteigentums in Bezug auf seine formale Fassung und seinen finanzwirtschaftlichen Gehalt anzugehen. Die Darstellung hat ihre Aufgabe erfüllt, wenn sie dazu beiträgt, das Miteigentum nicht nur als soziales Programm, sondern auch in seiner wirtschaftlich-finanziellen Problematik für den Einzelbetrieb zu verstehen. Ich kann mich dann im zweiten Hauptteil der Arbeit den bereits oben angedeuteten zielbedingten Fragen des Miteigentums zuwenden.

2. T E I L

DIE ZIELBEDINGTE PROBLEMATIK DES MITEIGENTUMS

- A. Die Beziehungen zwischen Miteigentum -
Eigentumsrechten und der betrieblich-
sozialen Frage
- B. Systembezogene Fragen in dem Beziehungskomplex
Miteigentum - Unternehmung

A. DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN MITEIGENTUM - EIGENTUMSRECHTEN UND DER BETRIEBLICH-SOZIALEN FRAGE

I. Die Eigentumsrechte und die soziale Frage im Betrieb

An den Anfang der Ausführungen über die zielbedingte Problematik des Miteigentums sei eine These von Bachmann gestellt, deren Richtigkeit im folgenden näher zu untersuchen ist: "Die Trennung des arbeitenden Menschen vom Eigentum an seinen Arbeitsmitteln ist historisch die Ursache, und ihre Folgen sind der Inhalt der modernen sozialen Frage".¹⁾ Als eine dieser Folgen wird der Umstand angesehen, daß sich das Privateigentum in den Händen der Kapitalisten akkumulierte. In unserer Rechtsordnung sind die Bestimmungsrechte über die Gestaltung des betrieblichen Leistungsprozesses grundsätzlich mit dem Einsatz des Eigentums verknüpft. Diese Regelung beruht auf der Überlegung, daß dem Eigentümer mit der Übernahme von Risiko und Haftung durch seinen Kapitaleinsatz auch die alleinige Entscheidungsbefugnis im Betriebe zustehen soll. Damit hat aber die eigentumsmäßige Trennung des Arbeiters von seinen Arbeitsmitteln diesem seine eigenen Bestimmungsrechte genommen und ihn der Fremdbestimmung der Kapitalisten unterworfen. Dieses Abhängigkeitsverhältnis hat in der Vergangenheit zu sozialen Mißständen geführt. Man hat sich deshalb bemüht, die mit dem Eigentum verknüpften Bestimmungsrechte gesetzlich einzuschränken. Die Bemühungen darum schlagen sich in einer Flut von Sozialgesetzen, insbesondere in den Bestimmungen des Arbeitsrechtes und den sogenannten Mitbestimmungsgesetzen nieder. (Vergleiche: "Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat und in den Vorständen der Unternehmen des Bergbaues und der eisen- und stahlerzeugenden Industrie" = MG BE und das "Betriebsverfassungsgesetz" = BVG). Einen generellen Ausdruck dieser veränderten Haltung gegenüber dem Eigentum und der mit ihm verknüpften Rechte findet man in dem Grundgesetz, wo die Einschränkung der Eigentumsrechte durch den dort aufgestellten Grundsatz der sozialen Verpflichtung des Eigentums ausdrücklich hervorgehoben wird (vgl. insbesondere Grundgesetz Art. 14).

Es ist hier nicht der Frage nachzugehen, inwieweit diese Maßnahmen die soziale Stellung der Arbeiter verbessern konnten. Bedeutsam ist die Tatsache, daß in der Konzeption des Miteigentums ein völlig anderer, man kann sagen entgegengesetzter Weg zur Beseitigung bzw. Minderung der Fremdbestimmung der Arbeitnehmer eingeschlagen wird. Das Miteigentum zielt darauf ab, die Eigentumsrechte grundsätzlich in ihrem vollen Umfange zu erhalten und die Alleinbestimmung der Ka-

1) H. Bachmann: "Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer", in Gewerkschaftliche Monatshefte, Bund Verlag, Köln, Jahrgang 1953, Heft 4, S. 208

pitalisten dadurch zu brechen, daß die Arbeiter ebenfalls Eigentum erwerben und so über das Mit-Eigentum auch Mit-Bestimmung erlangen. Die Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft stellen in ihrem Gesetzesvorschlag zur Bildung von Miteigentum folgende Grundsatzforderung auf: "Das betriebliche Miteigentum soll das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer ausbauen, ergänzen und erweitern. Das Miteigentum der Arbeitnehmer soll ihnen die Stellung eines nicht nur am Ertrag beteiligten Eigentümers verschaffen, sondern auch die Bestimmungsrechte des Eigentümers geben. Das gemeinsame Eigentum am Betriebsvermögen soll den Geist der Verantwortung und der Gemeinsamkeit vieler Interessen zwischen den Sozialpartnern vertiefen."¹⁾

Auch Nell-Breuning betont, daß das betriebliche Miteigentum der "natürliche" Weg zu einer Befreiung der Arbeitnehmer aus der Alleinbestimmung der Arbeitgeber darstelle: "Die natürlichste Bekrönung oder vielleicht noch richtiger die natürlichste Voraussetzung sowohl des betrieblichen Mitbestimmungsrechtes als auch der Gewinnbeteiligung wäre die Beteiligung am Eigentum der Unternehmungen".²⁾ Die "Natürlichkeit" einer Mitbestimmung durch Miteigentum ist dabei darin zu erblicken, daß der Arbeitnehmer kraft seiner Miteigentumsbeteiligung automatisch in die Rolle des Kapitalisten und in dessen Rechte hineinwächst. Mit seinem Kapitalanteil übernimmt auch der Arbeiter Risiko und Haftung, also kann er auch mitbestimmen. In der Wahrung des Rechtsgrundsatzes der Einheit von Risiko und Entscheidungsbefugnis sieht auch Koenigs den großen Vorteil des Miteigentums.³⁾

Weniger zuversichtlich und weniger bestimmt äußern sich die DAG und die KAB in ihren Vorschlägen zu dem Punkte einer Mitbestimmung über das Miteigentum. In der Stellungnahme der Deutschen Angestelltengewerkschaft heißt es: "Das Miteigentum soll, wenn es bei Kapitalgesellschaften praktiziert wird, entsprechend der Funktion des Eigentums gegebenenfalls auch Stimmrechte in der Versammlung der Eigentümer erhalten".⁴⁾ Noch zurückhaltender formuliert die KAB in ihren Vorschlägen zur Eigentumsbildung die Idee einer Mitbestimmung aus Eigentumsrechten: "Es geht den Arbeitern zunächst nur um die Bildung von Sachwerteigentum, weniger um die wirtschaftlichen Bestimmungsrechte, die gemeinhin mit Kapitalanteilen verbunden sind".⁵⁾ Hinsichtlich einer Mitbe-

1) Sozialausschüsse: a. a. O., S. 12

2) O. v. Nell-Breuning: "Wirtschaft und Gesellschaft heute", 2. Band: Einzelfragen, Herder Verlag, Freiburg 1957, S. 97

3) Vgl. F. Koenigs: "Grundsatzfragen der betrieblichen Mitbestimmung", Cram, de Gruyter u. Co., Hamburg 1954, S. 91

4) DAG: a. a. O., S. 15

5) KAB: Ketteler Wacht Nr. 24 v. 15.12.1952

stimmung in den kleineren Unternehmungen, die meist in Einzel- oder Familienbesitz stehen, bemerkt die KAB: "Wir denken nicht daran, Gesellschaftsrechte zu erzwingen. Wir glauben aber, daß sich auch hier bei gutem Willen Formen der Kapitalteilhabe finden lassen, die den beiderseitigen Interessen gerecht werden".¹⁾

Nach dieser zumindest graduell verschiedenen Einstellung unter den Verfechtern des Miteigentums kann es nicht verwundern, daß man in der Literatur zum Teil eindeutig ablehnende Stellungnahmen zu der Idee einer sozialen Neuordnung im Betrieb durch eine Mitbestimmung über das Miteigentum findet. Es wird darauf hingewiesen, daß das soziale Problem des arbeitenden Menschen durch eine Änderung der Eigentumsverhältnisse nicht zu lösen sei, da es auf einer ganz anderen Ebene, nämlich in der von der Technik geprägten Ordnung unserer Betriebe liege. Als Repräsentant dieser Meinung sei hier Coester zitiert, der zu diesem Fragenkreis zusammenfassend feststellt: "Die Form des Miteigentums kann die Probleme der Betriebsgesellschaft nicht lösen, indem man auf diesem Wege eine Mitbestimmung der Arbeitnehmer einführen will. Die Teilhabe am Vermögen des arbeitgebenden Betriebes ändert nichts an der wirtschaftlichen Notwendigkeit, sich in die Arbeitsordnung der industriellen Unternehmung einzufügen, d. h., das eigentliche betriebliche Spannungsfeld bleibt vom Miteigentum unbeeinflusst. Die Motivierung des Miteigentums durch die Mitbestimmungsidee ist infolgedessen logisch nicht möglich".²⁾

Die Vertreter der gegensätzlichen Meinung dagegen argumentieren, daß das Hineinwachsen des Arbeiters in den Mitbesitz an den Produktionsmitteln eine natürliche Angleichung der Interessen der Arbeitnehmer und der Kapitalisten mit sich bringe und über die Mitbestimmung zu einer "grundlegenden Wandlung in dem Verhältnis Kapital und Arbeit führe".³⁾ Die Schaffung von Miteigentum bildet nach den Vertretern dieser These eine "Kernaufgabe" der sozialen Neuordnung.⁴⁾ Miteigentum führt nach dieser Meinung zu positiven sozialen Auswirkungen im Betrieb.⁵⁾

Mit dieser Konfrontierung der verschiedenen Meinungen ist klargestellt, daß die Miteigentumsziele, insbesondere die Idee einer Lösung des betrieblich-so-

1) KAB: Ketteler Wacht Nr. 24 v. 15.12.1952

2) F. Coester: "Miteigentum und Vermögensbildung", a. a. O., S. 35

3) O. v. Nell-Breuning: "Mitbestimmung", Gyrnth-Verlag, Landshut 1950, S. 58

4) Vgl. A. Stegner: "Soziale Neuordnung und Eigentumsbildung" in Sozialer Fortschritt, Jahrgang 1953, H. 3, S. 55

5) Vgl. W. G. Schmitz: "Kapitalbeteiligung des Arbeitnehmers am arbeitgebenden Unternehmen", Duncker u. Humblot, Berlin 1955, S. 73

zialen Problems über eine Verbindung von Miteigentum und Eigentumsrechten sehr umstritten sind. Ich möchte mich im folgenden bemühen, in die zielbedingte Problematik der Mitbestimmung durch Mit-Eigentumsrechte näher einzudringen. Da die Bestimmungsrechte der Gesellschafter in den einzelnen Unternehmensformen verschieden ausgestaltet sind, ist es naheliegend, die folgenden Untersuchungen entsprechend zu untergliedern.

1. Die Leitungsrechte der Miteigentümer und die betrieblich-soziale Frage bei den Personalgesellschaften

Ich habe bereits bei den Fragen der zielgerechten Fassung des Miteigentums im ersten Teil der Arbeit auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, die sich einer Eingliederung der Miteigentümer bei den Personalgesellschaften entgegenstellen. Die Personalgesellschaft ist in ihrer Grundstruktur auf einige wenige Gesellschafter angelegt, die im Falle der OHG mit ihrem ganzen Vermögen persönlich haften und grundsätzlich alle zur Geschäftsführung berechtigt sind (vgl. § 128 und § 114 Absatz I HGB). Diese Regelung läßt den bereits erwähnten Grundsatz der Einheit von Haftung und Weisungsbefugnis in unserer Rechtsordnung klar hervortreten. Die Interessenlage des Arbeiters verbietet es, daß dieser auch mit seinem Privatvermögen für die Geschäfte der arbeitgebenden Unternehmung haftet, seine Haftung muß auf seine Kapitaleinlage, d. h. also auf sein Miteigentum beschränkt bleiben. Ich habe daraus die Konsequenz gezogen, daß die Miteigentumsanteile bei den Personalgesellschaften in die rechtliche Form einer Kommanditeinlage gefaßt werden müssen. Untersucht man aber die Eigentumsrechte, die der Gesetzgeber hinsichtlich der Weisungsbefugnisse dem Kommanditisten einräumt, dann erweisen sich dessen Rechte für eine Beteiligung der Miteigentümer an der Geschäftsleitung als völlig unzureichend: "Die Kommanditisten sind von der Führung der Geschäfte der Gesellschaft ausgeschlossen; sie können einer Handlung der persönlich haftenden Gesellschafter nicht widersprechen es sei denn, daß die Handlung über den gewöhnlichen Betrieb des Handelsgewerbes der Gesellschaften hinausgeht" (§ 164 HGB). Damit ist eindeutig gesagt, daß sich die Idee einer Mitbestimmung durch Miteigentum auf dem Wege einer ausschließlich juristischen Ableitung von Eigentumsrechten bei den Personalgesellschaften nicht verwirklichen läßt. Die Tatsache, daß nur die Übernahme des vollen wirtschaftlichen Risikos in den Personalgesellschaften zur Geschäftsführung berechtigt, bildet ein unüberbrückbares Hindernis, den Arbeitnehmern kraft ihres Miteigentums Mitbestimmungsrechte im Betriebe zu verschaffen. Dieses Problem stellt sich in dieser Eindringlichkeit speziell bei den Personalgesellschaften, da der Zusammenhang von Haftung und Leitung bei den Kapitalgesellschaften ein ganz anderes Bild aufweist, ein Umstand, auf den Pfister mit Nach-

druck hingewiesen hat.¹⁾ In Anbetracht der gesetzlichen Regelung ist es notwendig, zu dem Rechtsgrundsatz der Koppelung von kapitalmäßiger Haftung und Leitung genauer Stellung zu nehmen. Im Zusammenhang mit dem Mit-eigentum ist dabei die Haftung und Risikotragung gegenüber dem Markt, d. h. gegenüber der Außenwelt zu sehen. Ausgeschieden sei deshalb hier die Frage der Verantwortlichkeit des Unternehmers und jedes einzelnen Mitarbeiters im Bereich der betrieblichen Gemeinschaft.

a) Bedeutung der Einheit von Haftung und Leitungsrecht

Es ist einleuchtend, daß derjenige, der eine Entscheidung fällt, auch das Risiko dafür tragen muß. Mit gleicher Notwendigkeit ergibt sich daraus, daß Übernahme von Risiko auch freie Entscheidungsbefugnis verlangt. Für den Betrieb stellt dieser Grundsatz eine unentbehrliche Sicherungsvorkehrung dar, denn er warnt den Entscheidungsberechtigten vor verantwortungslosem oder auch nur leichtsinnigem Handeln und bestraft einen wirtschaftlichen Verstoß in unserer Wirtschaftsordnung mit objektiver und konsequenter Härte durch einen entsprechenden Verlust. Wenn man an der Selbstverantwortung des Individuums festhält, dann wird man diese Regelung im Interesse der Unternehmung und unserer gesamten wirtschaftlichen Ordnung bei jeder sozialen Neuordnung nicht aufgeben können.

In diesem Zusammenhang ist jedoch die Frage aufzuwerfen, ob das Risiko in unserer Marktwirtschaft allein durch den Kapitalisten getragen wird und diesem deshalb auch allein die Leitungsrechte im Betriebe zustehen müssen. Tatsache ist, daß auch die Arbeitnehmer ein marktbedingtes Risiko tragen, nämlich dasjenige ihres Arbeitsplatzes. So wie die Kapitalisten das Kapitalrisiko übernehmen, so tragen die Arbeitnehmer das Arbeitsrisiko. Bei einem negativen Ausgang einer Entscheidung verlieren die Kapitalisten das eingesetzte Kapital, die Arbeitnehmer können ihren Arbeitsplatz verlieren. Aus dieser Sicht ist es bedenklich, daß nur die Kapitalisten für ihr Risiko Entscheidungsrechte zugestanden bekommen, die Arbeiter dagegen ohne jeden Einfluß auf die Führung der Geschäfte bleiben. Unter dem Postulat einer Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit scheint es nicht nur berechtigt, sondern sogar notwendig, nicht allein für das Kapitalrisiko, sondern auch für das Arbeitsrisiko Bestimmungsrechte im Betrieb einzuräumen.

So logisch und gerecht eine solche Folgerung auch aussehen mag, ich kann

1) Vgl. dazu: B. Pfister: "Mitbestimmungsrecht", Ansprache vor dem Verein der Bayrisch-Chemischen Industrie, Rundschreiben 6/50 vom Juli 1950

mich ihr nicht anschließen. Kapitalrisiko und Arbeitsrisiko sind zwei grundverschiedene Tatbestände, die nicht auf die gleiche Ebene gestellt werden können. Wenn der Betrieb infolge von Fehlentscheidungen Verluste erleidet, dann bekommen diese die Kapitalisten sofort und in voller Höhe durch eine Minderung ihres Vermögens zu spüren. Kapitalverluste bedeuten aber noch nicht Verluste des Arbeitsplatzes, d.h. Kapitalverlust und Arbeitsplatzverlust sind nicht unbedingt miteinander verbunden. Selbst wenn man unterstellt, daß durch Verluste die Unternehmung gezwungen ist, Arbeiter zu entlassen, dann bedeutet dies insofern kein Risiko für den Arbeiter, da er grundsätzlich in einem anderen Betrieb weiterarbeiten kann. Es sind zwar beide Sozialpartner in unserer Wirtschaftsordnung vom Markte abhängig, aber die Abhängigkeit ist für den Arbeiter weniger gravierend; sie ist, wie Böhm ausführt, im Gegensatz zu der Marktabhängigkeit des Kapitalisten eine solche "des sehr langen Zügels", mit anderen Worten: der Arbeitnehmer ist von seinem Arbeitsrisiko weitgehend befreit.¹⁾ Sollte der Arbeiter aber tatsächlich durch den Verlust seines Arbeitsplatzes keine Beschäftigung mehr finden, dann herrscht nicht eine betriebliche, sondern eine überbetriebliche, d.h. allgemeine Arbeitslosigkeit. Diese kann nicht mit Entscheidungsbefugnissen auf betrieblicher Ebene beseitigt werden. Arbeitslosigkeit ist grundsätzlich kein einzelwirtschaftliches, sondern ein gesamtwirtschaftliches Problem.

Da das Arbeitsrisiko durch die Entscheidungen des Betriebes gar nicht abgedeckt werden kann, ist es nicht möglich, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer damit zu begründen. Auch bei einer Mitbestimmung ist der Betrieb dem Gesetz einer wirtschaftlichen Leistungserstellung unterworfen und muß notfalls Arbeitnehmer entlassen. Ein treffendes Beispiel hierfür liefern die Paul-Spindler-Werke in Hilden, die trotz einer weitgehenden Mitbestimmung ihrer Belegschaft durch eine Produktionsumstellung zu Entlassungen ihrer "Mitunternehmer" gezwungen waren.²⁾ Das Arbeitsrisiko kann also nicht durch Mitbestimmung der Belegschaft abgesichert werden, weil es über den Machtbereich des Betriebes hinausgeht. Nell-Breuning schreibt: "Die Sorge für Vollbeschäftigung ist eine wirtschaftspolitische Aufgabe und muß als solche auf der überbetrieblichen Ebene angepackt werden. Der einzelne Betrieb kann zur Vollbeschäftigung in der Wirtschaft nur

-
- 1) Vgl. F. Böhm: "Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb", in Ordo IV, Jahrgang 1957, Küpper-Verlag, Düsseldorf, Seite 136/137
- 2) Wesentlich für die Wahrung der partnerschaftlichen Haltung zwischen Unternehmensleitung und Belegschaft war in diesem Falle, daß den Arbeitnehmern die Notwendigkeit der Entlassung einsichtig gemacht und Härtefälle weitgehend verhindert wurden. Vergleiche dazu insbesondere: Die Produktionsumstellung der Paul-Spindler-Werke KG., Hilden 1957

dadurch beitragen, daß er rationell wirtschaftet".¹⁾ Das überbetriebliche Anliegen der Absicherung des Arbeitsrisikos hat in der Arbeitslosenversicherung konsequenterweise eine überbetriebliche Regelung erfahren. Wenngleich auch der Arbeiter mit seinen Beiträgen den Fonds der Arbeitslosenversicherung finanziert, so ist die Abdeckung des Arbeitsrisikos in unserer Marktwirtschaft doch zu einem gesamtwirtschaftlichen Anliegen geworden. Im Gegensatz dazu bleibt das Kapitalrisiko von jedem einzelnen Kapitalisten allein zu tragen. Dem steht auch nicht die Tatsache entgegen, daß er sein Risiko zu einem großen Teil absichern lassen kann, da eine solche Versicherung auf rein privatwirtschaftlicher Ebene liegt. Wenn man die Marktwirtschaft bejaht, dann muß man an dieser Form der individuellen Haftung der Unternehmer festhalten. Sie bildet den Gegenpol zur Haftung in der Planwirtschaft, die sich im kollektiven Apparat der zentralen Planstellen zu verflüchtigen droht.

Das Arbeitsplatzrisiko wurde oben als solches des sehr langen Zügels bezeichnet. Es lassen sich aber auch Fälle aufzeigen, bei denen das Marktrisiko die Arbeiter stärker trifft als die Kapitalisten. Erinnert sei z.B. an die Freisetzung von Arbeitskräften durch Rationalisierungen. Für die vorliegende Frage ist jedoch weniger das unterschiedliche Ausmaß der beiden Marktrisiken bedeutsam. Entscheidend ist vielmehr, daß durch die Mitbestimmung die Arbeitslosigkeit nicht wirksam behoben werden kann, weshalb Mitbestimmung auch nicht mit dem Arbeitsrisiko zu motivieren ist. Da der Kapitalist das Risiko seines Kapitaleinsatzes persönlich trägt und aus Gründen eines selbstverantwortlichen Handelns auch weiterhin tragen soll, erscheint es aus dieser Sicht berechtigt und notwendig, ihm grundsätzlich auch die Entscheidungsbefugnis im Betrieb einzuräumen.

Im Falle des Miteigentums bleibt bei einer Mitbestimmung der Belegschaft die Einheit von Kapitalhaftung und Risiko erhalten. Danach erhebt sich für die vorliegende Arbeit nur noch die Frage, ob die Regelung des Gesetzgebers, die Leitung bei den Personalgesellschaften auf die Träger der unbeschränkten Haftung zu begrenzen, sachlich berechtigt und notwendig ist.

Für den Typus des Kommanditisten sind allein die Kapitalinteressen von Bedeutung, weshalb die rechtliche Regelung, ihm grundsätzlich jeden Einfluß auf die Geschäftsführung zu versagen, für ihn genügen mag. Im Falle der Miteigentümer kann diese Bestimmung jedoch nicht befriedigen, da der Miteigentümer nicht allein durch sein Vermögen, sondern primär durch sein Arbeitsverhältnis von den Entscheidungen der Unternehmensleitung betroffen wird. Die unbeschränkte Haftung der geschäftsführungsberechtigten Gesellschafter kann logisch

1) O.v. Nell-Breuning: "Wirtschaft und Gesellschaft heute", Band II, a. a. O., S. 111/112

einen Ausschluß der beschränkt Haftenden von der Geschäftsführung nicht rechtfertigen, da hier kein prinzipieller, sondern nur ein gradueller Unterschied vorliegt. Auch die unbeschränkte Haftung der geschäftsführenden Gesellschafter ist in Wirklichkeit beschränkt, nämlich auf den Umfang ihres Kapitaleinsatzes und den Wert ihres Privatvermögens. Je geringer dieses ist, um so mehr deckt sich ihre Haftung mit derjenigen der Kommanditisten. Der graduelle Unterschied der Haftung kann also nicht als Argument dafür herangezogen werden, daß die Miteigentümer in den Personalgesellschaften an der Geschäftsführung ausgeschlossen werden müssen. Unter der Wahrung des Grundsatzes von Einheit der Entscheidungsbefugnis und Haftung erscheint es deshalb berechtigt und unter diesem Aspekt auch möglich, die Miteigentümer an der Geschäftsleitung der Personalgesellschaften zu beteiligen.

b) Die betriebswirtschaftlichen Bedingungen einer Mitbestimmung der Miteigentümer

Wenn man daran geht, die Auswirkung einer rechtlichen Gleichstellung der Miteigentümer mit den geschäftsführenden Gesellschaftern nach betriebswirtschaftlichen Kriterien zu beurteilen, dann stellt sich die Mitbestimmungsidee des Miteigentums fast utopisch dar. Entsprechend dem Charakter der OHG als Schicksalsgemeinschaft sind die geschäftsführenden Entscheidungen eines Gesellschafters an die Zustimmung der anderen gebunden (vgl. § 115 HGB). Selbst wenn man unterstellt, daß die behauptete Interessenangleichung zwischen den Arbeitnehmern und den Kapitalisten bei zunehmender Miteigentumsbildung zutrifft,¹⁾ so würde doch eine vielseitig abhängige Bindung der Führungsentscheidungen die Leitung jeder Betriebswirtschaft schon allein aus technischen Gründen funktionsunfähig machen. Wenn ein Betrieb in der Marktwirtschaft bestehen soll, dann kann er eine fachmännische und reaktionsschnelle Führung auf die Dauer nicht entbehren. Eine Betriebsführung, die in ihren Entschlüssen von der Zustimmung einer Vielzahl von Miteigentümern abhängig wird, macht den Betrieb unelastisch und schwerfällig, so daß er in Krisenzeiten nicht bestehen kann. In jedem Falle würde eine solchermaßen aufgebaute Geschäftsführung die Leistungsfähigkeit des Betriebes stark beeinträchtigen, was aus volkswirtschaftlicher Sicht einer Minderung der wirtschaftlichen Ergiebigkeit gleichkommt. Im Interesse der Erhaltung des Betriebes und eines gesicherten oder gar steigenden volkswirtschaftlichen Wohlstandes muß man eine unmittelbare Teilnahme der Miteigentümer an der Unternehmensleitung ablehnen.

1) Vgl. hierzu: A. Stegner: a. a. O., S. 55

Wenn über das Miteigentum und die Eigentumsrechte eine Demokratisierung des Betriebes im Sinne einer mittelbaren Einwirkung aller Arbeitnehmer auf die Geschäftsführung erreicht werden soll, dann muß man eine solche Zielsetzung als illusorisch bezeichnen. Das von Fritz Naphtali verfaßte und von dem Deutschen Gewerkschaftsbund erstmalig im Jahre 1928 offiziell verkündete Programm der "Wirtschaftsdemokratie" zielte auf eine Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft im überbetrieblichen Bereich ab. Es ist deshalb irreführend und oberflächlich zugleich, wenn dieser Begriff mit der betrieblichen Mitbestimmung und dem betrieblichen Miteigentum in Verbindung gebracht wird.¹⁾ Wirtschaftsdemokratie im Sinne eines Regierens des "Betriebsvolkes" widerspricht dem Charakter der betrieblichen Leitungsfunktion. Goetz Briefs bemerkt hierzu: "Es kennzeichnet die Verwirrung und die Gedankenlosigkeit unseres Zeitalters, seine Entfernung von der Natur des Seins, daß man ohne Hemmungen ein Prinzip aus seiner Ebene auf irgendeinen anderen Raum überträgt ... Das eigentliche Problem ist nicht zu lösen durch Demokratie, weil der Betrieb zu den soziologischen Formen gehört, die demokratischer Verfassung widerstreben".²⁾ Die wirtschaftliche Risikonatur des Betriebes macht eine demokratische Willensbildung für eine ihren Aufgaben gerecht werdende Betriebsführung unmöglich.

Spiegelhalter glaubt hier speziell bei den Personalgesellschaften unüberwindliche Schwierigkeiten zur Verwirklichung des Miteigentums feststellen zu müssen. Er sagt: "Die Einzelfirma baut ihrem Wesen nach auf der vollen Haftung des Kapitaleigentümers auf und verbindet diese mit der Initiative und der Entscheidungsfreiheit der Unternehmerpersönlichkeit. Gerade in dieser Verbindung liegt die Konkurrenzüberlegenheit bzw. die Konkurrenzfähigkeit dieses Unternehmenstyps gegenüber der kapitalmäßigen und technischen Überlegenheit zahlreicher Kapitalgesellschaften. Die Durchführung eines betrieblichen Miteigentums findet daher von vornherein ihre natürliche Grenze im Grade der Persönlichkeitsbezogenheit der Unternehmungsform, von deren weitmöglicher Erhaltung wiederum die Funktionsfähigkeit einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung entscheidend abhängig ist".³⁾ Man kann die Einsicht, daß die unternehmerische Leitungsfunktion in ihrem Wesen von einer einheitlichen und schnellen Willensbildung bestimmt wird, auf die Aussage von Spiegelhalter übertragen. Diese ist dann dahingehend zu kommentieren bzw. zu ergänzen, daß Kapitaleinsatz und Haftung zwar eine notwendige Voraussetzung für die Übernah-

1) So z. B.; S. Aufhäuser: "Produktionsmittelmonopol oder Miteigentum", Gewerkschaftliche Monatshefte, Bund Verlag Köln, Jahrgang 1954, S. 208 ff.

2) G. Briefs: "Zwischen Kapitalismus und Syndikalismus", Francke Verlag, Bern 1952, S. 67

3) F. Spiegelhalter: "Miteigentum und Gewinnbeteiligung", a. a. O., S. 9

me von Leitungsrechten darstellen, damit aber nicht auch schon die notwendige Ausformung der Leitungsfunktion bestimmt ist. In diesem Sinne ist die Feststellung von Veil zu verstehen, der in seiner Untersuchung über das Wesen von Unternehmung und Unternehmer zu dem Ergebnis kommt, daß Eigentum zwar eine Bedingung, nicht aber eine Bestimmung der Unternehmung ist.¹⁾ Auf der Grundlage der Haftung muß die Leitung nach dem persönlichen Ermessen von einigen Leitungsberechtigten gestaltet werden. Das Recht zur unmittelbaren Leitung kann nicht auf eine Vielzahl von Individuen ausgedehnt werden, gleichgültig, ob es sich dabei um Kapitalgeber oder um Arbeiter handelt. Nach diesen Erkenntnissen sind es also weniger die graduellen Unterschiede zwischen der beschränkten Haftung der Miteigentümer und der unbeschränkten Haftung der Kapitalisten, welche eine gleichberechtigte Mitbestimmung der Miteigentümer bei den Personalgesellschaften unmöglich machen. In erster Linie liegt dieses Hindernis im Charakter der Leitungsfunktion selbst begründet. Es ist die Erkenntnis, die Veil in der Feststellung zusammenfaßt, daß "Unternehmer-Sein prinzipiell nicht delegierbar, ein Mitbestimmen in den eigentlichen Unternehmerdispositionen daher wesensnotwendig nicht möglich ist".²⁾ Wenngleich die Personalgesellschaften sich im Konkurrenzkampf durch die reaktionsschnellen Entschlüsse ihrer Führungsspitzen ganz besonders auszeichnen, so trifft die Unmöglichkeit einer demokratischen Willensbildung bei Führungsentscheidungen doch generell für alle Unternehmungsformen zu. Die Tatsache, daß Miteigentum und Mitbestimmung bisher insbesondere bei den Aktiengesellschaften Eingang finden konnten, legt die Vermutung nahe, daß dort andere Formen und Bedingungen für die Ausübung der Eigentumsrechte durch die Gesellschafter und damit auch für die Miteigentümer vorliegen. Der offensichtliche und grundlegende Unterschied zu den Personalgesellschaften für das vorliegende Problem besteht darin, daß bei der Aktiengesellschaft nicht die Gesellschafter unmittelbar, sondern über eine beschränkte Anzahl von Vertretern an der Geschäftsleitung beteiligt sind.

Nachdem eine unmittelbare Beteiligung der Miteigentümer an der Unternehmungsleitung nach den Wesensmerkmalen dieser Funktion unmöglich ist, kann Miteigentum und Mitbestimmung der Belegschaft in den Personalgesellschaften nach betriebswirtschaftlichen Kriterien nur durch eine mittelbare, d.h. indirekte Beteiligung verwirklicht werden. Das bedeutet, daß bei Ausgestaltung des Miteigentums in den Personalgesellschaften ein Repräsentativsystem eingeführt werden muß. Innerhalb dieses Systems haben die Miteigentümer ihre Vertreter

1) Vgl. K.F. Veil: "Das Wesen von Unternehmung und Unternehmer", Verlag August Lutzeyer, Frankfurt 1956, S. 136

2) K.F. Veil: ebenda, S. 136

in die Ebene der Geschäftsführung zu wählen, so daß sie zwar nur indirekt, aber in logischer Konsequenz zu ihrer Kapitaleinlage und der damit verbundenen Risikoübernahme ebenfalls an der Geschäftsleitung beteiligt sind. Ich möchte hier nicht untersuchen, welche gesellschaftsrechtlichen Abänderungen für die Errichtung eines solchen Systems in den Personalgesellschaften im einzelnen notwendig sind. Entscheidend ist, daß erst über ein Vertretungssystem die zielgemäße Eingliederung des Miteigentums und der Miteigentumsrechte in den Personalgesellschaften überhaupt möglich gemacht werden kann. Eine solche Lösung hat insbesondere den Vorteil, daß über die Wahl der leitungsberechtigten Vertreter die Ausübung der Führungsfunktion auf einen sachkundigen und zahlenmäßig begrenzten Personenkreis eingeschränkt wird.¹⁾ Wenn gleichzeitig die kapitalmäßige Haftung der Miteigentümer zu einer Haftung ihrer Vertreter erweitert wird, dann sind die wesentlichen Seinsbedingungen der Leitungsfunktion grundsätzlich gewahrt. Die Miteigentümer erfüllen so die gleichen Voraussetzungen wie die Kapitalisten, so daß einer mittelbaren Teilnahme der Miteigentümer an der Unternehmensleitung dann auch in den Personalgesellschaften keine prinzipiellen Bedenken mehr entgegenzustellen sind. Von einer solchen Regelung aus läßt sich dann die Frage untersuchen, welche Auswirkungen eine derartige Teilnahme an der Unternehmensleitung auf die soziale Lage der Arbeitnehmer hat. Kann die Ausstattung der Arbeitnehmer-Vertreter mit den vollen Eigentumsrechten eines zur Geschäftsführung berechtigten Gesellschafters die soziale Lage der Miteigentümer ändern?

c) Die sozialen Auswirkungen einer Vertretung der Miteigentümer in der Leitungsebene der Personalgesellschaften

Die betriebswirtschaftliche Notwendigkeit, daß die Arbeiter nur durch eine Vertretung an der Unternehmensleitung teilnehmen können bedeutet, daß die Miteigentümer trotz aller Eigentumsrechte Arbeiter bleiben. Ihre Anliegen werden immer primär diejenigen sein, die sich aus ihrem Arbeitsleben am Arbeitsplatz im Betrieb ergeben. Es ist deshalb völlig illusorisch, wenn man sich aus der Änderung der Eigentumsverhältnisse bzw. der damit verbundenen Mitbestimmung eine Befreiung des Arbeiters aus seiner jetzigen Funktion erhofft. Diese

1) Anmerkung: Der meist zahlenmäßig relativ kleine Arbeitnehmerkreis in den Personalgesellschaften kann es allerdings mit sich bringen, daß die Miteigentümer einen sachkundigen Vertreter nur auf überbetrieblicher Ebene finden. Auf das damit zusammenhängende Problem der Überfremdung der Betriebsleitung sei hier nur hingewiesen. Durch entsprechende Maßnahmen können unerwünschte Einwirkungen von außenstehenden Organisationen verhindert werden. Vgl. dazu W.G. Schmitz: "Kapitalbeteiligung des Arbeitnehmers am arbeitgebenden Unternehmen", Duncker u. Humblot, Berlin 1955, S. 40 ff.

Tatsache hat Briefs prägnant in der Formulierung zusammengefaßt: "Wer auch immer in den Büros der großen Unternehmungen sitzen mag, es werden nie die Arbeiter sein!"¹⁾ Damit ist gleichzeitig gesagt, daß Arbeiter-Sein notwendigerweise Subordination unter die Führung verlangt. Nur von dieser Ebene aus kann eine Verbesserung der sozialen Stellung des Arbeiters im Betrieb erfolgen und eine Demokratisierung der betrieblichen Verhältnisse vorgenommen werden. Wenn sich die Sozialpartner über diese Notwendigkeit nicht einigen können, dann läuft die Idee einer Mitbestimmung Gefahr, zu einem "Kampf um die Macht und um die Kommandohöhen im Betrieb auszuarten und die Einheit der Willensbildung und der rationalen Entscheidung so zu stören, daß der Betrieb auf die Dauer nicht lebensfähig sein kann".²⁾ Der Ansatzpunkt zu einer sozialen Neuordnung unserer Betriebe liegt notwendig darin, die Einordnung des Arbeiters in den betrieblichen Arbeitsprozeß menschenwürdig zu gestalten und für ihn ertragbar zu machen. Die zunehmende Technisierung hat nicht nur die eigentumsmäßige Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln mit sich gebracht. Parallel zu ihr verläuft eine immer weitergreifende Arbeitsteilung, die mit einer straffen Einordnung des Arbeiters in den technisch-sachlich geprägten Aufbau des Betriebes verbunden ist. Das soziale Problem des Betriebes ist bestimmt durch das Verhältnis "Mensch im Apparat"³⁾ und bei seiner Lösung geht es um die "Humanisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse, um die Erträglichmachung von Autorität und Disziplin im Betrieb, um die Milderung des Zwanges, der aus der Technik und Organisation des Betriebes resultiert".⁴⁾ Inwieweit kann die Mitbestimmung aus Miteigentum, insbesondere diejenige bei den Personalgemeinschaften, zu einer Lösung des so gekennzeichneten sozialen Problems der Arbeiter in den Betrieben beitragen?

Untersucht man die gesetzlichen Regelungen über die Bestimmungsrechte der Eigentümer in unserem Gesellschaftsrecht, dann tut sich eine große Diskrepanz zu den sozialen Vorstellungen der Mitbestimmung aus Miteigentum auf. Die von den Arbeitern angestrebte sozialbewußte Geschäftsführung tangiert ganz andere Bereiche als diejenigen, welche im Sinne des Gesetzgebers "der gewöhnliche Betrieb des Handelsgewerbes der Gesellschaft mit sich bringt" (§ 116 HGB). An einer Regelung einer auf die arbeitenden Menschen ausgerichteten Geschäftsführung waren die Begründer unseres Handelsgesetzbuches offenbar nicht interessiert. Die vom Gesetzgeber geregelte Geschäftsführung der Gesellschafter ist nur auf eine Abgrenzung zwischen den kapitalistisch bestimmten Interessen der

1) G. Briefs: a. a. O., S. 73

2) Vgl. G. Briefs: a. a. O., S. 69

3) F. Koenigs: a. a. O., S. 149

4) G. Briefs: a. a. O., S. 64 ff.

Gesellschafter abgestellt. In Übereinstimmung mit Ballerstedt ist festzustellen, daß das Recht unserer Personalgesellschaften ein Unternehmer-Recht ist und daher von der Kapitalseite her bestimmt wird.¹⁾ Da das soziale Anliegen der Arbeiter im Betrieb aber nicht kapitalbestimmt ist, sondern primär in einer menschenwürdigen Ordnung der Arbeit gründet, ist man versucht, hier eine unüberwindliche Diskrepanz zwischen den Miteigentumsrechten und den damit verbundenen sozialen Zielsetzungen festzustellen. Diese Diskrepanz hat dazu geführt, daß man in der Literatur die Idee einer Verknüpfung des Miteigentums mit Miteigentumsrechten zur Überwindung der sozialen Spannungen sehr kritisch beurteilt oder sogar abgelehnt hat. Zu einem solchen Urteil gelangen insbesondere Goester,²⁾ Ulbrich, Mann und Huppert in ihren diesbezüglichen Ausführungen. Ihre Argumentation läuft darauf hinaus, daß eine Änderung der Eigentumsverhältnisse und eine entsprechende Aufteilung der Eigentumsrechte das soziale Problem im Betrieb nicht berühre, d. h. es ungelöst lasse. Man wird dieser Meinung insofern zustimmen müssen, als Mitbestimmung in den wirtschaftlichen Angelegenheiten tatsächlich nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen des Arbeiters steht. Es wird später noch auf die Stellungnahme der angeführten Autoren im einzelnen eingegangen. Hier ist am konkreten Beispiel der Miteigentumsrechte in den Personalgesellschaften der Zusammenhang zwischen Mitbestimmung aus Miteigentumsrechten und der sozialen Lage der Arbeiter genauer zu klären.

Vollberechtigte Teilnahme an der Geschäftsführung trifft das soziale Problem im Betrieb grundsätzlich nicht, da die Gesellschafterrechte primär auf eine Regelung kapitalmäßiger und nicht arbeitsbedingter Interessen abzielen. Durch die Mitbestimmung aus dem Miteigentum gelangt jedoch in die Unternehmensspitze der Personalgesellschaften ein Vertreter, der sich um die sozialen Belange der Arbeiter kraft seiner Weisungsrechte wirksam annehmen kann. Man darf erwarten, daß der Vertreter der Arbeitnehmer geeignete Maßnahmen einleitet, welche die soziale Lage der Arbeiter bessern. Freilich muß man sich bewußt sein, daß die Herstellung der Menschenwürde, die Achtung und Entfaltung der Persönlichkeit, die Sinngebung und das Einsichtigtmachen in die Bedingungen einer technisierten und mechanisierten Arbeitswelt qualitativ völlig andere Ent-

1) Vgl. K. Ballerstedt: "Unternehmen und Wirtschaftsverfassung", in Juristenzeitung, Jahrgang 1951, Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen, S. 486

2) Vgl. F. Coesters: a. a. O., insbesondere S. 18

H. Ulbrich: a. a. O., insbesondere S. 98

W. Huppert: "Betriebliches Miteigentum der Arbeitnehmer", Duncker u. Humblot, Berlin 1954, insbesondere S. 32

A. Mann: "Aus der Praxis einer Ertragsbeteiligung", Lutzeyers Fortsetzungswerke, Bonn 1954, insbesondere S. 77

scheidungen verlangt, wie sie die "gewöhnliche" Geschäftsführung, also z.B. der Einkauf, der Absatz oder die Aufnahme eines Kredites mit sich bringen. Wichtig ist aber für den Arbeiter, daß die Probleme der menschlichen Arbeit im Betrieb überhaupt gesehen und von zu betrieblichen Entscheidungen legitimierten Personen wirksam angegangen werden.

Soweit durch diese sozialen Führungsentscheidungen der Arbeitnehmer-Vertreter die wirtschaftlichen Interessen der übrigen Gesellschafter keine Beeinträchtigung erfahren, darf man unterstellen, daß diese mit einer innerbetrieblich sozial ausgerichteten Betriebsführung einverstanden sind. Problematisch wird die Vertretung der Arbeitnehmer in der Unternehmungsspitze erst dann, wenn Führungsentscheidungen sozialer und wirtschaftlicher Art einander widerstreiten. Was wird aus der Mitbestimmung aus Miteigentum, wenn die arbeitsbedingten Interessen der Miteigentümer den kapitalbedingten Interessen der übrigen Gesellschafter entgegenstehen?

Der Gesetzgeber hat im § 115 HGB bestimmt, daß die Geschäftsführung der Gesellschaft an die Zustimmung aller Gesellschafter gebunden ist. Er konnte dies tun, weil er grundsätzlich gleichgerichtete Interessen unter den Gesellschaftern voraussetzen konnte. Diese Voraussetzung trifft nach den hier vorliegenden Umständen insofern nicht mehr zu, als in der durch die Miteigentums-Vertretung umgestalteten Führungsspitze der Personalgesellschaft es zu Fällen kommen wird, bei denen das Streben nach sozialer Arbeitsgestaltung einerseits und das Streben nach maximaler Rentabilität andererseits nicht in Einklang miteinander stehen.

Soweit die Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, z.B. also auf eine Erhöhung der Löhne abzielt, ist es einsichtig, daß die Mitbestimmung die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Betriebes in jedem Falle anerkennen muß. Die Existenzsicherung des Betriebes bildet die notwendige Begrenzung der Eigentumsrechte, d.h. der Vertreter der Miteigentümer hat trotz seiner sozialbestimmten Aufgabe seine diesbezüglichen Entscheidungen nach den Interessen des Unternehmungsganzen auszurichten. In dieser Hinsicht wird seine Stellung und seine Aufgabe sehr viel Parallelen zum Arbeitsdirektor aufweisen. Auch dieser hat sich als gleichberechtigtes Mitglied auf der höchsten Führungsebene, nämlich im Vorstand, insbesondere mit den sozialen Fragen der Arbeiter zu befassen, "wobei er allerdings die Interessen der Gesamtbelegschaft, ihrer einzelnen Mitglieder, sowie des Unternehmens sorgfältig und sachgerecht gegeneinander abzuwägen hat".¹⁾

1) Müller-Lehmann: "Kommentar zum Mitbestimmungsgesetz Bergbau und Eisen", Verlagsgesellschaft Recht und Wirtschaft, Heidelberg 1952, Ausführungen zu § 13 MG BE, S. 198

Damit ist jedoch der Kern des Problems einer Abwägung sozialer und wirtschaftlicher Interessen noch nicht ganz getroffen. Ich habe oben herausgestellt, daß das Wesen des sozialen Problems im Betrieb in einer Arbeitsgestaltung liegt, welche das Mensch-Sein des Arbeiters berücksichtigt und eine Entfaltung seiner Persönlichkeit zuläßt. Mit solchen sozialen Anliegen werden bereits ineta-ökonomische, ethische Werte angesprochen. Stellt man diese ethischen Forderungen den ökonomischen Maximen Wirtschaftlichkeit und Rentabilität gegenüber, dann ist es verständlich, daß bei einer solchen Konfrontierung der verschiedenen Interessen grundsätzlich dem Anliegen der Arbeiterschaft der Vorrang zu geben ist. Nicht maximale Gütererzeugung, sondern ein menschenwürdiges Dasein kann nur der Endzweck des Wirtschaftens sein. Man hat den Eindruck, daß dieser letzte Sinnbezug des Wirtschaftens in den betriebswirtschaftlichen Darstellungen nicht nur zurückgedrängt, sondern meist ganz vergessen wird. Die Objektivation des Betriebes und seiner Aufgabe ist aber nicht ein absolut gegebener Tatbestand, sondern ein der sozialen Gestaltung zugängliches Phänomen, eine Tatsache, die auch Veil in seiner Untersuchung bei den "objektiv-sachlichen Wesensgesetzen" der Unternehmung übersieht.¹⁾ Wenngleich auch Bender zu der Feststellung kommt, daß das ethische Gesamturteil für eine Führungsentscheidung über dem ökonomischen Gesamturteil steht, so kann auch er nicht die sittliche Norm präzisieren, nach welcher solche Führungsentscheidungen allgemein verbindlich zu treffen sind.²⁾ Ich bin der Meinung, daß ein solcher Maßstab vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus auch gar nicht angegeben werden kann. Er liegt außerhalb des hier zu diskutierenden Problembereichs.

Überträgt man die gewonnene Erkenntnis auf das vorliegende Problem, dann ergibt sich, daß alle Gesellschafter ihre Entscheidungen zwar grundsätzlich nach wirtschaftlichen Maximen ausrichten müssen, diese aber letztlich einem ethischen Maßstab unterstehen. Was geschieht aber in dem Konflikt zwischen sozialen und ökonomischen Werten, wenn die Gesellschafter ihre Entscheidungen nicht nach ethischen, sondern nach rein ökonomischen Überlegungen fällen?

Auf keinen Fall wird man einen solchen Interessenkonflikt in der Führungsentscheidung nach dem Verhältnis der Kapitalanteile der Sozialpartner lösen können. Eine solche Regelung ist sinnvoll, solange es um rein wirtschaftliche Entscheidungen geht. Auf dem sozial-ethischen Gebiet muß der rein kapitalmäßige Einsatz des Miteigentums versagen. Ich bin deshalb jedoch nicht der Meinung, daß damit die Idee einer Überwindung sozialer Spannungen im Betrieb durch die Eigentumsrechte der Miteigentümer schon hinfällig ist. Bei einer der Lei-

1) Vgl. K. F. Veil: a. a. O., S. 136

2) Vgl. K. Bender: "Die Führungsentscheidung im Betrieb", Verlag C. E. Poeschel, Stuttgart 1957, S. 75

tungsfunktion gemäßen Ausgestaltung der Mitbestimmung haben die Miteigentümer in den Personalgesellschaften die Chance, eine ihre arbeitsbedingten Probleme wahrnehmende Vertretung in die oberste Führungsspitze der Gesellschaft zu delegieren. Dieser Vertretung steht die Möglichkeit offen, durch soziale Maßnahmen die Arbeitsbedingungen des Arbeiters im Interesse seines Mensch-Seins zu bessern. Dieses Ziel wird der Miteigentümer-Vertreter in dem Maße gegenüber den anderen Gesellschaftern durchsetzen können, wie er es versteht, diese von der Notwendigkeit einer sozialen Gestaltung der Betriebsverhältnisse zu überzeugen.¹⁾ Ich möchte betonen, daß damit das Miteigentum seine materielle Grundlage als Kapitalbeteiligung bereits überschritten hat: Miteigentum bedarf zur Verwirklichung seiner sozialen Zielsetzungen im Betrieb einer Ergänzung, nämlich einer Änderung der bisher weitgehend konträren Gesinnung zwischen den Sozialpartnern.

Nachdem der Zusammenhang zwischen Bestimmungsrechten aus Miteigentum und der sozialen Frage im Betrieb am Beispiel der Personalgesellschaften erarbeitet wurde, kann ich mich im folgenden den Fragen zuwenden, die sich diesbezüglich speziell bei den Kapitalgesellschaften stellen.

2. Die Leitungsrechte der Miteigentümer und die betrieblich-soziale Frage bei den Kapitalgesellschaften

a) Abgrenzung der Bestimmungsrechte aus einer Aktienbeteiligung

Im Unterschied zu den Personalgesellschaften sind bei der Aktiengesellschaft Kapitalgeberfunktion und Leitungsfunktion personell getrennt. Der Gesetzgeber war deshalb gezwungen, eine genaue Abgrenzung der Eigentumsrechte hinsichtlich ihrer Einwirkungen auf die Geschäftsleitung vorzunehmen. In der Schaffung der Organe Hauptversammlung (HV), Aufsichtsrat (AR) und Vorstand kommt die Trennung von Kapitalbesitz und Unternehmungsleitung zum Ausdruck. Das eigentliche Problem liegt dabei darin, daß die Eigentümerinteressen gewahrt werden und gleichzeitig die Leitung funktionsfähig bleibt. Da das Miteigentum bei der Aktiengesellschaft seine typische Ausformung in der Aktie erfährt, sind die Rechte der Miteigentümer im folgenden anhand der Aktionärsrechte zu klären.

In Anlehnung an Mand kann man die Bestimmungsrechte des Aktionärs einteilen in solche, die sich beziehen auf die Verfassung der Unternehmung, die Übertra-

1) Anmerkung: Für die Wahrscheinlichkeit einer solchen Entwicklung spricht auch der Umstand, daß durch die Vertretung der Arbeitnehmer im Vorstand über den Arbeitsdirektor nach dem Mitbestimmungsgesetz grundsätzlich positive Ergebnisse erzielt werden konnten.

gung der Geschäftsführung, deren Überwachung und auf die Ertragsverteilung. Die in diese Gruppierung fallenden Einzelrechte beziehen sich insbesondere auf folgende Tatbestände:

Verfassungsrechte: Satzungsänderungen, Auflösung, Verschmelzung, Umwandlung, Vermögensübertragung und Gewinngemeinschaft.

Übertragungsrechte: Bestellung, Abberufung und Vergütung des Vorstandes.

Überwachungsrechte: Überwachung der Geschäftsführung, Bestellung der Abschlußprüfer, Entlastung des Vorstandes, Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen diesen.¹⁾

Untersucht man die den Miteigentümern aus ihren Aktien zustehenden Einwirkungsrechte auf die Leitung des Unternehmens, dann kann man zwei verschiedene Ebenen innerhalb dieses Problemkreises unterscheiden. Auf der einen Ebene liegen alle Fragen, die auf eine unmittelbare Teilhabe der Miteigentümer bei den unternehmerischen Dispositionen abzielen. Es sind dies jene Entscheidungen, welche der Gesetzgeber den Aktionären selbst vorbehalten hat und die sich oben in den sogenannten "Verfassungsrechten" niederschlagen. Daneben stehen die Mitbestimmungsrechte, die sich auf eine mittelbare Teilhabe an der Leitung durch die Wahl und Überwachung der Unternehmensleiter erstrecken und die oben unter "Übertragungs- und Überwachungsrechten" zusammengefaßt wurden.

b) Die unmittelbare Einwirkung der Miteigentümer auf die Unternehmensleitung

Unter den aufgezeigten Aktionärsrechten scheinen ihrer Bezeichnung nach insbesondere die Verfassungsrechte für die Miteigentümer von besonderer Bedeutung zu sein. Diese Sammelbezeichnung legt die Vermutung nahe, daß die Arbeitnehmer gerade über diese Eigentumsrechte ihr Grundanliegen einer sozial ausgerichteten Betriebsordnung verwirklichen können. Untersucht man diese Rechte, dann kann es nicht verwundern, daß der Gesetzgeber den Bereich der unmittelbar von den Eigentümern zu treffenden Entscheidungen auf einige wenige grundsätzliche Fragen der Betriebsführung eingeschränkt hat. Das ergibt sich mit wirtschaftlicher Notwendigkeit bereits aus dem Wesen der Leitungsfunktion, die, wie ich oben schon herausgestellt habe, keine Mitbestimmung einer Vielzahl von Gesellschaftern zuläßt. Die Führungsentscheidung der

1) Vgl. J. Mand: "Organische Verbindung von Kapital und Arbeit im Großbetrieb", in Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler, Wiesbaden 1951, S. 304

laufenden Geschäfte muß deshalb zwangsläufig dem Vorstand zugestanden werden. Wenngleich aus dieser Sicht die quantitative Begrenzung der unmittelbaren Einwirkungsrechte verständlich ist, so muß im Hinblick auf die soziale Zielsetzung des Miteigentums um so mehr die Art dieser Aktionärsrechte enttäuschen. Es bedarf wohl keiner weiteren Ausführung, um klarzulegen, daß die Bestimmungsrechte bei der Auflösung, Verschmelzung, Umwandlung oder bei der Beschlußfassung über eine Gewinnngemeinschaft die sozialen Anliegen der Arbeiter grundsätzlich nicht berühren. Allenfalls wäre in Verbindung mit der Bestimmung über die Auflösung des Unternehmens an den damit verbundenen Verlust des Arbeitsplatzes zu denken. Die vom Gesetzgeber im § 203 Aktiengesetz angeführten Auflösungsgründe lassen erkennen, daß diese so außerordentlich selten sind, daß ihnen eine Bedeutung für die vorliegende Erörterung nicht zugemessen werden kann. Im Falle dauernder Verluste werden die Miteigentümer ohnehin nicht in der Lage sein, die Unternehmung vor der Liquidation zu bewahren, d. h., sie werden trotz Gefährdung ihres Arbeitsplatzes im Ernstfall für eine Auflösung stimmen, um nicht außer dem Arbeitsplatz auch noch ihren Kapitalanteil vollständig einzubüßen.

Eine Verbindung zwischen einer sozialen Neuordnung der Betriebe und den Eigentumsrechten ist am ehesten noch über eine von den Miteigentümern durchgesetzte Satzungsänderung denkbar. Untersucht man die Satzungen unserer Aktiengesellschaften nach diesem Gesichtspunkt, dann findet man auch hier die gleiche Ausrichtung, wie sie unser Gesellschaftsrecht aufweist. Man kann in diesen Grundordnungen zwar sehr oft Regelungen und Zuständigkeits-Abgrenzungen über die Vornahme bestimmter Geschäfte, wie z. B. bei großen Investitionen, Grundstückbelastungen, Aufnahme von Krediten und dergleichen finden. Sie sagen aber nichts aus über die Grundsätze der Personalführung, über Arbeitsgestaltung, über Einstellungen und Entlassungen, d. h. der Bereich von Mensch und Arbeit hat in diesen Statuten der Betriebe keinen Eingang gefunden. Die Satzungen regeln unter der Verfassung die Abgrenzung der Gesellschaftsorgane Vorstand, Aufsichtsrat und Hauptversammlung unter rein kapitalmäßigen Gesichtspunkten. Die eventuellen Möglichkeiten, die man im Hinblick auf eine soziale Neuordnung der Betriebe von bestehenden Verfassungsrechten der Miteigentümer zu erwarten hat, müssen demnach als sehr schlecht, um nicht zu sagen als aussichtslos bezeichnet werden. Das liegt daran, daß die Probleme des arbeitenden Menschen weder in der rechtlichen Fixierung der Verfassung unserer Betriebe, noch in deren Statuten irgendwie Berücksichtigung gefunden haben. Obwohl es eine unbestreitbare Tatsache ist, daß der Betrieb ein Sozialverband von Kapitalgebern, Unternehmungsleitern und Arbeitnehmern darstellt, ist nicht zu leugnen, "daß das Recht der Kapitalgesellschaften keine die Arbeitsordnung umschließende Unternehmungsverfassung, sondern im wesentlichen nur eine Ordnung des Unter-

nehmens von der Kapitalseite her darbietet".¹⁾ Diese Tatsache ist der tiefere Grund, warum sich in den Verfassungsrechten der Miteigentümer nach der heutigen Rechtsordnung keine geeigneten Ansatzpunkte zur Verwirklichung ihrer sozialen, arbeitsbedingten Anliegen finden lassen.

Die Diskrepanz zwischen den Miteigentumsrechten und den daran geknüpften sozialen Zielsetzungen läßt sich gerade anhand der Verfassungsrechte besonders klar verdeutlichen. Der eigentumsrechtliche Verfassungsbegriff beinhaltet eine vom Kapital bestimmte Betriebsordnung. Die Idee des Miteigentums dagegen geht von einer sozialen Betriebsverfassung aus. Dieser liegt eine soziologische Vorstellung zugrunde, nämlich der Tatbestand, daß der Betrieb ein "soziales Gebilde darstellt, in dem Menschen in einer durch technisch-organisatorische und soziale Faktoren beeinflussten Ordnung zusammenarbeiten".²⁾ Die darauf aufbauende Betriebsverfassung ist nach Neuloh "die von inner- und außerbetrieblichen Faktoren beeinflusste Sozialordnung eines Betriebes, für deren Gestaltung die institutionellen Formen und sozial-klimatischen Auswirkungen der betrieblichen Willensbildung von entscheidender Bedeutung sind".³⁾ Der Begriffsinhalt der Verfassung des Betriebes ist damit qualitativ völlig verschieden von demjenigen des Gesellschaftsrechtes.

Nach diesen Überlegungen kommt man zu dem Schluß, daß die Verfassungsrechte der Miteigentümer nicht in der Lage sind, eine sozial ausgerichtete Verfassung des Betriebes aufzurichten. Soweit man an der jetzigen Ausrichtung der Eigentumsrechte festhält, wird man sich dieser These anschließen müssen. Es ist jedoch nicht einzusehen, warum bei wachsender Miteigentumsbildung die Verfassung des Betriebes nicht in Ausrichtung auf Kapital und Arbeit durch entsprechende Grundsatzbestimmungen festgelegt werden kann. Mit der Miteigentümerschaft entfällt der gegen eine solche Ordnung immer wieder vorgebrachte Einwand, daß der Träger des Kapitalrisikos auch die Ordnung der Betriebswirtschaft allein nach seinem Interesse, also nach kapitalbedingten Gesichtspunkten bestimmen können muß. Es ist grundsätzlich denkbar, daß bei wachsender Miteigentumsbildung die Satzungen der Aktiengesellschaft dahingehend erweitert werden, daß in sie eine auf die menschliche Arbeit bezogene Grundordnung als verpflichtende Maxime für die Ausrichtung der Geschäftsführung des Vorstandes aufgenommen wird. Die soziale Effizienz einer solchen Verfassungsänderung wird allerdings weitgehend davon abhängen, inwieweit die Miteigentümer durch ihre mittelbaren Einflußrechte auf die Geschäftsfüh-

1) K. Ballerstedt: a. a. O., S. 486

2) O. Neuloh: "Die Deutsche Betriebsverfassung", Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen 1956, S. 22

3) O. Neuloh: ebenda, S. 32

rung diese neue Ordnung im Einzelfall realisieren können.

Neben den Verfassungsrechten stehen den Aktionären noch einige andere Rechte zu, die ebenfalls eine direkte Entscheidungsbefugnis gegenüber der Geschäftsführung des Vorstandes einräumen. Von aktuellem Interesse sind für den Miteigentümer dabei lediglich die Bestimmungsrechte bei der Gewinnverteilung und bei der Feststellung des Jahresabschlusses (vgl. § 125 und § 126 Aktiengesetz). Diese Rechte sind insofern wichtig, als sie zu einer Verbesserung der materiellen Lage des Miteigentümers geeignet erscheinen.

Vor der Aktienrechtsreform von 1937 stand die Feststellung des Jahresabschlusses der HV zu. Seit dieser Reform wird der Jahresabschluß vom Vorstand aufgestellt und ist in dieser Form mit der Billigung seitens des Aufsichtsrates gültig. Das bedeutet, daß die HV den Jahresabschluß grundsätzlich nicht mehr beeinflussen kann, insbesondere kann sie nicht mehr auf die Bemessung der veranschlagten Aufwendungen und damit auch nicht mehr auf die Höhe des ausgewiesenen Gewinnes einwirken. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß der Gesetzgeber für den Jahresabschluß eine pflichtgemäße Prüfung durch den Abschlußprüfer vorgeschrieben hat, da diese Prüfung sich vornehmlich auf die formale Seite des Jahresabschlusses erstreckt (vgl. § 135 Aktiengesetz). Hinsichtlich der materiellen Angemessenheit der Bewertung hat der Prüfer nur die Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften, in diesem Falle insbesondere mit den Bewertungsvorschriften nach § 133 Aktiengesetz zu kontrollieren. Ich hatte bereits im ersten Teil meiner Arbeit Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß diese Vorschriften dem Vorstand einen weiten Spielraum geben, den er durchaus zum Nachteil der Eigentümer ausnutzen kann.

Die Entscheidungsbefugnis über die Verteilung des festgestellten Gewinnes (§ 126 Aktiengesetz) wirft bei der Miteigentumsbildung ganz besondere Aspekte auf. Ich habe bei der Klärung der verschiedenen finanziellen Interessenlagen im ersten Teil der Arbeit darauf hingewiesen, daß je nach dem gewählten Verteilungsschlüssel für die jährliche neue Miteigentumsbildung die Interessen der Arbeitnehmer für die Ausschüttung bzw. die Einbehaltung des ausgewiesenen Gewinnes verschieden sein können. Es ist denkbar, daß für den einen Arbeiter eine hohe Dividende, für den anderen eine höhere Miteigentumsbildung durch vermehrte Selbstfinanzierung interessant wird. Hier wird der Umstand berührt, daß eine verschieden hohe Miteigentumsbeteiligung der einzelnen zu verschiedenen hohen Kapitaleinkommen führt.

In der Literatur taucht in diesem Zusammenhang die Frage auf, ob sich durch eine Kapitalbeteiligung bei den Arbeitern nicht "Profitinteresse oder gar schmutzige Profitgier einschleichen müsse?"¹⁾ Georgi bejaht diese Frage und sieht

1) O. v. Neill-Breuning: "Wirtschaft und Gesellschaft heute", I. Band, a. a. O., S. 44.

in der individuellen Ausgestaltung der Kapitalbeteiligung die Gefahr, daß "die Solidarität der Arbeitnehmer als das Fundament aller bisherigen sozialen Fortschritte zerstört wird".¹⁾ Da er in dieser Solidarität aber das Element jeder gewerkschaftlichen Arbeit erblickt, muß auch Georgi zu einer prinzipiellen Ablehnung einer individuellen Miteigentumsbildung kommen. Dem Miteigentum wird hier der schwere Vorwurf gemacht, daß es in dieser Form nicht nur zu keiner Verbesserung, sondern zu einer Gefährdung der sozialen Stellung der Arbeitnehmerschaft führe. Wie Georgi selbst betont, gründet diese Argumentation letzten Endes auf Fragen der Wirtschaftsgesinnung. Ich bin der Meinung, daß dieses Problem dramatisiert wird. Ich habe im ersten Teil meiner Arbeit darauf hingewiesen, daß durch eine entsprechende Gestaltung des Verteilungsschlüssels die Kapitalbeteiligung zur Zufriedenheit aller Arbeiter gelöst werden kann. Dabei geht es nicht darum, durch eine kollektivistische Gleichmacherei jedem die gleiche Quote zuzuteilen. Schließlich haben die Arbeitnehmer schon immer nach der Leistung differenzierte Löhne bezogen, ohne daß das ihrer Solidarität bzw. ihrer sozialen Lage insgesamt geschadet hat. Es ist nicht einzusehen, warum die Arbeitnehmer in Zukunft für verschieden hohe Ersparnisse nicht auch verschieden hohe Kapitaleinkommen in Form von Dividenden beziehen sollen.

Der Hintergrund und gleichzeitig die Erklärung für diese negative Haltung Georgis wird sichtbar, wenn man sein Urteil mit seiner Wirtschaftsgesinnung vergleicht. Sie ist treffend gekennzeichnet durch seine eigene Feststellung, daß der "Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit auch nicht durch noch so viel Bemühungen um Partnerschaft aus der Welt zu schaffen ist".²⁾ Man muß Georgi dankbar sein, daß er seine Meinung so klar zum Ausdruck bringt. Sie ist ein markantes Beispiel für das bisherige "klassenbewußte" Denken. Danach ist der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit eine naturnotwendige Erscheinung, an der nicht zu rütteln ist und an der nach der Meinung Georgis auch gar nicht gerüttelt werden soll. Das Denken im Sozialbereich steckt m.E. hier in einem gefährlichen *circulus vitiosus*. Das Miteigentum soll weder zu einem kapitalistischen noch zu einem sozialistischen System, sondern zur Partnerschaft von Kapital und Arbeit führen. Wie Hartmann betont, baut diese auf der neuen Logik auf, daß der Gewinn des einen den Gewinn des anderen voraussetzt. "Partnerschaft ist nicht mehr das System des Kapitals, das die menschliche Arbeit außer acht läßt, und es ist auch nicht das System der Arbeit, das das Kapital eliminiert. Die beiden überholten Systeme, das kapitalistische und

1) Chr. Georgi: "Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer", in Gewerkschaftliche Monatshefte, Jahrgang 1953, Bund-Verlag Köln, S. 520

2) Chr. Georgi: a. a. O., S. 522

das sozialistische, sind auf Antithesen aufgebaut. Das neue System ist ihre Synthese".¹⁾

c) Die mittelbare Einwirkung der Miteigentümer auf die Unternehmungsleitung

Wenn man sich das grundsätzliche Interesse der Arbeitnehmer an einer Einwirkung auf die Auswahl der Unternehmungsleiter verdeutlichen will, dann muß man sich die Bedeutung dieser Personengruppe im Unternehmungsganzen klar machen. Die Führung der Geschäfte steht nach dem Gesetz allein dem Vorstand zu. Seine Weisungsbefugnis erstreckt sich nicht nur auf die Führung der Geschäfte mit den außerhalb des Betriebes stehenden Marktpartnern, sondern sie bezieht sich vielmehr auch auf die Grundsätze, nach denen der innerbetriebliche Leistungsprozeß zu gestalten ist. Im Machtbereich des Vorstandes liegt es also, geeignete Maßnahmen zu treffen, um eine soziale Betriebsordnung zu verwirklichen. Die Tatsache, daß bisher nur die Kapitalisten über die Auswahl und Abberufung des Vorstandes entschieden haben, hat jedoch den Vorstand nur gegenüber den Kapitalgebern und ihren Interessen verpflichtet. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß der § 70 Aktiengesetz dem Vorstand vorschreibt, die Geschäfte so zu leiten, "wie das Wohl des Betriebes und seiner Gefolgschaft und der gemeine Nutzen von Volk und Reich es erfordert". Abgesehen von der nationalsozialistisch geprägten Formulierung bleibt dieser Satz in der praktischen Verwirklichung weitgehend eine Phrase, bestenfalls eine gut gemeinte Empfehlung. Der Vorstand wird und muß sich im konkreten Fall zwangsläufig den Interessen des Personenkreises verpflichtet fühlen, dem er Rechenschaft über seine Tätigkeit abzulegen hat und der danach über seine Entlastung und Abberufung entscheidet. Das sind aber nicht die Arbeiter oder das Volk, sondern das sind nach der bestehenden Rechtsordnung die Kapitalgeber. Die Einflußnahme der Miteigentümer auf die Bestellung der Leitungsorgane läßt die begründete Vermutung zu, daß auf diesem Wege die Unternehmungsleiter sich zwangsläufig auch den Interessen der Belegschaft ebenso intensiv widmen, wie sie das bisher auf Grund ihrer Verpflichtung mit den Interessen der Kapitalgeber gemacht haben.

Die Bedeutung einer Mitbestimmung bei der Auswahl der Unternehmungsleiter wird in ihrer ganzen Tragweite erst dann sichtbar, wenn man sich den soziologischen Tatbestand vor Augen hält, daß die Manager bisher weitgehend den sogenannten Kreisen von Besitz und / oder Bildung entstammen. Der Manager erscheint - berechtigt oder unberechtigt - "dem klassenmäßig denkenden Arbeit-

1) R. S. Hartmann: "Die Partnerschaft von Kapital und Arbeit", Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen, 1958, S. 8/9

ter als Repräsentant und Exponent der gegnerischen Klasse", d. h. der Kapitalisten.¹⁾ Welches sind die eigentumsrechtlichen Möglichkeiten, die sich bei einer Bestimmung der Unternehmensleiter durch die Miteigentümer ergeben?

Zwischen der HV und dem Vorstand als geschäftsführendem Organ ist im Aufbau der Aktiengesellschaft der Aufsichtsrat eingeschaltet. Nur dieser wird von den Aktionären direkt gewählt, der Vorstand dagegen wird vom Aufsichtsrat bestimmt (vgl. § 87 und § 75 Aktiengesetz). Das bedeutet, daß der Vorstand seine Tätigkeit direkt gegenüber dem AR zu verantworten hat; der AR steht seinerseits in direkter Abhängigkeit von der HV. Der Einfluß der Miteigentümer auf die Auswahl der Unternehmensleitung hängt demnach vor allen Dingen von zwei Faktoren ab: entscheidend ist zum einen das Stimmenverhältnis zwischen den Miteigentümern und den Kapitalisten in der HV; zum anderen ist ausschlaggebend, auf welche Weise der Gesetzgeber die Verantwortung des Vorstandes gegenüber dem AR bzw. die Bindung des Aufsichtsrates gegenüber der HV gesichert hat.

Da das Stimmrecht an die Eigentumsteile geknüpft ist, hängt das Gewicht der Bestimmungsrechte der Miteigentümer von der Relation Belegschaftsaktien / Kapitalistenaktien ab. Hinsichtlich der quantitativen Ausmaße der Miteigentumsbildung darf auf den ersten Teil der Arbeit verwiesen werden. Dort wurde herausgestellt, daß bei verschiedenen, weithin gegebenen Möglichkeiten der Anteil der Arbeitnehmer am Kapitalbestand der Unternehmen spätestens innerhalb einer Generation den gleichen Umfang wie der jetzige der bisherigen Kapitaleigner erreicht hat. Zum gleichen Ergebnis kommt auch Bachmann nach seinen Berechnungen.²⁾

Man könnte daran denken, diesen Prozeß wesentlich zu beschleunigen, indem man die Miteigentumsrechte mit den diesbezüglichen Bestimmungsrechten vereinigt, welche dem Arbeiter bereits durch die sogenannten Mitbestimmungsgesetze ohne eine Beteiligung an der betrieblichen Substanz zugewilligt worden sind. Hier ist darauf hinzuweisen, daß sowohl der Miteigentums-Vorschlag der DAG wie auch jener der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft zum Miteigentum vorsieht, daß die Stimmrechte der Miteigentümer bei der Wahl des Aufsichtsrates solange ruhen sollen, bis der Gesamtanteil des Miteigentums die Höhe der bereits jetzt zugestandenen Rechte über-

1) O. v. Nell-Breuning: "Wirtschaft und Gesellschaft heute", Band II, a. a. O., S. 146

2) Vergleiche: H. Bachmann: "Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer", a. a. O., S. 208 ff.

Anmerkung: Ich bin mir des hypothetischen Charakters dieser Angabe bewußt. Die Entwicklung wird insbesondere auch wegen der Unterschiede in den Gewinn- bzw. Finanzierungsverhältnissen von Betrieb zu Betrieb verschieden sein.

schreitet.¹⁾ Interessant erscheint mir die Begründung, welche die Sozialausschüsse zu dieser Regelung geben: "Es war von Anfang an die Absicht, die Mitbestimmung durch das Miteigentum zu unterbauen. So gebot sich die vorgenommene Regelung, nach der der von BVG bzw. MG BE hergestellte Einfluß erst dann erweitert werden kann, wenn der gesamte Arbeitnehmer-Kapitalanteil am Unternehmen einmal 33 bzw. 50 % übersteigt".²⁾

Aus dieser Bestimmung lassen sich zwei grundlegende Erkenntnisse für die folgenden Darstellungen gewinnen. Die Tatsache, daß das Mitbestimmungsrecht zur Wahl des Aufsichtsrates mit dem gleichlaufenden Miteigentumsrecht aufgerechnet werden soll, bestätigt die aufgestellte These, daß Mitbestimmung letztlich nicht ohne Mithaftung durch Vermögenseinsatz gerechtfertigt ist. Zum zweiten weist die Begrenzung der Aufrechnung zwischen Mitbestimmungsrecht und Eigentumsrecht auf die Wahl des Aufsichtsrates darauf hin, daß nur eine teilweise Deckung der beiden Rechtskreise vorliegt. Das läßt die Vermutung zu, daß das gesetzliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter qualitativ andere Rechte beinhaltet, wie sie der Arbeitnehmer über das Miteigentum erhält.

In Bezug auf das Miteigentum bleibt festzuhalten, daß die Kombination von Mitbestimmungsrechten und Eigentumsrechten bei einer Bestimmung des Aufsichtsrates grundsätzlich für die Arbeitnehmer nicht möglich und in den betreffenden Plänen auch nicht vorgesehen ist. Deshalb kann man auch hier sagen, daß die Miteigentümer nur im Verlaufe eines längeren Prozesses eine spürbare Einflußnahme auf die Auswahl der leitenden Organe der Aktiengesellschaft erreichen können. Ob diese Einflußnahme dann tatsächlich zu einer Ausrichtung der Geschäftsleitung auf die Belange der Arbeitnehmer führt, hängt davon ab, wie weit das Gesetz Aufsichtsrat und Vorstand der Verantwortung gegenüber der HV unterstellt haben.

Der Gesetzgeber hat die Verantwortlichkeit von Aufsichtsrat und Vorstand im § 84 in Verbindung mit § 99 Aktiengesetz geregelt. Danach haften die Mitglieder dieser Organe nur, wenn sie ihre Pflicht in grober Weise verletzt haben. Bei näherer Durchsicht der Bestimmungen wird klar, daß als solche Verstöße nur Zuwiderhandlungen gegen finanzielle, d. h. gegen primär kapitalistisch bestimmte Interessen verstanden werden. Diese Tatsache ist nur wieder ein Beweis dafür, daß das Aktienrecht vom Standpunkt des Kapitalgebers geprägt ist, und wie nichtssagend die Formulierung des § 70 ist, daß der Vorstand die Geschäfte zum Wohle der Belegschaft zu leiten hat. Der Umstand, daß die Verantwortung von Vorstand und Aufsichtsrat auf grobe Verstöße beschränkt ist, weist darauf hin, daß

1) Vgl. Sozialausschüsse: a. a. O., S. 37

2) Sozialausschüsse: ebenda, S. 36/37

die Mitglieder dieser Gesellschaftsorgane infolge ihrer schwachen Haftung sowohl gegenüber der HV als auch gegenüber den Gesellschaftsgläubigern vom Gesetzgeber einen zu großen Spielraum in ihren unternehmerischen Entscheidungen eingeräumt bekamen. Die geplante Stärkung der Rechtsstellung der Aktionäre gegenüber dem Aufsichtsrat und gegenüber dem Vorstand in der neuen Aktienrechtsreform ist aus dieser Sicht auch für eine zielgerechte Verwirklichung des Miteigentums dringend geboten.

Von größerer Wirksamkeit erweist sich für die Miteigentümer die Bindung der Leitungsorgane hinsichtlich der Bestimmungsrechte über die Abberufung. § 87 Aktiengesetz sagt, daß der Aufsichtsrat von der HV vor Ablauf der Wahlzeit abberufen werden kann. . Wenngleich dafür eine qualifizierte Mehrheit vorgeschrieben wird, so ist doch prinzipiell über eine solche Abhängigkeit des Aufsichtsrates zu erwarten, daß er seine Aufgaben und Rechte im Interesse der Auftraggeber, also auch der Miteigentümer, ausübt. Auf diese Weise wird insbesondere gesichert, daß der Aufsichtsrat die ihm zustehende Überwachung der Geschäftsführung auch im Hinblick auf die berechtigten Anliegen der Belegschaft vornimmt. Die Errichtung einer sozialen Betriebsordnung können die Miteigentümer nicht zuletzt dadurch durchsetzen, daß sie über ihr Abberufungsrecht gegenüber dem Aufsichtsrat diesen zur Amtsenthebung des Vorstandes veranlassen. Im Gegensatz zum Aufsichtsrat kann der Vorstand jedoch nur dann abberufen werden, wenn ein wichtiger Grund, wie z. B. grobe Pflichtverletzung oder Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung, vorliegt (§ 75, Absatz 3, Aktiengesetz). Mit dieser Einschränkung tut sich die Erkenntnis auf, daß die Abberufung des Vorstandes nicht wegen irgendwelcher mehr oder weniger begründeter Meinungen der Miteigentümer vorgenommen werden kann, da dies die Initiative und die dynamische Kraft der Unternehmungsleiter beeinträchtigt. Es wird nicht zuletzt im eigenen Interesse der Miteigentümer liegen, daß durch eine konstante Geschäftsführung auch der wirtschaftliche Erfolg des Unternehmens gesichert bleibt. In dem Umstand, daß das Miteigentum dem Arbeiter selbst aufträgt, zwischen den von ihm erhobenen sozialen Forderungen und seinen eigenen wirtschaftlichen Interessen zu entscheiden, liegt ein geeigneter Ansatzpunkt, das einseitige Denken im Betrieb zu überwinden, und insbesondere auch bei den Arbeitern das Verständnis für die berechtigten Interessen des anderen Sozialpartners aufzuschließen.

II. Das Für und Wider der Zielsetzung des Miteigentums

Vergleicht man die sozialen Anliegen der Arbeitnehmer mit den ihnen zustehenden Eigentumsrechten aus dem Miteigentum, dann wird man grundsätzlich feststellen müssen, daß beide Bereiche erhebliche Diskrepanzen in ihrer Ausrichtung aufweisen. Das Recht unserer Gesellschaft ist aus der Sicht der Kapitalgeber geordnet und weist deshalb Regelungen auf, welche das Interesse des Miteigentümers als Arbeiter nur wenig berühren. Es wurde schon oben auf diesen Unterschied hingewiesen. Wenn hier noch einmal ausführlicher darauf eingegangen wird, so deshalb, weil von der Beurteilung der Eigentumsrechte einerseits und der Erfassung des Wesens des sozialen Problems des Betriebes andererseits letztlich abhängt, ob man die Chance des betrieblichen Miteigentums, eine Lösung der sozialen Frage im Betrieb herbeizuführen, bzw. zu begünstigen, positiv oder negativ beurteilen muß. Ist das Miteigentum eine soziale Ordnungsmacht? In dieser Formulierung trifft diese Frage den Kern des hier aufgeworfenen Problems. Im folgenden soll versucht werden, durch eine Analyse der dazu in der Literatur bezogenen Stellungnahmen eine Antwort auf diese Frage zu finden. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei klargestellt, daß es dabei nur um die Auswirkungen des Eigentums auf die betriebliche Ordnung geht und überbetriebliche Aspekte nur angedeutet werden können.¹⁾

Über den wesentlichen Inhalt der sozialen Frage des Betriebes herrscht in den einzelnen Darstellungen zum betrieblichen Miteigentum weitgehende Übereinstimmung. Früher galt die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter als deren soziales Anliegen schlechthin. Die ständige Hebung des Lebensstandards hat dann allerdings bewiesen, daß der Schlüssel zur Lösung des sozialen Problems heute nicht mehr in steigenden Löhnen zu finden ist, sondern am Arbeitsplatz des Menschen gesucht werden muß. Gestützt auf die Ergebnisse einer Reihe von experimentellen soziologischen Untersuchungen in Amerika stellt Koenigs fest, daß die sozialen Anliegen der Arbeitnehmer das gemeinsame Ziel haben, die Arbeitsbedingungen so zu verbessern, daß an jedem Arbeitsplatz die Würde des Menschen gewahrt ist und die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit ermöglicht wird.²⁾

1) Anmerkung: Selbst wenn man die speziell betriebsbezogene Zielsetzung des Miteigentums ablehnt, ist damit noch nichts darüber ausgesagt, ob Miteigentum nicht wegen seiner Auswirkungen auf gesellschaftspolitischer Ebene verwirklicht werden soll. Vergleiche dazu insbesondere die Darstellungen von Nell-Breuning, Pfister, Preiser und Schmitz im Literaturverzeichnis dieser Arbeit.

2) Vgl. F. Koenigs: a. a. O., S. 51

Im Hintergrund dieser Erkenntnis steht die große technische Umwälzung im Ablauf des betrieblichen Leistungsprozesses. Die fortschreitende Arbeitsteilung und Maschinisierung hat die Subordination des Arbeiters unter eine betriebliche Ordnung verlangt, die von der Sache her und nicht mehr vom Menschen her aufgebaut ist. Diese Unterwerfung des arbeitenden Menschen unter die Technik mußte zwangsweise zu einer ständigen Auflehnung gegen die Sachherrschaft des betrieblichen Apparates und zu andauernden sozialen Spannungen führen und das um so mehr, wie der Arbeiter durch die Arbeitsteilung und Arbeitszerlegung den Sinn seiner Tätigkeit und die Notwendigkeit der ihm erteilten Weisungen nicht mehr erkennen konnte. Man kann Ulbrich zustimmen, daß die wesentlichste Ursache der sozialen Betriebsproblematik im permanenten Mangel einer sinnvollen und menschlichen Ordnung des betrieblichen Arbeitsgefüges liegt.¹⁾

Genauer zu klären ist hier jedoch die Behauptung Ulbrichs, daß diese soziale Problematik nicht mit der Eigentumslosigkeit der Arbeitnehmer zusammenhängt. Auf den ersten Blick ist es wirklich nicht einsichtig, was das Eigentum bzw. die Eigentumslosigkeit mit der gekennzeichneten sozialen Frage zu tun haben soll. Tatsache ist, daß das Monopol der Kapitalisten über die Produktionsmittel ihnen bisher allein Rechte im Betriebe zugestanden hat. Das hat die Kapitalisten in die Lage versetzt, den Betrieb nach ihren Interessen zu gestalten, d. h. die Anliegen der Arbeitnehmer haben hinter den Kapitalinteressen zurückstehen müssen. Ulbrich weist aber darauf hin, daß der römisch-rechtliche Eigentumsbegriff heute überholt und das Eigentum an Produktionsmitteln sozialen Bindungen unterworfen sei. Man wird in der Tat zugeben müssen, daß der liberale Eigentumsbegriff heute nicht mehr gilt. Hat dieser Funktionwandel die sozialen Probleme des Betriebes verändert? Ulbrich sagt dazu selbst, daß trotz eines "Gestalt-, Bedeutungs- und Funktionswandels des Eigentums sich die sozialen Phänomene in Betrieb und Gesellschaft nur unwesentlich änderten".²⁾ Er verschiebt die Lösung des sozialen Problems auf die Ebene einer neu zu schaffenden Rechtsordnung, über deren Ausgestaltung man allerdings nichts Näheres bei ihm erfahren kann.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die Ausführungen von Huppert einzugehen, der eine ähnliche Stellungnahme in dieser Grundsatzfrage zum Miteigentum einnimmt. Auch er weist darauf hin, daß das Eigentum durch die sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzgebung wesentlich eingeschränkt wurde und diese Beschränkung "der allgemeinen Seh- und Denkweise" des modernen Menschen entspreche. Man ist seiner Meinung nach nicht mehr gewillt, dem Eigentümer die Berechtigung der Betriebsleitung zuzubilligen, weil er Eigentümer ist. Huppert betont, daß die Entwicklung dahin geht, die Rechte

1) H. Ulbrich: a. a. O., S. 101

2) H. Ulbrich: a. a. O., S. 100

und die Bedeutung des Eigentums immer mehr "auszuhöhlen", weshalb man dann auch den Konstruktionsfehler der betrieblichen Ordnung nicht dadurch beheben kann, daß man die Arbeitnehmer am Eigentum beteiligt.¹⁾ Nachdem das "moderne" Eigentum eine soziale Ordnung nicht selbst unmittelbar errichten kann, sieht auch Huppert die rettende Lösung in der Zuflucht zu einer neuen Rechtsordnung, welche die Interessen der Eigentümer, der Geschäftsleiter und der Arbeitnehmer klar abgrenzt. Leider ist auch von ihm nichts weiter über die Ausgestaltung dieser Rechtsordnung gesagt. Von grundlegender Bedeutung erscheint mir die Tatsache, daß sie nach der Vorstellung dieser beiden Autoren auf einem stark eingeschränkten oder gar ausgehöhlten Eigentum aufgebaut werden soll.

Vergleicht man das Ausmaß unserer bisherigen Sozialgesetzgebung mit ihrer Auswirkung auf die Sozialverhältnisse im Betrieb, dann muß die Konzeption von Ulbrich und Huppert zumindest ebenso problematisch erscheinen. Der tiefere Grund für das häufige Versagen der Sozialgesetze liegt m. E. darin, daß die von den Arbeitnehmern angestrebte Betriebsverfassung von ethisch-sozialen Merkmalen bestimmt wird, die juristisch nur schwer, wenn überhaupt im einzelnen faßbar gemacht werden können. Einer solchen Lösung steht auch die Schwierigkeit entgegen, daß die sozialen Fragen von Betrieb zu Betrieb zwar nicht in ihrem Kern, aber doch in ihren Formen verschieden sind. Betriebsgröße und Fertigungstechnik bedingen jeweils individuell verschiedene soziale Verhältnisse. Es dürfte deshalb kaum möglich sein, die soziale Betriebsverfassung betriebsverfassungsrechtlich festzulegen, und zwar so festzulegen, daß die Verpflichtung der Unternehmer bzw. der Unternehmerkapitalisten hinsichtlich einer sozialen Betriebsführung im einzelnen Betrieb kraft gesetzlicher Reglementierung wirksam wird. Die Tatsache, daß der Gesetzgeber sich ständig gezwungen sieht, dem Grundsatz der sozialen Bindung des Eigentums durch eine inzwischen unübersichtliche Fülle von Gesetzen Durchbruch zu verschaffen, beweist die These, wie schwierig es ist, mit solchen Verordnungen die Kapitalgeber bzw. die Unternehmer auf den Weg einer sozialen Betriebsleitung zu führen.

Die Lösung der sozialen Frage im Betrieb hängt tatsächlich weitgehend davon ab, wie weit die Unternehmer sich der Forderung nach einer sozialen Betriebsführung verpflichtet fühlen. Aus dieser Sicht hat insbesondere Mann zum Miteigentum und seiner sozialen Zielsetzung Stellung genommen. Er anerkennt, daß es bei der sozialen Frage um eine konstitutionelle Beschränkung der Unternehmensführung geht. Den Weg dazu sieht aber auch er darin, daß man die Eigentumsrechte hinsichtlich des Führungsanspruchs in den Betrieben beschränkt:

1) Vgl. W. Huppert: a. a. O., S. 31/32 und S. 25

"Führung, Lenkung und Bestimmung im Betriebe und damit auch die Mitbestimmung ist nicht eine Angelegenheit des Eigentumsrechtes, sondern eine ausschließliche Angelegenheit der geeigneten Persönlichkeit, die vom Eigentümer zur selbständigen sittlichen Entscheidung und sachlichen Verantwortung freigestellt wird".¹⁾

Ich kann der Forderung Manns nach verantwortungsbewußten Unternehmungsleitern nur beipflichten, doch ist mit der Erhebung eines Postulates dieses noch nicht realisiert. Von wem sollen die Unternehmer in diesem Falle eingesetzt und von wem abberufen werden? Wer bestimmt darüber und nach welchen allgemeingültigen Maßstäben wird dabei verfahren? Wer trägt insbesondere die vermögensmäßige Haftung bei Fehlentscheidungen? Mann hält auf einen Teil dieser Fragen eine Antwort bereit. Er sieht die Klärung der Problematik in einer scharfen Präzisierung des Unternehmerbegriffes, alsdann in der Bildung eines Unternehmerstandes und eines Unternehmerstandesbewußtseins auf der Basis einer verpflichtenden Unternehmermoral.²⁾

Während Huppert und Ulbrich also mehr den Gesetzgeber zur Bestimmung der sozialen Betriebsleitung bemühen, läuft die Konzeption von Mann darauf hinaus, daß der Maßstab der sozialen Betriebsführung von einer Standesvertretung der Unternehmer entwickelt werden soll. Es sei hier unterstellt, daß die dabei entwickelten Grundsätze nicht nach Standesinteressen ausgerichtet werden. Können diese Normen dann die einzelnen Unternehmer zu sozialem Handeln wirksam verpflichten? Kann die Standesvertretung gegebenenfalls die Unternehmer gegen ihren eigenen Willen und gegen den Willen der Eigentümer abberufen? Wenn man Realist ist, dann wird man diese Frage entschieden verneinen müssen. Die Idee von Mann steht und fällt mit dem sozialen Verantwortungsbewußtsein des einzelnen Unternehmers. Sein Unternehmerbild mag auf einige Unternehmungsleiter zutreffen, für die Mehrzahl unserer heutigen Betriebe gilt es nicht. Die idealistische, nicht dem realen Sein entsprechende Betrachtung Manns wird aus dem von ihm entworfenen Bild des Unternehmers sichtbar: "Der Unternehmer ist der Treuhänder der Kapitalgeber und der im Betrieb tätigen Menschen zugleich; seine Beziehung zum Unternehmenskapital sollte keine andere sein als die Beziehung zu den im Betrieb tätigen Menschen, nämlich die Beziehung einer von jedem Eigeninteresse freien Verantwortung zu ihrer Aufgabe auf der Basis einer sittlichen und sachlich fähigen Persönlichkeit".³⁾ (Unterstreichung erfolgte vom Verfasser). Dieses neue Unternehmerbild von Mann ist bisher immer beispielhaft, d. h. Vorbild geblieben und nicht allgemein realisierte Wirklichkeit geworden.

1) A. Mann: a. a. O., S. 85

2) A. Mann: a. a. O., S. 85

3) A. Mann: a. a. O., S. 78

Die Kritik an der sozialen Zielsetzung des Miteigentums läuft letztlich darauf hinaus, daß dieses Ziel durch ein Eigentum angestrebt wird, das seine Bedeutung immer mehr verliert und in seiner liberalistisch-kapitalistischen Ausprägung die Quelle der sozialen Krankheit darstellt. Huppert kommt deshalb zu dem Ergebnis, daß die Idee, die Arbeitnehmer zu Miteigentümern zu erheben und dadurch eine neue Sozialordnung zu schaffen, überholt und restaurativ ist.¹⁾ Man wirft dem Miteigentum vor, daß es aus den Arbeitern Kapitalisten im Sinne des 19. Jahrhunderts machen wolle. Ich darf zur Klärung dieser Frage Nell-Breuning zitieren, der den Zusammenhang zwischen Eigentum und Kapitalismus im Sinne von Marx wie folgt skizziert: "Kapital und Kapitalist im Sinne von Karl Marx besagt, ein Ausbeutungsverhältnis, das seinen Grund hat in der Machtüberlegenheit dessen, der über Kapital verfügt, über denjenigen, der von der Hand in den Mund lebend gezwungen ist, Arbeitsgelegenheit an fremden Produktionsmitteln nicht nur zu suchen, sondern zu finden, d.h. sie zu den ihm angebotenen, u.U. ihm aufgezwungenen Bedingungen anzunehmen. Dieser Unterschied zwischen über Einkommen an Produktionsmitteln verfügenden "Kapitalisten" und solchen Eigentums ermangelnden "Proletariern" entfällt, wenn alle eigentumsmäßig am Produktionsmittelbesitz beteiligt sind. Das von Karl Marx beschriebene und von ihm analysierte Ausbeutungsverhältnis wird in dem Maße abgebaut, wie das in Produktionsmitteln bestehende Vermögen breiter und breiter gestreut wird".²⁾ Kapitalistisch im Sinne von Marx war am Betrieb des 19. Jahrhunderts nicht das Eigentum als solches, sondern die Eigentumsballung. Sie hat zur Machtanhäufung bei den Kapitalisten und zu den bekannten sozialen Mißständen geführt. Es ist also eine grobe Verkennung der Sachlage, wenn man dem Miteigentum restaurative kapitalistische Absichten im Sinne des Liberalismus unterstellt. Der Sinn des Miteigentums liegt gerade darin, die Macht des Eigentums durch eine möglichst breite Eigentumsstreuung zu neutralisieren. In diesem Sinne ist die Formulierung von Nell-Breuning zu verstehen, daß, wenn man alle zu Kapitalisten macht, keiner mehr Kapitalist ist.³⁾

Wie die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft in ihrem Vorschlag zum Miteigentum ausdrücklich betont, soll durch das Miteigentum das machtverteilende Prinzip organisiert werden: "Die Verbindung von Mitbestimmung und wachsendem Miteigentum, insbesondere des betriebsbezogenen Miteigentums der Arbeitnehmer, erscheint als die beste Verwirklichung des machtverteilenden

1) Vgl. W. Huppert: a.a.O., S. 32

2) O.v. Nell-Breuning: "Ist Eigentum eine Ordnungsmacht?" in Gewerkschaftliche Monatshefte, Bund Verlag, Köln, Jahrgang 1958, S. 467

3) O.v. Nell-Breuning: ebenda, S. 466

Prinzips bei den Großbetrieben", ¹⁾ Die Idee des betrieblichen Miteigentums besteht also darin, durch eine Verteilung des Eigentums die Vorherrschaft der Kapitalisten in den Betrieben zu brechen und die Unternehmungsleiter über die Eigentumsrechte der Miteigentümer sowohl den Kapitalgebern wie auch den Arbeitnehmern verantwortlich zu machen. Miteigentum widerstrebt insofern in seiner Grundkonzeption der bisherigen Entwicklung, die es bei der Akkumulation des Produktionsmittel-Eigentums in den Händen der Kapitalisten beläßt und die daraus resultierende Macht durch eine Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen zu beschränken versucht. Welcher der beiden Wege eingeschlagen werden soll, ist letztlich eine gesellschaftspolitische Entscheidung, die hier nicht zu fällen ist. Vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen bietet die weitere Aushöhlung des Eigentums und eine Überwachung der Unternehmer durch den Staat oder Verbände wenig Aussichten, die soziale Stellung der Arbeiter im Betrieb wirksam zu heben.

Da eine unmittelbare Teilnahme der Arbeitnehmer an der Unternehmungsleitung aus betrieblicher Notwendigkeit nicht möglich ist, können ihre sozialen Anliegen nur durch ihre Vertretung in der weisungsbefugten Unternehmungsspitze dann berücksichtigt werden, wenn sich diese den sozialen Belangen der Arbeitnehmer verpflichtet fühlt. Solange dieses Pflichtbewußtsein der Unternehmer nicht allgemein vorherrscht, stellen die Eigentumsrechte, insbesondere das Wahl- und Abberufungsrecht grundsätzlich ein geeignetes Mittel dar, um die Unternehmer zu einer sozialen Ausrichtung der Betriebsführung zu veranlassen. Eine solche Lösung umgeht die Schwierigkeit, die schwer faßbaren und betrieblich verschiedenen Anforderungen an eine menschenbezogene Arbeitsordnung im einzelnen rechtlich zu fixieren. Die Miteigentumsrechte können also weniger direkt als vielmehr indirekt durch eine entsprechende Ausrichtung der Unternehmer die soziale Lage der Arbeiter verbessern.

Die Grundlage für das verantwortungsbewußte Handeln der Miteigentümer gegenüber dem Betrieb bildet ihre vermögensmäßige Haftung. Die Arbeitnehmer sind als Miteigentümer selbst vor die Entscheidung zwischen sozialer und optimaler wirtschaftlicher Betriebsgestaltung gestellt. Sie können diese Entscheidung grundsätzlich deshalb fällen, weil sie für deren Folge auch die Haftung übernehmen. Alle Vorschläge, Leitung und Eigentumsrechte zu trennen, laufen Gefahr, jede Haftungsbasis zu verlieren. Eine Unternehmungsführung, welche die Grundsätze ihres Handelns von Behörden oder Verbänden bezieht, hat keine Haftungsbasis mehr. Da diese aber die unentbehrliche Grundlage für je-

1) Zitiert nach einem dem Verfasser vorliegenden Protokoll der: "Entschlüssen der Bundestagung der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft", Köln 28. Februar und 1. März 1953

des unternehmerische Handeln in der Marktwirtschaft bildet, bedeutet die Lösung der (Mit-)Eigentümer von ihren Eigentumsrechten und damit notwendig auch ihre Entbindung von Eigentumspflichten, letztlich die tendenzielle Hinwendung zu einem anderen Wirtschaftssystem. Von dieser Sicht aus ist es berechtigt, Inhalt und Funktion des Eigentums und damit auch des Miteigentums als den "sozialen Kreuzweg" zu bezeichnen.¹⁾ Damit sind bereits systembezogene Fragen des Miteigentums angedeutet, die ich, soweit sie die Gestaltung des Betriebes bei breiter Miteigentumsbildung betreffen, abschließend im letzten Kapitel meiner Arbeit untersuchen will.

B. SYSTEMBEZOGENE FRAGEN IN DEM BEZIEHUNGSKOMPLEX MITEIGENTUM - UNTERNEHMUNG

Wenn man die hohe Zielsetzung des betrieblichen Miteigentums untersucht, dann tun sich zwei verschiedene Wirkebenen der Miteigentumsidee auf. Der Ansatz zu einer Reform wird in den einzelnen Betrieben gemacht, doch verspricht man sich auch eine Auswirkung auf überbetrieblicher Ebene. Das Miteigentum will nicht nur eine Betriebsordnung, sondern auch eine neue Gesellschaftsordnung schaffen. In diesen Bereich gehören all jene Fragen, die sich mit den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einer breiten Vermögensstreuung befassen. An erster Stelle ist hier an die These zu denken, daß die Miteigentumsbildung eine Erhöhung der Angebotselastizität der Arbeit auslöst und dadurch zu einer Steigerung des Faktoreinkommens Arbeit zu Lasten des Faktoreinkommens Kapital führt.²⁾ (Auf diese These bauen in ihren Darstellungen über die Auswirkungen der Miteigentumsbildung insbesondere auf: O. v. Nell-Breuning: "Ist Eigentum eine Ordnungsmacht?" a. a. O., Seite 467 und W. G. Schmitz: "Kapi-

1) G. Spindler: "Mitunternehmertum", Metta Kinau Verlag, Lüneburg 1952, S. 65

2) Anmerkung: Diese Annahme stützt sich auf die sogenannte "Quasimonopol-Theorie", die von F. Oppenheimer begründet und von E. Preiser ausgebaut wurde. Vergleiche dazu E. Preiser: "Besitz und Macht in der Distributionstheorie" in "Bildung und Verteilung des Volkseinkommens", Vandenhoeck und Rupprecht, Göttingen 1957, S. 189 ff.

talbeteiligung der Arbeitnehmer am arbeitgebenden Unternehmen", Duncker u. Humblot, Berlin 1957, Seite 9 ff.)

Sicherlich wird man von solch tiefgreifenden Folgen der Miteigentumsbildung bedeutsame Änderungen im Sozialgefüge unserer Gesellschaft erwarten müssen. Es würde jedoch den Rahmen dieser Arbeit sprengen, wenn auch die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einer breiten Miteigentumsbildung hier behandelt werden müßten. Diese werden nur insoweit berücksichtigt, wie das für die Charakterisierung des Betriebes bei einer ausgedehnten Miteigentumsbildung notwendig ist.

I. Miteigentum und Wirtschaftsverfassung

Die Bemühungen um die Lösung der sozialen Probleme, die insbesondere mit der kapitalistischen Ausprägung der Marktwirtschaft aufgekommen sind, haben zu Bestrebungen geführt, unsere heutige Wirtschaftsordnung nach der ihr entgegengesetzten Ordnung, nach der zentralen Planwirtschaft zu organisieren. Dahinter steht die Idee, Produktion und Verteilung nicht mehr über den freien Wettbewerb und das Regulativ der Preise, sondern nach einem staatlichen Plan zu lenken. Konsequenterweise werden die Eigentumsrechte dann beseitigt, indem man sie entweder vollständig abbaut, oder aber in letzter Folgerung, indem man die Institution des Privateigentums an Produktionsmitteln ganz aufhebt: das Privateigentum wird Gemeineigentum und geht in die Hände eines Kollektivs, im allgemeinen in die Hände des Staates über. Da auf diese Weise den Kapitalisten die aus ihrer Kapitalansammlung resultierende Macht genommen wird, scheint gleichzeitig mit der Abschaffung des Privateigentums das soziale Problem zwischen Besitzenden und Besitzlosen gelöst zu sein.

Neben der schlagartigen Vergesellschaftung des Privateigentums bietet sich eine Möglichkeit der Sozialisierung auch auf dem Wege an, daß man die Arbeiterschaft langsam in die Eigentümerstellung hineinwachsen läßt und ihre Anteile durch einen kollektiven Zusammenschluß in die gewünschte zentrale Institution überführt. Diese letzte Möglichkeit weist enge Zusammenhänge mit dem betrieblichen Miteigentum auf, die in Bezug auf den betrieblichen Aspekt näher zu untersuchen sind.

Im vorigen Kapitel wurde darauf hingewiesen, daß über das Miteigentum aus der kapitalistischen Wirtschaft eine soziale gemacht werden soll, indem man durch die Besitzstreuung die Macht des Eigentums neutralisiert und die Spannungen zwischen den Arbeitnehmern und den Kapitalisten im Betriebe abbaut. Nun werden die Arbeiter aber zur Stärkung ihrer Position im Betrieb nicht umhin können, die ihnen aus dem Miteigentum zustehenden Rechte zusammen-

zufassen, um so ein wirksames Gegengewicht gegen die Eigentumsmacht der Kapitalisten zu haben. Sofern und solange die Kapitalanteile der einzelnen Unternehmen sich im Besitz von einigen wenigen Kapitalisten befinden, muß man der Aussage von Mertens zustimmen, daß eine Mitbestimmung der einzelnen Arbeitnehmer-Aktionäre illusorisch bleibt, wenn diese sich nicht wieder zusammenschließen.¹⁾ Diese Notwendigkeit ergibt sich schon aus der technischen Unmöglichkeit, daß jeder einzelne Arbeitnehmer an der Hauptversammlung persönlich teilnimmt und selbst die ihm zustehenden Eigentumsrechte ausübt. Die Miteigentumspläne mußten deshalb zwangsläufig eine Regelung treffen, wie die Kapitalanteile der Belegschaft verwaltet und ihre Eigentumsrechte wahrgenommen werden.

Hier tut sich ein nur sehr schwer überbrückbarer Gegensatz in der Idee des Miteigentums auf, nämlich einerseits das Persönlichkeitsbewußtsein des einzelnen Arbeitnehmers durch seine Ausstattung mit Eigentum zu aktivieren und zu stützen, andererseits sein Eigentum für einen wirksamen Einsatz der Eigentumsrechte in einer Instanz zu konzentrieren. Es ist offensichtlich, daß in einer solchen zentralen Zusammenfassung die Möglichkeit liegt, das Miteigentum der Arbeitnehmer in überbetrieblichen Stellen zu sammeln, um so gleiches am über ein Individual-Miteigentum der Arbeitnehmer durch Kollektivierung eine "dezentralisierte Sozialisierung" einzuleiten. Aus der Abstellung der Miteigentumsbildung auf das Individuum und der notwendigen, zu kollektiven Formen tendierenden Zusammenfassung der Miteigentums-Anteile ist die kritisierende Bemerkung von Ulbrich zu verstehen, daß die Miteigentumsforderungen sich genau so zitatsicher auf Karl Marx berufen können wie auf die päpstlichen Enzykliken und daß man zur Begründung des Miteigentums genau so gut klassisch-liberale wie klassisch-sozialistische Argumente heranziehen kann.²⁾

Die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft stehen mit ihrem Miteigentumsvorschlag ausdrücklich auf der Ebene der Marktwirtschaft. Sie wollen das Problem so lösen, daß der einzelne Arbeitnehmer individuelles Eigentum erlangt, dieses aber in eigens dafür zu schaffenden Werks-genossenschaften treuhänderisch verwaltet wird. Diese Genossenschaft ist in ihrer Tätigkeit auf die Verwaltung und Wahrung aller Rechte und Pflichten aus dem Miteigentum beschränkt. Organe der Werksgenossenschaft sind die Vertreterversammlung der Genossen und der Vorstand (vgl. § 11). Um einer Bindung des Miteigentums von oben zu entgehen, sieht § 6 Absatz 4 ausdrücklich vor,

1) Vgl. P. Mertens: "Politische Forderungen zur Verwirklichung des Miteigentums", Sonderheft: Probleme d. Eigentums und Miteigentums, H. 10 der Schriftenreihe "Der selbständige Unternehmer", Bonn 1954, S. 20

2) Vgl. H. Ulbrich: a. a. O., S. 91

"daß der Zusammenschluß oder Vereinbarungen von Werksgenossenschaften über die Ausübung von Rechten der Genossen unzulässig sind".¹⁾

Wenngleich mit diesen Vorschriften jede kollektivistische Tendenz des Miteigentums abgebogen werden soll, so wird man doch zugeben müssen, daß die Gefahr einer solchen Bindung damit noch nicht sicher gebannt ist. Ich bin der Meinung, daß sich bei der Notwendigkeit, die Miteigentumsanteile zusammenzufassen, positive Auswirkungen auf das Eigentumbewußtsein des einzelnen Arbeiters mit Sicherheit nur dann erzielen lassen, wenn es gelingt, das Interesse des Arbeiters an seinem Kapitalanteil trotz der abstrakten Form des Miteigentums zu aktivieren und ihn zu eigenständigem Eigentümerbewußtsein zu erziehen. Sofern der Arbeiter seine im Klassendenken verhaftete Verhaltensweise nicht aufgibt, besteht die Gefahr, daß er selbst die für ihn positiven Aussichten bei einer individuell gestalteten Eigentumbildung vereitelt. Über die betrieblich-soziale und gesellschaftliche Wirksamkeit des Miteigentums entscheidet deshalb der Eigentümer schließlich selbst. Strebt man eine wirtschaftliche Ordnung an, in welcher das einzelne Individuum die zentrale Stellung einnimmt, dann muß man konsequenterweise die Arbeitnehmer mit der Art der Vermögensbildung unseres technischen Zeitalters vertraut machen und ihnen zum Verständnis dieser Vermögensformen verhelfen.

Von anderen Leitbildern und Zielsetzungen der Miteigentumsbildung gehen verschiedene diesbezügliche Vorschläge seitens der Gewerkschaften aus. Am klarsten und offensten hat das Siegfried Aufhäuser zum Ausdruck gebracht, wenn er schreibt: "Die Wert- und Kapitallehre von Karl Marx war nie aktueller als heute, und die Gewerkschaften werden nur auf der Grundlage der Arbeitswert- und Mehrwert-Lehre zum gerechten Lohn gelangen können. Die Anwendung dieser Marx'schen Lehre im gegenwärtigen Stadium der kapitalistischen Entwicklung ist die Kollektivierung des Besitzes der Produktionsmittel, angefangen bei einem Miteigentum der Arbeitnehmer an dem neu zuwachsenden Betriebsvermögen". Für eine solche Zielsetzung ist es einsichtig, daß ihr nicht daran gelegen sein kann, dem einzelnen Arbeitnehmer Eigentum zu verschaffen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß Aufhäuser in seinen Ausführungen die Bildung von sogenannten "Sozialgenossenschaften" vorschlägt, die überbetrieblich zu einem gemeinsamen Anteil der gesamten Arbeitnehmerschaft zusammengefaßt werden sollen.²⁾ Nicht so eindeutig, aber in die gleiche Richtung gehen die Vorschläge des Leiters des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, Professor Gleitze. Gleitze hat erstmals im Jahre 1957 auf der hessischen Landesbezirkskonferenz des DGB überhaupt eine positive Einstellung zur

1) Vgl. Sozialausschüsse: a. a. O., § 6, S. 29 und § 11, S. 33

2) S. Aufhäuser: a. a. O., S. 210

Miteigentumsbildung eingenommen und dabei die Bildung von kollektivem Miteigentum vorgeschlagen, das in einem überbetrieblichen "Sozialfonds" zusammengefaßt wird.¹⁾

Die Gewerkschaft hat in H. Bachmann in ihren eigenen Reihen einen erbitterten Gegner jeder kollektivistischen Bindung des Miteigentums gefunden. Bachmann weist darauf hin, daß die Idee des Miteigentums darauf abzielt, das einzelne Individuum zu stärken. Zur Erreichung dieses Zieles stellt er fest: "Man erreicht dieses Ziel also nicht schon dadurch, daß man den Kapitalisten einen Teil ihres Vermögens nimmt, sondern erst dadurch, daß man diesen Teil an die Arbeitnehmer als freies Privateigentum verteilt und man verfehlt den eigentlichen menschlichen sittlichen Zweck des Miteigentums, wenn man die durch Miteigentum gewonnenen Kapitalanteile zusammenhält und von der Streuung unter die Arbeitnehmer bewahrt".²⁾ Eine Lösung des Problems der möglichst individuellen Gestaltung und der notwendigen Zusammenfassung des Miteigentums entwickelt Bachmann allerdings nicht. Welche Stellung man auch zu seiner Forderung einnehmen mag, es bleibt nach den gegebenen Umständen doch immer die Notwendigkeit bestehen, das Miteigentum der Arbeitnehmer in irgendeiner Form zur wirksamen Ausübung der Eigentumsrechte zusammenzufassen. Welche Form ist für eine zieladäquate Verwirklichung des Miteigentums anzustreben?

Die Antwort auf diese Frage hängt im letzten davon ab, ob man das Individuum oder die Gesellschaft als das "primär sinngebende Element" ansieht.³⁾ Das ist weitgehend eine ethische Entscheidung, über die sich streiten läßt. Als objektiv anerkannte Norm jeder wirtschaftlichen Ordnung wird man das Maß an Freiheit anerkennen müssen, das dem Individuum jeweils eingeräumt wird. Die sozialistisch ausgerichteten Vorschläge zur Miteigentumsbildung gehen von der Annahme aus, daß der Arbeitnehmer aus der Macht der Kapitalisten am besten dann zu befreien ist, wenn man dieser Macht die kollektive Miteigentums-Macht der Arbeitnehmerschaft gegenüberstellt. Die geschichtlichen Tatsachen haben jedoch immer wieder bewiesen, daß eine kollektivistisch organisierte Gesellschaft dem Individuum nicht hilft, sondern dieses lediglich in die Abhängigkeit einer neuen Institution bringt. Die kollektive Zusammenfassung des Miteigentums bewirkt lediglich eine Machtverschiebung, aber nicht die angestrebte Machtverteilung. Goetz Briefs kommt in seiner Untersuchung über diese Frage

1) B. Gleitze: "Lohnpolitik und Vermögensverteilung", in Sozialer Fortschritt, Duncker u. Humblot, Berlin, Jahrgang 1957, H. 3, S. 53

2) H. Bachmann: "Hier scheiden sich die Geister", in Sozialer Fortschritt, Verlag Duncker u. Humblot, Jahrgang 1957, H. 5, S. 117

3) Vgl. W. Röpke: "Abbau des kollektiven Denkens", in Der Volkswirt, Verlag Der Volkswirt, Frankfurt/Main, Jahrgang 1953, H. 51/52, S. 15

4) G. Briefs: a. a. O., S. 176

zu dem Ergebnis: "Die kollektivistische Gesellschaft repräsentiert nur sich selbst, nicht die zu Epiphänomenen ihrer selbst reduzierten individuellen Personen". Es ist die gleiche Erkenntnis, wenn Preiser feststellt, daß in der Verwaltungswirtschaft die bisher "privaten" Wirtschaftssubjekte einem riesigen Monopol gegenüberstehen, das die Freiheit des einzelnen tötet.¹⁾ Wie man aber auch die Auswirkungen einer kollektiven Bindung des Miteigentums veranschlagen mag, es wird immer die akute Gefahr gegeben sein, daß die Leiter der zentralen Sammelstelle des Miteigentums dieses für ihre persönlichen machtpolitischen Zielsetzungen mißbrauchen. Hier zeigt sich wieder, daß im Hintergrund der sozialen Problematik der Eigentumsbildung ein moralisches Problem steht, nämlich die mit dem Eigentum verbundene Macht - sei es die aus Privateigentum oder diejenige aus Gemeineigentum - zu bewältigen. Solange die Garantie nicht gegeben ist, daß unsere Gesellschaft den Versuchungen eines Mißbrauchs der Eigentumsmacht widerstehen kann, bleibt nichts anderes zu tun, als diese Macht durch die Streuung des Eigentums zu neutralisieren.

Im konkreten Fall muß die kollektivistische Bildung des Miteigentums dazu führen, daß der einzelne Arbeitnehmer gar nicht mehr nach seinen persönlichen Wünschen mit seiner Kapitalbeteiligung verfahren kann. Er ist ebenso an die Pläne der Funktionäre des Sozialfonds gebunden, wie das Gemeineigentum an den Zentralplan. Ein solches Eigentum bezeichnet aber nur noch einen formalen Tatbestand; in seiner Auswirkung für das Individuum ist es mit dem heutigen Eigentumsbegriff nicht mehr zu vergleichen. Soweit eine kollektivistische Bindung des Miteigentums zur Erreichung einer zentral gelenkten Wirtschaft eingesetzt werden soll, bekommt das Eigentum einen anderen Inhalt. Schmitz weist darauf hin, daß "eine Beteiligung des Arbeitnehmers am Unternehmen seines Arbeitgebers zwar in beiden Wirtschaftssystemen denkbar ist, diese Beteiligung ihrem Wesen nach jedoch nur in die Verkehrswirtschaft gehört, weil sie nur dort ihrem eigentlichen Zweck gerecht werden kann. Dieser Zweck ist es aber, den Arbeitnehmer aus jeder Abhängigkeit, sei es von der des Kapitalisten oder derjenigen des Staates bzw. irgendwelcher Funktionäre zu befreien".²⁾

1) Vgl. E. Preiser: "Die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung", Vandenhoeck u. Rupprecht, Göttingen 1955, S. 55

2) W. G. Schmitz a. a. O., S. 72. - Anmerkung: In der Verkehrswirtschaft bedarf es allerdings geeigneter Maßnahmen, um zu verhindern, daß die Unternehmer u. die Miteigentümer sich gegen die Konsumenten zusammenschließen u. so die Monopolstellung der Betriebe zu Lasten der Verbraucher "einzementiert" wird. Vgl. dazu insbesondere auch H. Bayer: "Gewinnbeteiligung", a. a. O., S. 84 ff.

Es scheint mir besonders interessant, am Schluß meiner Ausführungen über den Zusammenhang von Freiheit und Ausformung des Miteigentums einen bekannten Sozialdemokraten zu Wort kommen zu lassen. Professor Dr. Carlo Schmidt führte am 28.4.1953 im Bayerischen Rundfunk unter anderem aus: "Man müßte Gesetze schaffen können, die jedem eine echte Chance geben, Privateigentum zu erwerben, denn wir Sozialdemokraten sind der Überzeugung, daß ein Mensch volle sittliche Verantwortung für das Ganze seiner Existenz auf die Dauer und im allgemeinen nur tragen kann, wenn er über so viel Privateigentum verfügt, daß er im Stande ist, auch jemandem nein zu sagen, von dem er wirtschaftlich abhängig ist".¹⁾

Nach diesen Darlegungen ist für die hier zu erörternde Frage die Konsequenz zu ziehen, daß jene Form des Miteigentums seiner sozialen Zielsetzung am nächsten kommt, die in einer Wirtschaftsordnung des Privateigentums verwirklicht wird; in einer sozial ausgerichteten Marktwirtschaft. Diese grundsätzliche Bestimmung einer dem Miteigentum zieladäquaten Wirtschaftsordnung bildet die Ausgangsbasis, um abschließend den Betriebstyp zu kennzeichnen, der bei einer breiten Miteigentumsbildung realisiert werden kann.

II. Miteigentum und Betriebstyp

Die bisherigen Ausführungen über Miteigentum und Wirtschaftssystem haben zu der Einsicht geführt, daß das Miteigentum Tendenzen zu einem marktwirtschaftlichen und auch zu einem planwirtschaftlichen System aufweist. Wenn durch die Miteigentumsbildung die Position des Individuums in unserer Gesellschaft gestärkt werden soll, dann widerstrebt das Miteigentum grundsätzlich einer kollektivistischen Ausprägung und ist zielgerecht nur in einer Marktwirtschaft zu verwirklichen. Mit dem Einbau des Miteigentums in unsere Marktwirtschaft erhält diese allerdings eine andere Ausgestaltung, was sich auch in einer Änderung der charakteristischen Merkmale der Einzelwirtschaften widerspiegelt. Der Betrieb ist nach der hier anzustellenden Untersuchung nicht mehr in seinen Grundzügen bestimmt, sondern er ist bestimmbar, nämlich durch alle Determinanten, die er aus einer Marktwirtschaft mit breiter Miteigentumsbildung empfängt. Durch diese systembezogenen Merkmale wird der Typus der jeweiligen Einzelwirtschaft geprägt und die abschließend zu klärende Frage meiner Arbeit lautet demnach: Wie sieht der Betriebstyp bei einer zielbestimmten Realisierung des Miteigentums aus?

1) Zitiert nach H. Bachmann: "Hier scheiden sich die Geister", a. a. O., S. 118

Nell-Breuning betont, daß es sehr problematisch, wenn nicht gar eine Überforderung ist, sich ein Bild davon zu machen, wie eine Gesellschaft mit breit gestreutem Eigentum aussehen und welche Bedeutung dem Eigentum als Ordnungsmacht in einer solchen Gesellschaft zukommen würde.¹⁾ Ich bin mir bewußt, daß diese Schwierigkeiten auch für eine entsprechende Aussage über die Gestalt des Betriebes bei einer breiten Miteigentumsbildung seiner Belegschaft bestehen. Das Bild unserer Betriebe wird dabei wesentlich davon bestimmt werden, welche geistigen und ideellen Kräfte die Verhaltensweise der Unternehmer und der Arbeitnehmer in der Zukunft bestimmen werden. Eine eingehende Untersuchung darüber kann und soll im Rahmen dieser Arbeit nicht erfolgen. Es soll nur der Versuch unternommen werden, die mögliche Ausgestaltung des Betriebstyps bei einer zielgerechten Verwirklichung des Miteigentums zu skizzieren. Für diese zwangsläufig hypothetisch aufgebauten Ausführungen möchte ich auf die von Gutenberg herausgearbeiteten Determinanten der einzelnen Betriebstypen zurückgreifen. Dabei wird sich zeigen, daß erst mit dem geistigen Hintergrund dieser systembezogenen Tatbestände der Betriebstyp in seinem Wesenskern erfaßt wird.

1. Die kategorialen Merkmale des neuen Betriebstyps

Gutenberg stellt zu Beginn seiner Ausführungen über die Determinanten des Betriebstyps das Prinzip der Wirtschaftlichkeit und das Prinzip des finanziellen Gleichgewichts als systemindifferente Tatbestände heraus. Damit ist lediglich zum Ausdruck gebracht, daß unabhängig vom Wirtschaftssystem die betriebliche Leistungserstellung immer dem Postulat einer wirtschaftlichen Arbeitsweise unterworfen und auf eine Sicherung der Liquidität angewiesen ist. Diese Bedingungen gelten auch für das Miteigentum, und ihre Bedeutung wächst insofern, als insbesondere hinsichtlich der Liquidität durch die Miteigentumsbildung gesteigerte Anforderungen an den Betrieb gestellt werden. Grundlegende Änderungen ergeben sich für den neuen Betriebstyp in Bezug auf die systembezogenen Determinanten. Gutenberg stellt in seinen Ausführungen folgende Prinzipien für den privatwirtschaftlich-erwerbswirtschaftlichen und den planwirtschaftlichen Betriebstyp heraus:

1) O.v. Nell-Breuning: "Ist Eigentum eine Ordnungsmacht?", a.a.O., S.468

Determinanten des Betriebstyps im

privatwirtschaftlichen System	planwirtschaftlichen System
Autonomie	Organprinzip
erwerbswirtschaftl. Prinzip	Prinzip plandeterminier- ter Leistungserstellung
Alleinbestimmung	Mitbestimmung
Prinzip angemessener Gewinnerzielung 1)	

Dieses Determinanten-System soll im folgenden dazu dienen, den Betriebstyp zu kennzeichnen, der für eine breite Miteigentumsbildung der Belegschaft zutrifft.

Autonomie und Organprinzip:

Ich habe oben bereits herausgestellt, daß das Miteigentum nur in einem marktwirtschaftlichen System zielgerecht realisiert werden kann. In einem solchen Wirtschaftssystem ist es dem einzelnen Betrieb überlassen, welche Güter in welcher Menge und Qualität er zur Deckung des gesamtwirtschaftlichen Bedarfes produzieren will. Die Einzelwirtschaft stellt selbst einen Wirtschaftsplan auf und orientiert sich dabei an den Erfahrungen und Erwartungen, die sie aus der Lage des Marktes gewinnt. Diesen Sachverhalt bezeichnet Gutenberg als das Prinzip der Autonomie. Es steht im Gegensatz zum Organprinzip. Dieses ist dann verwirklicht, wenn der Staat einen zentralen Wirtschaftsplan erstellt und den Einzelbetrieben die Plangrößen als verpflichtende Normen vorgibt. Das Organprinzip erfährt seine typische Ausprägung in einem planwirtschaftlichen System. Die Tatsache, daß das Miteigentum oben einem marktwirtschaftlichen System zugeordnet wurde, legt die Folgerung nahe, daß bei einer breiten Miteigentumsbildung das Prinzip der Autonomie des Betriebes zu verwirklichen ist. Dieser Feststellung steht allerdings die Behauptung von Gutenberg entgegen, daß sowohl das Prinzip der Vergesellschaftung als auch die Anerkennung des Privateigentums sich mit dem Organprinzip verbinden lassen. Das Organprinzip ist

1) Vgl. E. Gutenberg: "Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre", I. Band: Die Produktion, 3. Auflage, Springer-Verlag, Göttingen 1957, S. 340 ff.

danach nur eine wirtschaftliche Organisationsform, welche die Eigentumsordnung nicht berührt. Gutenberg schreibt: "Es ist davon auszugehen, daß überbetriebliche, planwirtschaftliche Organisation der Gesamtwirtschaft weder die Anerkennung von Privateigentum an den Produktionsmitteln noch Vergesellschaftung der Produktionsmittel voraussetzt. Volkswirtschaftliche Planung ist eine wirtschaftliche Organisationsform, welche sich sowohl mit dem Besitzprinzip als auch mit dem Prinzip der Vergesellschaftung verbinden läßt."¹⁾ Ich kann in diesem Punkte Gutenbergs Ausführungen nicht zustimmen. Wenn eine zentrale Instanz darüber bestimmt, in welcher Weise die Produktionsmittel einzusetzen sind, dann verliert der Eigentümer die Verfügungsberechtigung über sein Eigentum. Auf diese Weise erfährt aber das Privateigentum einen einschneidenden Wandel; es wird in seinem Gehalt und seinen Funktionen direkt vom zentralen Wirtschaftsplan des Staates bestimmt. Wenngleich in einem solchen System das Besitzprinzip und damit das Privateigentum auch formal gewahrt sein mag, so bedeutet die Bindung des Privateigentums an den Plan einer zentralen Instanz in Wirklichkeit doch eine Ausrichtung auf das Prinzip der Vergesellschaftung.

Bei einer eingehenden Untersuchung der Ausführungen von Gutenberg wird klar, daß die hier vertretene Meinung sich von seiner nur graduell unterscheidet. Auch Gutenberg bringt zum Ausdruck, daß mit der Bejahung des Privateigentums sich "auch irgendwie das Bestreben nach Autonomie geltend machen wird".²⁾ Der grundsätzliche Zusammenhang zwischen Miteigentum und Autonomie - bzw. Organprinzip läßt sich am besten dann aufdecken, wenn man den geistigen Gehalt dieser beiden Organisationsprinzipien sichtbar macht. Gutenberg schreibt dazu: "Man kann geradezu sagen, daß das Organprinzip den wirtschaftlichen Ausdruck einer geistigen Haltung bildet, die die individualistische Position aufgibt, welche das Kennzeichen der liberalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist. An ihre Stelle treten Bindungen, welche das Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft nicht vom Individuum, sondern vom Gesellschaftlichen her bestimmen. In dem Organprinzip wird also auf wirtschaftlichem Gebiete ein ganz bestimmter geistiger Gehalt sichtbar, der weit über die Grenzen des Ökonomischen reicht und sich in Schichten verliert, die mit ökonomischen Mitteln und Argumenten nicht mehr erreichbar sind".³⁾ Mit diesen Worten ist die geistige Position gekennzeichnet, die sich hinter den Worten Autonomie- und Organprinzip abhebt. Von hier aus ist es dann auch nicht mehr schwer, das Prinzip der Autonomie als das dem Miteigentum zieladäquate Ordnungssystem zu erkennen. Stärkung der Persönlichkeit durch Eigentum und Ord-

1) E. Gutenberg: a. a. O., S. 344

2) E. Gutenberg: a. a. O., S. 346

3) E. Gutenberg: a. a. O., S. 345

nung des Wirtschaftsprozesses von der Einzelwirtschaft her weisen eine enge geistige Verbindung auf.

Es wäre falsch, aus der Beibehaltung des Autonomieprinzipes eine völlige Übereinstimmung zwischen dem alten und dem neuen Betriebstyp in diesem Punkte abzuleiten. Das von Gutenberg herausgestellte Autonomieprinzip ist geistig in dem Individualismus des liberalistischen Zeitalters verankert. Die mit dem Miteigentum verbundene Idee, das einzelne Individuum zu stützen, ist mit dem Individualismus liberaler Prägung nicht gleichzusetzen. Zwischen dem Individualismus des laissez-faire und seinem Glauben an prästabilierte Harmonien einerseits und dem Kollektivismus der sozialistischen Idee andererseits wird sich bei einer zielgerechten Verwirklichung des Miteigentums erst eine geistige Neuorientierung herausbilden müssen, die Fischer als humanistischen Dualismus bezeichnet hat.¹⁾ Miteigentum wird also zu einem Betriebstyp mit Autonomie führen, doch wird diese ihren wesensgemäßen Inhalt erst im Verlaufe einer geistigen Orientierung des Verhältnisses von Staat bzw. Gesellschaft und Einzelwirtschaft erlangen.

Miteigentum und Erwerbsstreben der Betriebe:

Ich habe bereits im ersten Teil meiner Arbeit darauf hingewiesen, daß der Betrieb in einem marktwirtschaftlichen System seine Leistungserstellung an dem ständigen Vergleich von Preisen und Kosten orientieren muß. Indem der Betrieb versucht, die Differenz zwischen diesen beiden Größen zu maximieren, erstrebt er nicht nur einen höchst möglichen Gewinn, sondern er erbringt dadurch gleichzeitig seine Leistung "wirtschaftlich". Gutenberg spricht in diesem Zusammenhang von einer Umklammerung des systemindifferenten Prinzips der Wirtschaftlichkeit durch das erwerbswirtschaftliche Prinzip.²⁾ Ich brauche hier auf die Zusammenhänge zwischen Gewinn und Wirtschaftlichkeit nicht näher eingehen. Bedeutsam ist, daß in einem marktwirtschaftlichen System der Betrieb nur über einen Preis-Kosten-Vergleich seine Leistung messen und bei einer positiven Differenz, d.h. bei einem Gewinn auf die Dauer lebensfähig bleiben kann. Das erwerbswirtschaftliche Prinzip muß also zwangsläufig auch in einem Betrieb mit breiter Miteigentumsbildung erhalten bleiben.

Dieser Umstand ist für die hier anzustellende Untersuchung insofern bedeutsam, als das erwerbswirtschaftliche Prinzip gerade unter sozialen Aspekten immer wieder der Gegenstand heftiger Kritik gewesen ist. Sie kommt in den Worten "Profit"

1) G. Fischer: "Partnerschaft im Betrieb", Quelle u. Meyer, Heidelberg 1955, S. 19

2) Vgl. E. Gutenberg: a. a. O., S. 356

und "Profitstreben" klar zum Ausdruck. Für eine rein wirtschaftliche Betrachtung ist es nicht einsichtig, welche Zusammenhänge zwischen dem Gewinnstreben und der sozialen Frage bestehen, insbesondere dann nicht, wenn man sich an den Tatbestand erinnert, daß mit dem Gewinnstreben grundsätzlich eine wirtschaftliche Erstellung der betrieblichen Leistung und damit eine optimale Bedarfsdeckung verbunden ist.

Die Zusammenhänge zwischen Gewinnstreben und sozialer Frage werden erst klar, wenn man sich die Tatsache vergegenwärtigt, daß das kapitalistische Unternehmen das Erwerbsstreben zu seiner obersten Maxime erhoben hat und die Erzielung eines Kapitalprofites über die sozialen Belange der Arbeitnehmerschaft stellte. Preiser weist darauf hin, daß mit dem Ausdruck "kapitalistisches Gewinnstreben" nicht an ein Gewinnstreben bei hohem Kapitaleinsatz, sondern an einen sozialen Sachverhalt angeknüpft wird. Nicht Marktwirtschaft und Kapitaleinsatz, sondern die Scheidung von Besitzenden und Besitzlosen hat das kapitalistische Gewinnstreben entarten lassen und zu sozialen Mißständen geführt. Preiser führt dazu aus: "Die Marktwirtschaft hat eine in Besitzklassen geschiedene Gesellschaft vorgefunden, nicht geschaffen, sie unterscheidet sich darin nicht von früheren Ordnungen, ja sie hat im Laufe der Zeit die Lage der Besitzlosen mehr gebessert als jemals - dennoch hat sie die Kluft nicht überbrückt, und bei den kapitalistischen Unternehmungen sind die immer latent vorhandenen negativen Züge nur zu deutlich hervorgetreten: Die Übersteigerung des Erwerbstriebes, die Skrupellosigkeit der Geschäftsführung, vor allem aber die Ausnutzung der schwachen Position des Arbeiters. So wird das Beiwort kapitalistisch zum negativen Werturteil, aber es bezeichnet zugleich doch auch einen besonderen Typus der Marktwirtschaft: eine Marktwirtschaft, die durch den Gegensatz von Besitz und Nichtbesitz, von Kapital und Arbeit gekennzeichnet ist". 1)

Nicht das Gewinnstreben schlechthin, sondern die unbegrenzte rücksichtslose Verfolgung dieses Prinzips ist es also gewesen, die das erwerbswirtschaftliche Prinzip in Mißkredit gebracht hat. Die Voraussetzungen dazu lagen wesentlich darin, daß die Arbeiter infolge ihrer Eigentumslosigkeit sich in völliger Abhängigkeit von den Unternehmern befanden. Gerade diese Voraussetzung soll aber durch das Miteigentum aufgehoben werden. Wenngleich auch bei einer breiten Vermögensbildung durch Miteigentum der Betrieb in der Marktwirtschaft seine Leistung nur zuverlässig mit dem Gewinn messen kann, so erfährt jetzt das erwerbswirtschaftliche Prinzip doch eine andere Formung. Die Miteigentümer werden einen Gewinn zur Verzinsung ihrer Anteile nur in dem Maße

1) E. Preiser: "Die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung", Verlag Vandenhoeck u. Rupprecht, Göttingen 1955, S. 13

verfolgen, wie damit nicht sozialwidrige Maßnahmen bei der Gestaltung des Arbeitsprozesses im Betriebe verknüpft sind. Durch die Miteigentumsbildung sind die Unternehmungsleiter gar nicht gehalten, "um jeden Preis" einen hohen Kapitalprofit aus dem Unternehmen "herauszuholen". Die Arbeitnehmer sind jetzt selbst Kapitaleigner und damit trifft es sie, die Intensität des Gewinnstrebens zu bestimmen. Da sie das Gewinnstreben mit ihren sozialen Vorstellungen von ihrer Arbeit im Betrieb in Einklang bringen müssen, ist eine völlig andere Ausgangslage für das erwerbswirtschaftliche Prinzip in dem neuen Betriebstyp gegeben. Das Gewinnstreben der Unternehmensführung wird eine unmittelbare Ausrichtung auf die arbeitenden Menschen im Betrieb erfahren. Es unterscheidet sich so wesentlich von dem Profitstreben des Kapitalismus, das alle anderen Belange des Betriebes und der Betriebsgemeinschaft überwucherte und zum Selbstzweck wurde. Nicht Abschaffung, sondern Begrenzung des Gewinnstrebens zum Zwecke einer menschenwürdigen Arbeitsgestaltung wird für den hier zu skizzierenden Betriebstyp charakteristisch sein.

Das Prinzip der angemessenen Gewinnerzielung:

Gutenberg hat zwischen das privatwirtschaftliche und das planwirtschaftliche System das Prinzip der angemessenen Gewinnerzielung gestellt. Die oben aufgezeigte Begrenzung des Gewinnstrebens könnte den Eindruck entstehen lassen, daß diese Begrenzung auf eine Ersetzung des erwerbswirtschaftlichen Prinzips durch das Prinzip der angemessenen Gewinnerzielung hinausläuft. Formal lassen sich tatsächlich enge Beziehungen zwischen diesem Prinzip und der von mir gekennzeichneten Einschränkung des Gewinnstrebens durch das Miteigentum aufweisen. Man muß jedoch den geistigen Hintergrund aufdecken, aus dem Gutenberg das Prinzip angemessener Gewinnerzielung ableitet. Es resultiert aus einer Geisteshaltung, die auf Gewinnchancen verzichtet hat, wie das z.B. in einer ständischen Ordnung des Mittelalters teilweise freiwillig, in der Kriegswirtschaft durch staatliche Preisbildungsvorschriften zwangsweise der Fall war. Gerade in dieser geistigen Verwurzelung unterscheidet sich aber das Angemessenheitsprinzip von der von uns aufgezeigten Begrenzung des Erwerbsstrebens durch die Miteigentümer. Der neue Betriebstyp wird die ihm gebotenen Gewinnchancen am Markt voll ausnutzen.

Die begründete Vermutung, daß in dem neuen Betriebstyp das Gewinnstreben auf die Belange der Arbeitenden abgestellt wird, legt einen Vergleich mit ähnlichen Fällen in der Praxis nahe. Preiser unterscheidet neben den besitzlosen Arbeitern und den Kapitalisten noch eine dritte Gruppe in seiner Klassifizierung der Erwerbswirtschaften. Es sind dies jene Personen, die sich auf der Grundlage eines gewissen Vermögenseinsatzes durch eigenständige Arbeit ihren Lebensun-

terhalt verdienen, wie es z.B. für den Bauer und den Handwerker typisch ist.¹⁾ Entscheidend für diese letzte Erwerbsgruppe ist der Umstand, daß sie im Gegensatz zum Kapitalisten nicht ein unbegrenztes Gewinnstreben verfolgen, sondern dieses durch ihren persönlichen Arbeitseinsatz eine natürliche Beschränkung erfährt. Preiser führt dazu aus: "Das Streben nach Gewinn findet seine natürliche Begrenzung in der Arbeitsmühe, es findet - graphisch dargestellt - sein Ende da, wo sich die sinkende Kurve des Nutzens mit der steigenden der Arbeitsmühe schneidet. Hat man einen standesgemäßen Unterhalt erzielt, so ist der Zweck der wirtschaftlichen Betätigung erfüllt".²⁾

Nachdem auf diese Weise das Gewinnstreben des Handwerkers und des Bauern ebenso wie dasjenige der Miteigentümer von der Arbeitsseite her begrenzt wird, ist es naheliegend, hier eine Übereinstimmung festzustellen. Wenngleich Parallelen zwischen dem Erwerbsstreben einer Handwerkswirtschaft und der Ausformung des erwerbswirtschaftlichen Prinzips in einem Betrieb mit breiter Miteigentumsbildung festzustellen sind, so lassen sich beide Erwerbstypen doch nicht identifizieren. Das liegt nicht allein daran, daß der Miteigentums-Betrieb größer und in der Regel auch kapitalintensiver ist als der Handwerksbetrieb. Der letzte Grund dafür liegt m.E. in der völlig verschiedenen geistigen Verwurzelung, in der die Handwerker und auch die Bauern einerseits und die Industriearbeiter andererseits stehen. Die zukünftige geistige Orientierung des Arbeiters als Miteigentümer muß sich erst in einem Prozeß herausbilden. Aus ihr läßt sich erst das erwerbswirtschaftliche Prinzip in dem neuen Betriebstypus in seinem Kerngehalt durchleuchten. Entscheidend ist hier, daß das Miteigentum tendenziell vom vergangenen und auch heute noch weitgehend geltenden kapitalistischen Erwerbsstreben wegführt und zu einem arbeitsbezogenen Gewinnstreben hinleitet. Seine endgültige Form wird man nicht mit jenen Erwerbsformen identifizieren können, die geistig in der Ordnung vergangener Epochen verwurzelt sind. Das Erwerbsstreben des neuen Betriebstypus wird vielmehr mit dem Gewinnstreben moderner sozialer Betriebe zu vergleichen sein.

Miteigentum und Alleinbestimmung:

Gutenberg hat in seinem System der kategorialen Merkmale des Betriebes dem Prinzip der Alleinbestimmung das Prinzip der Mitbestimmung gegenübergestellt. Er hat damit zum Ausdruck gebracht, daß die Mitbestimmung der Belegschaft ein Bestimmungsmerkmal darstellt, das dem erwerbswirtschaftlichen

1) E. Preiser: "Gestalt und Gestaltung der Wirtschaft", Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen 1934, S. 37 ff.

2) E. Preiser: ebenda, S. 40

Betrieb grundsätzlich fremd ist. Bedeutet demnach die Ablösung der Alleinbestimmung durch Mitbestimmung aus Miteigentum die Einführung eines systemfremden Prinzips?

Untersucht man die beiden Prinzipien "Alleinbestimmung" und "Mitbestimmung" genauer, dann stellt sich heraus, daß Mitbestimmung im Sinne Gutenbergs gleichbedeutend mit einer Ablösung bzw. Einschränkung der Alleinbestimmung der Eigentümer zugunsten der Mit-Bestimmung der eigentumslosen Belegschaft ist. Gutenberg schreibt: "Wird nun das Alleinbestimmungsrecht der Eigentümer oder der durch sie Beauftragten ganz oder mit Einschränkungen aufgehoben, dann entsteht ein Betriebstyp, der sich durch ein neues, zusätzliches Wirkungszentrum betrieblicher Willensbildung, die Gesamtheit der Betriebsangehörigen, kennzeichnet. Mit der Zulassung dieses dritten Zentrums fällt ein wesentliches Grundmerkmal des "reinen" kapitalistischen Betriebstyps. Das Maß, in dem dieser zusätzliche, dritte Pol betrieblicher Aktivität in den rein individualistischen Kern des kapitalistischen Typs einzudringen und ihn mit mehr universalistischen Prinzipien zu durchsetzen vermag, hängt von der Stärke des Einflusses ab, den dieses Zentrum besitzt".¹⁾ Aus diesem Zitat wird klar, daß die Mitbestimmung der Miteigentümer sich in die von Gutenberg getroffene Klassifizierung Alleinbestimmung/Mitbestimmung nicht einordnen läßt. Bei einer betrieblichen Miteigentumsbildung ist zwar nicht mehr die Alleinbestimmung des Unternehmers gegeben, denn die Belegschaft hat jetzt mitzubestimmen. Es ist aber nach wie vor die Alleinbestimmung der Eigentümer gewahrt, denn neben das Eigentum des Unternehmers ist das Mit-Eigentum der Belegschaft getreten. Der Ausschließlichkeitsanspruch der Eigentümer auf die Ausrichtung der Betriebsführung ist bei den Mitbestimmungsrechten aus Miteigentum gewahrt.

Man könnte aus diesem Umstand wieder voreilig den Schluß ziehen, daß Mitbestimmung über Miteigentum unter das System der Alleinbestimmung einzuordnen sei. Auch hier kann nur die Durchleuchtung des geistigen Gehaltes der einzelnen Determinanten einen weiteren Aufschluß geben

Für die Alleinbestimmung legt Gutenberg nicht die Marktwirtschaft als solche, sondern eine ganz bestimmte Form, nämlich die kapitalistische Marktwirtschaft zugrunde. Er schreibt: "Die Nichtgewährung von Mitverwaltungs-, Mitsprache oder Mitbestimmungsrechten an die Betriebsangehörigen bildet einen charakteristischen Grundzug des "reinen" kapitalistischen Typs. Mit der marktwirtschaftlichen Verfassung des kapitalistischen Systems hat das Fehlen derartiger Mitspracherechte an sich nichts zu tun. Es sind vielmehr die grundsätzlich nach außen und nach innen Autonomie verlangenden individualistischen Prämissen

1) E. Gutenberg: a. a. O., S. 392

des kapitalistischen Systems, aus denen die Forderung nach Alleinbestimmung im Betriebe stammt".¹⁾ Mit diesem Zitat ist klargestellt, daß trotz einer formalen Übereinstimmung von Alleinbestimmung und Mitbestimmung aus Miteigentum völlig verschiedene Tatbestände jeweils vorliegen. Die Alleinbestimmung Gutenbergs ist wieder in dem Individualismus liberaler Prägung verwurzelt. Mit der Mitbestimmung aus Miteigentum werden dagegen die individualistischen Prämissen des kapitalistischen Systems überwunden, ohne daß die Mitbestimmung zu einem planwirtschaftlichen Gesamtsystem hin tendieren muß. Hier tut sich die Erkenntnis auf, daß Miteigentum eine dritte Möglichkeit zwischen dem kapitalistischen und dem planwirtschaftlichen Betriebstyp darstellt. Das Neue dieses Betriebstyps ist, daß die Arbeiter als eine neue Eigentümer-schicht in die Eigentumsrechte hineinwachsen. Damit ist ein völlig neuer Typus des Kapitalgebers geschaffen. Je mehr dieser in dem einzelnen Betrieb vertreten sein wird, um so größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß über die Eigentumsrechte die Betriebsführung auf eine soziale Ordnung des Betriebes ausgerichtet wird.

Faßt man das Resultat der hypothetischen Untersuchung zusammen, dann ist zu sagen, daß eine breite und intensive Miteigentumsbildung bei zielgerechter Verwirklichung bedeutsame Änderungen der systembezogenen Determinanten des kapitalistischen Betriebstyps mit sich bringen wird:

Die Institution des Privateigentums verlangt letztlich auch eine Aufrechterhaltung des Prinzips der Autonomie. Die damit erreichte Unabhängigkeit des Betriebes und seiner Gemeinschaft von staatlichen Planungsbestimmungen unterwirft den Betrieb den Gesetzen des Marktes und fordert zu einer gemeinsamen Bewältigung des Marktrisikos durch Unternehmer und Arbeitnehmer heraus. Das Gewinnstreben wird in seiner Intensität durch die arbeitsbedingten Anliegen der Miteigentümer mitbestimmt. Mit diesem Bezug ist ihm seine Ausrichtung als Mittel zur Sicherung eines menschenwürdigen Daseins unmittelbar gegeben und die Gefahr einer alles überwuchernden Ausartung des Gewinnstrebens gebannt. Die Mitbestimmung der Miteigentümer verändert völlig die Prämissen des kapitalistischen Betriebstyps. Es ist zu erwarten, daß bei einer funktionsgerechten Ausformung die Miteigentümer einen wachsenden Einfluß auf eine sozial ausgerichtete Betriebsführung erlangen.

Wenngleich diese hypothetischen Ergebnisse formal mit den Merkmalen des bisherigen kapitalistischen Betriebstyps weitgehend übereinstimmen, so unterscheiden sie sich von diesen doch grundsätzlich durch eine völlig andere geistige Orientierung. Erst wenn sich diese herausgebildet hat, lassen sich endgültig

1) E. Gutenberg: a. a. O., S. 391/392

tige Aussagen über die Gestalt des neuen Betriebstyps machen. Der Verfasser hofft jedoch, mit den obigen Ausführungen die Richtung angegeben zu haben, in welche sich unsere Betriebe bei einer breiten Miteigentumsbildung der Belegschaft mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit entwickeln werden.

2. Ausblick

Setzt man die Analyse des neuen Betriebstyps tiefer an, dann darf man nicht bei der Feststellung stehen bleiben, daß durch die Mitbestimmung der Miteigentümer die Unternehmungsleitung von zwei Seiten mit der gleichen kapitalmäßigen Fundierung bestimmt wird. Die eigentumsmäßige Verankerung der Stellung der Arbeitnehmer geht über eine formale Gleichschaltung zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten hinaus. Mit dieser Gleichstellung strebt das Miteigentum einen geistigen Assimilationsprozeß zwischen den betrieblichen Antipoden Arbeitnehmer und Kapitalgeber an. Wie bereits oben zum Ausdruck gebracht wurde, soll sich diese neue Einstellung in einer sozial ausgerichteten Ordnung der betrieblichen Arbeit niederschlagen.

Es geht hier nicht darum, die Realisierung der neu zu schaffenden Arbeitsordnung im einzelnen aufzuzeigen.¹⁾ Entscheidend ist die Tatsache, daß die soziale Zielsetzung des Miteigentums nicht nur eine partnerschaftliche Teilung des Gewinnes zur Bildung von Miteigentumsanteilen verlangt, sondern dazu eine neue geistige Haltung der beiden Sozialpartner treten muß, welche die Ausgangsbasis für die Schaffung der neuen Arbeitsordnung bildet. Diese Ordnung ist nicht mehr sachbezogen bzw. auf den Gegensatz von "Kapital" und "Arbeit" im Betrieb aufgebaut, sondern sie strebt eine Interessen-, Leistungs- und Schicksalsgemeinschaft als zu verwirklichendes Ordnungsbild an. Gegenseitige Information, Aussprache in Gruppen auf allen Ebenen sind neben der Pflege der menschlichen Beziehungen und der Schaffung von abgegrenzten Aufgaben- und Verantwortungsbereichen die typischen Merkmale einer solchen Arbeitsordnung. Mit-Eigentum und Mit-Bestimmung verlieren in einer solchen Ordnung die ihnen oft anhaftende Bedeutung eines qualitativ minderwertigen Eigentums, bzw. eines nicht vollwertigen Bestimmungsrechtes. Wird die Eigentumsordnung durch eine solche neue Ordnung des Betriebes ergänzt, dann führt Miteigentum und Mitbestimmung zum Mit-Wagen und Mit-Sorgen der Belegschaft mit dem Unternehmer; Miteigentum hat dann einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der sozialen Probleme in unseren Betrieben geliefert.

1) Vgl. dazu insbesondere G. Fischer: "Eigentumsordnung und Arbeitsordnung", in Mensch und Arbeit, Verlag Mensch und Arbeit, München 1958, H. 1, S. 3 ff.

Der Verfasser ist sich bewußt, daß einer solchen Ausgestaltung des Betriebs-typs bei einer breiten Miteigentumsbildung der Arbeitnehmer noch mancherlei Schwierigkeiten entgegenstehen. Es sei hier an die rechtlichen und wirtschaftlichen Probleme erinnert, die in den beiden Teilen der vorliegenden Arbeit erörtert wurden. Entscheidend für die zielgerechte Realisierung des Miteigentums scheinen mir jedoch letztlich die geistigen Kräfte zu sein, die hinter den wirtschaftlichen Problemen stecken und die insbesondere im letzten Kapitel der Arbeit immer wieder deutlich geworden sind. Aus dieser Sicht ist es bemerkenswert, daß in den bisher verwirklichten Fällen einer Kapitalbeteiligung in den deutschen Betrieben diese nicht für eine Überbrückung der sozialen Spannungen im Betrieb eingesetzt und ausgebaut wurde. Dieser Umstand dürfte weitgehend auf die ideologisch bedingten Vorurteile und Bedenken zwischen den Sozialpartnern zurückzuführen sein. Trotz der Schwierigkeiten, die sich gerade in dieser Hinsicht dem betrieblichen Miteigentum und seiner betrieblich-sozialen Zielsetzung entgegenstellen, sollte man nicht ablassen, Möglichkeiten zur Lösung der sozialen Frage zu suchen. Unser Zeitalter der technischen Erfindungen bedarf dringend der "sozialen Erfindungen", um gerade die mit der Technik und die mit der Konzentration des Vermögenseinsatzes gestellten sozialen Aufgaben zu lösen.

Der vorliegenden Arbeit ging es nicht darum, den Nachweis zu liefern, daß mit dem betrieblichen Miteigentum in sozialer Hinsicht nichts bzw. alles zu erreichen ist. Der Verfasser hofft jedoch, mit seinen Ausführungen die Probleme und Möglichkeiten aufgezeigt zu haben, die sich aus der Sicht des Betriebes für das betriebliche Miteigentum und seine Ziele ergeben. Wägt man die gewonnenen Erkenntnisse untereinander ab, dann wird man zu dem Ergebnis kommen, daß das betriebliche Miteigentum zu konträren Zielen eingesetzt werden kann. In der abschließend entworfenen Konzeption enthält es positive Anhaltspunkte zur Stärkung der sozialen Stellung des Arbeiters und zur Überwindung der sozialen Spannungen im Betriebe. Es liegt an uns allen, die geistigen Prämissen zu einer solchen Ausrichtung bei der Verwirklichung des Miteigentums zu schaffen.

VERZEICHNIS DER ANGEFÜHRTEN LITERATUR

I. Bücher und Broschüren

- Bachmann, H.: Kritische Gedanken über Gewinnbeteiligung und Miteigentum, herausgegeben vom Institut für Sozialpolitik und Arbeitsrecht in München, 1953
Miteigentum im Zwiespalt von Ideen und Interessen, erschienen im Institut für Sozialpolitik und Arbeitsrecht in München, 1954
- Bayer, H.: Gewinnbeteiligung, Springer-Verlag, Wien 1952
- Beckmann, L.: Die betriebswirtschaftliche Finanzierung, Verlag Weinmayer GmbH, München 1949
- Bender, K.: Die Führungsentscheidung im Betrieb, Verlag C.E. Poeschel, Stuttgart 1957
- Böhm, F.: Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb in Ordo IV. Jahrgang 1957, Küpper-Verlag Düsseldorf
- Briefs, G.: Zwischen Kapitalismus und Syndikalismus, Francke Verlag, Bern 1952
- Burghardt, A.: Eigentumsethik und Eigentumsrevisionismus, Hueber Verlag, München 1955
- Coester, F.: Miteigentum und Vermögensbildung der Arbeitnehmer in der Marktwirtschaft, Institut für Wirtschaftspolitik, Köln 1954
- Dittmar, R.: Miteigentum der Arbeitnehmer, herausgegeben vom Hauptvorstand der Deutschen Angestelltengewerkschaft, Abt. Wirtschaftspolitik und Betriebsverfassung, Hamburg, Juni 1955

- Dittmar, R.: Miteigentum - ein praktischer Vorschlag,
Herausgeber: Sozialausschüsse der Christlich-De-
mokratischen Arbeitnehmerschaft,
Königswinter, 1957
- Enderlen, S.E.: Nominale und reale Bilanz,
ohne Verlagsangabe, Stuttgart 1936
- Even, J.: Vorschläge zur Eigentumsbildung
in "Eigentum in Arbeiterhand", Verlag
Neues Abendland, München 1954
- Fischer, G.: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre ,
7. Auflage, Quelle u. Meyer, Heidelberg 1957
- Partnerschaft im Betrieb,
Quelle u. Meyer, Heidelberg 1955
- Eigentumsformen für die Mitarbeiter der Betriebe,
in "Eigentum in Arbeiterhand", Verlag Neues
Abendland, München 1954
- Die betriebliche Partnerschaft und ihre praktische
Verwirklichung in der Betriebsorganisation,
Sonderdruck aus "Gegenwartsprobleme der Be-
triebswirtschaft", Verlag A. Lutzeyer,
Baden-Baden, 1955
- Gaugler, E.: Zusätzliche Sozialleistungen in der betrieblichen
Praxis,
Gerlach'sche Verlagsbuchhandlung, München 1957
- Gutenberg, E.: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre,
I. Band: Die Produktion, 3. Auflage,
Springer Verlag, Göttingen 1957
- Häussler, E.: Der Arbeitnehmer von morgen,
3. Auflage, Eigenverlag, Stuttgart 1956
- Hagest, K.: Selbstfinanzierung des Betriebes,
C.E. Poeschel Verlag, Stuttgart, 1952
- Hartmann, R.S.: Die Partnerschaft von Kapital und Arbeit,
Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen, 1958
- Hax, K.: Wandlungen der Gewinnvorstellung,
in "Gestaltwandel der Unternehmung",
Duncker u. Humblot, Berlin 1954

- Hegner, F.: Die Selbstfinanzierung der Unternehmung als theoretisches Problem der Betriebswirtschaftslehre und der Volkswirtschaftslehre, Verlag Paul Haupt, Bern 1946
- Huppert, W.: Betriebliches Miteigentum der Arbeitnehmer, Duncker u. Humblot, Berlin 1954
- Jostock, P.: Wachsender Volkswohlstand, veränderte Einkommensverhältnisse, soziale Umschichtung, Bonifatius-Druckerei, Paderborn 1956
- Kaskel, E.: In welcher rechtlichen Form ist die Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital und Gewinn des Unternehmens möglich?
In "Verhandlungen des 32. Deutschen Juristentages", Walter Gruyter u. Co., Berlin 1922
- Koch, J. R.: Die Arbeitsordnung,
2. Auflage, Verlag Recht und Wirtschaft, Heidelberg 1957
- Koenigs, F.: Grundsatzfragen der betrieblichen Mitbestimmung
Cram, de Gruyter u. Co., Hamburg 1954
- Mann, A.: Aus der Praxis einer Ertragsbeteiligung,
Lutzeys Fortsetzungswerke, Bonn 1954
- Mellerowicz, K.: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre,
III. Band, 9. Auflage, Walter de Gruyter u. Co., Berlin 1956
- v. Nell-Breuning, O.: Wirtschaft und Gesellschaft heute,
I. Band: Grundfragen, Herder Verlag, Freiburg 1956

Wirtschaft und Gesellschaft heute,
II. Band: Einzelfragen, Herder-Verlag, Freiburg 1956

Mitbestimmung,
Gimth Verlag, Landshut 1950
- Neuloh, O.: Die Deutsche Betriebsverfassung,
Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen 1956

- Nicklisch, H.: Die Betriebswirtschaft,
7. Auflage, Verlag C.E. Poeschel,
Stuttgart 1932
- Osahr, F.: Die Bilanz vom Standpunkt der Unternehmung,
Verlag Max Kaschke, Berlin 1919
- Pfister, B.: Eigentum und Miteigentum aus soziologischer
und volkswirtschaftlicher Sicht,
aus: "Probleme des Eigentums und Miteigen-
tums", Bericht über die 16. Arbeitstagung der
Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer,
Verlag Neue Wirtschaft, Bonn, 1954
- Preiser, E.: Bildung und Verteilung des Volkseinkommens,
Vandenhoeck u. Rupprecht, Göttingen 1957

Die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung,
Verlag Vandenhoeck u. Rupprecht,
Göttingen 1955

Gestalt und Gestaltung der Wirtschaft,
Verlag J.C.B. Mohr, Tübingen 1934
- Reinhardt, R.
und Nikisch, A.: Die Gestaltung der Unternehmungsformen unter
den Gesichtspunkten der Wirtschafts- und Sozial-
verfassung,
in "Verhandlungen des 39. Juristentages",
Verlag J.C.B. Mohr, Tübingen 1952
- Rieger, F.: Einführung in die Privatwirtschaftslehre,
Verlag der Hochschulbuchhandlung Kruschke
u. Co., Nürnberg, 1928

Über Geldwertschwankungen,
zitiert aus "Betriebswirtschaftliche Forschung
und Praxis", Jhg. 1958, S. 192,
Verlag Neue Wirtschaftsbriefe, Herne
- Sandig, K.: Die Führung des Betriebes,
Verlag C.E. Poeschel, Stuttgart 1953
- Schäfer, E.: Die Unternehmung,
Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen, 1956
- Schmalenbach, E.: Die Beteiligungsfinanzierung,
7. Auflage, Westdeutscher Verlag, Köln 1949

- Schmidt, F.: Die Organische Tageswertbilanz,
3. Auflage, Verlag Dr. Th. Gabler,
Wiesbaden 1953
- Schmitz, G.: Kapitalbeteiligung des Arbeitnehmers am
arbeitgebenden Unternehmen,
Duncker u. Humblot, Berlin 1955
- Spiegelhalter, F.: Miteigentum und Gewinnbeteiligung,
Schriftenreihe der Bundesvereinigung der Deut-
schen Arbeitgeberverbände, H. 17, Köln 1957
- Die Formen der Ergebnisbeteiligung,
Verlag Hoppenstedt u. Co., Darmstadt 1954
- Spindler, G.: Mitunternehmertum ,
Metta Kinau Verlag, Lüneburg, 1952
- Partnerschaft statt Klassenkampf,
Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1954
- Strobel, A.: Die Liquidität,
2. Auflage, Verlag C.E. Poeschel, Stuttgart
1953
- Studienkommission des Untersuchungen zur Reform des Unternehmens-
Deutschen Juristentages: rechts - Die Partnerschaft der Arbeitnehmer,
Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen 1957
- Südekum, A.: Kapital- und Gewinnbeteiligung als Grundlage
planmäßiger Wirtschaftsführung,
Verlag Julius Springer, Berlin 1921
- Ulbrich, H.: Das Miteigentum der Arbeitnehmer,
Verlag August Lutzeyer GmbH,
Baden-Baden, 1957
- Veil, K.F.: Das Wesen von Unternehmung und Unternehmer,
Verlag A. Lutzeyer, Frankfurt, 1956
- Walther, A.: Einführung in die Wirtschaftslehre der Unter-
nehmung,
2. Band: Die Unternehmung,
Verlag Schulthess u. Co., Zürich 1953
- Welty, E.: Herders Sozialkatechismus,
III. Band, Herder Verlag, Freiburg 1958

II. Aufsätze:

- Aufhäuser, S.: Produktionsmittelmonopol oder Miteigentum?
in "Gewerkschaftliche Monatshefte",
Jahrgang 1954, S. 201, Bund-Verlag, Köln
- Bachmann, H.: Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer in
"Gewerkschaftliche Monatshefte",
Jahrgang 1953, S. 208, Bund-Verlag, Köln
- Hier scheiden sich die Geister
in "Sozialer Fortschritt", Jahrg. 1957, S. 117,
Duncker u. Humblot, Berlin
- Ballerstedt, K.: Unternehmen und Wirtschaftsverfassung
in "Juristenzeitung", Jahrgang 1951, S. 486,
Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen
- Cattepoel, D.: Die ersten Erfahrungen mit Belegschaftsaktien
bei der DEMAG
in "Mensch und Arbeit", Jahrgang 1956, S. 229,
Verlag Mensch und Arbeit, München
- Coester, F.: Das Kapital und der Belegschaftsaktionär
in "Politisch-Soziale Korrespondenz" (PSK),
Jahrgang 1955, S. 8, Eigenverlag des Organs
der Gemeinschaft für christlich-soziale Schulung
und öffentliche Meinungsbildung e. V., Bonn
- Fischer, G.: Betriebliches Miteigentum und seine Formen
in "Politisch-Soziale Korrespondenz" (PSK),
Jahrgang 1958, H. 3, Eigenverlag des Organs
der Gemeinschaft für christlich-soziale Schulung
und öffentliche Meinungsbildung e. V., Bonn
- Das Sozialkapital des Betriebes
in "Mensch und Arbeit", Jahrgang 1958, S. 42,
Verlag Mensch und Arbeit, München
- Georgi, Chr.: Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer
in "Gewerkschaftliche Monatshefte",
Jahrgang 1953, S. 522, Bund-Verlag, Köln
- Gleitze, B.: Lohnpolitik und Vermögensverteilung
in "Sozialer Fortschritt", Jahrgang 1957, S. 53,
Duncker u. Humblot, Berlin

- Guilleaume, E.: Der Mitarbeiter als Miteigentümer
in "Mensch und Arbeit", Jahrgang 1953, S. 71,
Verlag Mensch und Arbeit, München
- Hankel, W. und
Zweig, G.: Die Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer
in der Marktwirtschaft
in "Sozialer Fortschritt", Jahrgang 1957, H. 5,
H. 6 und H. 7, Duncker u. Humblot, Berlin
- Hartmann, S.: Theoretische Grundlagen der Gewinnbeteiligung
in "Mensch und Arbeit", Jahrgang 1952, S. 227,
Verlag Mensch und Arbeit, München
- Hasenack, W.: Wesen und Arten der Selbstfinanzierung
in "Die Betriebswirtschaft", Jahrgang 1931, S. 95,
C.E. Poeschel Verlag, Stuttgart
- Koch, E.: Die Selbstfinanzierung in der Sozialproduktbe-
rechnung
in "Der Volkswirt", H. 36, S. 1854, Verlag
Der Volkswirt, Frankfurt am Main, 1958
- Koch, H.: Das Wirtschaftlichkeitsprinzip als betriebswirt-
schaftliche Maxime
in "Zeitschrift für handelswissenschaftliche
Forschung", Jahrgang 1951, S. 165,
Westdeutscher Verlag Köln und Opladen
- Krelle, K.: Ist eine Umverteilung der Einkommen in der
modernen Volkswirtschaft möglich?
in "Die Aussprache", Jahrgang 1957, H. 4,
S. 101; Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft
Selbständiger Unternehmer, Bonn
- Mac Lean of Coll, D.: Ergebnis- und Kapitalbeteiligung der Arbeit-
nehmer - Rechtsformen und Steuerprobleme
in "Zeitschrift für Betriebswirtschaft", Jahr-
gang 1950, H. 4, Gabler-Verlag, Wiesbaden
- Mand, J.: Organische Verbindung von Kapital und Arbeit
im Großbetrieb
in "Zeitschrift für Betriebswirtschaft", Jahrgang
1951, S. 304, Betriebswirtschaftlicher Verlag
Dr. Th. Gabler, Wiesbaden

- v. Nell-Breuning, O.: Ist Eigentum eine Ordnungsmacht?
in "Gewerkschaftliche Monatshefte",
Jahrgang 1958, S. 452, Bund-Verlag, Köln
- Das Lohnproblem im Zusammenhang mit der
Beteiligung des Arbeiters am Sozialprodukt,
insbesondere an der volkswirtschaftlichen Ver-
mögensbildung in "Wirtschaft und Gesellschaft
heute", Band I, Verlag Herder, Freiburg 1956
- Röpke, W.: Abbau des kollektiven Denkens
in "Der Volkswirt", Jahrgang 1953, S. 15,
Verlag Der Volkswirt, Frankfurt
- Spiegelhalter, F.: Eigentumsbildung contra Miteigentum
in "Der Arbeitgeber", Jahrgang 1956, S. 38,
Arbeitgeber-Verlag Ide u. Co., Düsseldorf
- Aus der Praxis der Erfolgsbeteiligung
in "Der Arbeitgeber", Jahrgang 1957, H. 9 - 17,
Arbeitgeber-Verlag Ide u. Co., Düsseldorf
- Stegner, A.: Soziale Neuordnung und Eigentumsbildung
in "Sozialer Fortschritt", Jahrgang 1953, S. 55,
Duncker u. Humblot, Berlin
- Völker, R.: Ertragsbeteiligung und Miteigentum in der
Praxis
in "Mensch und Arbeit", Jahrgang 1956, S. 236,
Verlag Mensch und Arbeit, München

III. Sonstige Veröffentlichungen:

- Bayers Belegschaftsaktien
in "Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung" vom 11. Januar 1958
- Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände:
Grundsätze zur Förderung der Eigentumsbildung in Jahresbericht 1958
- Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände:
Jahresbericht 1953
- Deutsche Bundesbank:
Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1957, Junibericht 1958

KAB: Vorschläge der KAB zur Eigentumsbildung
aus "Ketteler Wacht" Nr. 24 vom 15. 12. 1952

Klug, U.: Aktienrechtliche Untreue,
Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. 1. 1958

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in
der Wirtschaft e. V., Hilden

Mitteilungsblatt für die Aktionäre der Mannesmann Aktiengesellschaft
"Rohr-Post", Heft 7. April 1958

Müller-Lehmann
Kommentar zum Mitbestimmungsgesetz Bergbau und Eisen,
Verlagsgesellschaft Recht und Wirtschaft, Heidelberg 1952

Der Neue Betrieb,
Mitteilungen des Studienkreises für sozialwirtschaftliche Betriebsformen,
Jahrgang 1955 - 1957, Düsseldorf

Pfister, B.
Mitbestimmungsrecht,
Ansprache vor dem Verein der Bayrisch-Chemischen Industrie,
Rundschreiben 6/50 vom Juli 1950

Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium
Struktur- und konjunkturpolitische Fragen der Einkommensverteilung,
in "Gutachten vom Juni 1950 bis November 1952",
Verlag O. Schwartz u. Co., Göttingen 1953

Wistinghausen, J.
Betrieblicher Sozialaufwand - Erfassung und Gliederung des Sozialaufwandes
in "Soziale Betriebs-Praxis", Loseblattsammlung, Hermann Luchterhand Verlag,
Neuwied

L E B E N S L A U F

Karl Bulach, geboren am 13. März 1933 in Tübingen. Nach vier Jahren Grundschule Besuch der Oberschule in Hechingen/Hohenzollern. Ablegung der Reifeprüfung im Jahre 1952 und Eintritt als kaufmännischer Lehrling in die Firma Brown, Boveri u. Cie., Aktiengesellschaft in Mannheim. 1954 Kaufmannshilfenprüfung und Beginn des betriebswirtschaftlichen Studiums an der Wirtschaftshochschule in Mannheim. 1955 Wechsel an die Staatswirtschaftliche Fakultät der Universität München. Seit Ablegung des Examens als Diplom-Kaufmann im Sommer 1957 wissenschaftlicher Assistent bei Professor Dr. Guido Fischer. Promotion zum Dr. oec. publ. im Februar 1959.

